

Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 12.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-B Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

1 Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

2 Bildung ermöglicht. Von Anfang an gibt Bildung Kindern, jungen Menschen und Erwachsenen bis
3 ins hohe Alter die Möglichkeit, sich zu entfalten. Altes zu hinterfragen und Neues zu
4 entdecken. Bildung und Inklusion schaffen die Grundlagen, den eigenen Weg im Leben
5 selbstbestimmt gehen zu können. In zukunftsgerichteter Bildungspolitik, Aus- und
6 Weiterbildung, in visionärer Forschung und kluger Wissenschaftspolitik liegt unendlich viel
7 Potenzial, um dieses Land gerechter, moderner und krisenfester zu machen. Deshalb brauchen
8 wir sozial diverse und inklusive Schulen, in denen junge Menschen so lange wie möglich
9 gemeinsam lernen. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie die klassische
10 Umweltbildung sind der Schlüssel zur notwendigen gesellschaftlichen Transformation. Sie
11 befähigt Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln, zur Gestaltung und Teilhabe an
12 einer demokratischen und pluralen Gesellschaft sowie zum Verstehen der Auswirkungen des
13 eigenen Handelns auf die Welt. BNE ermöglicht den Menschen, sich aktiv an der Gestaltung
14 einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten
15 Gesellschaft zu beteiligen.

16 Ein gutes Bildungssystem ist essenziell für gleiche Lebenschancen und Zusammenhalt in einer
17 vielfältigen Gesellschaft. Aber viel zu sehr hängt der Lebenslauf in Deutschland noch von
18 der Familie, dem Namen oder dem Wohnort ab statt von den eigenen Fähigkeiten. Und die
19 Pandemie verschärft die ohnehin zu große soziale Ungleichheit: Wo Kinder und Jugendliche auf
20 wenig Förderung von zu Hause hoffen können, wo der Zugang zu Laptops oder Tablets fehlt und
21 kein Elternteil helfen kann, drohen sie dauerhaft den Anschluss zu verlieren. Die Kinder und
22 Jugendlichen, die am stärksten von der Krise getroffen wurden, benötigen daher die meiste
23 Unterstützung. Doch auch insgesamt führten die Schulschließungen zu einer Bildungslücke quer
24 durch alle Jahrgänge, es fehlten das gemeinsame Lernen, die Gespräche, das Zusammensein
25 auf dem Pausenhof, was sich bei Kindern und Jugendlichen auch auf die kognitive und soziale
26 Entwicklung auswirken kann. Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie besondere
27 Verzeitleistungen erbracht – die Einschränkung von Kontakten trifft sie in ihren
28 Entwicklungsmöglichkeiten härter als Erwachsene. Wir sind es ihnen schuldig, sie endlich in
29 den Mittelpunkt von Politik zu stellen.

30 Gleiche Lebenschancen für alle Kinder heißt, dass wir uns für gemeinsames Lernen und
31 individuelle Förderung für alle Kinder von der KiTa (Kita und Kindertagespflege) bis zum
32 Schulabschluss einsetzen. Die soziale Spaltung zwischen Schulen sowie KiTas möchten wir
33 überwinden, auch durch gezielte Investitionen des Bundes, die lokal verteilt werden. Denn
34 wir wollen KiTas und Schulen, in die Kinder und Jugendliche, aber auch Erzieher*innen und
35 Lehrer*innen gleichermaßen gerne gehen. Und zwar egal ob auf dem Land oder in der Stadt, ob

36 in ärmeren oder reicheren Vierteln. Erzieher*innen und Lehrer*innen sind jederzeit
37 systemrelevant, diese Wertschätzung sollte sich in ihrer Arbeit, ihrer Bezahlung und in der
38 Ausstattung widerspiegeln. Schulen sollen attraktive Orte sein. Dafür brauchen sie nicht nur
39 schnelles Internet und saubere Toiletten, sondern auch zeitgemäße Raumkonzepte mit
40 genügend
41 Platz für vielfältige und inklusive Lernformen. Multiprofessionelle Teams sollen Kindern in
42 ihren unterschiedlichen Bedürfnissen bestmögliche Unterstützung bieten. Dafür brauchen sie
43 gute Aus- und Weiterbildung, sichere Berufswege und einen guten Lohn. Kulturelle Bildung
44 muss zu einem elementaren Bestandteil unseres Bildungssystems werden. Da die Weichen am
45 Anfang gestellt werden, müssen dorthin auch die meisten Ressourcen fließen. Vor allem für
46 KiTas und den Primarbereich werden wir die Investitionen deutlich erhöhen, auch um den
47 Sanierungsstau an Schulgebäuden zu beheben. Zur bundesweiten Förderung von Schüler*innen
48 bedarf es einer einfachen Fördermittelbeantragung durch die Schulen ohne bürokratische
49 Hürden des Bundes.

49 Bildung ist ein Recht für jedes Alter und jeden Lebensweg. Ein Lebenslauf lässt sich nicht
50 am Reißbrett planen, darum müssen unsere Bildungswege flexibel und durchlässig sein. Abitur
51 auf dem zweiten Bildungsweg, der Beginn einer Lehre mit Mitte 30 oder der erste
52 Studienabschluss überhaupt in der Familie – das alles muss möglich sein und darf nicht davon
53 abhängen, ob es von zu Hause finanzielle Unterstützung gibt. Ob Ganztags- oder Abendschule,
54 ob duale Berufsbildung, Weiterbildung oder Studium, ganz gleich, ob als Handwerker*in am
55 Bau, als Angestellte*r im Büro, freiberuflich oder selbständig im eigenen Betrieb: Wir
56 unterstützen die vielfältigen Lebensbahnen und die dazu passenden Bildungsverläufe. Dem
57 Trend, dass eine wachsende Zahl von Schüler*innen ohne Abschluss die Schule verlässt, wollen
58 wir entgegenwirken.

59 Auch die Auszubildenden und Student*innen leiden unter den Auswirkungen der Pandemie.
60 Sicher
61 geglaubte Ausbildungsplätze sind weggefallen, manche Studierende haben noch nie einen
62 Hörsaal von innen gesehen. Gerade weil dies eine entscheidende Lebensphase der
63 Neuorientierung ist, stehen wir in der Pflicht, Sicherheit und Perspektiven zu schaffen.
64 Alle Studierenden, die durch die Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind,
65 sollen im Rahmen einer Nothilfe über das BAföG Unterstützung erhalten. Studienkredite halten
66 wir aufgrund des Verschuldungsrisikos für kein geeignetes Unterstützungsmittel. Für alle,
67 die eine Ausbildung anstreben, wollen wir einen guten Ausbildungsplatz und eine gute
68 Ausbildung garantieren.

68 Um die großen Krisen einzudämmen – die Klimakrise, Pandemien –, sind Kreativität,
69 Forschungsgeist sowie die Transformation unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems die
70 Grundlage. Damit Innovationen der Allgemeinheit zugutekommen, muss für die Entwicklung
71 auch
72 öffentliche Infrastruktur zur Verfügung stehen. Ein gutes Leben wird auch künftig möglich
73 sein, weil Wissenschaftler*innen, Künstler*innen und Forscher*innen in Betrieben,
74 Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen permanent und mit Leidenschaft an neuen
75 Ideen arbeiten, an Antworten auf Fragen, die wir noch gar nicht gestellt haben. Aber sie
76 können neuartige Impf- oder alternative Antriebsstoffe, neue ökonomische Wohlstandskonzepte
77 oder nachhaltige Geschäftsmodelle nur dann entwickeln, wenn sie eine gut ausgestattete

77 Forschungsumgebung haben und sie Neues mit ungewissem Ausgang erforschen und
 78 ausprobieren
 79 können. Sie brauchen für ihre Arbeit optimale und verlässliche Bedingungen, unnötige
 80 bürokratische Hürden sollten wir abbauen. Wissenschaftliche Kooperationen mit den
 81 europäischen Partner*innen, vor allem unter den Hochschulen, tragen maßgeblich zur
 82 Attraktivität und Innovationsdynamik des deutschen Wissenschaftssystems bei, deshalb wollen
 83 wir sie stärker fördern. Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik wollen wir vermehrt
 84 zusammen denken, um den Europäischen Forschungs- und Hochschulraum mit Leben zu füllen
 85 und
 86 Quellen zukünftigen Wohlstands zu begründen.

87 Wissenschaft zeigt immer wieder neue Denkhorizonte und Möglichkeiten auf und ändert so den
 88 Lauf der Dinge. Sie gibt eine zentrale Orientierung für politisches Handeln, das zeigen
 89 Klimakrise und Pandemie. Aber in Zeiten von Informationsfilterblasen und
 90 Verschwörungsideologien werden wissenschaftliche Erkenntnisse öffentlich in Zweifel gezogen.
 91 Nötig ist ein verständlicher und interdisziplinärer Wissenschaftsdialog, der Wissenschaft
 92 und Gesellschaft näher zusammenbringt – durch partizipative Formate und Förderung der
 93 Wissenschaftskommunikation.

92 **Wir fördern gute Bildung von Anfang an**

93 **Für jedes Kind einen KiTa-Platz in einer guten KiTa**

94 Egal, aus welcher Ecke Deutschlands und aus welchem Elternhaus, alle Kinder brauchen die
 95 Chance auf ein gutes und geborgenes Aufwachsen. KiTas haben einen entscheidenden Anteil
 96 daran. Als Orte früher Bildung schaffen sie Halt, wecken Neugier, vermitteln Freude am
 97 Zusammensein mit Gleichaltrigen und begleiten beim Großwerden. Aus Neugier und
 98 Entdeckungslust wird hier der Grundstein für Lernen und Kompetenzerwerb gelegt. Sie sind die
 99 erste Stufe des Bildungssystems. Jedes einzelne Kind hat eigene Bedürfnisse und braucht
 100 individuelle Förderung, auf die in der KiTa eingegangen wird. Mit einem
 101 Bundesqualitätsgesetz sorgen wir dafür, dass Spitzenqualität in die Einrichtungen kommt,
 102 denen wir unsere Kleinsten anvertrauen. Diese Spitzenqualität muss sich auch in einer
 103 entsprechenden Infrastruktur abbilden. Kinder brauchen Bewegung und ausreichende
 104 Bewegungsflächen. Die Zeit, die Fachkräfte für die Kinder haben, ist entscheidend dafür,
 105 dass sich Kinder wohlfühlen und individuell gefördert werden können. Deshalb wollen wir mit
 106 Mindeststandards sicherstellen, dass sich Erzieher*innen und andere pädagogische Fachkräfte
 107 um höchstens vier unter Dreijährige oder neun Kinder ab drei Jahren gleichzeitig kümmern.
 108 Inklusive Einrichtungen benötigen abhängig vom Förderbedarf der Kinder einen besseren
 109 Betreuungsschlüssel. Darüber hinaus müssen sie genügend Zeit für Vor- und Nachbereitung,
 110 Zusammenarbeit mit Familien, Netzwerkarbeit im Sozialraum und Fortbildungen haben. Den
 111 Fachkräften in den KiTas stärken wir den Rücken mit Fachberatung, Supervisions- und
 112 Mentoring-Programmen, Lernortkooperationen und Unterstützung für berufliche
 113 Weiterentwicklung innerhalb des KiTa-Systems. Damit alle Kinder einen Platz in einer guten
 114 und inklusiven KiTa bekommen können, wollen wir das Engagement des Bundes beim
 115 Platzausbau
 116 weiterführen und verstärken. Eltern, insbesondere Alleinerziehenden, ermöglicht ein
 117 Kinderbetreuungsplatz gesellschaftliche wie berufliche Teilhabe. Der KiTa-Platz muss den

117 Lebens- und Arbeitsrealitäten von Eltern gerecht werden. Auch bei Schicht- und
 118 Wochenendarbeit muss es Angebote geben.

119 **Mehr Fachkräfte in KiTas, Horten und Schulen**

120 Die pädagogischen Fachkräfte in KiTas, Horten oder Schulen tragen eine hohe Verantwortung,
 121 denn sie prägen den Lebensweg von Kindern bereits in sehr frühen Jahren entscheidend mit.
 122 Doch diese Verantwortung spiegelt sich noch nicht ausreichend in der Bezahlung der
 123 Fachkräfte wider. Für die wichtige Arbeit, die Erzieher*innen, Lehrkräfte und andere
 124 Pädagog*innen im Bildungssystem und in der Jugendhilfe leisten, brauchen sie einen guten
 125 Lohn und gute Arbeitsbedingungen. Mit einer wirkungsvollen Fachkräfteoffensive wollen wir
 126 zudem für faire Ausbildungsvergütungen, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und gute
 127 Arbeitsbedingungen sorgen, dabei darf die Ausbildung zum Erzieherinnenberuf nicht am
 128 Schulgeld scheitern. Um den Mangel an pädagogischen Fach- und Lehrkräften mit gut
 129 qualifiziertem Personal nachhaltig bewältigen zu können, wollen wir mit einem Bund-Länder-
 130 Programm hochwertige Quereinstiegsbildung fördern, bestehende Weiterbildungs- und
 131 Qualifizierungsangebote stärken und gemeinsame Qualitätsstandards sichern.

132 **Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind und gute** 133 **Lernbedingungen an weiterführenden Schulen**

134 Schulen sollen starke Orte der Bildung, der Begegnung und der Inspiration sein. Dafür
 135 brauchen sie motivierte Fachkräfte, gut ausgestattete barrierefreie Räume und Zeit. Zeit für
 136 gemeinsames Lernen und Spielen, Forschen und Entdecken, gemeinsame kulturelle, soziale und

137 demokratische Erfahrungen, Sprach- und Bewegungsförderung, individuelle Förderung und
 138 Betreuung. Dafür sind Ganztagsplätze in einer Grundschule oder einem Hort und gute
 139 Lernbedingungen an weiterführenden Schulen wichtig. Unser Ziel ist, einen individuellen
 140 Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -betreuung mit
 141 Qualitätsstandards umzusetzen – mit genügend Fachkräften in multiprofessionellen Teams,
 142 anregenden Räumen und Schulhöfen, einem gesunden Mittagessen und einer breit gefächerten
 143 Zusammenarbeit mit Vereinen, Musikschulen und anderen Akteur*innen vor Ort. Derartige
 144 Kooperationen wollen wir finanziell unterstützen. In der Gestaltung des Ganztages ist die
 145 Jugendhilfe ein wichtiger Partnerin der Schulen, da im Ganzttag neben dem schulischen Lernen
 146 die informelle Bildung unerlässlich ist. Leitbild sind integrierte Ganztagskonzepte für eine
 147 umfassende Persönlichkeitsbildung. Es gilt, Ganzttag und gute weiterführende Schulen für alle
 148 Kinder zu ermöglichen, ob mit Behinderungen oder ohne. Wir bekennen uns zum Bewegungsziel

149 der WHO, die körperliche Inaktivität von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bis 2030 um
 150 15 Prozent zu senken. In jedem Ganzttag soll mindestens ein Bewegungsangebot zur Auswahl
 151 stehen. Der Anspruch auf Integrationshilfe muss überall gelten – über die individuelle Hilfe
 152 oder über eine Poollösung, gleich ob in der Ganzttagsschule oder bei Hortangeboten durch die
 153 Jugendhilfe. Die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Integrationshelfer*innen sollen
 154 ihre anspruchsvollen und verantwortungsvollen Tätigkeit widerspiegeln. Eltern von Kindern und
 155 Jugendlichen mit Behinderungen dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die Umsetzung
 des

156 Rechtsanspruchs wird ein gesamtdeutscher Kraftakt. Das muss sich in der Beteiligung des
 157 Bundes an den Kosten widerspiegeln. Um alle Grundschulen auf ihrem Weg zu inklusiven Orten
 158 der Ganztagsbildung zu unterstützen, werden wir ein Begleitprogramm zur Förderung einer

159 integrierten, professionsübergreifenden Schulentwicklung auf den Weg bringen und damit
 160 Koordinierungsstellen fördern. Langfristig wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen und
 161 flächendeckend als Bestandteil des Ganztags verankern.

162 **Corona-Rettungsschirm für Kinder und Jugendliche**

163 Die Pandemie hat tiefe Spuren hinterlassen, gerade bei Kindern, die es zu Hause auch davor
 164 schon schwerer hatten. Sommercamps und Nachhilfe in den Kernfächern alleine werden nicht
 165 ausreichen, um die Folgen der Krise zu bewältigen. Wir wollen die Kinder und Jugendlichen in
 166 den Mittelpunkt rücken. Sie brauchen jetzt eine helfende Hand, ein offenes Ohr und freie
 167 Räume, um den Weg in ihr normales Leben zurückzufinden. Dafür bauen wir Sport-, Erlebnis-,
 168 und Kulturangebote aus und stärken die Beratung und Einzelfallhilfe für Schüler*innen sowie
 169 die Vermittlung von Wissen zur psychischen Gesundheit und zu Krisen an Schulen. Mit
 170 Mentor*innen, Bildungslots*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Psycholog*innen knüpfen wir
 171 ein sicheres Netz an breiter Unterstützung, um die psychische Gesundheit von unseren Kindern
 172 und Jugendlichen nachhaltig besser zu schützen. Jedes zusätzliche Angebot für die
 173 Krisenbewältigung soll die Qualität an KiTas, Horten und Ganztagschulen langfristig
 174 voranbringen.

175 **Programm für Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren**

176 Bildungschancen sind Zukunftschancen. Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Schule, egal,
 177 wo es lebt. Der Alltag sieht aber anders aus. Wir wollen dauerhafte Finanzierungswege für
 178 mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen, um Regionen oder Quartiere mit Schulen mit besonderem
 179 Unterstützungsbedarf zu stärken. Nachhaltige Bildungserfolge ergeben sich nur durch die
 180 abgestimmte Zusammenarbeit aller am Bildungsprozess beteiligten Institutionen und Menschen

181 und durch langfristige Finanzierungswege. Wir fördern multiprofessionelle Teams, in denen
 182 sich Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Schulpsycholog*innen und weitere
 183 in der Schule oder Region tätige Fachkräfte gegenseitig ergänzen und mit unterschiedlichen
 184 Perspektiven bereichern, um die Schüler*innen und ihre Familien bestmöglich unterstützen zu
 185 können. Dazu gehört es, systematische Vorsorgearbeit zu leisten, Lernrückstände zu schließen
 186 und deutsche wie auch muttersprachliche Sprachfertigkeiten zu fördern. Mehrsprachigkeit
 187 sollte als Reichtum begriffen werden und nicht als Defizit. Alle Akteur*innen kooperieren
 188 auf Augenhöhe. So werden auch die Partizipation der Schüler*innen und die Kooperation mit
 189 Eltern verbessert und Schulen werden zu Unterstützungsorten für die ganze Familie. Wir
 190 wollen die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen nachhaltig besser schützen.
 191 Schüler*innen sollen sich wohlfühlen können und sich in der Schule sicher fühlen. Nicht nur
 192 im Klassenzimmer, sondern auch auf dem Pausenhof, in den Gängen und in den sanitären
 193 Räumlichkeiten. Darum wollen wir in eine bessere Lernumgebung und höhere Bildungsqualität
 194 investieren. Welche Maßnahmen für Bildungsgerechtigkeit, auch im internationalen Vergleich,
 195 gut funktionieren, soll wissenschaftlich intensiver eruiert und mit Handlungsempfehlungen
 196 versehen werden.

197 **Bildung auf die Höhe der Zeit bringen**

198 Bildung in der digitalen Welt ist viel mehr als Wissensvermittlung, sie ist ein Schlüssel
 199 für Zukunftskompetenzen. Die Digitalisierung hat unsere Art zu leben verändert, also muss
 200 sich auch unsere Art, Schule zu denken, wandeln. Dazu gehören selbstverständlich auch
 201 Berufsschulen und -kollegs. Mit Lehrer*innen, die Kompetenzorientierung in den Mittelpunkt
 202 des Lernens rücken, Schüler*innen, die sich spielerisch, zum Beispiel durch Game-based

203 Learning, kooperativ neue Inhalte erschließen, und Schulen, die dafür technisch optimal
 204 aufgestellt sind. Dabei müssen sowohl das technische Grundverständnis als auch die soziale
 205 Dimension der digitalen Entwicklung Thema sein. Allerdings hat die Pandemie gezeigt, dass es
 206 schon an den Grundlagen fehlt, auch im Vergleich mit anderen Ländern. Das wollen wir ändern:
 207 mit einer zeitgemäßen, datenschutzfreundlichen digitalen Ausstattung und mit Strukturen, die
 208 die Schulen beim digitalen Lehren und Lernen wirkungsvoll unterstützen – mit
 209 kontinuierlichen Fort- und Weiterbildungsangeboten für das pädagogische Fachpersonal sowie
 210 einem zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur Bildung in einer digitalen Welt.
 211 Hauptberufliche Administrator*innen sind notwendig, um die technische Infrastruktur an
 212 Schulen aufzubauen und zu pflegen. Wir wollen dies im Rahmen der Befugnisse des Bundes
 213 fördern. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die digitale Ausbildung der Lehrer*innen
 214 verbessern. Wir wollen, dass Tablet oder Laptop selbstverständliche Lernmittel sind. Unser
 215 Ziel ist es, allen Schüler*innen neue Arten des Lernens zu ermöglichen und sie auch auf eine
 216 selbstbestimmte und gesunde Teilhabe in einer digitalisierten Welt vorzubereiten. Dafür
 217 wollen wir Anwendungen wie quelloffene und sichere Lernplattformen oder
 218 Videokonferenzsysteme umfassend fördern und setzen uns für die Umsetzung des Rechts auf
 219 Löschung personenbezogener Daten für Kinder ein. Zukunftskompetenzen wie Kooperation,
 220 Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken werden immer relevanter. Diese
 221 Zukunftskompetenzen möchten wir so fördern, wie es am pädagogisch sinnvollsten ist, ob
 222 digital oder analog. Dazu gehört auch die Förderung der MINT-Themen an Schulen. Durch die
 223 Digitalisierung ist Bildung weniger ortsgebunden: Neue Freiräume für überregionale und
 224 internationale Kooperationen mit Bildungs- und Kultureinrichtungen entstehen. Um das alles
 225 umzusetzen, wollen wir auch den DigitalPakt zu einem echten gemeinsamen Vorhaben
 nachhaltig
 226 und dauerhaft weiterentwickeln – mit klaren Zielen und Zeithorizonten, die gemeinsam im
 227 Rahmen der jeweiligen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen erreicht werden
 sollen.

228 **Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken**

229 Wir fördern die Umsetzung des UNESCO-Programms Bildung für nachhaltige Entwicklung, das
 230 weltweit die Integration von BNE in alle Bildungsnetzwerke und auf kommunaler Ebene
 231 vorantreiben soll. BNE ist deshalb in allen Bildungsphasen und Bildungsbereichen gemäß des
 232 nationalen Aktionsplans BNE zu verankern. Um Anreize für Kommunen zu schaffen, werden in
 233 Kooperation mit den Ländern lokale und regionale Bildungsnetzwerke initiiert und
 234 unterstützt. Das vom Bund geförderte BNE-Kompetenzzentrum begleitet bereits rund 50 der
 über
 235 10.000 Kommunen in Deutschland. Es muss gestärkt werden, um mehr Kommunen Angebote
 machen zu
 236 können.

237 **Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern**

238 Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das überall und für alle gute Ausgangsbedingungen für
 239 eine gebührenfreie, zukunftsgerichtete und inklusive Bildung sichert und unabhängig von
 240 Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltstitel oder Behinderungen gleiche und gerechte Chancen
 241 garantiert. Für notwendige Maßnahmen braucht es einerseits eine ausreichende finanzielle
 242 Ausstattung der Länder, andererseits wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern
 243 und Kommunen verfassungsrechtlich absichern. So sollen Schulen zu Orten werden, die –

244 verankert in der Nachbarschaft – auf die Entwicklung der jeweiligen Potenziale der Kinder
 245 ausgerichtet sind. Schulen brauchen dafür eigene Entscheidungsspielräume. Grundlage all
 246 dessen ist jedoch eine kluge, vorausschauende, mehr Flexibilität ermöglichende
 247 Bildungsfinanzierung, vor allem in den Grundschulen und KiTas, da hier die Basis gelegt
 248 wird. In Abstimmung mit den Ländern setzen wir uns für moderne, nachhaltige und
 249 einheitlichere Bildungsziele und die Umsetzung des grundgesetzlich verbrieften
 250 Sonderungsverbots ein. In der KiTa sowie allen Schulformen müssen Kinder und Jugendliche
 251 sich frei entwickeln können und vor Diskriminierung geschützt sein. Sie brauchen dafür
 252 Ansprechpersonen und es braucht Bildungsprogramme zu Antidiskriminierung, Diversität,
 253 LSBTIQ* und Demokratieverständnis.

254 **Wir stärken Ausbildung und Studium**

255 **Sichere Ausbildungsperspektiven**

256 Trotz enormen Fachkräftemangels sinkt die Zahl der jungen Menschen, die eine
 257 Berufsausbildung beginnen. Gleichzeitig landen immer mehr in den Warteschleifen des
 258 Übergangssystems. Die duale Ausbildung muss auf sichere Beine gestellt werden. Wir wollen
 259 mit der Ausbildungsgarantie allen jungen Menschen den Beginn einer anerkannten Ausbildung
 260 ermöglichen und das Recht auf Ausbildung absichern. Dafür fördern wir verstärkt
 261 Verbundausbildungen und nutzen, wo notwendig, auch außerbetriebliche Ausbildungen.
 262 Unternehmen, die ausbilden wollen, unterstützen wir über eine Umlagefinanzierung. So kann es
 263 gelingen, dass Betriebe ermutigt werden, weiterhin und verstärkt auszubilden, und junge
 264 Menschen – gerade in ländlichen Regionen – erhalten eine Bleibeperspektive. Mit dem Ausbau
 265 und der Verbesserung der inklusiven assistierten Ausbildung und ausbildungsbegleitender
 266 Hilfen wollen wir mehr Jugendliche in Ausbildung unterstützen. Einzelne Ausbildungsbausteine
 267 sollen als Teilqualifikationen zertifiziert und anerkannt werden können, damit keine
 268 Leistung auf dem Weg zum vollwertigen Berufsabschluss verloren geht. Zudem wollen wir uns
 269 bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass Prüfungen in leichter Sprache vermehrt
 270 möglich gemacht werden. Damit alle Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf
 gute
 271 Beratung und in der Anfangsphase ihrer Ausbildung eine gute Betreuung aus einer Hand und
 272 unter einem Dach erhalten, unterstützen wir den Ausbau flächendeckender
 273 Jugendberufsagenturen. Wir werden die Berufsberatung und die Leistungen zur Förderung der
 274 beruflichen Qualifizierung bis zur beruflichen Ersteingliederung bündeln und gemeinsam mit
 275 der Arbeitsagentur stärken.

276 **Gleichwertige Chancen durch berufliche und akademische Bildung**

277 In Deutschland gibt es hochwertige Bildungswege, sowohl an Hochschulen als auch im dualen
 278 Berufsbildungssystem. Wir wollen, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertige
 279 Chancen auf eine selbstbestimmte Lebensplanung und ein erfolgreiches Arbeitsleben bieten
 und
 280 eine echte Wahlfreiheit für junge Menschen besteht. Sowohl Ausbildung als auch Studium
 281 vermitteln wertvolle und vielfältig einsetzbare Fähigkeiten. Dafür müssen alle
 282 berufsbildenden Schulen gut ausgestattet sein und Ausbildungen müssen ein eigenständiges
 283 Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für eine
 284 Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen, tariflichen
 285 Ausbildungsvergütungen ein. Abschlussvoraussetzungen für die Eingruppierung in

286 Entgeltgruppen des öffentlichen Dienstes im gehobenen und höheren Dienst wollen wir im Bund
 287 flexibilisieren und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung bei
 288 Ausschreibungen der Bundesbehörden stärken. Daneben sind Talentscouting-Programme
 genauso
 289 wie die Begabtenförderung unabhängig vom Bildungsgang auszubauen. Ausbildung und
 Studium
 290 sind Zeit Neues zu entdecken. Deshalb sollen mehr Auslandsaufenthalte für Auszubildende und
 291 Studierende ermöglicht werden. Ebenso wollen wir Studium und Ausbildung für Menschen aus
 dem
 292 Ausland erleichtern. Wir unterstützen die Aufstockung der europäischen Förderprogramme wie
 293 ERASMUS+ und möchten, dass mindestens 10 Prozent der Auszubildenden einen
 Auslandsaufenthalt
 294 antreten können. So internationalisieren wir neben der akademischen auch die berufliche
 295 Bildung.

296 **Eine Grundsicherung in Ausbildung und Studium**

297 Wir wollen, dass sich jede*r eine schulische Ausbildung oder ein Studium leisten kann,
 298 unabhängig von der Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern. Dafür wollen wir das
 BAföG
 299 neu aufsetzen und zu einer Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden
 umbauen.
 300 Sie soll in einem ersten Schritt aus einem Garantiebetrug und einem Bedarfzuschuss
 301 bestehen, der den Gesamtbetrag im Vergleich zum heutigen BAföG substantiell erhöht und dem
 302 Großteil des in Frage kommenden Personenkreises zugutekommt. Studierende oder
 Auszubildende
 303 bekommen den Betrag direkt überwiesen. Perspektivisch soll sie elternunabhängig gestaltet
 304 sein. Da nicht jeder Bildungsweg linear ist oder zum Teil berufsbegleitend verläuft, wollen
 305 wir die Bildungsfinanzierung noch stärker altersunabhängig konzipieren. Ein Schritt in diese
 306 Richtung ist die Einführung eines Weiterbildungs-BAföGs. Menschen mit Behinderung erhalten
 307 weiter gehende, unbürokratische Unterstützung. Studien- und Verwaltungsgebühren an
 308 staatlichen Hochschulen lehnen wir ab. Die studentische Krankenversicherung wollen wir,
 309 insbesondere mit Blick auf die Alters- und Semestergrenzen, weiterentwickeln. Solange die
 310 Regelstudienzeit relevant für die Studienfinanzierung ist, soll Engagement von Studierenden
 311 durch verbesserte Anrechnungsmöglichkeiten von ehrenamtlicher Arbeit gefördert werden. Wir
 312 wollen Studierende und ihre Vertretungen auf Bundesebene stärker einbeziehen und ihre
 313 Mitsprachemöglichkeiten in hochschul- und wissenschaftspolitischen Fragen ausbauen. Dafür
 314 wollen wir zum Beispiel auf Bundesebene den Weg bereiten, eine Vertretung aller Studierenden
 315 einzuführen. Sie soll von Studierenden vollständig selbst verwaltet werden und unabhängig
 316 von anderen Institutionen agieren.

317 **Wir ermöglichen lebensbegleitendes Lernen**

318 **Ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung**

319 Die Möglichkeit zur beruflichen Neuorientierung und der Freiraum, Neues zu lernen, sind in
 320 einer modernen Wissensgesellschaft und Arbeitswelt im Umbruch, die Chancen bieten soll,

unerlässlich. Auch durch die Corona-Pandemie ist bei vielen die Notwendigkeit entstanden, sich neue Arbeitsfelder zu erschließen. Wir wollen, dass jede*r, egal ob arbeitslos, selbständig oder angestellt, künftig selbstbestimmt neue berufliche Perspektiven entwickeln kann. Wir treten daher für einen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung ein. Zur sozialen Absicherung ist für arbeitsmarktbedingte Weiterbildungen und Qualifizierungen ein auskömmliches Weiterbildungsgeld nötig, für alle anderen, die sich beruflich entwickeln oder neuorientieren wollen, ein Weiterbildungs-BAföG. So profitieren auch diejenigen, die bei der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung bislang das Nachsehen haben, etwa Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder Behinderungen und alle prekär Beschäftigten. Um abhängig Beschäftigten die Zeit für eine berufliche Qualifizierung und Weiterbildung einzuräumen, wollen wir einen Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht auf den vorherigen Stundenumfang einführen. Daneben werden wir für eine verbesserte und gebündelte Beratung und Unterstützung Bildungsagenturen aufbauen. Dort sollen sich die relevanten regionalen Träger von Weiterbildung vernetzen. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und faire Vergütung in der Weiterbildung ein und wollen die Volkshochschulen und ähnliche öffentliche und gemeinnützige Bildungseinrichtungen als wichtige Partner*innen der Weiterbildung unterstützen.

Alphabetisierung vorantreiben

Immer noch können mehr als gut sechs Millionen Menschen ab 18 Jahren in Deutschland nicht ausreichend lesen und schreiben. Sie haben also Schwierigkeiten, ganze Texte zu verstehen und sind somit in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe beeinträchtigt. Diese Zahlen sind 100 Jahre nach Einführung der allgemeinen Schulpflicht und in einer der reichsten Industrienationen der Welt nicht hinnehmbar. Wir wollen Geld und Kurskapazitäten bereitstellen – für Erwachsene, aber auch für Kinder. Denn die Ursachen liegen oft schon im Vorschulalter. Wir wollen konkrete Reduktionsziele für Analphabetismus festlegen und evaluieren. In öffentlichen Bereichen wollen wir die barrierefreie Kommunikation fördern, um allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Wir verbessern die Bedingungen für die Wissenschaft

Mehr Raum für große Ideen

Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie die Klimakrise, Pandemien oder auch eine effizientere Nutzung von Rohstoffen können wir nur mit der Hilfe von innovativen Lösungen und Fortschritt bewältigen. Der Markt kann dabei nicht alles allein. Bei der Lösung solcher großer Aufgaben muss der Staat Innovationen missionsorientiert vorantreiben. Er soll klare Zielvorgaben machen, Anreize schaffen, Kooperationen von Unternehmen, Hochschulen und Zivilgesellschaft organisieren und mit gezielter Forschungsförderung und strategischer Industrie- und Beschaffungspolitik Dynamik entfachen. Ein Hochschul-Campus wird hier zum Experimentierraum für reale Veränderungen, der stark mit seiner Umgebung vernetzt ist und Strahlkraft in die ganze Region entwickelt. Große Probleme können nur gemeinsam und umfassend gelöst werden. Wir wollen deshalb die Förderpolitik des Bundes an den VN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) ausrichten. Die zivile Ausrichtung von Wissenschaft ist zentral. Technische, soziale und ökologische Innovationen, die auch in der sozial-ökologischen Forschung verbunden sind, sind für uns gleichwertig. Wir wollen die dringend notwendige nachhaltige Transformation auch durch den Auf- und Ausbau von

Forschungsverbünden

und -infrastrukturen in Deutschland und Europa vorantreiben. Die „Agentur für Sprunginnovation“ (SprinD) soll flexibler ausgestaltet werden, damit sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann. Insgesamt wollen wir die Kompetenz für Wissenschaft und Forschung in allen Ministerien sowie den zentralen, obersten Bundesbehörden stärken und die ressortübergreifende Zusammenarbeit bei den großen Forschungsherausforderungen verbessern.

Unsere Behörden sollen nachhaltigen Wandel ermöglichen und nicht bremsen. Auch den unabhängigen Zugang zum All, wo die Raumfahrt wichtige Erkenntnisse über fundamentale Fragen

gewinnt, gilt es zu erhalten. Deshalb wollen wir die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und den Bereich New Space stärken und uns für einen europäischen und neuen internationalen Rechtsrahmen einsetzen, der auch private Akteur*innen reguliert.

Die Wissenschaft auskömmlich finanzieren

Wir wollen die Verantwortung übernehmen, Deutschland als Wissensgesellschaft voranzubringen, beste Bedingungen für Forschung und Innovation zu schaffen und die Vielfalt des Wissenschaftssystems stärken. Dazu gehören herausragende außeruniversitäre Forschungseinrichtungen genauso wie breit aufgestellte Hochschulen mit Spitzenforschung. Wir wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen bis 2025 insgesamt mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren und perspektivisch die Investitionen weiter ausbauen. So ermöglichen wir mehr Kreativität, Freiräume, auch mal Neuland zu betreten, und internationale Vernetzung und schaffen Planbarkeit für die Forschungslandschaft. Außerdem brauchen wir eine auskömmliche Grundfinanzierung in der Wissenschaft, um die Abhängigkeit von den in den letzten Jahren stark gestiegenen Drittmitteln wieder einzudämmen. Damit die eingesetzten Drittmittel zusätzliche Dynamiken freisetzen können, wollen wir öffentliche Drittmittel länger als die üblichen drei Jahre aufsetzen und die übernommenen Overheadkosten an den tatsächlich anfallenden Kosten orientieren. International sichtbare universitäre Spitzenforschung soll auch vermehrt den Studierenden zugutekommen und wir wollen die Exzellenzstrategie kooperativ weiterentwickeln.

Mit den Ländern wollen wir den Zukunftsvertrag Studium und Lehre sowie den Pakt für Forschung und Innovation verstetigen und qualitativ voranbringen. Auskömmliche und nachhaltige Finanzierung erhöht auch in zukünftigen Krisen die Reaktionsfähigkeit des Wissenschaftssystems. Denn die Zukunft unseres Landes hängt auch davon ab, wie flexibel und frei unsere Forschungslandschaft ist.

Wissenschaft für alle

In Zeiten von Informationsfilterblasen und Verschwörungsideologien einerseits und epochalen neuen Herausforderungen andererseits ist wissenschaftliche Beratung und die verständliche Vermittlung wissenschaftlicher Methodik wichtiger für die demokratische Debatte denn je. Die Fähigkeiten des richtigen Umgangs mit Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen sind fundamental für eine aufgeklärte Gesellschaft. Eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft durch partizipative und vernetzende Formate, ein sicherer Zugang zu Informationen für alle sowie die verständliche Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse sind Voraussetzungen für ein konstruktives, sich gegenseitig stimulierendes Verhältnis von

404 Wissenschaft und Gesellschaft. Außerdem wollen wir die Wissenschaftskommunikation stärken
 405 und die Aus- und Weiterbildung von Wissenschaftler*innen in diesem Bereich fördern. Durch
 406 mehr partizipative Formate wie Reallabore, Citizen-Science oder Experimentierräume kann die
 407 Gesellschaft besser an Forschungsvorhaben teilhaben. Das bringt weitere Perspektiven ein und
 408 hilft, reale Veränderungsprozesse wissenschaftlich zu begleiten. Im Kontext
 409 wissenschaftsgeleiteter Politik wollen wir inter- und transdisziplinäre wissenschaftliche
 410 Expertise frühzeitiger – etwa durch „Gesetzgebungslabore“ – in die Politikentwicklung
 411 einbeziehen. Die Technikfolgenabschätzung und das Monitoring der gesellschaftlichen Folgen
 412 politischer Maßnahmen sollten ausgebaut werden, um Entscheidungsträger*innen zu
 413 unterstützen.

414 **Hochschule fit für morgen machen**

415 Wir wollen an Hochschulen eine nachhaltige, klimagerechte und barrierefreie Modernisierung
 416 ermöglichen, die auch digitale Infrastruktur und die IT-Sicherheit mit einschließt. Wir
 417 werden sie dabei unterstützen, neue Lösungen für den Klimaschutz zu entwickeln und vor Ort
 418 als Reallabore für Klimaneutralität Ideen praktisch erproben zu können. Darüber hinaus
 419 werden wir über eine Digitalisierungspauschale die IT-Infrastruktur an Hochschulen stärken
 420 und die IT-Barrierefreiheit einfordern, Aus- und Weiterbildung der Lehrenden ausbauen und
 421 digitale Beratungs- und Betreuungsangebote für Studierende ausweiten. Der Zugang zu
 422 Forschungs- und Bildungsdaten soll erleichtert und FAIR Data das Grundprinzip werden. Wir
 423 wollen zudem Open Access bei Publikationen zum Standard erklären und als wissenschaftliche
 424 Leitidee stärker fördern und zusammen mit der Wissenschaft vorantreiben. Die dadurch
 425 anstehende Reform der Finanzierung wissenschaftlicher Publikationen darf nicht zu Lasten der
 426 Forscher*innen oder ihrer Einrichtungen gehen. Hochschulen sind Zukunftslabore für
 427 Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Als Schlüsselakteur*innen unseres Innovations-
 428 und Bildungsökosystems tragen sie die Verantwortung für die Bildung der Gestalter*innen
 429 unserer Zukunft und für die Erneuerungsfähigkeit von Wissenschaft und Gesellschaft. Wir
 430 wollen die
 431 nationale Forschungsdateninfrastruktur stärken und die Chancen der europäischen Cloud für
 432 Wissenschaft und Forschung ergreifen. Zu einer zukunftsfesten Infrastruktur an den
 433 Hochschulen gehören moderne Bibliotheken, Lehr- und Lernräume, die klimafreundliche
 434 Sanierung von in die Jahre gekommenen Hochschulbauten sowie Nachhaltigkeit und
 Klimaschutz
 435 für Neubauten in der Wissenschaft. Auch wollen wir den Nationalen Aktionsplan „Bildung für
 436 Nachhaltige Entwicklung“ vollumfänglich umsetzen und auch an den Hochschulen die
 Entwicklung
 437 neuer Lehr- und Lernformate unterstützen, um den großen gesellschaftlichen
 Herausforderungen
 438 unserer Zeit begegnen zu können. Wir wollen die Einheit von Forschung und Lehre an den
 439 Hochschulen stärken. Um gute Lehre für alle Studierenden sicherzustellen, wollen wir
 440 Betreuungsrelationen verbessern und die „Stiftung Innovation in der Hochschullehre“ stärken,
 441 um beste Praxis in die Fläche zu bringen. Gute Lehre ist für uns studierendenzentriert,
 442 forschungs- und projektorientiert, sie basiert auf Methoden- und Perspektiven-Vielfalt, sie
 443 stärkt Neugierde und Gestaltungskompetenz. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir darauf
 444 hinwirken, dass Studierende Zugang zu guten Beratungsdienstleistungen haben. Mit einer
 445 Offensive für studentisches Wohnen fördern und sichern wir günstigen Wohnraum für
 446 Studierende.

447 **Bessere Arbeitsbedingungen und sichere Berufswege**

448 Sichere Arbeitsbedingungen und gleiche Karrierechancen für alle sind die Voraussetzungen für
 449 eine lebendige und innovative Wissenschaftslandschaft, die auch für Wissenschaftler*innen
 450 aus dem Ausland attraktiv ist. Für Nachwuchswissenschaftler*innen gibt es vor allem an
 451 Hochschulen jedoch kaum planbare und sichere Berufswege. Das gefährdet den Forschergeist
 und
 452 verschleudert Potenziale bei Innovation, Leistung und Qualität. Und es ist für die
 453 Betroffenen eine Zumutung. Wir wollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz weiterentwickeln
 454 und den Anteil der unbefristeten Mitarbeiter*innen-Stellen, insbesondere im Mittelbau,
 455 substanziell erhöhen. Daueraufgaben sollen auch mit Dauerstellen gesichert sein. Hierzu
 456 gehören unbefristete Berufswege neben der Professur, um Hierarchien abzubauen und die
 457 kooperativen Arbeitsweisen in der Wissenschaft zu stärken. Die Qualifizierung im Rahmen der
 458 Sachgrundbefristung wollen wir klar definieren und die familienpolitische Komponente
 459 verbindlich ausgestalten. Die Tarifsperre soll entfallen. Das Tenure-Track-Programm wollen
 460 wir weiterentwickeln, damit frühzeitig nach der Promotion sichere Berufswege entstehen.
 461 Gerade in der Lehre werden viele Aufgaben weiterhin oft über schlecht bezahlte Lehraufträge
 462 abgedeckt. Wir wollen den Stellenwert der Lehre erhöhen und dafür entfristete Stellen
 463 schaffen. Die Wissenschafts- und Hochschullandschaft ist immer noch vorwiegend männlich,
 464 weiß, westdeutsch und von Menschen aus akademischen Elternhäusern geprägt und bildet
 somit
 465 die Vielfalt der Gesellschaft nur unzureichend ab. Dadurch gehen wichtige Potenziale und
 466 Perspektiven verloren. Das wollen wir durch die gezielte Förderung von Diversität an
 467 Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, Förderformate für Diversitäts- und
 468 Antidiskriminierungspolitik, chancengerechte Zugänge, gleichberechtigte Integration,
 469 Inklusion und Perspektivenvielfalt ändern, damit sich die gesellschaftliche Vielfalt auch
 470 auf dem Campus widerspiegelt. Nur ein Viertel aller Professuren in Deutschland sind durch
 471 Frauen besetzt. Hinzu kommt, dass viele junge Wissenschaftlerinnen nur in befristeten
 472 Arbeitsverhältnissen sind. Dies sind strukturelle Hindernisse, die es abzubauen gilt. Wir
 473 wollen einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent auf allen Ebenen durch die Einführung
 474 konkreter Zielquoten, eine Strategie für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im
 475 Wissenschaftsbereich, die Einführung eines verbindlichen Kaskadenmodells sowie den Ausbau
 476 des Professorinnenprogramms erreichen. In allen Beschäftigungsverhältnissen wollen wir
 477 flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, die es erlauben, Care- und Familienarbeit zu
 478 leisten. Eine größere Diversität in der Wissenschaft hilft auch, geschlechterspezifische
 479 Datenlücken zu verringern und neue Perspektiven einzubringen.

480 **Wissenschaftsfreiheit verteidigen**

481 Politisches Handeln in der geistigen Tradition der Aufklärung sowie die Orientierung an den
 482 Erkenntnissen der Wissenschaft stehen immer stärker unter Druck, auch in Deutschland. Dem
 483 stellen wir uns entgegen und wollen gemeinsam mit den Wissenschaftsorganisationen
 Strategien
 484 gegen menschenfeindliche, diskriminierende und verschwörungsideologische Anfeindungen
 gegen
 485 Wissenschaftler*innen entwickeln. Wir wollen weltweit verfolgte Wissenschaftler*innen und
 486 Studierende hier in Deutschland und auf EU-Ebene besser schützen und ihnen im Exil eine
 487 Perspektive bieten. Dazu wollen wir die vorhandenen Programme und Initiativen vom Bund

488 besser finanzieren und koordinieren sowie einen gemeinsamen europäischen Fonds aufbauen.
Die
489 Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und die Visavergabe sollen vereinfacht
490 werden. Konsequenterweise werden wir Angriffen auf die Wissenschaftsfreiheit in anderen Staaten der
491 EU, etwa in Ungarn, widersprechen und uns für die Sanktionierung im Rahmen des
492 Rechtsstaatsmechanismus einsetzen. Die Stärkung der Wissenschaftsfreiheit muss zentraler
493 Aspekt der Außenpolitik sein. Dafür wollen wir die Außenwissenschaftspolitik ausbauen und
494 die Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik besser finanzieren.
495 Sensible Daten sowie die Forscher*innen, die diese für ihre Arbeit nutzen, wollen wir vor
496 behördlichem Zugriff schützen. Es muss wirksamen Schutz gegen Anfeindungen geben, wie sie
497 mittlerweile auch Forscher*innen und ausländische Studierende häufig erleben. Ein
498 kritischer Diskurs und eine Vielfalt an Meinungen innerhalb der Hochschulen und der
499 Wissenschaft sind Voraussetzung für eine demokratische, pluralistische Gesellschaft. In
500 Zeiten zunehmender Polarisierung gesellschaftlicher Debatten sind wir auf die Wissenschaft
501 als sachlich-rationalen Diskursraum angewiesen. Auch kontroverse Themen und Fragen müssen
in
502 diesem Raum konstruktiv erörtert werden können.

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 11.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-E Eine Einladung

1 **DEUTSCHLAND. ALLES IST DRIN.**

2 **Programm zur Bundestagswahl 2021**

3 **Eine Einladung**

4 Liebe Wähler*innen,

5 durch Wahlen entscheidet eine Gesellschaft, wer sie sein will. Das gilt erst recht für diese
6 Bundestagswahl am 26. September. Mit ihr endet eine Ära und eine neue kann beginnen.
7 Zukunft ist aber nichts, was uns einfach widerfährt. Sie, liebe Wähler*innen,
8 können mit Ihrer Stimme selbst entscheiden, welche Richtung sie nimmt.

9 Wir, BÜNDNIS[\[n1\]](#) 90/Die Grünen, legen mit diesem Programm unser inhaltliches Angebot an
10 Sie
11 vor.

12 Wir tun dies in einer Zeit des globalen Ausnahmezustands. Die Pandemie hat uns alle bis ins
13 Mark getroffen. Sie hat im Guten gezeigt, zu welcher Gemeinsamkeit, Innovationskraft und
14 Widerstandsfähigkeit wir Menschen erreichen können. Sie hat aber auch die Schwachstellen
15 unserer
16 Gesellschaft schonungslos offengelegt, und das in einer ohnehin verwundbaren Welt. Die
17 globalen Krisen dieser Zeit – zuallererst die Klimakrise als wahre Menschheitskrise – wirken
18 in unser aller Leben hinein und gefährden Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

19 Wir haben aber die Wahl: Wir können entscheiden, ob uns die Krisen über den Kopf wachsen
20 oder wir über sie hinaus. Die Erfahrungen in der Pandemie zeigen, dass wir Krisen in
21 gemeinsamer Kraftanstrengung bewältigen können. Durch die Solidarität, mit der unsere
22 Gesellschaft den Verletzlichsten den stärksten Schutz gegeben hat. Durch Rücksichtnahme, die
23 so viele Menschen an den Tag legen. Durch Wissenschaft und Fortschritt. Täglich wachsen in
24 der Pandemie Menschen über sich hinaus – im Krankenhaus, im Altersheim, im Supermarkt, im
25 Labor, Kinder, Eltern und Lehrkräfte im Distanzunterricht, Jugendliche allein zu Hause,
26 Selbständige, die größte Anpassungsfähigkeit zeigen. Jetzt ist es Zeit, dass die Politik
27 über sich hinauswächst.

28 Wir können aus Fehlern lernen. Wir haben erlebt, wie fragil der Status quo ist, wie
29 zerbrechlich eine rein auf Profit ausgerichtete Wirtschaft, aber auch, welche Bedeutung
30 Grundrechte haben und wie stark unsere Gesellschaft ist. Wir haben erfahren, wie begrenzt
31 nationale Antworten auf globale Fragen sind, gesehen, wie viel Unsicherheit entsteht, wenn
32 man nur auf Sicht fährt, und wie notwendig eine Politik mit Weitblick und für Frieden
33 ist. Je besser wir vorsorgen, je widerstandsfähiger wir werden, je besser wir schützen, umso
34 freier können wir leben.

35 Als Gesellschaft haben wir den Schlüssel für so vieles schon in der Hand. Wir wissen, wie
man eine Industriegesellschaft sicher ins Zeitalter der Klimaneutralität führt. Wie man

36 dafür den Kohleausstieg beschleunigt und Versorgungssicherheit gewährleistet, wie viel mehr
37 Strom aus Wind und Sonne gewonnen werden kann und der Naturschutz gestärkt wird. Wir
wissen,
38 wie man eine sozial-ökologische Marktwirtschaft entwickelt, die zukunftsfähige Jobs,
39 sozialen Schutz und fairen Wettbewerb in Deutschland und Europa zusammenbringt, wie man
der
40 Globalisierung klare Regeln setzt und multinationale Konzerne angemessen besteuert. Wir
41 wissen, wie wir in eine starke Gesundheitsversorgung und eine moderne Infrastruktur, in gute
42 Schulen und öffentliche Räume, in einen gut funktionierenden und bürger*innennahen Staat
43 investieren können. Es ist möglich, Ungleichheit zu verringern, gleichwertige
44 Lebensverhältnisse auf dem Dorf, in der Kleinstadt und in der Metropole herzustellen und
45 Kinder ins Zentrum zu rücken. Wir können eine volle Gleichberechtigung der Geschlechter
46 erreichen und eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft gestalten. Wir sind in der Lage und
47 fest entschlossen, Europa als Wertegemeinschaft demokratisch zu stärken und im globalen
48 Systemwettbewerb gerechter und handlungsfähiger zu machen. Das lässt sich mit
49 internationaler Solidarität meistern und wenn wir unsere Art, zu leben und zu wirtschaften,
50 so
51 gestalten, dass wir Krisen an anderen Orten der Welt nicht verschärfen. Aber Worte allein
52 reichen nicht, wir müssen es auch tun. Jetzt ist die Zeit fürs Machen.

53 Reaktive Politik hat die letzten Jahre über versucht das Schlimmste zu verhindern. Aber es
54 geht darum, das Beste zu ermöglichen. In kurzer Zeit eine klimaneutrale Gesellschaft zu
55 werden, ist eine epochale Aufgabe mit inspirierender Kraft. Wir wollen einen Aufschwung
56 schaffen, der über das rein Ökonomische hinausgeht. Einen Aufschwung, der das ganze
57 gesellschaftliche Leben in seiner Stärke und Vielfalt erfasst: Bildung und Kultur, Arbeit
58 und Digitalisierung, Wissenschaft und Innovation.

59 Dieses Programm ist dafür ein Anfang. Es schlägt konkrete und ehrgeizige Projekte für
60 politisches Handeln in einer Bundesregierung in den kommenden vier Jahren vor. Die Aufgaben
61 sind groß, die Widerstände ebenfalls. Aber die letzten Jahre haben gezeigt, dass viele
62 Menschen in der Gesellschaft der Politik weit voraus sind. Lassen Sie uns also gemeinsam die
63 politische Arbeit auf die Höhe der Zeit bringen. Wenn Sie, liebe Wähler*innen, uns
64 das Mandat dafür erteilen und wir diese Projekte mit Ihnen Schritt für Schritt umsetzen
65 dürfen, schaffen wir zusammen die Grundlagen für ein Jahrzehnt des mutigen Vorgehens, des

66 Machens, des Gelingens. Macht ist in einer Demokratie nur geliehen. Diese Leihgabe
67 verpflichtet zu sauberer Politik – zu einer Politik, die das Wohl der Bürger*innen über das
68 persönliche Interesse stellt, die Rechenschaft ablegt und sich selbst Grenzen setzt. In
69 diesem Sinne werden wir handeln.

70 Wir werden manch gute Tradition auf neue Weise zum Tragen bringen, manch Neues begründen,
71 manch Gewohntes ablösen, aber wir schaffen Sicherheit im Übergang. Nach einer Ära der
72 politischen Kurzfristigkeit bringen wir den langen Atem, den klaren Kompass und die
73 Durchsetzungsfähigkeit mit, um unser Land – im Herzen Europas, der Welt zugewandt – in eine
74 bessere Zukunft zu führen. Ja, zu führen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik
75 kämpfen wir, BÜNDNIS 90/Die Grünen, um die politische Führung in diesem Land, inhaltlich und
76 personell. Wir stehen auf einem festen Wertefundament und sind tief verwurzelt in der

- 77 Gesellschaft. Wir haben ein klares Ziel für dieses Jahrzehnt vor Augen: klimagerechten
78 Wohlstand. Wir sind gewachsen und gestärkt durchs Regieren in Kommunen, Ländern und im
Bund.
- 79 Mit Erfahrung und Kompetenz, mit Herz und Weitblick, mit Zuversicht und Leidenschaft, offen
80 und lernfähig, so gehen wir in dieses Jahrzehnt. Das ist unser Angebot und so werben wir um
81 Mehrheiten für die kommenden vier Jahre. Wir laden Sie ein, mit uns diesen Weg zu gehen.

Kapitel 6: International zusammenarbeiten



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 13.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-I Kapitel 6: International zusammenarbeiten

1 Kapitel 6: International zusammenarbeiten

Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global: Pandemien, die Klima- und Biodiversitätskrise, Hunger, Urbanisierung, Migration und die sozial-ökologische Transformation als besondere Aufgabe. Wir können sie nur gemeinsam meistern. Jahrelang hat Deutschland in Europa und der Welt aber allenfalls moderiert, oft gezögert, ist abgetaucht. Es ist Zeit, wieder eine kooperative und aktive Politik zu betreiben und als gestaltende Kraft voranzugehen im Sinne einer multilateralen und vorsorgenden, einer kohärenten und wertegeleiteten Politik – stets europäisch und entlang einer verlässlichen deutsch-französischen Zusammenarbeit, mit unseren Partner*innen innerhalb und außerhalb Europas, transatlantisch und im Rahmen der Vereinten Nationen.

Gestützt auf die Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, das Pariser Klimaabkommen, internationale Menschenrechtsnormen und die rechtsbasierte internationale Ordnung setzen wir uns für eine wirkungsorientierte globale Strukturpolitik ein, die den Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter, eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Wohlstand sowie Entwicklungschancen für alle als beste Vorsorge gegen die Klima- und Biodiversitätskrise, Konflikte, Gewalt oder das unermessliche Leid von Hunger, Flucht und Vertreibung begreift. Wir wollen dazu auch eine europäische Politik der globalen Vernetzung und Konnektivität vorantreiben und begrüßen entsprechende Partnerschaften

Ausgangspunkt unserer Politik ist eine gestärkte, krisenfeste und handlungsfähige Europäische Union. Die Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen verteidigen und nach außen beherzt vertreten: Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die EU als Friedensmacht ist nicht nur Antwort auf eine lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen und Feindseligkeiten auf unserem Kontinent, exportiert in die ganze Welt, sondern vor allem ein Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt. Sie ist unser schützenswertes und einmaliges Zuhause. Gerade weil wir überzeugte Europäer*innen sind, streiten wir für ihre stetige Fortentwicklung. Wir arbeiten für eine europäische Wertegemeinschaft, die ihre Abhängigkeit von Dritten in kritischen Bereichen ab- und ihre Souveränität und strategische Handlungsfähigkeit ausbaut – in einem Gleichgewicht von Kooperation, wo möglich, und Eigenständigkeit, wo nötig. So eine EU ist in der Lage, kritische Infrastruktur und globale Gemeingüter bereitzustellen und zu schützen, global für das Völkerrecht und die universalen Menschenrechte einzustehen. Ein wichtiges Fundament dafür ist es, Spaltung und antidemokratischen Bestrebungen innerhalb Europas entgegenzutreten. Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich erheblichen Einfluss. Diesen Hebel wollen wir nutzen, um die globale Transformation gerecht zu gestalten und ambitionierte Standards zu setzen.

Der erheblichen Widerstände und Dilemmata, die das bedeutet, sind wir uns bewusst. Mit ihrem

autoritären Hegemonialstreben zwingen Staaten wie China und Russland, die Menschen- und Bürger*innenrechte systematisch aushebeln, andere Staaten nicht nur in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit, sondern sie wollen auch Europa spalten. Zugleich wird eine globale sozial-ökologische Transformation ohne China, auch ohne Russland oder Brasilien, nicht möglich sein. Das allein zeigt: Der globale Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen ist real, lässt bisweilen nur die Wahl zwischen Regen oder Traufe – und stellt uns vor derart beachtliche Aufgaben, dass jede Form des Alleingangs zum Scheitern verurteilt wäre. Mit einer Demokratieoffensive treten wir diesem Trend entgegen und stärken die globale Zusammenarbeit von Demokratien und Demokrat*innen. In eine Partnerschaft für Demokratie sollten die Länder, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Parlamentarier*innen einbezogen werden, die sich zu ambitionierten demokratischen Standards bekennen. Zudem wollen wir die Stärkung von demokratischer Rechtsstaatlichkeit, regionaler Integration, Zivilgesellschaft und Menschenrechten ressortübergreifend besser koordinieren und ausbauen. Wir präferieren die regelbasierte, multilaterale Zusammenarbeit gegenüber informellen Formaten.

Wir können die vielen Widersprüche und Grenzen außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Handelns nicht auflösen. Die Verteidigung von Menschenrechten, Demokratie und das klare Bekenntnis zu Freiheitsbewegungen führen an die Grenzen politischer Handlungsfähigkeit. Wir können uns aber dieser Verantwortung nicht entziehen. Umso zentraler ist europäische Kohärenz und sind politische Bündnisse mit allen anderen Staaten, aber gerade auch Regionen, Kommunen und zivilgesellschaftlichen oder zwischenstaatlichen Akteur*innen, für die der Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts ebenfalls Grundlage internationaler Beziehungen sind. Diese Bündnisse wollen wir stärken und selbstbewusst mitgestalten. Deutschlands Vertretung in internationalen Organisationen wollen wir besser aufstellen und das Engagement stärken. Souverän sind wir nur gemeinsam.

Wir setzen auf den ehrlichen Interessenausgleich, auf eine feministische Außenpolitik, die Achtung der Rechte marginalisierter Gruppen, auf Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit, auf Gewaltfreiheit und koordinierte Krisenprävention und regelbasierte sowie vorrangig zivile Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten Welt. Unser Ziel ist eine Weltordnung, in der Konflikte nicht über das Recht des Stärkeren, sondern am Verhandlungstisch gelöst werden. Und wir reichen allen die Hand, die daran teilhaben wollen. Wir richten unsere Politik postkolonial und antirassistisch aus, im Wissen um Deutschlands Verantwortung in der Welt und im Bewusstsein um die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Als hochentwickelter und exportorientierter Industriestaat gehört Deutschland zu den Hauptverursachern globaler Erwärmung und agiert als entscheidender Player einer Globalisierung, die eben nicht nur Wohlstand und Entwicklung bedeutet, sondern auch zu Ausbeutung von Mensch und Umwelt führt. Diese Verantwortung, insbesondere auch gegenüber Ländern des globalen Südens, verstehen wir als Antrieb für ambitionierte Veränderung und entschiedenes Handeln mit dem Ziel globaler Gerechtigkeit und setzen dafür bei uns selbst an.

Das bedeutet auch: Wir fordern die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte nicht nur von anderen ein, sondern messen uns selbst daran. Menschenrechte sind völkerrechtliche Pflicht und unverrückbare Grundlage einer wertegeleiteten internationalen Politik. „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“: Artikel 1 der Allgemeinen

80 Erklärung der Menschenrechte ist Leitbild unseres Engagements – auch in der europäischen
 81 Geflüchtetenpolitik. Sie ist das große Versagen Europas. In keinem anderen Bereich scheitern
 82 die europäischen Regierungen derart an den eigenen Ansprüchen hinsichtlich Moral,
 83 Menschenrechten und internationalen Rechts.

84 Doch wir haben Möglichkeiten und Regeln, um Flucht angemessen und nach klaren,
 85 menschenrechtsbasierten Prinzipien zu begegnen. Diese Regeln gibt es, ebenso wie es immer
 86 wieder Momente in unserer Geschichte gab, da nach ihnen gehandelt wurde. Hier wollen wir
 87 anknüpfen und – wenn nicht gesamteuropäisch, dann in einer humanitären Koalition der
 88 Willigen innerhalb und außerhalb der EU – einen Paradigmenwechsel hin zur konsequenten
 89 Vorbeugung gegen Fluchtursachen und zu einem menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten
 90 vorantreiben. Wir setzen auf Rationalität und Handlungswillen, auf Humanität und
 91 Verantwortung – und auf den unerlässlichen Pragmatismus der Nothilfe.

92 Die Größe und Komplexität der internationalen Herausforderungen, die da vor uns liegen,
 93 sollte Messlatte unseres nationalen und internationalen politischen Handelns sein. Die
 94 globalen Aufgaben sind erheblich. Wagen wir die notwendigen Antworten.

95 **Wir treiben die sozial-ökologische Transformation voran**

96 **Schubkraft für globale Transformation**

97 Mehr denn je bedrohen Klimaveränderungen und der Verlust von Artenvielfalt menschliche
 98 Sicherheit und Freiheit sowie die nachhaltige Entwicklung – überall auf der Welt. Die Zeit
 99 drängt. Darum braucht es in den nächsten Jahren einen energischen Schub für eine sozial-
 100 ökologische Transformation. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 und des
 101 Klimaabkommens von Paris waren ein Aufbruch. Alle Länder sind seitdem verpflichtet, bei sich
 102 zu Hause anzufangen und ihren Beitrag für die gemeinsame Aufgabe zu leisten – schließlich
 103 sind es unsere Entscheidungen in Wirtschaft und Handel, bei Agrar- oder Rüstungsexporten,
 104 die sich weltweit stark auf Klima, Artenschutz und globale Gerechtigkeit auswirken. Wir
 105 wollen alle Politikbereiche in Deutschland auf die Transformation ausrichten und für ein
 106 strategisches und kohärentes Handeln in allen Ressorts und Politikbereichen einen Nationalen
 107 Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte einrichten sowie einen Nachhaltigkeits-
 108 und Menschenrechts-TÜV einführen, mit dem relevante Gesetzesentwürfe auf Vereinbarkeit mit
 109 den VN-Nachhaltigkeits- und -Klimazielen sowie Menschenrechtsabkommen überprüft werden.

Auch

110 international wollen wir neuen Schwung in die sozial-ökologische Transformation bringen,
 111 indem wir auf eine verbindliche Transformationsquote hinwirken und insbesondere die Länder
 112 des globalen Südens in diesem Prozess unterstützen. Wir bündeln die Ausgaben für
 113 Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung und Teile der humanitären
 114 Hilfe, um eine globale Transformation entlang der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten
 115 Nationen und der Pariser Klimaziele zu finanzieren. Dabei halten wir unsere internationalen
 116 Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit, Klimafinanzierung und Biodiversität ein.
 117 Deutschlands Beitrag dazu ist, die ODA-Quote, also den Anteil der öffentlichen Ausgaben für
 118 Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen, von 0,7 Prozent bis 2025 zu
 119 erreichen
 119 und weitere 10 Milliarden Euro zur internationalen Klimafinanzierung bereitzustellen.

120 **Klimaaußenpolitik und globale Klimagerechtigkeit**

Wir verfolgen eine ambitionierte, nachhaltige und menschenrechtskonforme Klimaaußenpolitik und setzen uns für globale Klimagerechtigkeit ein: Wir machen Klimaneutralität sowie die Bewältigung von Klimafolgen zu einer ressortübergreifenden strategischen Priorität unseres internationalen politischen Handelns. So wollen wir auch der historischen Verantwortung von Deutschland und Europa gerecht werden. Internationale Kooperation für Klimagerechtigkeit ist klimapolitisch notwendig, verfolgt die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele, beugt Ressourcenkonflikten vor und sichert Frieden. Denn die Länder des globalen Südens haben wachsende Energiebedarfe: Mit Klima- und Entwicklungspartnerschaften wollen wir Innovation für Klimaneutralität global vorantreiben, den massiven Ausbau erneuerbarer Energien unterstützen und Anpassung stärken, damit die Weltgemeinschaft auf den 1,5-Grad-Pfad kommen kann. Wir wollen Win-win-Situationen für Europa und seine Nachbarstaaten sowie für Länder mit großen Potenzialen für erneuerbare Energien schaffen und somit postkolonial sensibel unseren Bedarf an grüner Energie sichern: grünen Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. Wir stärken die personellen und finanziellen Mittel Deutschlands und der EU für Klimaaußenpolitik sowie für globale Klimagerechtigkeit und richten unsere diplomatischen Fähigkeiten gezielt auf eine klimagerechte Politik aus. Die bestehenden internationalen Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz wollen wir besser ausstatten und setzen uns für einen zusätzlichen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten ein, um daraus zum Beispiel Klimarisikoversicherungen zu finanzieren. Förderungen fossiler Energieträger in unserer Entwicklungs- und Exportfinanzierung werden wir beenden. Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die Weltbank oder die KfW sollen zu Transformationsbanken umgebaut werden.

Klima und Umwelt schützen, Menschenrechte achten

Der Schutz der Menschenrechte verpflichtet zum Klima- und Umweltschutz, umgekehrt schützt Klima- und Umweltschutz Menschenrechte. Wir treten für verbindliche Mechanismen zum Schutz von Menschen ein, die aufgrund von Extremwetterereignissen oder schleichender Umweltveränderung ihre Lebensgrundlage verlieren und ihre Heimat verlassen müssen. Insbesondere regionale Ansätze, die den Betroffenen eine selbstbestimmte und würdevolle Migration ermöglichen und ihnen Aufenthaltsperspektiven schaffen, unterstützen wir. Zugleich wollen wir jene Staaten in die Pflicht nehmen, die historisch am meisten zur Erderwärmung beigetragen haben, um dem Verantwortungsprinzip im Umweltvölkerrecht Rechnung zu tragen und Heimat- und Aufnahmeländer klimabedingter Migration zu unterstützen. Die „Task Force on Displacement“ der Klimarahmenkonvention UNFCCC wollen wir strukturell stärken und setzen uns dafür ein, dass ihre Empfehlungen ebenso umgesetzt werden wie der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration sowie der Globale Pakt für Flüchtlinge. Es braucht auch die Stärkung des Rechts indigener Gemeinschaften. Initiativen zur Stärkung des Rechtswegs, auch gegen multilaterale Investitionsbanken und das Instrument der Klimaklagen unterstützen wir. Die französische Initiative, das Umweltvölkerrecht zu kodifizieren und zu konsolidieren, greifen wir auf und machen uns dafür stark, in einem ersten Schritt das Recht auf saubere Umwelt in einer Resolution der VN-Generalversammlung zu verbriefen. Da

161 Verbrechen gegen die Umwelt nicht vor Ländergrenzen Halt machen, ist es im globalen
 162 Interesse, dass die internationale Staatengemeinschaft eine Gerichtsbarkeit schafft, die
 163 diese Verbrechen unabhängig und grenzüberschreitend verfolgt.

164 **Armut und Ungleichheit weltweit bekämpfen**

165 Durch die Corona-Pandemie sind Armut und Ungleichheit weltweit dramatisch angestiegen.
 166 Armutsbekämpfung und gerechte Teilhabe sind zentrale Ziele unseres internationalen
 167 Engagements. Wir unterstützen Länder dabei, eine sozialorientierte Wirtschafts- und
 168 Steuerpolitik zu verfolgen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen weltweit sozial
 169 abgesichert werden, auch über Social Cash Transfers, und dass Kinder und Jugendliche Zugang
 170 zu hochwertiger Schul- und Berufsausbildung erhalten. Gemeinsam mit unseren Partnerländern
 171 wollen wir den Aufbau nachhaltiger und rechthebasierter sozialer Sicherungssysteme fördern.
 172 Grundsätzlich sollen soziale Sicherungsprogramme einfach zugänglich sein und die
 173 vulnerabelsten Gruppen erreichen, die Geschlechtergerechtigkeit herstellen und den sozialen
 174 Zusammenhalt stärken. Um die Effektivität aller Maßnahmen zu erhöhen, wollen wir
 175 Wirkungsevaluierung, Transparenz sowie den Austausch mit der Wissenschaft stärken.

176

177

178 **Humanitäre Hilfe stärken**

179 Mit humanitärer Hilfe unterstützen wir weltweit Menschen, die in humanitäre Notlagen geraten
 180 sind. Die Anzahl humanitärer Krisen nimmt zu, sowohl aufgrund bewaffneter Konflikte als auch
 181 infolge klimakrisenbedingter Extremwetterereignisse. Immer mehr Menschen müssen ihre
 Heimat

182 verlassen, humanitäre Krisen dauern länger an. Dem werden wir durch eine kontinuierliche
 183 Anpassung der Mittel für die humanitäre Hilfe gerecht. Diese werden bedarfsorientiert sowie
 184 verstärkt mehrjährig vergeben. Damit ermöglichen wir Planbarkeit und Flexibilität für die
 185 Durchführungsorganisationen und erreichen Menschen in Not schnell und angemessen. Wir
 setzen

186 uns für die Achtung der humanitären Prinzipien ein und gehen durch die bessere Verzahnung
 187 mit ziviler Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit die strukturellen Ursachen an.

188 **Wir stärken die multilaterale Zusammenarbeit**

189 **Vereinte Nationen reformieren**

190 Ohne die Vereinten Nationen ist die multilaterale Zusammenarbeit an der sozial-ökologischen
 191 Transformation nicht zu meistern. Ihre Institutionen versorgen überall auf der Welt
 192 Millionen von Geflüchteten, stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und Gesundheitsleistungen
 193 zur Verfügung. Sie vermitteln in unzähligen Kriegen und Konflikten und sind der Rahmen, in
 194 dem die beiden wichtigsten multilateralen Abkommen der vergangenen Jahre ausgehandelt
 worden

195 sind: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaschutzabkommen. Das
 196 Engagement Deutschlands und der EU für die Vereinten Nationen werden wir finanziell,
 197 personell und diplomatisch substanziell verstärken, besser koordinieren und internationale
 198 Vereinbarungen konsequent in nationale und europäische Politik umsetzen. So schaffen wir die
 199 Voraussetzungen für notwendige Reformen des VN-Systems. Der Sicherheitsrat und andere
 Organe

200 der Vereinten Nationen sollten an die Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst werden.

201 Dabei geht es um eine gerechtere Repräsentation der Regionen im Sicherheitsrat. Das Konzept
 202 der Vetomächte ist nicht mehr zeitgemäß. Wir zielen darauf, dass das Vetorecht langfristig
 203 abgeschafft wird. Als Zwischenschritt sollte im Falle von schwersten Verbrechen gegen die
 204 Menschlichkeit ein Veto im Sicherheitsrat mit einer Begründung und einem Alternativvorschlag
 205 versehen werden. Wenn der Sicherheitsrat im Falle von schwersten
 Menschenrechtsverletzungen
 206 anhaltend blockiert ist, soll die Generalversammlung an seiner Stelle nach dem Vorbild der
 207 „Uniting for Peace“-Resolution über friedens erzwingende Maßnahmen, also diplomatische
 208 Maßnahmen, Sanktionen oder militärische Maßnahmen gemäß Kapitel VII der UN-Charta, mit
 209 qualifizierter Mehrheit beschließen.

210 **Resilienz gegen Epidemien erhöhen - WHO stärken**

211 Zum Schutz vor neuen und zur Bekämpfung der alten Krankheiten setzen wir auf verstärkte
 212 internationale Zusammenarbeit und Solidarität unter dem Dach der zu reformierenden
 213 Weltgesundheitsorganisation als Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Die WHO soll die
 214 koordinierende Organisation der globalen Gesundheit sein. Dazu wollen wir sie mit deutlich
 215 höheren Beiträgen und einem klaren Mandat befähigen. Sie soll Gesundheitssysteme weltweit
 216 stärken können, damit eine bessere Versorgung lokaler Bevölkerungen sichergestellt ist und
 217 die Prävention gegen nichtübertragbare wie übertragbare Krankheiten, deren Diagnose und die
 218 Reaktion darauf verbessert werden. Ihre zentrale Rolle in der Pandemievorsorge und -
 219 bekämpfung wollen wir weiter stärken. In den G20 werden wir uns dafür einsetzen, ihr einen
 220 formellen Sitz einzuräumen. Mit Blick auf die Bekämpfung der Corona-Pandemie hat Priorität,
 221 dass noch in diesem Jahr die bestehenden Kapazitäten zur Produktion von Covid-19-Impfstoffen
 222 erhöht und Impfstoffe im Rahmen der COVAX-Allianz an einkommensschwache Länder geliefert
 223 werden. Zusätzlich setzen wir uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer
 224 bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Die Gewährleistung offener,
 225 fairer und flexibler globaler Lieferketten ist dafür genauso Voraussetzung wie die Aufhebung
 226 weltweiter Exportrestriktionen für Covid-19-Impfstoffe. Wo freiwillige
 227 Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, unterstützen wir Anträge auf Erteilung von
 228 verpflichtenden Lizenzen für Covid-Impfstoffe gegen Entschädigungen und bringen uns in
 229 diesem Sinne bei der WTO für eine temporäre Aussetzung von Patenten für Technologien zur
 230 Bekämpfung von Covid-19 in die Verhandlungen ein. Monopole auf geistiges Eigentum zur
 231 Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien,
 232 Impfstoffen und Arzneimitteln nicht versperren. Wir unterstützen die Einbindung Taiwans in
 233 die WHO inklusive eines Beobachterstatus.

234 **50 Prozent Frauen in internationalen Verhandlungen**

235 Wir wollen dem Multilateralismus neue Impulse für mehr Zusammenarbeit geben.
 Transformation
 236 gelingt nur mit Kooperation, und die gelingt nur durch Einbeziehung der betroffenen
 237 gesellschaftlichen Gruppen. Nach wie vor ist die gleichberechtigte und intersektionale
 238 Teilhabe von Frauen der stärkste Indikator dafür. Wir wollen schrittweise für Deutschland
 239 und Europa eine 50-Prozent-Quote in allen diplomatischen und multilateralen Verhandlungen,
 240 für die Entsendung in internationale Organisationen sowie auf den Umsetzungsebenen
 241 durchsetzen. Um das zu ermöglichen, ist eine 50-Prozent-Quote für Frauen im Auswahlverfahren
 242 für das Personal in internationalen Einsätzen, in den international arbeitenden Ministerien

sowie im gehobenen und höheren Europäischen Auswärtigen Dienst notwendig. Es braucht vergleichbare Kriterien, Standards, Indikatoren und Zeitrahmen für die Gleichstellungspläne der Ministerien, vergleichbar mit dem „Gender Equality Plan“ nach dem Vorbild der schwedischen Regierung.

Wir arbeiten an guten Beziehungen in einer multipolaren Welt

Für eine aktive europäische Politik mit unseren Nachbarstaaten

Die EU muss vor allem in ihrer direkten Nachbarschaft mehr Verantwortung übernehmen. Die EU-Erweiterungspolitik ist dabei eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen. Deshalb treten wir für konkrete Fortschritte bei der europäischen Integration der Länder des westlichen Balkans ein. Wir wollen notwendige Reformen, unter anderem bei Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung sowie Inklusion und Schutz von Minderheiten, insbesondere der Rom*nja, aktiv unterstützen. Die Visaliberalisierung für Kosovar*innen ist als nächster Schritt genauso unerlässlich wie Fortschritte im Serbien-Kosovo-Dialog, die Eröffnung der ersten EU-Beitrittskapitel für Albanien und Nordmazedonien oder die Schaffung einer Bürger*innengesellschaft mit gleichen Rechten für alle Bürger*innen in Bosnien und Herzegowina. Auch Aussöhnungsprozesse und die politische und juristische Aufarbeitung der Kriegsverbrechen müssen gestärkt werden. Ethnischen Grenzverschiebungen oder Diskriminierungen erteilen wir eine klare Absage. In Osteuropa streiten viele mutige Menschen in Ländern wie Armenien, Georgien, Ukraine oder Belarus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Wir stehen an ihrer Seite und fördern demokratische und sozial-ökologische Transformationsprozesse in der Region, im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU und bilateral, etwa durch die stärkere Knüpfung von Geldern an die nachhaltige Umsetzung von Reformen. Wir unterstützen die demokratische Zivilgesellschaft und unabhängige Medien vor Ort, wollen mehr Austausch zwischen Ost und West ermöglichen und Justizreformen vorantreiben. EU-assoziierten Ländern der Östlichen Partnerschaft wollen wir den Weg zu einem EU-Beitritt offenhalten. Im Süden braucht es eine neue Mittelmeerpolitik, die gemeinsam Entwicklungspotenziale für die Region realisiert und sich zugleich den enormen Herausforderungen stellt: Terrorismus, autoritäre Regime, Staatszerfall. Gemeinsam wollen wir im Rahmen ambitionierter Energiepartnerschaften den Mittelmeerraum zu einer Plus-Energie-Region machen. Derweil hat zu unserem großen Bedauern mit Großbritannien erstmals ein Land das gemeinsame Haus der EU verlassen. Es ist gut, dass mit dem Handels- und Kooperationsabkommen die Grundlage für einen Neubeginn geschaffen wurde. Es bedarf aber weiterer Anstrengungen, um zu verhindern, dass europäische Standards ausgehöhlt werden. Das Karfreitagsabkommen und die offene Grenze garantieren den Frieden auf der irischen Insel. Dieser fragile Frieden darf nicht gefährdet werden. Den Austausch von Studierenden, Forscher*innen und in der beruflichen Bildung zwischen der EU und Großbritannien wollen wir auch nach dem Brexit lebendig halten.

USA

Die transatlantische Partnerschaft bleibt ein zentraler Stützpfeiler der deutschen Außenpolitik, jedoch muss sie erneuert, europäisch gefasst, multilateral und an klaren

gemeinsamen Werten und demokratischen Zielen ausgerichtet werden. Als Kern einer erneuerten transatlantischen Agenda der EU wollen wir einen gemeinsamen starken Impuls für die weltweite Klimapolitik, ausgehend von den Pariser Klimazielen, geben. Besonders mit der Etablierung einer starken Klimapartnerschaft kann die transatlantische Partnerschaft Inspiration und Treiber für eine sozial-ökologische Transformation, die weltweit höchste Standards setzt, sein. Wir setzen auch bei der Stärkung des Multilateralismus, in Handelsfragen sowie bei der Gesundheit auf eine gute Kooperation mit den USA. Wir wollen uns gemeinsam für den weltweiten Menschenrechtsschutz, die Weiterentwicklung internationaler Rechtsnormen, globale Rüstungskontrolle und Abrüstung, eine regelbasierte Weltordnung und die Stärkung einer verantwortungsbewussten Handelspolitik einsetzen. Das schließt eine Verständigung über den Umgang mit autoritären Staaten mit ein. Der sicherheitspolitische Fokus der USA wird sich auch mit der neuen US-Regierung nicht wieder zuvorderst auf Europa richten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen selbst mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Das gilt insbesondere für die Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten und Polens. Wir wollen die transatlantische Debatte auf vielen Ebenen führen, auch auf den jeweiligen föderalen und lokalen, sowie in zivilgesellschaftlichen Foren – und damit nachhaltige, diverse gesellschaftliche Netzwerke knüpfen.

China

China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von China ein Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen, etwa in Xinjiang und Tibet und zunehmend auch in Hongkong. Es braucht auch einen konstruktiven Dialog mit China, der dort eine Kooperation sucht, wo es zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit ist, und klare Gegenstrategien bereithält, wo China systematisch versucht, internationale Standards zu schwächen. Insbesondere in der Klimapolitik streben wir gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen sowie eine Einhaltung von nachhaltigen Produktionsstandards und einen transparenten Fahrplan zur Bekämpfung der Klimakrise, beispielsweise durch einen Kohleausstieg, in China an. Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen. Wir halten uns an die „Ein-China-Politik“ der Europäischen Union und betonen, dass die Vereinigung mit Taiwan nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf. Gleichzeitig wollen wir den politischen Austausch mit Taiwan ausbauen. Unsere Handelsbeziehungen mit China wollen wir nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert und jede Form von Zwangsarbeit beendet. Das EU-Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzungen – etwa in Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt. Deutschland sollte sich außerdem für eine Fact-Finding-Mission zu Xinjiang im Rahmen des VN-Menschenrechtsrats einsetzen und die Unterdrückung der Uigur*innen als Völkerstraftaten bezeichnen. Dem europäisch-chinesischen Investitionsabkommen CAI können wir in seiner

jetzigen Form nicht zustimmen. Wir werden an einer engen europäischen und transatlantischen Koordinierung gegenüber China arbeiten.

Indo-Pazifik

Wir setzen uns für eine freie und offene indo-pazifische Region auf der Grundlage globaler Normen und des Völkerrechts ein. Wir wollen eine umfassende Kooperation mit der Region, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Stärkung des Multilateralismus und bei Digitalisierung und Klimaschutz. Australien, Japan, Neuseeland, Südkorea und auch Taiwan betrachten wir ebenso als wichtige Partnerländer, wie wir die strategischen Partnerschaften mit Indien und mit ASEAN ausbauen wollen. Die Stärkung der Zivilgesellschaften ist ein integraler Bestandteil unserer Indo-Pazifik-Strategie. Wir entwickeln eine indo-pazifische Handelspolitik, die nachhaltige bilaterale Handelsbeziehungen mit gleichgesinnten Partner*innen in einem multilateralen Rahmen vorsieht, demokratisch und transparent zustande kommt und sich für globale Gemeinwohlinteressen wie Klimaschutz, Sozialstandards und Menschenrechte einsetzt. Wir streben an, einen intensivierten Dialog zu Frieden und Sicherheit mit Partner*innen im Indo-Pazifik zu führen. Die vor allem vom steigenden Meeresspiegel Betroffenen verdienen unsere verstärkte, konkrete Unterstützung. Auch soll sich Deutschland aktiv für eine globale EU-Konnektivitätsstrategie einsetzen, um gemeinsame Infrastrukturentwicklung nach qualitativ hohen internationalen Standards entsprechend den Bedürfnissen unserer Partner*innen zu realisieren.

Russland

Russland hat sich zunehmend in einen autoritären Staat gewandelt, dessen Außenpolitik durch militärische und hybride Mittel immer offensiver Demokratie, Stabilität und Frieden in der EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft gefährdet. Gleichzeitig erstarkt die Demokratiebewegung in Russland. Die mutige Zivilgesellschaft, die der immer härteren Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sexuelle Selbstbestimmung kämpft, wollen wir unterstützen und den kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Austausch mit ihr intensivieren. Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und des militärischen Vorgehens in der Ukraine gegen Russland verhängt wurden, hat die EU klare Bedingungen formuliert. An diesen werden wir festhalten und die Sanktionen bei Bedarf verschärfen. Wir verlangen, dass die russische Regierung ihre Zusagen aus dem Minsker Abkommen umsetzt. Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 trägt nicht zum Klimaschutz bei, richtet sich gezielt gegen die energie- und geostrategischen Interessen der Europäischen Union, gefährdet die Stabilität der Ukraine und muss daher gestoppt werden. Es braucht außerdem einen konstruktiven Klima-Dialog mit Russland, wobei bei einzelnen Schritten die Menschenrechte geschützt werden müssen.

Türkei

Die Türkei und die EU verbindet sehr viel mehr, als sie trennt: gesellschaftlich, kulturell, wirtschaftlich. Gerade die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind, auch durch die gemeinsame Migrationsgeschichte, eng und vielfältig. Wir stehen an der Seite all derer, die in der Türkei für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Gleichstellung und Menschenrechte kämpfen. Wir verurteilen die Menschenrechts- und Rechtsstaatsverletzungen, fordern eine sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückkehr zu einem politischen

369 Dialog- und Friedensprozess in der kurdischen Frage. Wir weisen die aggressive Außenpolitik
370 der türkischen Regierung entschieden zurück und fordern sie auf, zu einer multilateralen
371 Außen- und Sicherheitspolitik zurückzukehren. Das gilt es auch in der NATO zu
372 thematisieren, nicht zuletzt mit Blick auf die völkerrechtswidrige Militäroffensive der
373 Türkei in Nordsyrien. Wir verurteilen den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention
374 und fordern sie auf, diesen wieder rückgängig zu machen. Die Wiederaufnahme der Gespräche
375 über einen EU-Beitritt ist unser politisches Ziel. Sie kann es aber erst geben, wenn die
376 Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Die Türkei
377 hat mehr Geflüchtete – vor allem aus Syrien – aufgenommen als die 27 Mitgliedstaaten der EU
378 zusammen. Der bestehende „EU-Türkei-Deal“ untergräbt jedoch internationales Asylrecht, ist
379 gescheitert und muss beendet werden. Wir fordern die Türkei auf, die Genfer
380 Flüchtlingskonvention vollumfänglich umzusetzen. Die Türkei ist kein sicherer Drittstaat.
381 Eine neue Bundesregierung muss die von der Kommission angestoßenen Verhandlungen über
ein
382 neues Abkommen dafür nutzen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Das neue
Abkommen
383 muss völkerrechts- und rechtsstaatskonform sein und darf nicht die Flucht bekämpfen, sondern
384 muss
385 die Perspektiven der Menschen verbessern. Daher soll es die notwendige finanzielle und
386 logistische Unterstützung vor Ort garantieren, die Türkei bei der Aufnahme von Geflüchteten
387 unterstützen und verbindliche Kontingenzzusagen zur Umsiedlung schutzbedürftiger
388 Geflüchteter in die EU machen. Im Gegenzug muss die Türkei garantieren, Geflüchtete gut zu
389 versorgen und zu integrieren. Geflüchtete dürfen nicht zum Spielball gemacht werden. Solch
390 ein Abkommen muss im Parlament debattiert und beschlossen werden. Menschen in
Deutschland
391 dürfen von der türkischen Regierung und ihren Unterstützer*innen weder instrumentalisiert
392 noch überwacht oder gar bedroht werden. Wir wollen gerade in schwierigen Zeiten den
393 Austausch mit der menschenrechtsorientierten und demokratischen Zivilgesellschaft in der
394 Türkei und Jugendaustauschprogramme ausbauen.

395 **Naher und Mittlerer Osten**

396 Partnerschaften mit den Staaten und Gesellschaften des Nahen Ostens und der südlichen
397 europäischen Nachbarschaft sind ein wichtiger Bestandteil unserer Außen-, Klima- und
398 Menschenrechtspolitik. Wir setzen auf vielfältige Formen der Zusammenarbeit, etwa durch
399 Stärkung der Zivilgesellschaften im Bemühen um mehr Beteiligung, Kooperation bei der
400 Bewältigung der Herausforderung Klimawandel und Förderung unabhängiger und nachhaltiger
401 Wirtschaftsstrukturen, gerade für junge Menschen. Eine Vermittlung zur Verständigung
402 zwischen dem Iran und den arabischen Golfstaaten gehört ebenso zu den Aufgaben
europäischer
403 Außenpolitik wie Bemühungen zur Mediation von offenen Konflikten, zum Beispiel in Syrien,
404 Libyen und Jemen, sowie die Verhinderung von Staatszerfall, Korruption, sozialen
405 Verwerfungen und Vertreibungen in der gesamten Region. Durch die Bewahrung und das
406 Wiederaufleben des Atom-Abkommens mit dem Iran (JCPOA) kann ein nukleares Wettrüsten im
407 Nahen Osten verhindert
408 werden. Frieden, Sicherheit und menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle Menschen im
409 Nahen Osten sind ein zentrales Anliegen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, auch und
410 besonders mit

411 Blick auf einen nachhaltigen Frieden zwischen Israelis und Palästinenser*innen. Die
 412 Sicherheit des Staates Israel ist ein Teil der deutschen Staatsräson. Die Existenz und die
 413 Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für
 414 all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Wir treten für die Fortsetzung der engen
 415 deutsch-israelischen Beziehungen ein. Die anhaltende Bedrohung des Staates Israel und seiner
 416 Souveränität in seiner Nachbarschaft und den Terror gegen seine Bevölkerung verurteilen wir.
 417 Sowohl die Eskalation von Gewalt als auch völkerrechtswidrige Maßnahmen wie die Annexion
 von
 418 besetzten Gebieten oder den fortschreitenden Siedlungsbau kritisieren wir, da sie dem Ziel
 419 einer friedlichen und politischen Lösung des Konflikts und einer Beendigung der Besatzung
 420 entgegenstehen. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung auf der
 421 Grundlage der Grenzen von 1967 mit zwei souveränen, lebensfähigen und demokratischen
 Staaten
 422 für Israelis wie für Palästinenser*innen. Wir werden uns für Wahlen, einen
 423 Demokratisierungsprozess sowie den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in den
 424 palästinensischen Gebieten starkmachen. Europa soll sich hierfür eng mit der neuen US-
 425 Regierung koordinieren.

426 **Nachbarschaft und Partnerschaft mit den Staaten Afrikas**

427 Die afrikanischen Staaten und Europa sind regional wie historisch eng verbunden. Wir blicken
 428 differenziert auf den afrikanischen Kontinent und seine Regionen in all ihrer
 429 Vielseitigkeit. Europäische Afrikapolitik muss sich von patriarchalen Denkmustern frei
 430 machen, die europäische Verantwortung annehmen und die jeweiligen Interessen in Einklang
 431 bringen. Dafür soll Deutschland im Rahmen der EU eine aktivere Rolle übernehmen. Die
 432 Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika soll sich auf Klimaschutz, Digitalisierung,
 433 Technologietransfer, zivile Krisenprävention und die sozial-ökologische Transformation
 434 fokussieren sowie faire und sichere Migrationswege aus Afrika nach Europa ermöglichen. Mit
 435 der Zivilgesellschaft, dem Kultur- und Wissenschaftsbetrieb in Afrika wollen wir verstärkt
 436 zusammenarbeiten und die vielfältige afrikanische Diaspora in Europa stärker beteiligen. Die
 437 Fortsetzung einer einseitigen Politik, die in weiten Teilen auf der Abwehr von Geflüchteten,
 438 unfairer
 439 Handels- und Agrarpolitik und der Ausbeutung von Rohstoffvorkommen fußt, lehnen wir ab und
 440 machen
 441 uns für eine gemeinsam entwickelte EU-Afrika-Strategie stark. Der Afrikanischen Union und
 442 den Regionalorganisationen stehen wir bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063, der afrikanischen
 443 Freihandelszone und der regionalen Entwicklungs- und Friedensagenden zur Seite.

444 **Lateinamerika**

445 Wir setzen uns für eine gut abgestimmte Lateinamerika- und Karibik-Politik Deutschlands und
 446 der EU ein, die die sozial-ökologische Transformation befördert und Menschenrechte schützt.
 447 Viele Staaten Lateinamerikas haben in der Vergangenheit auf ein auf Rohstoffausbeutung
 448 basierendes Wirtschaftsmodell gesetzt, was zu Schäden für die Menschen, die Natur und die
 449 Volkswirtschaften geführt hat. Zudem sind die meisten lateinamerikanischen Staaten massiv
 450 von der Corona-Krise betroffen. Lateinamerika beherbergt vitale Zivilgesellschaften und
 451 starke soziale Bewegungen. Soziale Ungleichheiten, Korruption, verkrustete Machtstrukturen,
 452 patriarchale Gesellschaftsbilder und eine Art des Wirtschaftens, die die natürlichen

Lebensgrundlagen zerstört, werden zunehmend in Frage gestellt und progressive Alternativen entworfen. Gleichzeitig nehmen in vielen Ländern autoritäre Regierungsstile zu und der Raubbau an der Natur weitet sich aus. Indigene, Umwelt-, LSBTIQ*-, Frauen- und Menschenrechtsaktivist*innen sind massiv bedroht und bedürfen internationaler Aufmerksamkeit und Unterstützung. Die Ökosysteme Lateinamerikas spielen eine zentrale Rolle beim Schutz globaler Gemeingüter wie des Klimas und der Biodiversität. Handelspolitik, wie das Mercosur-Abkommen, muss verbindlich an Leitlinien zum Schutz der Menschenrechte, des Klimas und der Umwelt ausgerichtet sein. Ökologische Nachhaltigkeit, demokratische Teilhabe, Frieden und Geschlechtergerechtigkeit stehen daher im Zentrum unserer Zusammenarbeit mit den Staaten und Zivilgesellschaften Lateinamerikas. Die Streichung vieler Staaten Lateinamerikas als Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist kurzsichtig, dies wollen wir ändern.

Wir verteidigen die Menschenrechte

Menschenrechtsverteidiger*innen schützen

Menschenrechtsverteidiger*innen sind Held*innen. Sie verteidigen überall auf der Welt, oft unter Lebensgefahr für sich und ihre Familien, die Einhaltung der Menschenrechte an vorderster Front. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer Solidarität und aktiven Unterstützung – auf allen Ebenen. An den besonders betroffenen deutschen Auslandsvertretungen sollten deshalb Menschenrechtsreferent*innen als extra Anlaufstelle etabliert und sollte eine ressortübergreifende systematische Berichterstattung über die Menschenrechtslage im Land eingeführt werden. Für Menschenrechtsverteidiger*innen, die nicht in ihrem Land bleiben können, weil sie dort akut gefährdet sind, wollen wir schneller und häufiger als bisher humanitäre Visa bereitstellen und die neu eingerichtete Elisabeth-Selbert-Initiative zu ihrer temporären Aufnahme ausbauen. Auf internationaler Ebene setzen wir uns für den Ausbau von Förderungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Initiativen und die finanzielle Stärkung der entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, wie beispielsweise Sonderberichterstatter*innen, ein. Wir werden die jüngsten Erklärungen und Empfehlungen auf VN-Ebene zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen umsetzen. Darüber hinaus setzen wir uns auch für den Schutz und die gezielte Förderung von Menschenrechtsverteidiger*innen aus EU-Mitgliedstaaten ein.

Kriegsverbrecher*innen zur Rechenschaft ziehen

Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen dürfen nicht ungestraft bleiben – als Zeichen der Gerechtigkeit an die Opfer, als Signal der Abschreckung, als Voraussetzung für Frieden und Versöhnung. Das deutsche Völkerstrafrecht bietet die Möglichkeit der Verurteilung auch hier in Deutschland. Dazu werden wir die Kapazitäten beim Bundeskriminalamt und bei der Generalbundesanwaltschaft ausbauen. Die Ermittlungen in Fällen sexualisierter Gewalt sollten verbessert und die Strafprozessordnung sollte dort reformiert werden, wo sie den Besonderheiten von Völkerstrafrechtsverfahren noch nicht Rechnung trägt.

491 Darüber hinaus setzen wir uns für die zivilrechtliche Haftbarmachung von Unternehmen für
 492 schwerste Menschenrechtsverletzungen ein. International setzen wir uns für eine langfristige
 493 finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Vernetzung
 494 relevanter Akteur*innen in diesem Bereich sowie für die – politische und finanzielle
 495 –Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes und andere Institutionen wie den
 496 Mechanismus der Vereinten Nationen für die Untersuchung und Verfolgung von schwersten
 497 Kriegsverbrechen in Syrien (IIIM) ein. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Staaten dem
 498 Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs beitreten. Gerade Kinder und
 499 Jugendliche, die sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt, Entführungen, Rekrutierung
 500 als Kindersoldat*in erlebt haben, leiden unter schweren Traumata. Wird dieses Leid nicht
 501 aufgearbeitet, beeinträchtigt es das Leben dieser Menschen und ihrer Familien sowie den
 502 gesellschaftlichen Zusammenhalt über Generationen. Die individuelle Traumabearbeitung
 wollen
 503 wir durch mehr qualifiziertes Personal und sichere Traumazentren vor Ort auch mit unseren
 504 internationalen Partner*innen und in Deutschland deutlich ausbauen.

505 **Keine Überwachungstechnologie für Diktaturen und Autokratien**

506 Verschlüsselte Kommunikation rettet tagtäglich Menschenleben. In den sozialen Medien werden
 507 Menschenrechtsverletzungen, die ansonsten unentdeckt geblieben wären, für alle sichtbar. Und
 508 ohne Satellitenbilder ließe sich etwa die Vertreibung ganzer Dorfgemeinschaften in
 509 Kriegsgebieten gar nicht erst nachvollziehen. Zugleich sind es oft europäische
 510 Überwachungstools, die es autokratischen Regierungen ermöglichen, unliebsame Aktivist*innen
 511 zu verfolgen. Biometrische Erkennungssysteme, wie etwa identifizierende
 512 Gesichtserkennungssoftware, stellen besonders für Menschenrechtsverteidiger*innen,
 513 Medienschaffende und verfolgte Minderheiten in autoritären Staaten eine zusätzliche
 514 Bedrohung dar. Wir zielen auf ein Verbot für die Ausfuhr, den Verkauf und die Weitergabe von
 515 Überwachungsinstrumenten an repressive Regime. Entsprechende Schutzklauseln wollen wir in
 516 der deutschen wie europäischen Exportkontrolle verankern. Wir fördern die
 517 Entkriminalisierung verschlüsselter Kommunikation, stellen uns der Schwächung von
 518 Verschlüsselungstechnologien und -standards entgegen und stärken die Multi-Stakeholder-
 519 Governance des Internets auf internationaler Ebene. Im Rahmen unserer internationalen
 520 Zusammenarbeit setzen wir uns für den freien Zugang aller zu digitaler Technologie ein. Den
 521 freien Zugang zu Informationen als einem globalen öffentlichen Gut gilt es zu fördern und zu
 522 schützen. Durch die Unterstützung von Trainings stärken wir die sichere digitale Vernetzung
 523 zivilgesellschaftlicher Organisationen weltweit.

524 **Für Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen weltweit**

525 Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht. Ohne Geschlechtergerechtigkeit
 526 kann auch Armut nicht wirksam bekämpft werden. In vielen der ärmsten oder
 527 konfliktgebeutelten Länder sind Frauen und Mädchen besonders von Armut, Hunger und Gewalt
 528 betroffen. Wir setzen uns konsequent für die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit ein, für
 529 ein selbstbestimmtes Leben, und werden alle diplomatischen Möglichkeiten nutzen, damit die
 530 Istanbul-Konvention Anwendung findet. Bildung und Gesundheit sind dafür die Schlüssel. Wir
 531 engagieren uns dafür, Frauen und Mädchen den uneingeschränkten Zugang zu gleichwertiger
 532 Bildung zu sichern sowie ihre sexuellen und reproduktiven Rechte zu schützen. Wir setzen uns
 533 dafür ein, dass Frauen und Mädchen weltweit uneingeschränkt Zugang zu

empfangnisverhütenden

534 Mitteln erhalten. Es braucht innovative Bildungsangebote wie kompakte nachholende
535 Grundbildung für Frauen oder Berufsbildung in Krisen- und Post-Konflikt-Kontexten. Unsere
536 internationale Zusammenarbeit werden wir darum finanziell und konzeptionell auf diese
537 Aufgabe hin ausrichten, die Erreichung der Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe
538 sowie reproduktive Gesundheit und das Recht auf Bildung in allen Projekten verankern.

539 **Menschenrechtskonventionen umsetzen, Institutionen stärken**

540 Um Menschenrechte tatsächlich und rechtlich durchsetzen zu können, müssen internationale
541 Menschenrechtskonventionen ratifiziert, konsequent implementiert und
542 Menschenrechtsinstitutionen gestärkt werden. Es gilt insbesondere, die nun angestoßene
543 Umsetzung der ILO-Konvention für die Rechte indigener Völker abzuschließen, das 12.
544 Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention über Antidiskriminierung, das
545 Fakultativprotokoll zum Sozialpakt und die Wanderarbeiterkonvention der Vereinten Nationen
546 sowie die VN-Erklärung über die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen zu ratifizieren. Das
547 ist für Deutschland seit vielen Jahren überfällig. Den Prozess für ein VN-Abkommen zu
548 Wirtschaft und Menschenrechten (sog. Binding Treaty) wollen wir unterstützen und aktiv
549 vorantreiben. Darüber hinaus wollen wir einen eigenen Straftatbestand „erzwungenes
550 Verschwindenlassen“ in Deutschland schaffen, um das Defizit in der Umsetzung der
551 Internationalen Konvention gegen das erzwungene Verschwindenlassen zu beheben. Auf
552 europäischer Ebene setzen wir uns für die Umsetzung der Urteile des Europäischen
553 Gerichtshofs für Menschenrechte ein. Das Instrument der gezielten EU-Sanktionen gegen
554 Menschenrechtsverbrecher*innen befürworten wir. Die Beauftragte der Bundesregierung für
555 Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe wollen wir strukturell besser ausstatten und die
556 finanzielle Ausstattung der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter und des Deutschen
557 Instituts für Menschenrechte wollen wir mindestens verdoppeln, damit sie ihre gesetzlichen
558 Aufgaben angemessen erfüllen können. Auf internationaler Ebene setzen wir uns für die
559 Stärkung der VN-Fachausschüsse und -Sonderberichterstatter*innen ein. Menschenrechte und
560 Demokratieförderung sind Grundpfeiler unserer entwicklungspolitischen Arbeit.

561 **Rechte von Minderheiten schützen**

562 Der Umgang mit Minderheiten ist der Gradmesser für den Menschenrechtsschutz in einer
563 Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Rechte von Minderheiten auf internationaler
564 Ebene zu stärken – auch innerhalb der EU. Nach wie vor setzen die einzelnen Staaten den
565 durch die Vereinten Nationen vorgegebenen Minderheitenschutz in nationales Recht um, ohne
566 dass einheitlich kontrolliert wird, ob das umfassend genug ist. Damit ist der Schutz
567 lückenhaft. Wir werden außenpolitisch für die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien
568 um Schutz von LSBTIQ* eintreten. In der Entwicklungspolitik wollen wir hier einen neuen
569 Fokus setzen und unser Engagement deutlich steigern. Selbst innerhalb der EU gibt es große
570 Unterschiede: Es existieren keine gemeinsamen EU-Mindeststandards, kein einheitlicher
571 Rechtsrahmen, der den Schutz und die Förderung von Minderheiten gewährt. Das wollen wir
572 ändern. Wir werden uns für die Verabschiedung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie
573 einsetzen, damit international anerkannte Menschenrechte in der EU eine Rechtsgrundlage
574 erhalten und die VN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf
575 europäischer Ebene rechtlich umgesetzt wird. Den EU-Aktionsplan gegen Rassismus treiben wir
576 national und international voran.

577 **Wir schützen Geflüchtete**

578 **Eine menschenrechtsorientierte Geflüchtetenpolitik in Europa umsetzen**

579 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre und rechtliche Verpflichtung,
 580 den Zugang zum Grundrecht auf Asyl zu garantieren, und die Notwendigkeit, Verfahren nach
 581 völkerrechtlichen Standards fair und zügig durchzuführen, einhält. So schwer das derzeit in
 582 der EU der 27 auch ist. Deutschland spielt dabei eine zentrale Rolle. Die neue
 583 Bundesregierung muss die Menschenrechte und das Asylrecht verteidigen. Zustände wie in den
 584 Lagern auf den griechischen Inseln, auf dem Mittelmeer oder an der Grenze zu Kroatien
 585 bedeuten einen Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Der Blockade einer
 586 gemeinsamen und humanen Geflüchtetenpolitik zwischen den Mitgliedstaaten begegnen wir
 mit
 587 folgendem Plan: In gemeinschaftlichen von den europäischen Institutionen geführten
 588 Registrierungscentren in den EU-Staaten mit rechtsstaatlich und europäisch kontrollierten
 589 Außengrenzen sollen die Geflüchteten registriert werden und einen ersten Check durchlaufen,
 590 ob Einträge in sicherheitsrelevanten Datenbanken vorliegen. So wissen wir, wer zu uns kommt,
 591 und werden zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht. Die Menschen, die nach
 Europa
 592 kommen, müssen medizinisch und psychologisch erstversorgt und menschenrechtskonform
 593 untergebracht werden. Unter Berücksichtigung persönlicher Umstände wie familiärer Bindungen
 594 oder der Sprachkenntnisse bestimmt die EU-Agentur für Asylfragen schnellstmöglich den
 595 Aufnahme-Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens. Der zugrunde liegende,
 596 zügige Verteilmechanismus stützt sich zunächst auf die Bereitschaft von Mitgliedstaaten,
 597 Regionen und Städten, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Wer das tut, erhält Hilfe aus
 598 einem EU-Integrationsfonds. Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, weiten alle
 599 Mitgliedstaaten im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Bevölkerungsgröße verpflichtend
 600 ihr Angebot aus oder leisten einen mindestens gleichwertigen Beitrag zu den Gesamtkosten.
 601 Das Asylverfahren findet dann im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Vorgezogene
 602 Asylverfahrensprüfungen an den Außengrenzen sind damit nicht vereinbar. Die Kommission
 603 stellt sicher, dass die gemeinsamen Regeln und Standards eingehalten werden und für alle
 604 Menschen gelten. Wir werden mit handlungswilligen Ländern und Regionen vorangehen, um die
 605 derzeitige katastrophale Situation an den Außengrenzen zu beenden. Menschenunwürdige
 Lager
 606 und geschlossene Einrichtungen, Transitzonen oder europäische Außenlager in Drittstaaten
 607 lehnen wir ab.

608 **Sichere und legale Fluchtwege schaffen**

609 Niemand sollte für das völkerrechtlich verbriefte Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene
 610 Leben oder das der Familie riskieren müssen. Genau das ist aber bittere Realität: Immer noch
 611 reichen die Möglichkeiten für sichere Zugangswege bei weitem nicht aus und Geflüchtete sind
 612 deshalb gezwungen, auf lebensgefährliche Routen durch die Wüste oder über das Meer
 613 auszuweichen. Wir wollen sichere und legale Zugangswege schaffen – damit Menschen Schutz
 614 finden und um zu verhindern, dass Schlepper aus der Not und dem Leid der Geflüchteten Profit
 615 schlagen können. Dabei sind wir dem besonderen Schutz der Familie gemäß Grundgesetz, VN-
 616 Kinderrechtskonvention und Europäischer Menschenrechtskonvention verpflichtet und treten
 617 dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug wieder aufzuheben. Familien gehören

zusammen und das Kindeswohl hat oberste Priorität. Auch Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen deshalb ihre Angehörigen ohne die bisherigen Einschränkungen nachholen können und mit Geflüchteten gemäß der Genfer Konvention gleichgestellt werden. Wir wollen den Geschwisternachzug wieder ermöglichen. An deutschen und europäischen Botschaften braucht es mehr Personal und die Möglichkeit, digital Anträge zu stellen, um die Wartezeiten für Visa für Familienangehörige zu verkürzen. In Fällen, in denen die Beschaffung von Identitätsnachweisen durch Schutzberechtigte bei Behörden ihres Herkunftsstaates dort lebende Angehörige gefährdet, setzen wir uns für die pragmatische Erteilung von Passersatzpapieren ein. Auch mit humanitären Visa möchten wir Schutzbedürftigen die Möglichkeit geben, sicher nach Europa zu kommen und hier um Asyl zu ersuchen. Wir setzen uns außerdem für die Aufnahme afghanischer Ortskräfte und ihrer Angehörigen ein, die durch ihre Zusammenarbeit mit deutschen Institutionen wie der Bundeswehr oder der GIZ in Gefahr sind. Das individuelle Asylrecht bleibt unangetastet.

Sichere Zugangswege durch humanitäre Aufnahmepartnerschaft

Im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR werden durch die Vereinten Nationen anerkannte, besonders schutzbedürftige Geflüchtete solidarisch und geordnet auf die Aufnahmeländer verteilt, statt sie ihrem Schicksal auf gefährlichen Fluchtrouten zu überlassen. Das rettet Leben, nimmt Schleppern die Geschäftsgrundlage und folgt einem bewährten, planbaren Verfahren. Im Globalen Pakt für Flüchtlinge ist die Weltgemeinschaft übereingekommen, das Resettlement zu verstärken. Doch faktisch sinkt die Zahl der Aufnahmeplätze seit Jahren. Wir schlagen vor, zusammen mit der neuen US-Administration und Kanada sowie anderen in einer globalen humanitären Partnerschaft die Aufnahme aus dem Resettlement-Programm deutlich auszubauen und mittelfristig die Erfüllung von mindestens dem jeweils fairen Anteil am jährlichen, vom UNHCR ermittelten Resettlement-Bedarf entsprechend der Wirtschaftskraft zu erreichen. So stärken wir die Vereinten Nationen, werden langfristig der globalen Verantwortung Europas gerecht, schaffen Planbarkeit auf allen Seiten, gehen mit gutem Beispiel voran und regen andere Staaten an, dem internationalen Bündnis beizutreten. Daneben werden wir sicherstellen, dass sich das geplante EU-Resettlement an den UNHCR-Kriterien orientiert. Das individuelle Asylrecht bleibt durch das Resettlement unangetastet.

Landesaufnahmeprogramme und ein Patenschaftsprogramm ermöglichen

Mehrere Bundesländer und über 200 Kommunen in Deutschland sind bereit, mehr Geflüchtete als von der Bundesregierung zugesagt bei sich aufzunehmen. Dass diese weiteren Aufnahmeplätze dringend gebraucht werden, ist angesichts der elenden Zustände in den Lagern an den EU-Außengrenzen, etwa auf den griechischen Inseln oder an der bosnisch-kroatischen Grenze, offensichtlich. Wir wollen eine humanitäre Aufnahmepolitik, bei der der Bund und die Länder kooperativ zusammenarbeiten und die die Aufnahmebereitschaft von Kommunen und Ländern nicht mehr ignoriert. Länder, Landkreise, Städte und Gemeinden sollen mehr Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, wenn es um die humanitäre Aufnahme Geflüchteter geht. Mit

656 einer Änderung der Zustimmungsregel zwischen dem Bundesinnenministerium und den
Ländern von
657 Einvernehmen in Benehmen wollen wir klarstellen, dass sich Bundesländer künftig über den
658 Königsteiner Schlüssel hinaus selbständig und frei für die Aufnahme von Geflüchteten
659 entscheiden können. Der Bund soll weiter die finanziellen und infrastrukturellen Aufgaben
660 erfüllen und die Aufnahmebereitschaft fördern. Auch europäische Gelder können im Rahmen der

661 aufnehmenden Staaten und Regionen eingesetzt werden. Wir werden wieder verstärkt
humanitäre
662 Bundesaufnahmeprogramme sowie Kontingente aus den EU-Staaten mit Außengrenzen auf den
Weg
663 bringen. Ein Patenschaftsprogramm nach dem Vorbild Kanadas kann die Willkommenskultur
664 fördern. Gruppen aus Mentor*innen oder Vereine können dabei die Unterstützung von
665 Geflüchteten zusagen und so durch Relocation- und Resettlement-Möglichkeiten konkret
666 Menschen helfen.

667 **Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte an den Außengrenzen sichern**

668 Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht kontrollierte
669 Außengrenzen. Doch Grenzen sind nur rechtsstaatlich kontrolliert, wenn Menschenrechte an
670 diesen Grenzen geschützt werden und der Zugang zum Recht auf Asyl gesichert ist. Dass
671 tausende Menschen jährlich im Mittelmeer ertrinken, weil europäische Regierungen ihnen nicht
672 ausreichend sichere Zugangswege ermöglichen und auch die Rettung aus Seenot verweigern,
ist
673 eine Schande. Wir streiten weiter für eine zivile und flächendeckende, europäisch
674 koordinierte und finanzierte Seenotrettung. Da ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen
675 Mitgliedstaaten derzeit nicht möglich erscheint, wollen wir mit jenen Staaten vorangehen,
676 die die Seenotrettung als völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen, und einen eigenen Beitrag
677 leisten: Gerettete müssen zum nächsten sicheren Hafen gebracht werden, um dann nach einem

678 Verteilmechanismus unverzüglich auf aufnahmebereite Mitgliedstaaten, Regionen oder Städte
679 aufgeteilt zu werden. Wir stehen fest an der Seite zivilgesellschaftlicher
680 Rettungsinitiativen und treten dafür ein, dass die Kriminalisierung und behördliche
681 Behinderung ihrer Arbeit beendet wird. So wollen wir die Registrierung von Schiffen der
682 Menschenrechtsbeobachtungs- und Seenotrettungsorganisationen rechtssicher und einfacher
683 gestalten. Wir setzen auf eine europäische Grenzkontrolle, die den gemeinsamen Schutz der
684 Menschenrechte zur Grundlage hat und ihre Aufgaben wahrnimmt, ohne sie zur Fluchtabwehr
zu
685 missbrauchen. Das Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und
686 europarechtlich verbriefte Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall. Die Genfer
687 Flüchtlingskonvention gilt uneingeschränkt. Ihre Aushöhlung führt weder zu mehr Sicherheit
688 noch zu mehr europäischer Handlungsfähigkeit in der Geflüchtetenpolitik. Dennoch erleben wir
689 derzeit einen systematischen Rechtsbruch an den EU-Außengrenzen: Menschen werden
690 misshandelt, schutzlos auf dem Wasser zurückgelassen oder ohne Zugang zu Asylverfahren
691 abgewiesen. Pushbacks, von nationalen Grenzpolizeien oder Frontex begangen, müssen
rechtlich
692 und politisch geahndet werden. Deutschland darf sich an völker- und menschenrechtswidrigen
693 Einsätzen nicht beteiligen, Verstöße müssen verfolgt werden und Konsequenzen haben. Wir

694 werden uns dafür einsetzen, dass Intransparenz und Menschenrechtsverletzungen bei EU-
695 Agenturen wie Frontex keinen Raum mehr haben. Wir unterstützen die europäischen Initiativen,
696 die die strukturellen Probleme beim Menschenrechtsschutz bei den Grenzkontrollen mit
697 strukturellen Veränderungen beheben wollen. Das staatliche und zivilgesellschaftliche
698 Menschenrechtsmonitoring, vor allem durch die EU-Grundrechteagentur, wollen wir ausbauen.
Es
699 bedarf einer engen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen sowie einer
700 systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort.

701 **Aufnahme- und Transitländer unterstützen**

702 Die humanitäre Versorgung von Geflüchteten außerhalb der Europäischen Union ist Bestandteil
703 unserer globalen Verantwortung. Wir wollen die finanzielle und logistische Unterstützung von
704 Erstaufnahme- und Transitländern wie der Türkei, dem Libanon, dem Sudan, Pakistan oder
705 Uganda sowie der dort tätigen Hilfsorganisationen ausbauen. Die deutsche und europäische
706 Zusammenarbeit mit Drittstaaten muss stets so erfolgen, dass Menschen- und Grundrechte
sowie
707 internationale Asylstandards eingehalten werden. Sie darf außerdem nicht auf die
708 Verhinderung von Flucht abzielen, wie es derzeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache
709 und der Erdogan-Regierung der Fall ist. Die bestehenden „Migrationspartnerschaften“, die
710 Fluchtabwehr und Rückführungen zur Bedingung etwa von Entwicklungszusammenarbeit
machen,
711 lehnen wir daher ab, genauso wie die Kooperation mit der libyschen Küstenwache. Statt
712 „sichere Herkunftsländer“ zu definieren, brauchen wir für Rückführungen
713 menschenrechtskonforme Rückübernahmeabkommen. Wir wollen denjenigen Ländern, die ihren

714 Staatsbürger*innen nach einer Rückkehr Sicherheit effektiv garantieren, im Gegenzug über
715 Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften verlässliche Aussicht auf eine geordnete
716 Migration eröffnen. Rückübernahmeabkommen dürfen aber nicht zur Bedingung in anderen
717 Politikbereichen, etwa entwicklungspolitischer oder rechtsstaatlicher Unterstützung, gemacht
718 werden, nicht für Drittstaatsangehörige gelten oder das Einwanderungsrecht konterkarieren.

719 **Fluchtursachen strukturell angehen**

720 Uns ist bewusst: Nicht alle Ursachen von Vertreibung können wir beeinflussen. Viele Menschen
721 fliehen, weil sie verfolgt oder ihnen grundlegende Rechte vorenthalten werden. Umso
722 entscheidender ist konsequentes Handeln überall dort, wo auch unser Wirtschaften und
723 Konsumieren andernorts zu Ausbeutung oder Perspektivlosigkeit führen. So wollen wir
724 verhindern, dass Menschen überhaupt fliehen und ihre bisherige Heimat unfreiwillig verlassen
725 müssen. Deshalb rücken wir die strukturellen Ursachen von Flucht und Vertreibung und unsere
726 dahin gehende Verantwortung ins Zentrum unserer Politik. Denn viele politische
727 Entscheidungen, die wir in Deutschland und Europa treffen, haben direkte Auswirkungen auf
728 die Lebensbedingungen in anderen Weltregionen. Wir machen uns deshalb stark für zivile
729 Krisenprävention und wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische
730 Rüstungsexporte an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete
731 beenden. Wir setzen uns für ein gerechtes Handelssystem ein, das auch den Interessen der
732 Menschen im globalen Süden dient. Und wir treiben die sozial-ökologische Transformation
733 unserer Wirtschaft voran.

734 **Wir streiten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung**

735 **Globale Krisenprävention**

736 Die Corona-Krise führt in vielen Ländern des globalen Südens zu Kapitalflucht und
 737 Währungskrisen und offenbart so die Schwächen der Währungsordnung. Unser Ziel bleibt
 738 langfristig der Aufbau eines kooperativen Weltwährungssystems. Der IWF muss in
 739 Krisensituationen sehr viel mehr Liquidität unkonditioniert bereitstellen können. Dafür
 740 werden wir uns für eine deutliche Aufstockung der Sonderziehungsrechte einsetzen.
 741 Deutschland und Europa könnten vorangehen und nicht genutzte Sonderziehungsrechte
 Ländern
 742 des globalen Südens zur Verfügung stellen, wie Kanada es bereits getan hat. Der IWF sollte
 743 Ländern des globalen Südens auch bei der Einführung und Durchführung von
 744 Kapitalverkehrskontrollen helfen und dafür mit den Staaten mit globalen Finanzzentren
 745 zusammenarbeiten. Das Stimmengewicht muss sich zugunsten von Ländern des globalen
 Südens
 746 verschieben. Die EU-Staaten sollten ihre Stimmrechte zusammenlegen.

747 **Entwicklung ermöglichen, Schuldenkrisen lösen**

748 Viele Länder des globalen Südens befinden sich in einer Schuldenkrise. Das derzeitige
 749 Schuldendienstmoratorium ist richtig, verschiebt das Problem aber in die Zukunft. Wir
 750 brauchen solide Schuldenrestrukturierungen und auch Schuldenerlasse, die Ländern Luft für
 751 eine nachhaltige Entwicklung verschaffen. Um für künftige Überschuldungskrisen vorzusorgen,
 752 setzen wir uns für ein bei den Vereinten Nationen angesiedeltes, transparentes und
 753 unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für Staaten ein. Private Gläubiger*innen
 754 müssen rechtlich dazu verpflichtet werden, an einem solchen Verfahren teilzunehmen, damit
 755 Entschuldungen nicht mehr blockiert werden können und so etwa Geierfonds auf Kosten
 anderer
 756 profitieren. Solange eine internationale Lösung nicht durchsetzbar ist, müssen Deutschland
 757 und andere Regierungen mit koordinierter Gesetzgebung den Anfang machen. Damit wollen wir
 758 den zu hoch verschuldeten Staaten im globalen Süden weitere Handlungsspielräume für sozial-
 759 ökologische Transformationsprozesse ermöglichen, etwa um ihre Gesundheits-, Bildungs- und
 760 Sozialsysteme zu verbessern.

761 **Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten**

762 Nahrungsmittelpreise sind oft starken Schwankungen unterworfen. Verantwortlich dafür sind
 763 nicht nur Wetter und Ernten, sondern auch skrupellose Spekulant*innen, denen die
 764 Gewinnmaximierung vor Nahrungsmittelsicherheit geht. Auch andere lebenswichtige
 Ressourcen,
 765 wie Wasser, werden immer mehr zu einer spekulativen Ware. Wir werden uns in der EU für
 766 striktere Regulierungen einsetzen, um exzessive Nahrungsmittelspekulation zu verhindern.
 767 Dafür braucht es strenge Berichtspflichten für Händler*innen sowie strikte Preis- und
 768 Positionslimits an allen europäischen Rohstoff-Börsen. So wirken wir unkontrollierten,
 769 marktverzerrenden Spekulationen entgegen, ohne die für die Agrarbranche wichtigen
 770 Absicherungsmechanismen an den Terminmärkten zu gefährden.

771 **Wir treten ein für Frieden und Sicherheit**

772 **Vorausschauend für den Frieden**

773 Unsere Außen- und Sicherheitspolitik zielt darauf, Konflikte zu verhindern, und setzt
 774 deshalb auf Vorausschau gemäß der VN-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Deutschland soll
 775 bei der politischen Entschärfung von Konflikten und in der zivilen Konfliktbearbeitung auf
 776 globaler Ebene eine treibende Kraft werden. Wir ergänzen den traditionellen
 777 Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die Bedürfnisse von
 778 Menschen in den Fokus. Den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die Gemeinsame
 Außen-
 779 und Sicherheitspolitik (GASP) gilt es zu stärken, einschließlich der Rolle des/der Hohen
 780 Vertreter*in. Die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“
 781 wollen wir um einen Aufbauplan mit zivilen Planzielen ergänzen und den Auswärtigen Dienst
 782 für dessen heutige Aufgaben fit machen. Die personellen und finanziellen Mittel für zivile
 783 Krisenprävention sollten gezielt erhöht und durch eine Reform des Zuwendungsrechts
 784 langfristig planbarer werden. Wir wollen eine permanente und schnell einsatzbereite Reserve
 785 an EU-Mediator*innen und Expert*innen für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und
 786 Mediation aufbauen. Wir wollen mehr ressortgemeinsame Analysen, Krisenfrüherkennung und
 787 Projektplanung, eine engere Abstimmung mit internationalen Partner*innen sowie einen
 788 angemessen ausgestatteten Fonds „Krisenprävention, Konfliktbewältigung und
 789 Friedensförderung“. Wir möchten lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteur*innen in
 790 der Friedensförderung stärker unterstützen. Den Zivilen Friedensdienst (ZFD) wollen wir
 791 weiterentwickeln und bedarfsgerecht ausbauen, das Zentrum für Internationale
 792 Friedenseinsätze (ZIF) sowie die Friedens- und Konfliktforschung stärken. Das
 793 Stiftungskapital der Deutschen Stiftung
 794 Friedensforschung wollen wir erhöhen, den neu eingerichteten Fachbereich an der Deutschen
 795 Hochschule der Polizei und andere wissenschaftliche Einrichtungen insbesondere personell und
 796 durch Strategien der Entfristung stärker fördern. Auch die Erfolge und Chancen der zivilen
 797 Krisenprävention und Konfliktbearbeitung wollen wir der Bevölkerung durch mehr und
 798 zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit vermitteln.

799 **Internationale Politik feministisch gestalten**

800 Wir gestalten unsere Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Sicherheitspolitik feministisch.
 801 Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen wie LSBTIQ*-Personen sind in besonderem Maße
 von
 802 Kriegen, Konflikten und Armut betroffen. Die Wahrung ihrer Rechte und ihrer Rolle als
 803 Gestalter*innen in der internationalen Politik fördert Frieden, Entwicklung, Stabilität und
 804 Sicherheit. Es geht darum, die diversen Perspektiven von Frauen, Mädchen und
 805 marginalisierten Gruppen zu stärken, zu schützen und bei allen bi- oder multilateralen
 806 Verhandlungen immer mindestens gleichberechtigt einzubeziehen. Dazu braucht es auch
 807 Genderanalysen für einzelne Länderkontexte in regelmäßigen Abständen und eine enge
 808 Zusammenarbeit mit feministischen Akteur*innen in Deutschland und in Partnerländern. Wir
 809 wollen sie nachhaltig finanziell und politisch unterstützen und bedarfsgerechte Strategien,
 810 Gender Budgeting und eine bessere Ressortkoordinierung stärken. Es gilt die Umsetzung der
 811 Agenda 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ innerhalb Deutschlands wie international
 812 voranzutreiben, sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden einzudämmen, die
 813 reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen und die Sicherheit und Partizipation von Frauen

814 und Mädchen in der Prävention gegen Konflikte, bei der Transformation von Konflikten und in
 815 Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen. Geschlechterbildern, die sich nachteilig
 816 auf Frieden, Sicherheit und Entwicklung auswirken, möchten wir entgegenwirken. Hierzu wollen
 817 wir gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft verbindliche Leitlinien für eine
 818 feministische Außenpolitik der Bundesregierung erarbeiten.

819 **Koloniales Unrecht aufarbeiten und internationale Beziehungen dekolonialisieren**

820 Ziel unserer internationalen Politik ist eine selbstkritische und gleichberechtigte
 821 Zusammenarbeit. Wir können das Unrecht, das die Menschen in den früheren Kolonien des
 822 Deutschen Reiches erleiden mussten, weder ungeschehen machen noch wiedergutmachen.
 Umso
 823 wichtiger ist es, dass wir vergangenes Unrecht wie den Völkermord an den Ovaherero und Nama
 824 benennen, für diese und andere begangene Verbrechen wie im Maji-Maji-Aufstand um
 Vergebung
 825 bitten und dafür mit Worten und Taten Verantwortung übernehmen. Aber aus den Verbrechen
 der
 826 Kolonialzeit erwächst auch eine besondere Verantwortung für unser internationales Handeln
 827 heute. Wir wollen strukturelle Ungerechtigkeiten, wie benachteiligende Klauseln in
 828 Handelsabkommen, ungerechte Wohlstandsverteilung und fehlende Repräsentanz im VN-
 829 Sicherheitsrat, Stück für Stück abbauen. Auch unser Natur- und Umweltschutz muss
 830 postkolonial sein. Das bedeutet, die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler
 831 Gemeinschaften zu stärken und zu achten. Die lokale Zivilgesellschaft, Menschen in der
 832 Diaspora und Nachfahren der Opfer kolonialer Verbrechen sind Partner*innen. Mit ihnen
 833 gemeinsam wollen wir Prozesse zur Aufarbeitung stärken und zusammen mit unseren
 europäischen
 834 Partner*innen dafür sorgen, dass eine umfangreiche Aufarbeitung der kolonialen Verbrechen
 835 stattfindet.

836 **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken**

837 Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Autoritarismus und der weltweiten Angriffe auf
 838 Kunst- und Wissenschaftsfreiheit wollen wir die Zusammenarbeit mit der UNESCO und dem
 839 Europarat intensivieren und die Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik
 840 stärken. Sie sichert Zugänge zur Zivilgesellschaft, vor allem in Krisenzeiten, stärkt
 841 demokratischen Austausch und baut neue Partnerschaften auf. Das zivilgesellschaftliche Eine-
 842 Welt-Engagement und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit wollen wir stärker
 843 unterstützen. Auch die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus werden wir durch
 844 internationale Kultur- und Jugendbegegnungen und durch zivilgesellschaftlichen Austausch
 845 stärken. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Menschen während ihrer Schul-, Ausbildungs-
 846 oder Studienzeit die Möglichkeit haben, europäische bzw. internationale
 847 Austauscherrfahrungen zu sammeln. Die Verantwortung für die koloniale Vergangenheit
 848 Deutschlands wollen wir zum Beispiel in gemeinsamen Geschichtsbuchkommissionen mit
 849 ehemaligen kolonialisierten Staaten aufarbeiten. Kulturmittlerorganisationen, wie etwa
 850 Goethe-Institute, und die deutschen Schulen im Ausland sollen finanziell besser ausgestattet
 851 und digital fit gemacht werden, die Programme für verfolgte Künstler*innen und
 852 Wissenschaftler*innen sowie Maßnahmen gegen Desinformationskampagnen wollen wir
 verstärken.

853 **Europarat und OSZE stärken**

854 Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU. Damit die
 855 Vision einer friedlichen Zukunft für alle Europäer*innen Wirklichkeit werden kann, wollen
 856 wir die gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen wie den
 857 Europarat und die OSZE stärken und weiterentwickeln, auch damit wir alle europäischen
 858 Staaten einbinden. Nur so können wir tatsächlich ein effektives und starkes System
 859 kollektiver Sicherheit in ganz Europa schaffen. Es bleibt unser Ziel, die östlichen
 860 Nachbarstaaten der Europäischen Union auf der Basis gemeinsamer Werte für eine solche
 861 Perspektive zu gewinnen und die demokratischen Zivilgesellschaften vor Ort zu unterstützen,
 862 was gerade
 863 angesichts der nationalistischen und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas
 864 Sicherheit und die Selbstbestimmung der Nachbarländer Russlands untergräbt, nötig ist. Die
 865 OSZE als Forum für Dialog und fairen Interessenausgleich braucht mehr finanzielle und
 866 personelle Ressourcen sowie ein aktiveres Engagement seitens der Bundesregierung und der
 867 teilnehmenden Parlamentarier*innen. Sie soll als Akteurin für Rüstungsbegrenzung, Abrüstung
 868 und den gemeinsamen Kampf gegen die Klimakrise gestärkt sowie in ihren Aktivitäten zur
 869 Umsetzung des Minsker Abkommens unterstützt werden. Den andauernden Versuchen
 autoritärer
 870 Staaten, die OSZE-Agenda entlang ihrer Interessen zu dominieren, kann nur gemeinsam mit
 871 anderen liberalen Demokratien der OSZE für eine wertegeleitete und völkerrechtsorientierte
 872 Politik begegnet werden.

873 **Neuer Schub für Abrüstung**

874 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Angesichts der
 875 wachsenden militärischen Risiken in Europa ist eine Wiederbelebung der konventionellen
 876 Rüstungskontrolle unabdingbar. Erste Schritte sollen weitere deeskalierende Maßnahmen in
 877 Konfliktzonen sowie die Wiederaufnahme des Sicherheitsdialogs und militärischer Kontakte
 878 zwischen NATO und Russland sein. Auch über Europa hinaus wollen wir alle Länder einbeziehen,
 879 insbesondere auch China. Unser Anspruch ist noch immer nichts Geringeres als eine
 880 atomwaffenfreie Welt. Nach der Aufkündigung des Vertrags über nukleare
 Mittelstreckensysteme
 881 (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland ist eine neue Vertragsinitiative nötig. Eine
 882 Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Kontinent lehnen wir ab. Wir
 883 wollen den transatlantischen Neustart nach der US-Präsidentschaftswahl und das
 Wiederbeleben
 884 des New-START-Vertrags nutzen, um mit den USA über Barack Obamas „Global Zero“ ins
 Gespräch
 885 zu kommen. Wir wollen ein Deutschland frei von Atomwaffen und einen Beitritt Deutschlands
 886 zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag. Eine Welt ohne Atomwaffen gibt es nur über
 887 Zwischenschritte. Als ersten Schritt sollte Deutschland als Beobachter an der
 888 Vertragsstaatenkonferenz teilnehmen. Darüber hinaus wollen wir in der kommenden
 889 Legislaturperiode folgende Prozesse initiieren: eine internationale Initiative zur
 890 Reduzierung der Zahl von Atomwaffen, einen Verzicht der NATO auf jeden Erstschatz und eine
 891 breite öffentliche Debatte über die veralteten Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges.
 892 Wir wissen, dass dafür – auch angesichts der russischen konventionellen und nuklearen

893 Aufrüstung – zahlreiche Gespräche im Bündnis notwendig sind, auch mit unseren europäischen
894 Partnerstaaten, und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung unserer
895 polnischen und baltischen Bündnispartner*innen.

896 **Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen**

897 Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime
und in
898 Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von europäischen Rüstungsexporten wollen wir
899 eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen Regeln
900 und Sanktionsmöglichkeiten. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer Staaten müssen

901 an die Einhaltung demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien
902 geknüpft werden. Für Deutschland werden wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen, ein
903 Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine wirksame
904 Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht geben.
905 Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng regulieren
906 und private Militärfirmen verbieten.

907 **Autonome tödliche Waffensysteme international ächten**

908 Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner wirksamen Steuerung mehr durch den Menschen
bei
909 Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare Bedrohung dar.
Im
910 Sinne von Frieden und Stabilität wollen wir Autonomie in Waffensystemen international
911 verbindlich regulieren und Anwendungen, die gegen ethische und völkerrechtliche Grundsätze
912 verstoßen, international verbindlich ächten und verbieten. Das gilt auch für digitale Waffen
913 wie Angriffs- und Spionagesoftware. Hierbei müssen Deutschland und die EU eine globale
914 Führungsrolle einnehmen. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern, wollen wir
915 weiterentwickelte, international verbindliche Regeln auf den Weg bringen.

916 **Sicherheit im Cyber- und Informationsraum schaffen**

917 Digitalisierung und neue Technologien bieten viele neue Möglichkeiten, schaffen aber auch
918 Risiken für offene, demokratische Gesellschaften und werfen in bestimmten Bereichen
919 schwerwiegende ethische, politische und rechtliche Fragen auf. Sie verändern Möglichkeiten
920 staatlicher und nichtstaatlicher Einflussnahme auf individuelle Freiheiten und
921 gesellschaftliche Diskurse, demokratische Abstimmungsprozesse sowie die moderne
922 Kriegsführung. Der Staat ist in der Pflicht, die Bevölkerung effektiv vor solchen Angriffen
923 zu schützen. Für Früherkennung, Analyse und das gemeinsame Vorgehen staatlicher Stellen
924 braucht es ressortübergreifende Strategien zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen, klare
925 rechtliche Vorgaben und eine starke parlamentarische Kontrolle für das Handeln der
926 Bundeswehr im Cyberraum. Die Bundeswehr braucht ein an Schutz und Defensive orientiertes
927 Selbstverständnis im digitalen Raum. Gleichzeitig müssen alle staatlichen Institutionen
928 kontinuierlich ihre Resilienz stärken und gerade Betreiber*innen kritischer Infrastrukturen
929 hierbei unterstützt werden. Wir setzen uns für neue internationale Übereinkünfte ein, um die
930 üstungskontrolle digitaler Güter und das Völkerrecht zu stärken. Die Gültigkeit der VN-
931 Charta muss ausgedehnt und das humanitäre Völkerrecht auch im Cyberraum angewendet
werden.

932 Hierfür muss auch die europäische Zusammenarbeit ausgebaut werden, wozu Deutschland
einen
933 entsprechenden Beitrag leisten muss.

934 **Internationale Schutzverantwortung wahrnehmen**

935 Es ist wichtig, frühzeitig auf Konflikte einzuwirken und zu verhindern, dass sie zu
936 bewaffneten Auseinandersetzungen eskalieren. Uns leitet das Konzept der „Responsibility to
937 Prepare, Protect and Rebuild“ der Vereinten Nationen, das die Staatengemeinschaft
938 verpflichtet, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die
939 Menschlichkeit sowie Völkermord zu schützen. Die Staaten sind gleichermaßen verpflichtet,
940 ihre Instrumente für Prävention, Krisenreaktion und Nachsorge bzw. Wiederaufbau
941 kriegszerstörter Gesellschaften auszubauen. Wir unterstützen internationale Einsätze im
942 Rahmen der Vereinten Nationen, die zu Stabilität, dem Schutz der Zivilbevölkerung und der
943 Umsetzung von Friedensprozessen beitragen. Wir streben an, Ressourcen- und Fähigkeitslücken
944 in diesem Bereich zu beheben und den zivilen und militärischen Beitrag zu VN-Einsätzen
945 signifikant zu erhöhen. Den Frauenanteil unter entsandten Einsatzkräften, Polizist*innen und
946 Soldat*innen, besonders auch in Leitungspositionen, wollen wir durch gezielte Rekrutierung
947 deutlich erhöhen. Die Anwendung militärischer Gewalt als Ultima Ratio, wenn alle anderen
948 Möglichkeiten wie Sanktionen oder Embargos ausgeschöpft wurden, kann in manchen
Situationen
949 nötig sein, um Völkermord zu verhindern und die Möglichkeit für eine politische Lösung eines
950 Konflikts zu schaffen. Ein
951 Einsatz braucht einen klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene zivile und militärische
952 Fähigkeiten und unabhängige (Zwischen-)Evaluierungen. Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr
im
953 Ausland sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit – das heißt nicht in
954 verfassungswidrige Koalitionen der Willigen – und in ein politisches Gesamtkonzept
955 einzubetten, basierend auf dem Grundgesetz und dem Völkerrecht. Bei Eingriffen in die
956 Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein
957 Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht wird, um
958 schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, steht die Weltgemeinschaft vor
959 einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädigt wie
960 Handeln.

961 **Moderne Bundeswehr**

962 Der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr müssen sich an den realen und strategisch
963 bedeutsamen Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung orientieren und in ein
964 gesamtstaatliches Handeln einfügen. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner verlassen
965 können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen können. Dazu
966 gehört auch, dass die Bundeswehr entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell
und
967 materiell sicher und planbar ausgestattet und bestmöglich organisiert sein muss. Dass
968 Soldat*innen mit nicht ausreichender Schutzausrüstung in Einsätze gehen, ist nicht
969 hinnehmbar. Neben einer ausreichenden und optimalen Ausrüstung zu jeder Zeit wollen wir,
970 dass die Soldat*innen nach Einsätzen umfassend betreut und unterstützt werden und das
971 Angebot für Einsatzgeschädigte ausgebaut wird. Die Bundeswehr soll die Vielfalt und
972 Diversität unserer Gesellschaft in ihrer Personalstruktur widerspiegeln. Menschenfeindliche

973 Ideologien und rechtsextremistisches Verhalten sind mit dem Auftrag der Bundeswehr und den
 974 Pflichten der Soldat*innen in keiner Weise vereinbar. Daher werden wir dies konsequent
 975 verfolgen und derartige Strukturen zerschlagen. Neben der umfassenden Aufklärung ist die
 976 wirksame Prävention entscheidend, durch eine praktizierte und weiterentwickelte Innere
 977 Führung, verantwortungsbewusste Personalgewinnung und zeitgemäße, verbindliche politische
 978 Bildung. Die Rekrutierung Minderjähriger sowie den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im
 979 Inneren lehnen wir ab und wollen den Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz beenden sowie
 980 die politische Bildung in Schulen, durch Stärkung ziviler Krisenprävention und
 981 Konfliktbearbeitung, gleichberechtigt gestalten. Bewaffnete Drohnen wurden und werden
 982 vielfach auch von unseren Bündnispartnern für extralegale Tötungen und andere
 983 völkerrechtswidrige Taten eingesetzt. Ein solcher Einsatz ist für uns GRÜNE undenkbar und
 984 mit dem deutschen Verfassungs- und Wehrrecht nicht vereinbar. Gleichzeitig erkennen wir an,
 985 dass diese Systeme Soldat*innen in gewissen Situationen besser schützen können. Deshalb
 muss
 986 klargemacht werden, für welche Einsatzszenarien der Bundeswehr die bewaffneten Drohnen
 987 überhaupt eingesetzt werden sollen, bevor über ihre Beschaffung entschieden werden kann.
 988 Auch technische Herausforderungen wie mögliche Hackability müssen in der Gesamtabwägung
 eine
 989 wichtige Rolle spielen.

990 **NATO strategisch neu ausrichten**

991 Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz
 992 bis hin zu zwischenstaatlichen Konflikten. Ihr fehlt in dieser tiefen Krise eine klare
 993 strategische Perspektive. Trotzdem bleibt sie aus europäischer Sicht neben der EU eine
 994 unverzichtbare Akteurin, die die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und die als
 995 Staatenbündnis einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt. Wir werden uns
 996 im Rahmen des laufenden Strategieprozesses für eine Neuaufstellung der NATO und darauf
 997 aufbauend eine Debatte über eine faire Lastenverteilung und eine ausgewogene Beteiligung der

998 Mitgliedstaaten einsetzen, um strategische Interessen auf Grundlage von europäischen Werten
 999 wie Multilateralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam zu entwickeln und
 1000 geschlossener und überzeugender zu vertreten. Das nicht auf Fähigkeiten und Befähigung
 1001 ausgerichtete NATO-2-Prozent-Ziel gibt darauf keine Antwort und wir lehnen es deshalb ab.
 1002 Wir setzen uns für eine neue Zielbestimmung ein, die nicht abstrakt, national und statisch
 1003 ist, sondern von den gemeinsamen Aufgaben ausgeht, und werden mit den NATO-Partnern
 darüber

1004 das Gespräch suchen. Dazu zählt auch eine stärkere militärische Zusammenarbeit und
 1005 Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern wie Großbritannien
 und

1006 Norwegen.

1007 **Europas Sicherheit gemeinsam gestalten**

1008 Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer Verantwortung
 1009 für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die Gemeinsame Sicherheits- und
 1010 Verteidigungspolitik (GSVP) setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. Wir wollen eine
 1011 EU-Sicherheitsunion etablieren mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und einer
 1012 gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik mit strengen Regeln und einklagbaren

1013 Sanktionsmöglichkeiten. Anstatt immer mehr Geld in nationale militärische Parallelstrukturen
1014 zu leiten, wollen wir die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausbauen,
1015 militärische Fähigkeiten bündeln, eine effizientere Beschaffung erreichen und allgemein
1016 anerkannte Fähigkeitslücken gemeinsam und durch eine Konsolidierung des europäischen
1017 Rüstungssektors schließen. Dafür sind eine geeignete Ausstattung, der Ausbau von EU-
1018 Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen EU-Kommandostruktur und

1019 europäischer Initiativen wie zum Beispiel der Permanent Structured Cooperation (PESCO)
1020 nötig. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom Europäischen Parlament begleitet
1021 und kontrolliert werden. Die Umwidmung von bisher ausschließlich für zivile Zwecke
1022 vorgesehenen Geldern aus dem EU-Haushalt für militärische Zwecke lehnen wir ab.

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 11.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-L Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

1 Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit. Daher ist Klimaschutz keine
Zukunftsaufgabe, sondern Klimaschutz ist jetzt. Wenn wir zu Beginn dieses Jahrzehnts
konsequent handeln und die sozial-ökologische Transformation einläuten, können wir die
Klimakatastrophe noch verhindern und zu einer klimagerechten Welt beitragen.
Klimaneutralität ist dabei eine große Chance für höhere Lebensqualität, mehr soziale
Gerechtigkeit und einen klimagerechten Wohlstand. Sie gilt es zu ergreifen.

Wir haben in den vergangenen Jahren mit Hitzesommern, Waldsterben, Überschwemmungen
und
Dürren die Klimakrise bereits zu spüren bekommen. Sie hat dramatische Konsequenzen bei uns
und auf der ganzen Welt: etwa für die Gesundheit der Menschen – und es sind vor allem die
mit den geringsten Einkommen und insbesondere die Menschen im globalen Süden, die den
Preis
dafür zahlen, dass der ökologische Fußabdruck der Reichsten am größten ist. Oder für die
Bäuer*innen, denen zunehmend die Grundlage entzogen wird. Und für den Zusammenhalt in
unserer Gesellschaft. Alle diese Folgen werden sich vervielfachen, wenn wir jetzt nicht
umsteuern. Je entschiedener wir handeln, desto mehr Freiheiten und Alternativen sichern wir
für jetzige und künftige Generationen. Wir werden deshalb konsequent den Weg zur
Klimaneutralität gehen.

Das verlangt Können, Mut und Machen. Wir stellen in einer künftigen Regierung das Pariser
Klimaabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach aus. Wir
lenken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf den 1,5-Grad-
Pfad führen. Klimagerechtigkeit ist eine Frage des politischen Kanons. Wir begreifen es als
unsere Aufgabe, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen. Solch klare
politische Ordnungsrahmen entlasten auch uns als Menschen im Alltag und schaffen Freiheit.

Natürlich bedeutet Klimaneutralität Veränderung, aber diese Veränderung schafft Halt in der
Zukunft. Denn sie bewahrt uns davor, Kippunkte zu überschreiten, und ermöglicht ein
klimagerechtes, ein besseres Leben. Wir bringen deshalb Strom, Wärme, Verkehr und Industrie
zusammen, beenden Energieverschwendung und sorgen so für eine effiziente Verzahnung
dieser
Bereiche. Statt auf Kohle, Öl und fossilem Gas wird das Energiesystem auf Sonnen- und
Windenergie basieren. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren festzuhalten, schaffen wir eine
neue Mobilität mit der Bahn, dem Rad, zu Fuß oder mit emissionsfreien Autos. Statt Öl und
Erdgas wärmt uns künftig die Kraft der Erneuerbaren. Die Zukunft wird damit leiser,
sauberer, gesünder, günstiger und sozial gerechter. Weniger Autos in der Stadt bedeuten mehr
Platz für uns Menschen. Leisere Straßen und saubere Luft dienen besonders jenen, die sich
nicht die Villa am ruhigen Stadtrand leisten können. Mehr Angebote an klima- und

umweltfreundlichen Verkehrsmitteln, zum Beispiel Rufbussen oder Carsharing, erleichtern zu pendeln und befördern ein gutes Leben auf dem Land.

Mit dieser großen Veränderung entstehen neue Geschäftsfelder, neue Industriezweige, neue Arbeitsplätze. Andere Bereiche werden sich wandeln, einige werden verschwinden. Für viele Menschen ist das auch eine große Herausforderung, ja Zumutung. Die sozial-ökologische Transformation gelingt nur, wenn wir gemeinsam alles dafür tun, Verluste zu verringern und Brücken zu bauen. So müssen diejenigen, die neue Chancen oder Weiterbildung brauchen, sie auch bekommen. Und es ist unsere Aufgabe, Sorge dafür zu tragen, dass die Kosten und Belastungen dieser Veränderung gerecht verteilt sind. Klimagerechter Wohlstand bedeutet Ökologie und Soziales zusammenzudenken und den Übergang gut zu gestalten: für Menschen in der Stadt und auf dem Land. Für die Handwerkerin wie für den Stahlarbeiter.

Der Verlust an intakter Natur und Umwelt ist ebenso dramatisch wie die Klimakrise und eine der größten Bedrohungen für ein gutes und gesundes Leben. Wenn wir unsere Lebensgrundlagen

schützen wollen, wenn wir auch die zweite große ökologische Krise, das Artensterben, eindämmen wollen, dann bedarf es mehr als einer Kurskorrektur, dann brauchen wir einen neuen

Kurs. Wir machen die planetaren Grenzen zum Leitprinzip unserer Politik und tragen so auch zu mehr Umweltgerechtigkeit bei. Entsprechend verändern wir die Wirtschaftsweise, denn auf einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum geben. Wir setzen Prioritäten. Von jetzt an wird belohnt und gefördert, was Mensch und Tier, Klima und Natur schützt. Und was zerstörerisch wirkt, muss dafür auch die Kosten tragen und so schnell wie möglich überwunden werden. Indem wir den Schutz der Meere und Gewässer, des Klimas und der Böden, der Tiere und der Pflanzen zum Bestandteil unseres Wirtschafts- und Rechtssystems machen, kann es gelingen, die Stabilität der Ökosysteme und unserer Lebensgrundlagen zu gewährleisten. Und damit auch unsere Grundlagen für ein gutes und friedliches Zusammenleben.

Wir schaffen klimagerechten Wohlstand

Mehr Lebensqualität durch Klimaneutralität

Der Weg in die Klimaneutralität bietet riesige Chancen auf mehr Lebensqualität: Städte mit weniger Staus und Abgasen, mit Platz, um sicher Rad zu fahren und zu Fuß zu gehen, zu spielen und zu leben. Dörfer, die endlich angebunden sind an den öffentlichen Nahverkehr. Wälder, in denen auch unsere Kinder noch die Schönheit der Natur entdecken können. Gesundes

Essen, hergestellt unter Wahrung von Tierrechten und Umweltschutz. Klimaschutz ist so viel mehr als reine Technik, er ist die Voraussetzung für ein gesundes Leben auf einer gesunden Erde.

Die Energierevolution: erneuerbar heizen, wohnen, wirtschaften

Klimaneutralität heißt: raus aus den fossilen Energien. Nicht nur der Strom, auch das Benzin in unseren Autos, das Kerosin im Flugzeugtank, das Schweröl im Schiff, das Öl für die Heizung und das Gas im Industriebetrieb müssen auf erneuerbare Energien umgestellt werden.

73 Das ist nichts weniger als eine Energierevolution. Dazu braucht es zuallererst eine massive
 74 Ausbauoffensive für die Erneuerbaren, die so schnell wie möglich umgesetzt wird. Daran
 75 hängen die Zukunft unseres Industriestandortes und unsere Versorgungssicherheit. Der
 76 Ausbaupfad wird durch die Kraft und Kapazität von Industrie und Handwerker*innen beschränkt,
 77 darf aber nicht von den politischen Rahmenbedingungen begrenzt werden. Daher beseitigen wir
 78 in einem kontinuierlichen Prozess bestehende Ausbauhemmnisse – naturverträglich und
 79 zugunsten der Bürger*innen. Unser Ziel ist ab sofort ein jährlicher Zubau von mindestens 5
 80 bis 6 Gigawatt (GW) Wind an Land, ab Mitte der 20er Jahre von 7 bis 8 GW, bei Wind auf See
 81 wollen wir 35 GW bis 2035. Im Bereich Solarenergie werden wir den Ausbau von beginnend 10
 82 bis 12 GW auf 18 bis 20 GW pro Jahr steigern ab Mitte der 20er. Mit einer umfassenden
 83 Steuer- und Abgabenreform wollen wir dafür sorgen, dass die Sektorenkoppelung vorankommt
 und
 84 Strom zu verlässlichen und wettbewerbsfähigen Preisen vorhanden ist. Das Energiemarktdesign
 85 ändern wir, sodass erneuerbarer Strom nicht länger ausgebremst wird. Wir stellen Sonne und
 86 Wind ins Zentrum und ermöglichen es Industrie, Gewerbe und Handel, über flexibleren
 87 Verbrauch besonders viel zur Integration der Erneuerbaren beizutragen. Erzeugungsspitzen
 88 machen wir nach dem Prinzip „nutzen statt abschalten“ für Speicher und die Produktion von
 89 Wärme oder grünem Wasserstoff nutzbar. Doppelte Belastungen und andere Bremsklötze
 schaffen
 90 wir ab. Kritische Infrastrukturen sichern wir mit notstromfähigen Solaranlagen. Verteilnetze
 91 und Verbraucher*innen statten wir mit intelligenter Technik aus, damit sie flexibel
 92 reagieren können, wenn gerade viel erneuerbarer Strom produziert wird.

93 **Energieeffizienz - weniger ist mehr**

94 Auch in einer Welt der Erneuerbaren ist Energie ein wertvolles Gut, mit dem wir sparsam und
 95 effizient umgehen müssen. Das gilt umso mehr, solange wir noch Kohle, Öl und fossiles Gas
 96 verbrennen. Unser Ziel sind Gebäude, die gut gedämmt sind, verbrauchsarme Autos, auch wenn
 97 sie elektrisch betrieben werden, effiziente Gewerbe- und Industrieprozesse sowie Weitergabe
 98 und Nutzung von Abwärme. Dafür machen wir klare ordnungsrechtliche Vorgaben.
 99 Strompreisvergünstigungen für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sollen
 100 an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden. Denn je weniger Energie
 101 benötigt wird, desto schneller schaffen wir 100 Prozent Erneuerbare, erreichen die
 102 Klimaziele und sparen Kosten für Energieinfrastruktur. Klimaschutz lohnt sich.

103 **Ein Ordnungsrahmen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft**

104 Wir müssen unsere Wirtschaft auf Klimaneutralität und die planetaren Grenzen ausrichten und
 105 eine Kreislaufwirtschaft etablieren. Den wirtschaftlichen Aufbruch nach der Corona-Krise und
 106 die ökologische Modernisierung wollen wir zusammenbringen. Dazu braucht es eine sozial-
 107 ökologische Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir wollen mit ehrgeizigen Vorgaben in
 108 Form von Grenzwerten, CO₂-Reduktionszielen und Produktstandards der deutschen und
 109 europäischen Wirtschaft Planungssicherheit geben und Impulse für neue Investitionen setzen.
 110 Faire Preise sorgen dafür, dass sich klimagerechtes Handeln lohnt. Forschung und
 111 Innovationen für klimagerechtes Wirtschaften wollen wir stärker fördern. Die öffentliche
 112 Beschaffung richten wir konsequent auf die ressourcenschonendsten und sozial verträglichsten

113 Produkte und Dienstleistungen aus. So machen wir unsere Wirtschaft zur Spitzenreiterin bei
114 den modernsten Technologien und schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

115 **Grüne Digitalisierung**

116 Ob vernetzte Fahrzeuge, effiziente Industrie, punktgenaue Verteilung regenerativer Energie
117 oder intelligente Bewässerung auf Feldern: Mit digitalen und datengetriebenen Innovationen
118 können wir den Energie- und Ressourcenverbrauch besser reduzieren und bei
119 Zukunftstechnologien führend werden. Hierzu fördern und priorisieren wir digitale
120 Anwendungen und Lösungen, die einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten oder
nachhaltiger
121 sind als analoge. Rebound-Effekte gilt es generell zu vermeiden, Suffizienz zu unterstützen.
122 Wir fördern Alternativen zu kritischen Rohstoffen wie seltene Erden und deren
123 menschenrechtskonforme Gewinnung. Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien sind so
124 anzupassen, dass möglichst sozial-ökologisch nachhaltige Technologien vorrangig zum Einsatz
125 kommen. Bei IT-Beschaffungen des Bundes müssen Faktoren wie Herstellerabhängigkeit,
126 Folgebeschaffung, technische Offenheit, Sicherheit, Datenschutz, Reparaturfähigkeit,
127 Nachhaltigkeit und soziale Kriterien zwingend in die Bewertungen einfließen und
128 Zertifizierungen wie der Blaue Engel für IT-Produkte zum Standard werden. Wir wollen alle
129 Rechen- und Datencenter des Bundes nachhaltig umstellen, mit erneuerbarer Energie betreiben

130 und zertifizierte umweltfreundliche Hardware einsetzen. Zugleich gilt es, Anreize zu
131 schaffen, um den Stromverbrauch von Rechenzentren zu reduzieren, einschließlich Umstellung
132 auf Wasserkühlungssysteme, und CO₂-neutrale Rechenzentren zu fördern.

133 **Neue Arbeitsplätze mit guten Bedingungen**

134 Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft sind die
135 beste Chance, bestehende Arbeitsplätze in Deutschland und anderen Ländern zu erhalten und
136 neue zu schaffen. Die sozial-ökologische Modernisierung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der
137 hiesigen Unternehmen und kann zu einer Renaissance von Industriearbeitsplätzen führen. Auf
138 dem Weg zur Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren hunderttausende neue Jobs
139 entstehen – Green Jobs. Sie entstehen im Handwerk und in der Bauwirtschaft, in neuen
140 Industriebereichen und der Kreislaufwirtschaft, in der Batteriezellenproduktion und der
141 Wasserstoffindustrie sowie in neuen Dienstleistungsfeldern. Wir wollen, dass die neuen Jobs
142 nach Möglichkeit einem Tarifvertrag oder mindestens gleichwertigen Bedingungen unterliegen.
143 Darauf werden wir auch bei der Förderung von neuen Wirtschaftsfeldern achten.

144 **Sicher im Wandel mit einem Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld**

145 Wir sehen es als unsere Verpflichtung, Unternehmen und ihre Beschäftigten auf dem Weg hin zu

146 einem klimaneutralen Wirtschaftssystem zu unterstützen. Gerade auch dort, wo sich Jobprofile
147 grundlegend verändern oder Arbeitsplätze verloren gehen. Es braucht in der ökologischen
148 Transformation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung. Dazu
149 wollen wir ein Recht auf Weiterbildung einführen und mit einem Weiterbildungsgeld auch für
150 Erwerbstätige in Qualifizierungsphasen eine soziale Absicherung schaffen. Mit einem neuen
151 Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld ermöglichen wir Unternehmen, in Phasen der Transformation
152 ihre Beschäftigten im Betrieb zu halten und nachhaltig zu qualifizieren. Die
153 Qualifizierungs-Kurzarbeit koppeln wir eng an die Sozialpartnerschaft. Zudem wollen wir die

154 betriebliche Mitbestimmung bei Entscheidungen über die ökologische Transformation stärken.
155 Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräte wissen gemeinsam am besten, wie die
156 Transformation zu gestalten ist.

157 **Transformationsfonds für die Regionen**

158 Die ökologische Modernisierung ist gerade für viele industriell geprägte Regionen eine große
159 Herausforderung. Um Regionen und insbesondere die dort ansässigen kleinen und mittleren
160 Unternehmen zu unterstützen, wollen wir regionale Transformationsfonds auflegen. Die
161 Förderung richtet sich an Unternehmen, die aus eigener Kraft den ökologischen Strukturwandel
162 nicht bewältigen können, mit ihrem Standort aber fest in der Region verankert sind und dort
163 bleiben wollen. Regionale Akteur*innen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und
164 Gewerkschaften sollen eingebunden werden und gemeinsame Visionen erarbeiten, wo die
Region
165 sozial und wirtschaftlich in Zukunft stehen sollte. Gleichzeitig wollen wir neue Formate wie
166 Reallabore und Experimentierräume fördern, in denen Zivilgesellschaft, Wissenschaft,
167 Wirtschaft und Kommunen gemeinsam an Lösungen für Herausforderungen vor Ort arbeiten und
168 forschen.

169 **Klimaschutz-Sofortprogramm auflegen**

170 Zentrale Grundlagen unserer Politik sind das Klimaabkommen von Paris sowie der Bericht des
171 Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit, der verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um das
172 Überschreiten von relevanten Kipppunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher
173 notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles
174 Handeln in den nächsten Jahren entscheidend. Doch aktuell lahmt der Ausbau der erneuerbaren
175 Energien, der Kohleausstieg kommt zu spät, im Verkehrs- und Gebäudesektor geht es kaum
176 voran.
177 Gemäß der Klimaentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die auch auf den
178 Sachverständigenrat für Umweltfragen verweist, müssen wir unsere Klimapolitik am
179 Budgetansatz orientieren. Der Weltklimarat beziffert das globale CO₂-Budget ab dem Jahr 2018
180 für das 1,5-Grad-Ziel mit einer 67-prozentigen Wahrscheinlichkeit der Zielerreichung auf 420
181 Gigatonnen CO₂. Der Sachverständigenrat hat daraus ein verbleibendes nationales
182 Kohlenstoffbudget von 6,6 Gigatonnen CO₂ ab 2020 abgeleitet. Bei fortdauernden Emissionen
183 auf heutigem Niveau wäre das deutsche CO₂-Budget in weniger als neun Jahren verbraucht, bei
184 einer linearen Reduktion rund um 2035. Ein längerer Zeitverlauf zur Treibhausgasneutralität
185 erfordert überproportionale Reduktionserfolge in den nächsten Jahren. Deswegen werden wir
186 ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen, das in allen Sektoren sofort wirksame
187 Maßnahmen anstößt, bestehende Ausbauhindernisse beseitigt, naheliegende
Einsparmöglichkeiten
188 umsetzt und auch die Klima- und Entwicklungspartnerschaften im Sinne des globalen
189 Budgetansatzes stärkt. Wir werden das noch immer ungenügende Klimaschutzgesetz
generationen-
190 und budgetgerecht nachschärfen, jahres- und sektorenscharf ausbuchstabieren, die Rolle des
191 Expertenrates für Klimafragen stärken und das deutsche Klimaziel 2030 auf mindestens minus
192 70 Prozent anheben. Unser Ziel ist es, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu

193 erreichen.

194 So kann Deutschland in 20 Jahren klimaneutral werden.

195 **Klimagerechtes Wirtschaften belohnen**

196 Effektiver und sozial gerechter Klimaschutz muss sich auch ökonomisch lohnen. Derzeit sind
197 die Kosten der Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen, nur sehr gering
198 eingepreist. Nach aktuellen Berechnungen des Umweltbundesamtes verursacht die Emission
einer

199 Tonne CO₂ Schäden von rund 195 Euro. Unser Ziel ist eine Wirtschaft, in der die
200 nachhaltigsten Produkte auch die günstigsten sind. Das wollen wir durch einen klugen Mix aus
201 CO₂-Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungsrecht und Abbau von umweltschädlichen
202 Subventionen ändern. Wollte man die Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂ erreichen,
203 würde das unweigerlich zu erheblichen sozialen Unwuchten führen. Einige könnten sich
204 rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Wir sehen in der CO₂-Bepreisung also ein Instrument
205 von vielen – und werden es wirksam und sozial gerecht einsetzen. Das EU-

206 Emissionshandelssystem (ETS) ist im Lichte des neuen EU-Klimaziels für 2030 zu reformieren,
207 um seine Lenkungswirkung endlich voll und ganz zu erfüllen. Mit einer deutlichen Reduktion
208 von Emissionszertifikaten und der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt erreichen
209 wir einen CO₂-Preis im Bereich Strom, Industrie und europäischem Luftverkehr, der dafür
210 sorgt, dass erneuerbare Energien statt Kohle und Kerosin zum Einsatz kommen, die Industrie
211 Planungssicherheit bekommt und einen Anreiz hat, in Dekarbonisierung und
212 Technologieführerschaft zu investieren. Für die Bereiche Verkehr und Wärme wurde in
213 Deutschland auf Druck der Klimabewegung und von uns Grünen zudem ein CO₂-Preis
eingeführt,

214 dessen Lenkungswirkung aber weiter sozial gerecht verbessert werden muss. Wir wollen die
215 Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO₂-Preis
216 so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben
217 die Erreichung des neuen Klimaziels 2030 absichert. Die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-
218 Preis geben wir als Energiegeld pro Kopf an die Menschen zurück.

219 **Energiegeld einführen**

220 Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis
221 direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage
222 ein Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle
223 zusätzlichen Einnahmen transparent an die Menschen zurück und entlasten sie direkt, indem
224 sie eine Rückerstattung pro Kopf bekommen. So wird klimafreundliches Verhalten belohnt und
225 es findet ein sozialer Ausgleich im System statt. Unterm Strich werden so
226 Geringverdiener*innen und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohen Einkommen
227 belastet. Bezieher*innen von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe
228 profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden
229 soll. Um zum Beispiel Pendler*innen mit niedrigen Einkommen bei der Anpassung zu
230 unterstützen, legen wir einen Klimabonus-Fonds auf, der mit großzügigen Hilfen unterstützt,
231 etwa beim Umstieg auf Bus und Bahn oder ein emissionsfreies Fahrzeug.

232 **CO₂-Bremse für alle Gesetze**

233 Wir wollen Klimaschutz systematisch in unsere Rechtsordnung aufnehmen. Die Vorgaben des
 234 Pariser Klimavertrages sowie den Atomausstieg wollen wir im Grundgesetz verankern und
 235 Ökologie als weiteres Grundprinzip staatlichen Handelns stärken. Dem Staat geben wir mehr
 236 Möglichkeiten, durch eine intelligente Steuergesetzgebung ressourcenschonendes Verhalten zu
 237 belohnen und die Erzeugung von CO₂ mit einem Preis zu versehen. Für Genehmigungsprozesse
 238 führen wir eine Klimaverträglichkeitsprüfung ein. Mit einer CO₂-Bremse machen wir
 239 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze auf ihre Klimawirkung hin prüfen, die
 240 Vereinbarkeit mit den nationalen Klimaschutzzielen und dem CO₂- Budget sicherstellen und den
 241 möglichen Einsatz von klimafreundlichen Alternativen gewährleisten.

242 **Wir schaffen Versorgungssicherheit mit Erneuerbaren**

243 **Schneller raus aus der Kohle**

244 Nach dem Willen der Großen Koalition werden in Deutschland Kohlekraftwerke noch bis 2038
 dem
 245 Klima und unserer Gesundheit schaden. Das ist mit den Klimazielen von Paris und dem 1,5-
 246 Grad-Pfad nicht vereinbar. Wir setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu
 247 vollenden. In diesem Sinne werden wir alle Möglichkeiten – auch auf EU-Ebene – nutzen. Um
 248 nicht erneut den Kohlekonzernen Milliarden an Steuergeldern zu schenken, werden wir die
 249 massiven Klimaschäden der Kohleverstromung einpreisen. Das gelingt am besten über den EU-
 250 Emissionshandel – mit einem lenkenden CO₂-Preis. Sollte dieser auf europäischer Ebene nicht
 251 schnell genug erreicht sein, setzen wir auf einen nationalen CO₂-Mindestpreis im ETS für
 252 Industrie und Strom von 60 Euro pro Tonne CO₂. Ein beschleunigter Kohleausstieg bedarf im
 253 Sinne der Versorgungssicherheit eines massiven Ausbaus der erneuerbaren Energien und einer
 254 Ausrichtung des Energiemarktdesigns auf Sonne und Wind. Zugleich wollen wir für den
 255 Gesundheitsschutz die Grenzwerte für den Ausstoß von Schadstoffen, insbesondere
 Quecksilber,
 256 aus Großfeuerungsanlagen anscharfen. Niemand soll mehr für einen Tagebau sein Zuhause
 257 verlassen müssen. Den durch den Braunkohletagebau Garzweiler von Enteignung und
 Vertreibung
 258 bedrohten Menschen muss das Land Nordrhein-Westfalen endlich Planungs- und
 Rechtssicherheit
 259 für Erhalt und Zukunft ihrer Dörfer geben. Dies wollen wir im Bund mit den richtigen
 260 Rahmenbedingungen unterstützen. Das Bergrecht werden wir grundlegend überarbeiten und
 261 Betroffenenrechte, Umwelt- und Naturschutz stärken. Naturholz ist als Rohstoff vielfältig
 262 einsetzbar und zu wertvoll, um es in Großkraftwerken zu verbrennen.

263 **Solardächer zum Standard machen**

264 Wir wollen eine Energiewende, bei der alle mitmachen können – Mieter*innen wie
 265 Hausbesitzer*innen. Unsere Dächer, Fassaden und Balkons können zu Kraftwerken werden –
 jede
 266 Fläche mit Solaranlage hilft dem Klimaschutz. Die eigene Strom- und Wärmeenergie wird
 267 dezentral und vor Ort erzeugt und genutzt. Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue Solardächer in
 268 den kommenden vier Jahren. Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard
 machen.
 269 Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen

wir

270 diesen neuen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing-, Pacht- und
 271 Contractingmodelle können hier unterstützend wirken. Für besonders erhaltenswerte
 272 Bausubstanz werden wir Lösungsansätze erarbeiten. Die Mieterstrom-Regeln werden wir
 deutlich
 273 vereinfachen und Mieterstromprojekte fördern. Bürokratische Hürden für die Nutzung des
 274 Stroms vom eigenen Dach wollen wir abbauen, Eigenverbrauch und Direktvermarktung stärken.

275 **Photovoltaik auf dem Land**

276 Die Photovoltaik wollen wir nicht nur auf die Dächer, sondern auch in die Fläche bringen,
 277 indem wir die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und den Bau
 278 erleichtern. Der Ausbau soll vorzugsweise auf versiegelten Flächen, etwa über Parkplätzen,
 279 neben Autobahnen und Schienen und auf Konversions- oder Bergbaufolgeflächen, erfolgen und
 280 nicht auf wertvollem Ackerland. Neue Flächenkonkurrenzen wollen wir vermeiden und stellen
 281 den Mehrfachnutzen für Energieerzeugung, Biodiversität und Landwirtschaft in den
 282 Vordergrund. Agri-Photovoltaikanlagen, d. h. Stromproduktion und landwirtschaftliche bzw.
 283 gartenbauliche Nutzung auf einer Fläche, können einen wichtigen Beitrag für Klimaschutz und
 284 Ökologie leisten. Wenn man es richtig anstellt, können Freiflächenanlagen zu Lebensräumen
 285 werden. Landwirtschaftsbetriebe sollen für ökologische Leistungen Geld erhalten und so
 286 zusätzliche Erträge erzielen. Wichtig ist zudem die Möglichkeit, direkte langfristige
 287 Stromlieferverträge abschließen zu können. Bei der Planung gilt es die Bürger*innen
 288 frühzeitig einzubeziehen und zu beteiligen, von den Erlösen müssen die Kommunen profitieren.

289 **Mit Windenergieausbau den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern**

290 Auch bei der Windkraft müssen wir schneller vorankommen, zum Beispiel indem wir den Ausbau
 291 außerhalb der Ausschreibungen stärken. Beim Windausbau gilt es den Konflikt mit Natur- und
 292 Artenschutz zu minimieren, Anwohner*innen zu schützen und die Verfahren zur Genehmigung,
 293 auch durch den Abbau bürokratischer Hürden und klare Rahmenbedingungen, zu
 beschleunigen. In
 294 einem ersten Schritt wollen wir die erneuerbaren Energien als zwingend für die
 295 Versorgungssicherheit definieren und dafür 2 Prozent der Fläche bundesweit nutzen. Alle
 296 Bundesländer haben hierfür ihre entsprechenden Beiträge zu leisten. Verhinderungsplanungen
 297 lehnen wir ab. Exzessive, pauschale Mindestabstände zu Siedlungen leisten keinen Beitrag zur
 298 Akzeptanzsteigerung. Wir sorgen mit frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung vor Ort, klaren
 299 Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für Wind sowie mit Ausschlussgebieten und gezielten
 300 Artenschutzprogrammen für eine anwohner*innenfreundliche und naturverträgliche
 Standortwahl
 301 und stärken zugleich den Schutz von Vögeln und Fledermäusen. Wir werden die Planungen und
 302 Genehmigungen durch vereinfachte Verfahren, mehr Personal und einheitliche
 303 Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Repowering wollen wir erleichtern, sodass alte
 304 Windenergieanlagen am gleichen Standort zügig durch leistungsstärkere ersetzt werden
 können.
 305 Über 20 Jahre alten Anlagen werden wir einen Weiterbetrieb ermöglichen. Den Bau von
 306 Windenergieanlagen auch in direkter Nähe zu Industrie und Gewerbe wollen wir unterstützen,
 307 um Strom dort zu produzieren, wo er gebraucht wird und wo der Lärmschutz von
 Anwohner*innen

308 leichter zu gewährleisten ist. Wir bauen unsere Offshore-Parks weiter aus und verbinden sie
309 in der Europäischen Energieunion mit den Solarparks der Mittelmeerstaaten, mit der
310 Wasserkraft Skandinaviens und der Alpen. Je vernetzter, desto stärker. Ein Kontinent ist für
311 die Energiewende eine gute Größe.

312 **Die Bürger*innen an der Energiewende beteiligen**

313 Wir wollen, dass von der Energiewende möglichst viele profitieren. Deshalb werden wir
314 Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern und alle europarechtlich
315 garantierten Möglichkeiten für Bürger*innen-Energiegemeinschaften vollumfänglich
316 ausschöpfen. Die Kommunen beteiligen wir verbindlich an den Einnahmen aus den
Erneuerbaren-

317 Anlagen, sodass gerade der ländliche Raum von den Gewinnen profitiert. Zudem wollen wir
318 Mieterstrom fördern, entbürokratisieren und so weiterentwickeln, dass Mieter*innen stärker
319 vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren.

320 **Unsere Energieinfrastruktur klimaneutral machen**

321 Klimaneutralität in weniger als 30 Jahren heißt, dass die eine fossile Infrastruktur nicht
322 einfach durch eine andere fossile Infrastruktur ersetzt werden darf. Wir leiten daher den
323 Einstieg in den Ausstieg aus den Fossilen ein: Die Planung unserer Infrastruktur für Strom,
324 Wärme und Wasserstoff braucht ein Update und muss Klimaneutralität in den Mittelpunkt
325 stellen. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brauchen,
326 darf es deshalb überhaupt nur geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und bereits
327 Wasserstoff-ready geplant und gebaut werden. Wir werden die rechtlichen Grundlagen dafür
328 schaffen, dass neue Betriebsgenehmigungen zeitlich befristet erteilt werden und den Wechsel
329 von Erdgas zu erneuerbaren Energieträgern enthalten. Denn auch Erdgas ist ein
330 klimaschädlicher Brennstoff, sein Gebrauch muss immer weiter abnehmen. Die extrem
331 klimaschädlichen Emissionen, die bei Erdgasförderung und -transport entstehen, wollen wir
332 schnellstmöglich reduzieren. Neue Hafenterminals zur Anlandung von Flüssigerdgas sollen
333 nicht mehr genehmigt werden. Neue Erdgas-Pipelines wie Nord Stream 2, die nicht auf grünen
334 Wasserstoff ausgerichtet sind, zementieren auf Jahrzehnte Abhängigkeiten von
335 klimaschädlichen Ressourcen, konterkarieren die Energiewende und sollten gestoppt werden.

336 **Eine grüne Wasserstoffstrategie**

337 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, sogenannter grüner Wasserstoff, ist zentral für die
338 Versorgungssicherheit in einer klimaneutralen Welt. Denn Wasserstoff ist gut speicherbar
339 und, wenn er mit Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wird, auch klimafreundlich.
340 Deutschland ist bei den Technologien zur Erzeugung von Wasserstoff weit vorne. Diese
341 Führungsrolle wollen wir weiter ausbauen und die entsprechende Infrastruktur dafür schaffen.
342 Mit Marktanreizen und einem umfassenden Förderprogramm werden wir die Kapazitäten zur
343 Wasserstoffherstellung in Deutschland schaffen. Auch wenn grüner Wasserstoff prioritär bei
344 uns produziert werden sollte, werden wir zur Bedarfsdeckung Wasserstoff importieren müssen.
345 Die Infrastruktur für Wasserstoffimporte müssen wir jetzt etablieren. Für die Importe werden
346 wir faire Kooperationen mit wind- und sonnenreichen Ländern anstoßen und ausbauen und die
347 Exportländer bei der Energiewende unterstützen. Für den Erfolg dieser Kooperationen ist es
348 unabdingbar, die lokale Bevölkerung einzubeziehen, Menschenrechte zu schützen, sich an den
349 nachhaltigen Entwicklungszielen zu orientieren und dafür auch verbindliche Standards
350 einzuführen. Damit Wasserstoff zur Klimaneutralität beiträgt, muss er aus erneuerbaren

351 Energien hergestellt werden. Das gilt auch für Wasserstoffimporte. Unser Ziel ist, dass
352 erneuerbare Energien effizient und wirtschaftlich genutzt und Elektrolyseure systemdienlich
353 eingesetzt werden. Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe dürfen nicht Teil einer
354 Verzögerungstaktik sein, sondern sollen aktiv zu Klimaneutralität beitragen. Die direkte
355 Nutzung von Strom über Batterien oder Wärmepumpen ist in der Regel viel effizienter. Es gilt
356 daher, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe gerade dort zum Einsatz zu bringen, wo sie
357 wirklich gebraucht werden: etwa in der Industrie, in der Schifffahrt oder beim Flugverkehr.

358 **Einen Markt für Ökostrom schaffen**

359 Die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor über 20 Jahren war der
360 Startschuss für die Energiewende in Deutschland, inzwischen sind Sonne und Wind zu den
361 günstigsten Energiequellen geworden. Doch jetzt, bei einem Erneuerbaren-Anteil von fast 50
362 Prozent im Strombereich, brauche wir ein Marktdesign, das die Rahmenbedingungen für ein
363 klimaneutrales Energiesystem richtig setzt: Es sichert den schnellen und günstigen Ausbau
364 der Erneuerbaren, den wirtschaftlichen Betrieb von Speichern, flexiblen Erzeugern und
365 Verbrauchern sowie einen ausreichenden Netzausbau. Dafür treiben wir eine grundlegende
366 Reform des Energierechts voran. Die Sektorenkopplung unterstützen wir, indem die
367 systemdienliche Nutzung von erneuerbarem Strom gestärkt wird und regionale Unterschiede
368 berücksichtigt werden. Erste Wind- und große Solaranlagen benötigen bereits heute keine EEG-
369 Zahlungen mehr, und der Trend zu langfristigen Lieferverträgen zwischen Ökostromerzeugern
370 und Verbraucher*innen unterstützt diese Entwicklung. Ebenso sollen Endkund*innen den Strom
371 künftig besser direkt von Ökostromerzeugern kaufen können. Das EEG entwickeln wir so von
372 einem Förder- zu einem Absicherungsinstrument des Erneuerbaren-Ausbaus weiter. Die EEG-
373 Umlage wird damit langfristig automatisch auslaufen.

374 **Netzausbau beschleunigen**

375 Um die Energiewende zum Erfolg führen zu können, müssen wir auch die Netze schneller
376 ausbauen. Sie sorgen dafür, dass die Energie von dort, wo sie erzeugt wird, so schnell wie
377 möglich dorthin gelangt, wo sie benötigt wird. Ein kluger Mix aus lokaler Erzeugung,
378 Speichern und flexiblen Verbrauchern senkt die Kosten und erhöht die Versorgungssicherheit.
379 Voraussetzung für einen weiteren Netzausbau ist, dass er systemdienlich erfolgt und alle
380 Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die bestehenden Netze optimal auszunutzen und durch
381 intelligente Systeme und Speicher zu ergänzen. Wesentlich ist eine frühzeitige
382 Bürger*innenbeteiligung. Sie erhöht die Qualität der Planung und trägt nachweislich dazu
383 bei, dass potenzielle Klagegründe bereits zu Beginn gemeinsam ausgeräumt statt am Ende vor
384 Gericht geklärt werden. Klar ist auch: Die Erneuerbaren genießen Vorrang im Netz. Da
385 Stromübertragungsnetze natürliche Monopole und kritische Infrastruktur darstellen, wollen
386 wir den öffentlichen Einfluss darauf stärken. Dazu wollen wir nach Möglichkeit die
387 staatlichen Anteile an den vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland erhöhen und sie in
388 eine Bundesnetzgesellschaft in Bundeshand überführen. Wir treiben außerdem eine Reform der
389 Netzentgelte voran, die die Transparenz stärkt, die Kosten der Energiewende fair verteilt
390 und eine Benachteiligung ländlicher Regionen – insbesondere im Norden und Osten – bei der
391 Finanzierung notwendiger Netzausbaukosten beseitigt.

392 **Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden**

393 Es ist höchste Zeit, dass alle Neubauten und Bauwerke inklusive der Baustoffe im gesamten
394 Lebenszyklus klimaneutral geplant werden und entsprechend umfassende energetische

395 Sanierungen erfolgen. Dreh- und Angelpunkt ist die Festlegung hoher Bau- und
396 Sanierungsstandards: bei Neubauten KfW 40, was in etwa dem Passivhausstandard entspricht,
im
397 Gebäudebestand nach Sanierung KfW 55 – mit Ausnahmen für denkmalgeschützte Gebäude.
Die KfW-
398 Förderprogramme werden wir weiterentwickeln, auch in Bezug auf die Verwendung nachhaltiger

399 Baustoffe. Für die Aussöhnung von Baukultur und energetischer Sanierung wollen wir klare
400 Regelungen schaffen, die beiden Zielen angemessen sind. Die Sanierungsquote muss sehr
401 schnell verdoppelt und weiter gesteigert werden. Der Einsatz von serieller Sanierung kann
402 hier ein Weg sein. Die öffentliche Hand muss mit ihren Gebäuden als Vorbild vorangehen. Für
403 den Bestand muss gelten: Bei jedem Eigentümerwechsel muss ein Sanierungsfahrplan
vorgelegt
404 werden. Bei der Umsetzung des Sanierungsfahrplans können Förderprogramme unterstützend
405 wirken. Wenn im Gebäudebestand ein Heizungs Austausch ansteht oder umfassend saniert wird,
406 aber auch im Neubau, sollen, wo möglich, ausschließlich erneuerbare Wärmequellen zum
Einsatz
407 kommen. Wir legen dazu ein Investitionsprogramm für zwei Millionen hocheffiziente
408 Wärmepumpen bis 2025 auf. Auch die Fern- und Nahwärme wollen wir dekarbonisieren und
richten
409 die Förderung an klimaneutralen Lösungen aus. Für die Energieeffizienz ist es maßgeblich,
410 von der Einzelbeheizung weg und hin zu verknüpften Systemen zu kommen, in denen aus
411 verschiedenen Erneuerbaren-Quellen wie Abwärme, Geo- oder Solarthermie Wärme eingespeist
und
412 gespeichert wird. Dabei werden wir auch Industrie und Wirtschaft in die Wärmesysteme
413 einbinden. Solche verbundenen klimaneutralen Energiesysteme werden wir fördern, besonders
in
414 städtischen Gebieten.

415 **Wärmewende fair gestalten**

416 Die Wärmewende muss mit wirksamem Mieter*innenschutz und gezielter Förderung
einhergehen.
417 Wir wollen mit dem sogenannten Drittelmodell die Kosten für klimafreundliche
418 Modernisierungen fair zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen verteilen, sodass sie
419 für alle bezahlbar und für die Vermieter*innen angemessen wirtschaftlich werden. Die
420 Modernisierungsumlage wollen wir strikt begrenzen, damit Kosten nicht einfach auf die
421 Mieter*innen abgewälzt werden können. Mit einem Zuschuss zum Wohngeld, dem
Klimawohngeld,
422 ermöglichen wir auch Empfänger*innen von Wohngeld, in klimafreundlichen Wohnungen zu
leben.
423 Bei der CO₂-Bepreisung im Wärmebereich erreichen wir Lenkungswirkung, wenn diejenigen
dafür
424 aufkommen, die die Klima-Investitionen auch tätigen: die Hauseigentümer*innen. Denn sie sind
425 es, die etwas am Zustand der Gebäude und der Wärmeversorgung ändern können, während sie
426 zugleich von der Wertsteigerung durch die Modernisierung profitieren. Für Kommunen sollen
427 regionale Wärme- und Energie- sowie integrierte Quartiersplanungen verbindlich gelten. Dabei
428 unterstützen wir durch das Aktionsprogramm Faire Wärme mit Steuervergünstigungen,

429 kostenloser Beratung und zielgerichteten Förderprogrammen den Umbau hin zu einer
430 klimaneutralen Wärmeversorgung.

431 **Atomausstieg vollenden - Endlagersuche zum Erfolg führen**

432 Atomkraft ist nicht geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen. Wir werden den Atomausstieg in
433 Deutschland vollenden. Doch obwohl Atomkraft eine Hochrisikotechnologie ist, wird bei uns
434 immer noch Uran angereichert, werden Brennstäbe hergestellt und exportiert. Unser Ziel ist
435 es, die Atomfabriken in Gronau und Lingen schnellstmöglich zu schließen. Der Betrieb des
436 Forschungsreaktors Garching mit hochangereichertem Uran gehört beendet. Zum Erbe der
437 Atomenergienutzung gehört die Endlagersuche. Wir bekennen uns zum verabredeten Pfad der
438 Standortsuche mit höchsten Sicherheitsstandards bei größtmöglicher Transparenz und
439 Beteiligung der Bevölkerung. Der Rückbau der bestehenden Atomkraftwerke muss schleunigst
und
440 ohne Zeitverzögerung auf höchstem Sicherheitsniveau erfolgen. Auch hier gilt, dass wir mit
441 diesen Altlasten nicht die nachfolgenden Generationen belasten dürfen. Voraussetzung dafür
442 ist eine Zwischen- und Endlagerung von schwach-, mittel- und vor allem von hochradioaktivem
443 Abfall bei höchsten Sicherheitsstandards. Dafür ist ein Gesamtkonzept Voraussetzung. Vor
444 allem die Sicherheit gegen Terroranschläge muss gewährleistet sein, da die Zwischenlager
445 noch lange Zeit benötigt werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Lagerung und die
446 Transporte streng überwacht werden. Auch in der EU wollen wir den Einstieg in den Ausstieg
447 vorantreiben. Wir setzen uns für eine Reform von Euratom, gegen die weitere Privilegierung
448 oder neue Förderungen der Atomkraft, und für verbindliche Sicherheitsstandards aller
449 Atomanlagen in Europa ein. So können alte und unsichere Reaktoren an Deutschlands Grenzen
450 schnell vom Netz genommen werden. Einspruchsmöglichkeiten bei Neubau oder
451 Laufzeitverlängerung von Atomanlagen in Europa wollen wir ausschöpfen und aus der
452 gemeinsamen Haftung der Staaten für Atomunfälle aussteigen.

453 **Wir sorgen für nachhaltige Mobilität**

454 **Der Mobilitätswende eine Grundlage geben**

455 Der Weg zur Klimaneutralität erfordert, unsere Mobilität im 21. Jahrhundert grundlegend neu
456 zu denken. Darin liegt eine große Chance: Städte und Dörfer mit mehr Lebensqualität,
457 Mobilität ohne Klimazerstörung, ohne Staus und Verkehrstote, mehr Freiheit, Teilhabe und
458 Wohlstand sind möglich. Mit einem Bundesmobilitätsgesetz wollen wir eine neue Grundlage für
459 die Verkehrspolitik und -gesetzgebung schaffen. Statt eines Verkehrsmittels, des Autos,
460 stellen wir den Menschen und seine vielfältigsten Bedürfnisse in den Mittelpunkt, vor allem
461 die der Verletzlichsten in unserer Gesellschaft, also der Kinder, Jugendlichen, Senior*innen
462 und Menschen mit Handicaps. Mobilitätspolitik wird konsequent an den Mobilitätsbedürfnissen
463 der Menschen, an Sicherheit, Klimaschutz, Verkehrsvermeidung, Flächengerechtigkeit,
464 Lärmschutz und Luftqualität, sozialer Teilhabe und Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet.
465 Statt wie seit Jahrzehnten einen Verkehrsträger einseitig zu bevorzugen, sorgen wir für eine
466 faire Balance – mit einer starken Bahn, einem modernen ÖPNV und besten Bedingungen für
467 Radfahrer*innen und Fußgänger*innen. Die Mobilitätswende braucht nicht nur eine bessere
468 gesetzliche Grundlage, sondern auch eine Beschleunigung in der Umsetzung. Dazu wollen wir
469 eine umfassende Ausbildungs- und Forschungsoffensive starten.

470 **Investitionen für starke Bahnen**

471 Eine leistungsfähige, verlässliche Bahn ist das Rückgrat einer nachhaltigen Verkehrswende.
472 Wir wollen den Deutschlandtakt weiterentwickeln und realisieren, um den Menschen mit mehr,
473 resilienteren und besser aufeinander abgestimmten Bahnangeboten in Stadt und Land
attraktive
474 und für alle bezahlbare Mobilitätsangebote zu machen. Dafür wollen wir alle deutschen
475 Großstädte regelmäßig an den Fernverkehr anbinden, die Takte im Regionalverkehr verdichten
476 und den Zugverkehr wieder stärker in die Fläche bringen. Stillgelegte Bahnstrecken wollen
477 wir schnellstmöglich reaktivieren. Ergänzen wollen wir diese Angebote durch schnelle
478 Sprinterzüge und Nachtzüge, die alle großen europäischen Metropolen bezahlbar miteinander
479 verbinden. Lücken und Engpässe sowohl im innerdeutschen als auch im grenzüberschreitenden
480 Schienennetz sowie in den Bahnknoten wollen wir schließen. Den Aus- und Neubau, die
481 Elektrifizierung und Digitalisierung des Netzes treiben wir zügig voran. Die bundeseigene
482 Infrastruktur wollen wir vom Druck, Gewinne erzielen zu müssen, und von der chronischen
483 Unterfinanzierung befreien und dafür entsprechende Strukturen schaffen. Wir wollen 100
484 Milliarden Euro, verteilt auf die Jahre bis 2035, zusätzlich in Schienennetz und Bahnhöfe
485 investieren und im Zusammenwirken mit den Ländern die Regionalisierungsmittel
zweckgebunden
486 noch einmal erhöhen, sodass sich die Pro-Kopf-Investitionen an das europäische Niveau
487 angleichen. Um die Investitionen langfristig und zuverlässig zu finanzieren, schaffen wir
488 einen Infrastrukturfonds, der sich auch aus Einnahmen aus der Lkw-Maut speist. Die
489 Trassenpreise wollen wir deutlich senken, um Anreize für Verkehrsverlagerungen auf die
490 Schiene zu verstärken. Bahnhöfe wollen wir zu modernen, barrierefreien Mobilitätsstationen
491 aufwerten. Die Kombination von Bahn mit dem Fahrrad- und Busverkehr wird dadurch deutlich
492 verbessert, dazu sollen auch die Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im Zug erweitert
493 werden. Den Lärmschutz auch an dichtbefahrenen Bestandsstrecken verstärken wir,
494 Barrierefreiheit der Bahn wollen wir in zehn Jahren erreichen. Wir sorgen dafür, dass
495 Bahnfahren für alle
496 bezahlbar ist. Gerade junge Menschen in Ausbildung oder Studium wollen wir bei
497 klimafreundlicher und
498 bezahlbarer Mobilität besonders unterstützen. Wir wollen, dass in Zukunft auch alle
499 Freiwilligendienstleistende wie Soldat*innen kostenfrei mit der Deutschen Bahn fahren
500 dürfen. Den Deutsche-Bahn-Konzern wollen wir transparenter und effizienter machen und auf
501 das Kerngeschäft ausrichten, die Eisenbahn in Deutschland und im benachbarten europäischen
502 Ausland. Wir setzen auf starke Verlagerungen von Straßen- und Flugverkehr auf die Schiene.
503 Mit uns wird die Bahnbranche ein noch stärker wachsender Jobmotor mit sicheren
504 Arbeitsplätzen.

505 **ÖPNV ausbauen**

506 Busse und Bahnen sind für alle da, bieten preiswerte Mobilität und verringern den
507 Autoverkehr. Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Dazu muss der
508 öffentliche Personennahverkehr attraktiver, innovativer und vollständig barrierefrei werden.
509 Wir wollen den ÖPNV zudem besser verknüpfen – vom Fernverkehrsnetz bis hin zu Bike & Ride –
510 und regionale Kooperationen stärken. Zusammen mit den Ländern werden wir eine Zukunfts-
und
511 Ausbauoffensive starten, durch eine Mobilitätsgarantie flächendeckende Anbindungen schaffen,
512 Investitionen in Fahrzeuge und das ÖPNV-Netz erhöhen und Finanzierungsinstrumente wie das
513 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Regionalisierungsmittel für diese Ziele

514 ausbauen.

515 Den Einsatz von emissionsfreien Bussen wollen wir durch ansteigende Quoten und durch
516 attraktive Förderung für die Kommunen vorantreiben sowie, wo möglich, vorrangig den Ausbau
517 und die Reaktivierung von Straßenbahnen unterstützen. Mobilität darf nicht vom Geldbeutel
518 abhängen: Länder, Kommunen und Verbünde wollen wir dabei unterstützen, attraktive
519 Preisangebote bis hin zu ticketlosem ÖPNV zu machen und neue Finanzierungsquellen wie eine
520 Umlagefinanzierung zu erschließen.

521 **Deutschland wird Fahrradland und stärkt die Fußgänger*innen**

522 Das Fahrrad hat für die Mobilitätswende riesiges Potenzial. Bereits jetzt boomt die
523 Fahrradindustrie und schafft Arbeitsplätze. Um diese Potenziale auszuschöpfen, wollen wir
524 Deutschland zum Fahrradland machen. Radfahren muss sicher und attraktiv sein – überall.
525 Radwege in Städten, Pendelstrecken oder Verbindungen von Dorf zu Dorf wie auch touristische
526 Radwege sollen sich durch hohe Qualität und hohe Sicherheitsstandards, wie eine separierte
527 Radinfrastruktur, sowie eine gute Beschilderung und Kartierung auszeichnen. Unsere Vision
528 ist ein lückenloses Fahrradnetz in ganz Deutschland mit Anschlüssen in den Grenzregionen.
529 Die Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans, die sich an den Bund richten, werden von
530 uns schnellstmöglich umgesetzt; Kommunen, Länder und Unternehmen werden bei der
Umsetzung
531 ihres Teils der Aufgaben umfassend unterstützt. Die Anzahl der Wege mit Rad und zu Fuß soll
532 bis 2030 verdoppelt werden. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die Pro-Kopf-
533 Investitionen gemeinsam mit Ländern und Kommunen deutlich erhöhen. Wir verstärken die
534 Bundesförderung und Beratungsangebote für den Ausbau und die Modernisierung der
535 Radinfrastruktur, schaffen ein schlagkräftiges Kompetenzzentrum Radverkehr und
bezuschussen
536 die Anschaffung von Job- und Lastenrädern sowie S-Pedelecs. Das Straßenverkehrsrecht
537 reformieren wir, damit Radfahrer*innen besser geschützt sind und einen gleichberechtigten
538 Platz im Straßenraum bekommen. An Verkehrswegen des Bundes sollen gut ausgebaute
Radwege
539 nach niederländischem Vorbild im Bestand und bei Baumaßnahmen zur Regel werden. Mit einer
540 nationalen Fußmobilitätsstrategie schaffen wir Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit und mehr
541 Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen.

542 **Mobilpass einführen**

543 Autonomes Fahren, vernetzte Mobilitätsangebote, nutzen statt besitzen – der digitale
544 Fortschritt wird unseren Alltag in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Wir wollen die
545 deutsche Mobilitätswirtschaft zur Vorreiterin für neue Mobilitätslösungen machen und die
546 Digitalisierung nachhaltig, inklusiv und ausgewogen für die Verkehrswende nutzen.
547 Echtzeitinformationen und ein einheitliches Ticketsystem müssen im ÖPNV Standard werden.
548 Damit man problemlos überall von A nach B kommt, wollen wir mit dem Mobilpass die Angebote
549 von 120 Verkehrs- und Tarifverbünden in Deutschland vereinfachen und verknüpfen und
Sharing-
550 und Ridepooling-Dienste so integrieren, dass Sozial- und Umweltdumping ausgeschlossen sind.
551 Bei der Vernetzung sind das Open-Data-Prinzip und offene Schnittstellen zu beachten. Wir
552 wollen den Wechsel zu Fahrrad, Bus und Bahn für alle attraktiv machen und auch finanziell
553 fördern. Der Mobilpass soll ebenso Sozialtarife und ticketlose Nutzung fördern. Alle

554 Mobilitätskonzepte müssen barrierefrei sein und eine Teilnahme auch ohne eigene digitale
555 Endgeräte ermöglichen. Für autonomes Fahren verbessern wir den Rechtsrahmen mit
Schwerpunkt
556 auf dem öffentlichen Verkehr. Fahrgastrechte wollen wir durch automatisierte
557 Entschädigungsverfahren stärken.

558 **Mehr Sicherheit durch die Mobilitätswende**

559 Alle Menschen sollen sich in ihrem Alltag angstfrei fortbewegen und unversehrt ihre Ziele
560 erreichen können. Gerade Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung brauchen
eine
561 besondere Aufmerksamkeit bei der Verkehrsplanung. Damit mehr Menschen auf das Fahrrad
562 steigen oder öfter zu Fuß gehen, sind zeitgemäße Verkehrsregeln, eine sichere Gestaltung der
563 Verkehrsinfrastruktur und eine Neuverteilung der Flächen entscheidend. Unser Ziel ist die
564 Vision Zero, d. h. keine Toten und Schwerverletzten mehr im Straßenverkehr. Um mehr
565 Sicherheit auf den Straßen zu erreichen, wollen wir in geschlossenen Ortschaften das Regel-
566 Ausnahme-Verhältnis umkehren. Tempo 30 ist dann die Regel, Abweichungen wie Tempo 50
werden
567 vor Ort ausgewiesen. Für die Autobahnen wollen wir ein Sicherheitstempo von 130 km/h. Wenn
568 besondere Gründe es notwendig machen, wie beispielsweise in Städten oder Ballungsgebieten
569 oder um sie herum, dann gelten maximal 120 km/h. Um die vielen Unfälle von
570 Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen in Innenstädten zu verhindern, wollen wir
571 verbindlich technische Lösungen wie Lkw-Abbiegeassistenzsysteme, vollautomatische
572 Assistenzsysteme oder Warnsysteme voranbringen. Wir setzen uns ein für eine Reduzierung von

573 unnötigem und mutwilligem Lärm, wie er zum Beispiel auch von zu lauten Motorrädern und
Pkws
574 ausgeht.

575 **Den Autoverkehr klimaneutral gestalten**

576 Der Automobilverkehr muss in den nächsten zehn Jahren endlich einen starken Beitrag zum
577 Klimaschutz leisten. Bisher sind dort die Emissionen immer weiter gestiegen, es braucht
578 jetzt die Trendwende. Zum Erreichen der Klimaneutralität muss der Autoverkehr abnehmen und
579 gleichzeitig emissionsfrei werden. Wir werden dafür sorgen, dass dank besserer Züge, Busse,
580 Rad- und Fußwege und flankierender Maßnahmen bis 2030 mehr als die Hälfte der Wege im
581 Umweltverbund zurückgelegt werden. Das Auto wird aber für viele weiterhin wichtig sein. Die
582 Autos müssen in der Summe im Sinne der Lebensqualität aller digitaler, leiser, kleiner und
583 leichter sowie klimaneutral und besser recyclebar sein. Dabei geht es uns auch darum, mit
584 Hilfe von Digitalisierung, autonomem Fahren und der Stärkung neuer
585 Mobilitätsdienstleistungen Autos effizienter zu nutzen und auf diese Weise mehr Mobilität
586 bei weniger Verkehr zu fördern. Ab 2030 dürfen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu
587 zugelassen werden; den Weg dorthin bereiten europäische CO₂-Flottengrenzwerte und eine
588 ansteigende nationale Quote, die sich am 1,5-Grad-Pfad orientieren. Bis 2030 müssen aber
589 bereits in relevantem Maße bisherige Verbrennerfahrzeuge durch E-Autos ersetzt werden, deren

590 Anteil soll daher bis 2030 auf mindestens 15 Millionen Fahrzeuge steigen. So sorgen wir für
591 saubere Luft, erfüllen unsere Klima- und Umweltziele und die Automobilindustrie kann ihre
592 Entwicklungsarbeit und ihre Investitionen verlässlich planen.

593 Das sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle. Die Kaufförderung
594 emissionsfreier Autos wollen wir in ein Bonus-Malus-System überführen und für Elektro-
595 Leichtfahrzeuge öffnen. Klimafreundliche Autos werden billiger, klimaschädliche teurer. Auch
596 die Umrüstung bestehender Verbrenner zu emissionsfreien Autos wollen wir fördern. Zudem
597 nutzen wir Regulierung, verpflichtende Verbraucherinformationen und Anreize, um Autos
598 insgesamt leichter und effizienter zu machen. Wir beenden schrittweise die Dieselsubvention
599 und gestalten die Dienstwagenbesteuerung sozial-ökologisch um. Wir beschleunigen den
600 flächendeckenden Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur, besonders im ländlichen Raum,

601 inklusive Schnellladesäulen. Laden muss flächendeckend in Deutschland und Europa schnell,
602 ökologisch, günstig und bequem möglich sein.

603 **Moderne Verkehrsinfrastruktur**

604 Die Verkehrspolitik hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und Pkw-Verkehr gefördert. Sie
605 reißt damit alle Klima- und Nachhaltigkeitsziele und führt doch tagtäglich zu Staus. Das hat
606 keine Zukunft – moderne Mobilität für dieses Jahrhundert verlangt neue Prioritäten.
607 Deutschland braucht eine Infrastrukturentwicklung, die den 1,5-Grad-Pfad einhält und allen
608 Menschen zukunftsfähige und sichere Mobilität ermöglicht. Wir legen den Fokus auf den Ausbau
609 von Geh-, Rad- und Schienenwegen, eine gleichberechtigte Verteilung von Flächen, die
610 Umnutzung bestehender Infrastrukturen sowie eine intelligente barrierefreie Vernetzung
611 umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Auch die Vermeidung von Verkehr und daraus resultierenden

612 Belastungen, unter anderem durch bessere Bedingungen für Homeoffice und die Wiederkehr
613 der
614 Nahversorgung in Orte und Stadtviertel, werden wir unterstützen. An den Verkehrswegen wollen
615 wir für zusätzliche Bäume und ihren Bestandserhalt als Teil einer grünen Infrastruktur
616 sorgen. Der bisherige Bundesverkehrswegeplan wird diesen Ansprüchen überhaupt nicht
617 gerecht.
618 Trotz Klima- und Artenkrise und obwohl Deutschland eines der dichtesten Straßennetze der
619 Welt hat, enthält der Bundesverkehrswegeplan noch hunderte weitere Straßenbauprojekte, die
620 unsere Landschaften und unsere Natur zerschneiden und den Klimaschutz gefährden.
621 Deutschland
622 hat keinen Mangel an Straßen, erst recht keinen an Autobahnen. Wir wollen deshalb den
623 Bundesverkehrswegeplan schnellstmöglich durch einen neuen Bundesnetzplan ersetzen, der die
624 Verkehrsinfrastrukturplanung systematisch an den Erfordernissen der Mobilitätswende
625 ausrichtet und die bis 2030 vorgesehenen Neu- und Ausbauten von Autobahnen und
626 Bundesfernstraßen deutlich reduziert. Dies erfordert eine grundsätzliche Änderung der
627 bisherigen standardisierten Bewertungsverfahren, Berechnungsgrundlagen und Kriterien unter
628 Berücksichtigung der tatsächlichen Klima- und Umweltkosten, die gründliche Prüfung von
629 Alternativen, die auch andere Verkehrsträger einbezieht, eine Verbesserung der bisher
630 unzureichenden Beteiligung der Bürger*innen und Verbände sowie die Abkehr vom sogenannten

631 Finanzierungskreislauf Straße. Wir schützen damit unsere Wohngebiete, Wald und Wasser,
632 Moore
633 und Artenvielfalt und so unsere eigenen Lebensgrundlagen. Angesichts der Klimakrise darf

630 nicht gelten: Nur weil es schon immer so geplant war, muss das jetzt auch gemacht werden.
631 Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir zudem
632 nutzen, um
633 alle nicht im Bau befindlichen Abschnitte sowie besonders umweltschädliche Straßenneubau-
634 und Straßenausbauprojekte einer Klima-, Umwelt- und Bedarfsprüfung zu unterziehen und sie
635 dadurch deutlich zu reduzieren. Bis zum Abschluss der Überprüfung dürfen bei diesen
636 Projekten keine irreversiblen Fakten geschaffen werden. Das gilt umso mehr, weil der
637 ausufernde Straßenneubau Mittel bindet, die wir anderswo viel dringender brauchen. Die
638 Mittel für den Straßenneu- und -ausbau werden wir deshalb weitgehend umschichten –
639 zugunsten
640 der Sanierung maroder Infrastruktur und des Ausbaus der Schienen- und Radwegeinfrastruktur.
641 Dazu gehört auch eine gründliche Bewertung der finanziellen Risiken des Straßenbaus und der
642 neuen Autobahngesellschaft. Straßenfahrzeuge und Züge sollen leiser werden, durch mehr
643 aktiven Lärmschutz auch im Bestand. Dort, wo wir den Lärm nicht direkt an der Quelle mindern
644 können, sorgen wir für besseren Lärmschutz.

643 **Mobil auf dem Land durch eine Mobilitätsgarantie**

644 In ländlichen Räumen ist die Mobilitätswende am anspruchsvollsten, denn viele Menschen sind
645 dort auf das Auto angewiesen. Zugleich schränkt diese einseitige Autozentrierung die
646 Autonomie von Kindern, Jugendlichen und Menschen ohne Auto besonders stark ein. Wir wollen
647 erreichen, dass Mobilität auch auf dem Land ohne Auto und barrierefrei möglich ist. Wir
648 wollen mit den Ländern eine Mobilitätsgarantie mit gesetzlich definierten Standards für
649 Erreichbarkeit und Erschließung einführen, erweiterte Angebote an öffentlicher Mobilität in
650 ländlichen Räumen entwickeln, lokale Initiativen unterstützen und Radwege ausbauen. Gerade
651 in strukturschwachen Regionen braucht es eine regelmäßige, verlässliche und barrierefreie
652 Anbindung an den ÖPNV, zum Beispiel durch Schnellbuslinien, und an
653 Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-Demand-Verkehre. Dennoch ist das Auto für
654 viele Menschen im ländlichen Raum unverzichtbar und dort gerade für viele Familien kaum
655 wegzudenken. Deshalb setzen wir hier auch besonders auf die Chancen der Antriebswende. Das

656 E-Auto ist insbesondere im Paket mit Solaranlagen auf dem Dach, einem Stromspeicher im
657 Keller und einer Wandladestation in der Garage eine zukunftsfähige Lösung. Zugleich wollen
658 wir Carsharing flächendeckend verfügbar machen und die Errichtung von Carsharing-Stationen
659 fördern, auch an zunächst weniger rentablen Standorten.

660 **Mobilitätswende in der Stadt**

661 Nirgendwo wird die Mobilitätswende sehnlicher erwartet als in den Innenstädten: Unfälle,
662 Staus, Abgase, Lärm, zu wenig Platz für Kinder zum Spielen und für Begegnungsräume – die
663 autozentrierte Stadt ist nicht nur klimaschädlich, sondern auch kein schöner Ort zum Leben.
664 Wir wollen unsere Städte lebenswerter machen und sie dazu bei der Mobilitätswende gezielt
665 unterstützen. Wir werden es ihnen erleichtern, den Raum Straße vielfältig nutzbar zu machen,
666 attraktive Rad- und Fußwege anzulegen, verkehrsberuhigte oder autofreie Innenstädte und
667 Stadtviertel voranzutreiben und mehr Grünflächen auch durch Entsiegelung zu schaffen.
668 Temporäre Umgestaltungen wie Pop-up-Bikelandes sollen erleichtert werden, um Best-Practice-
669 Lösungen testen zu können. Den Städten und Kommunen wollen wir die Planungshoheit
670 zurückgeben, damit sie öffentlichen Raum gerecht aufteilen können, zum Beispiel durch eine
671 stringente Parkraumbewirtschaftung, indem Autos nicht mehr überall, sondern nur noch auf

672 explizit dafür ausgewiesenen Flächen geparkt werden dürfen, oder durch bessere
 673 Möglichkeiten, Fahrradparkplätze vorzugeben und Auto- in Fahrradparkplätze umzuwidmen. Wir
 674 wollen, auch durch angemessene Bußgelder, Schluss machen mit Falschparken auf Radwegen
 und
 675 Fußwegen und zugestellten Straßenkreuzungen. Zudem stärken wir die Möglichkeiten, auch
 durch
 676 europäische Erfolgsmodelle wie eine City-Maut oder eine Nahverkehrsabgabe die
 677 Mobilitätswende zu finanzieren, zu fördern und aktiv zu gestalten. Die Ausweitung von –
 678 insbesondere stationsbasierten – Carsharing-Angeboten werden wir fördern, da diese für eine
 679 Verringerung des Pkw-Bestands in den Städten sorgen.

680 **Flugverkehr zukunftsfähig ausrichten**

681 Fliegen bringt unsere Welt näher zusammen, ist aber eine der klimaschädlichsten
 682 Fortbewegungsarten. Nach der Pandemie wollen wir kein Zurück zum unbegrenzten Wachstum
 des
 683 Luftverkehrs, sondern diesen am Ziel der Klimaneutralität ausrichten. Kurzstreckenflüge
 684 wollen wir ab sofort Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig machen, indem wir massiv

685 Bahnangebote – gerade Direkt- und Nachtzugverbindungen – ausweiten und für faire
 686 Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsmitteln sorgen, die die ökologischen Kosten
 687 widerspiegeln. Die Zahl von Mittel- und Langstreckenflügen gilt es zu vermindern, zum
 688 Beispiel indem öffentliche und privatwirtschaftliche Geschäftsreisen durch die Nutzung von
 689 Videokonferenzen entfallen. Das Fliegen wollen wir nachhaltig, zukunftsfähig und langfristig
 690 unabhängig von fossilen Treibstoffen machen. Dafür sorgen ein strikter europäischer
 691 Emissionshandel, die Förderung moderner Flugzeugtechnologien und die Erhöhung der
 692 Beimischungsquoten mit einem klaren Anstiegspfad, der fossiles Kerosin durch strombasierte
 693 Kraftstoffe aus Erneuerbaren Schritt für Schritt ersetzt. Bis 2030 soll die Quote statt 2
 694 Prozent mindestens 10 Prozent betragen und im Folgejahrzehnt deutlich anwachsen. Den
 Aufbau

695 von Produktionsanlagen dafür fördern wir. Umweltschädliche Subventionen sind abzubauen und
 696 fortlaufende Finanzhilfen für Flughäfen zu beenden. Außerdem setzen wir uns für die
 697 Einführung einer europäischen Kerosinsteuer ein. Bis diese in der EU umgesetzt ist, werden
 698 wir auf nationaler Ebene eine Kerosinsteuer für innerdeutsche Flüge einführen. Lohndumping
 699 durch Billigflüge muss beendet werden. Einen weiteren Ausbau der Flughafeninfrastruktur
 700 lehnen wir ab. Neue Entwicklungen im Flugverkehr, wie zum Beispiel Drohnen, müssen sich
 701 daran messen lassen, ob sie einen Beitrag zu einer nachhaltigen Mobilitätswende leisten
 702 können. Zur Reduktion von Fluglärm braucht es weniger Flugzeuge, eine Pflicht zum aktiven
 703 Schallschutz für leisere Flugzeuge, ein echtes Nachtflugverbot, die Gleichstellung von
 704 militärischen und
 705 zivilen Flughäfen sowie eine Novellierung der gesetzlichen Grundlagen mit strengeren
 706 Grenzwerten. Für den Gesundheitsschutz wollen wir außerdem Grenzwerte für Ultrafeinstaub
 707 festlegen.

708 **Zukunftsfähiger Güterverkehr**

709 Jeden Tag werden durch Deutschland Millionen Tonnen an Gütern transportiert, heute zumeist
 710 in Form endloser Lkw-Karawanen auf unseren Straßen. In einem klimaneutralen Deutschland
 muss

711 auch der Güterverkehr zukunftsfähig, emissionsfrei und weniger lärmintensiv sein. Für
712 weniger Lkw-Verkehr wollen wir den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern.
713 Dafür werden wir die Kombination von Straße, Schiene und Wasser ertüchtigen und Industrie
714 und Gewerbe wieder ans Bahnnetz anschließen – auch in der Fläche. Wir fördern Investitionen
715 in moderne Güterverkehrstechnik, intermodale Güterverkehrszentren und Umschlagterminals
für
716 den kombinierten Güterverkehr. Wir setzen zudem auf regionale Wirtschaftskreisläufe und die
717 Chancen der Digitalisierung und Vernetzung bei der Organisation der Logistik. Den
718 ausufernden Lkw-Verkehr wollen wir durch eine CO₂-orientierte Maut so regulieren, dass die
719 entstehenden Kosten von den Verursacher*innen getragen werden. Zusammen mit
ambitionierten
720 CO₂-Flottengrenzwerten und Quoten, der Förderung klimafreundlicher Antriebe und dem
721 schnellen Aufbau der entsprechenden Infrastrukturen werden auch Lkw absehbar lokal
722 emissionsfrei. Für mehr Sicherheit im Lkw-Bereich braucht es eine bessere Durchsetzung von
723 Arbeitszeitvorschriften. Auch die Arbeitsbedingungen der Lkw-Fahrer*innen müssen erheblich
724 verbessert werden. Dafür werden wir das Bundesamt für Güterverkehr personell aufstocken und

725 diesem mehr Befugnisse erteilen. In der städtischen Logistik wollen wir den Einsatz von
726 Lastenrädern und Cargo-Trams fördern sowie neue Verteilkonzepte wie Cityhubs und die
727 Güterbeförderung auf der letzten Meile per Konzession vorantreiben.

728 **Die Schifffahrt klima- und umweltverträglich machen**

729 Für ein außenhandelsorientiertes Land wie Deutschland ist eine international
730 wettbewerbsfähige maritime Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Wir setzen uns für die
731 Entwicklung eines gemeinsamen Seehafenkonzepts durch Bund und Länder ein, das auf
732 Kooperation der Standorte statt auf Konkurrenz setzt. Die Schifffahrt wollen wir durch
733 verbindliche Emissionsminderungsziele und eine Einbeziehung in den EU-Emissionshandel
734 klimaneutral machen. Wir setzen die politischen Rahmenbedingungen dafür, dass die
735 Schifffahrt schnellstmöglich wekommt vom Schweröl mit seinen giftigen Abgasen und dass
sich
736 stattdessen Landstromanlagen, emissionsarme Terminals, alternative Schiffsantriebe und
737 klimaneutrale Treibstoffe ebenso wie faire Arbeitsbedingungen für alle an der Seefahrt
738 Beteiligten durchsetzen. Dafür drängen wir auf weltweit höhere Standards. Modernisierte
739 Binnenschiffe müssen künftig einen wichtigen Beitrag zum klimaneutralen Gütertransport
740 liefern. Wir sehen uns in der Verantwortung für einen guten ökologischen Zustand aller
741 Wasserstraßen. Marode Wasserstraßen müssen umweltverträglich saniert werden, für
742 Flussvertiefungen soll es ein Moratorium und eine grundsätzliche Überprüfung im Rahmen der
743 Neuaufstellung des Bundesnetzplans im Sinne der neuen UN-Dekade für die Wiederherstellung
744 von Ökosystemen geben.

745 **Wir schützen Natur und Umwelt für ein gutes Leben**

746 **Artensterben stoppen**

747 Biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde. Ökologische Leitplanken müssen daher
748 unser Handeln definieren – als „Barometer des Lebens“. Um die Krise der Artenvielfalt zu
749 überwinden und das massenhafte Artensterben zu beenden, brauchen wir vor allem eine
andere

750 Landnutzung. Wie beim Klimaschutz zählt auch beim Naturschutz jeder Tag. Deshalb werden wir
751 ein Sofortprogramm Artenschutz auflegen, mit dem wir den Pestizideinsatz deutlich verringern
752 und den Einsatz besonders schädlicher Umweltgifte wie Glyphosat untersagen. Wir wollen den
753 Verkauf von naturwertvollen bundeseigenen Flächen sowie die Entwässerung von
Moorstandorten
754 stoppen und militärische Konversionsflächen dem Naturschutz zur Verfügung stellen. Zur
755 besseren Vernetzung der Schutzgebiete wollen wir Naturschutzkorridore schaffen. Gemeinsam
756 mit den Ländern werden wir die Naturschutzwirkung der Natura-2000-Gebiete verbessern, wo
757 möglich Nationalparks und andere Schutzgebiete vergrößern bzw. neue schaffen sowie das
758 nationale Naturerbe stärken. Damit der Naturschutz endlich ausreichend finanziert wird,
759 werden wir neue Wege gehen: 10 Prozent der Gelder aus dem Energie- und Klimafonds sollen
für
760 Klimaschutz durch Naturschutzmaßnahmen eingesetzt werden. Wir werden den Wildnisfonds
761 ausbauen, damit sich auf mindestens 2 Prozent der Landesfläche wieder echte Wildnis
762 entwickelt, wo Pflanzen und Tiere ungestört leben können. Wir wollen erreichen, dass vor
763 jeder Planung von Infrastrukturvorhaben die Auswirkungen auf Klima, Natur und Umwelt
764 umfassend geprüft und berücksichtigt werden. Auch einer vielfältigen Kulturlandschaft kommt
765 eine große Bedeutung für den Schutz unserer Natur zu. Deshalb wollen wir wertvolle
766 Landschaftselemente wie artenreiche Blumenwiesen, Streuobstbestände, Weinbau-Terrassen,
767 Alleen, Einzelbäume und Blühstreifen entlang von Straßen und auf kommunalen Flächen besser
768 schützen und neu schaffen. Den Verbrauch an Boden in Natur und Landwirtschaft werden wir
769 endlich drastisch reduzieren – in einem ersten Schritt auf unter 30 Hektar pro Tag deutlich
770 vor 2030. Dazu werden wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen Instrumente umsetzen,
mit
771 denen Bauen auf jetzigem Ackerland und Naturboden wirksam begrenzt wird.

772 **Unseren Wald retten**

773 Unser Wald ist durch die Klimakrise – durch Hitzewellen, Dürre und Stürme – stark bedroht.
774 Wir erleben heute schon ein Waldsterben, das weitaus größere Schäden anrichtet, als in den
775 80er Jahren durch den sauren Regen entstanden sind. Naturnahe, artenreiche und klimastabile
776 Waldökosysteme sind widerstandsfähiger als Monokulturen. Sie halten den Wasserkreislauf in
777 Balance und die Böden fruchtbar, speichern Kohlenstoff, reinigen die Luft, sind der
778 Lebensraum zahlreicher bedrohter Tiere, Pflanzen und Pilze, produzieren Rohstoffe und dienen
779 der Erholung und Gesundheitsvorsorge. Wir fördern die Entwicklung gesunder Wälder, die mehr
780 Kohlenstoff binden, als aus ihnen herausgeholt oder freigesetzt wird. Wir wollen gesetzliche
781 Mindeststandards festlegen, damit die Waldbewirtschaftung naturnah wird, den Umbau und die
782 Wieder- und Neubewaldung nach ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben ausrichten und die
783 Waldbesitzer*innen dabei mit qualifizierter Förderung und Beratung unterstützen. Das dient
784 auch dem ökonomischen Mehrwert. Im Einklang mit Naturschutz- und Waldbesitzerverbänden
785 setzen wir uns für wald-, natur- und tierschutzgerechte Bejagungsmethoden ein. Die
786 Bewirtschaftung aller Flächen der öffentlichen Hand soll an ökologische Kriterien geknüpft
787 werden – im Wald nach FSC- oder Naturlandstandards, in der Landwirtschaft nach Ökolandbau
788 zertifiziert. Wir wollen als ersten Schritt mindestens 5 Prozent unserer Wälder der Natur
789 überlassen. So schaffen wir die Urwälder von morgen. Weitere Dürrejahre vergrößern die
790 Waldbrandgefahr. Gemeinsam mit Kommunen und Ländern wollen wir eine bundesweite

Präventions-

791 und Bekämpfungsstrategie erarbeiten.

792 **Biologische Vielfalt an Land und im Meer schützen**

793 Der Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume schreiten auch global weiter
794 voran. Wir werden uns für ein ambitioniertes Abkommen der Vereinten Nationen zum Erhalt der
795 biologischen Vielfalt einsetzen und es in Deutschland umsetzen. Entsprechend der
796 Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union sollen mindestens 30 Prozent der Landfläche
797 und 30 Prozent der Meere wirksam geschützt werden. Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung
798 wollen wir überall als neue Leitprinzipien verankern und für eine kohärente Politik sorgen.
799 Im Meeresbereich verfolgen wir eine gemeinsame internationale Meeresstrategie. Wir werden
800 uns dafür einsetzen, den Schutz der Meere über verbindliche Abkommen zu schärfen,
801 Vollzugsdefizite und Regellücken zu schließen und damit in den Fokus zu rücken, damit auch
802 bisher legale Verschmutzung, wie zum Beispiel Tankwäschen auf hoher See, verboten und
803 Übernutzung verhindert wird. Wir unterstützen Programme zum Stopp der globalen Entwaldung
804 und zum Schutz oder zur Wiedereinwanderung oder -ansiedlung besonders bedrohter Arten.
805 Landnutzer*innen, deren Lebensunterhalt durch Schutzmaßnahmen bedroht wird, müssen einen

806 Ausgleich erhalten. Gezielte Artenschutzprogramme von Zoos und wissenschaftlichen Instituten
807 wollen wir unterstützen und zugleich die Haltung der Tiere dort verbessern. Lebensräume, für
808 die wir in Deutschland internationale Verantwortung tragen, wie das Wattenmeer und alte
809 Buchenwälder, wollen wir gemeinsam mit den Ländern besser als bisher schützen und
810 entwickeln. Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht verantwortbare Risiken, wie die
811 Manipulation oder Ausrottung ganzer Populationen oder Arten durch gentechnische Methoden,
812 sogenannte Gene Drives, ausgeschlossen werden. Es braucht eine umfassende
Biomassestrategie,
813 damit die Produktion und der Import von Biomasse zur Energieerzeugung oder für Tierfutter
814 nicht zur Zerstörung der Artenvielfalt führt.

815 **Flüsse und Moore schützen und renaturieren**

816 Die Renaturierung von Flüssen, Auen und Wäldern und die Wiedervernässung von Mooren – all
817 das schützt nicht nur seltene Lebensräume und die biologische Vielfalt, sondern auch das
818 Klima. Deshalb werden wir eine Renaturierungsoffensive starten. Naturnahe Bäche und die
819 letzten frei fließenden Flüsse wie die Elbe müssen erhalten bleiben, einen Ausbau der Oder
820 lehnen wir ab, das gilt auch für die Tideelbe. Maßnahmen, die den ökologischen Zustand
821 unserer Fließgewässer verschlechtern, sind nicht erlaubt. Diese Vorgabe aus dem europäischen
822 Recht werden wir durchsetzen. Flüsse mit weiten Auen und Überschwemmungsgebieten sind
auch
823 der beste Schutz gegen Hochwasser und halten das Wasser in der Landschaft. Wir werden
824 deshalb die Aufgaben der Bundeswasserstraßenverwaltungen nach ökologischen Kriterien neu
825 ausrichten. Spezifische Programme für wilde Bäche, naturnahe Flüsse, Seen, Auen und
826 Feuchtgebiete wie das Blaue Band wollen wir stärken und gemeinsam mit den Ländern die EU-
827 Wasserrahmenrichtlinie endlich konsequent umsetzen. Moorschutz ist Klimaschutz. Daher
wollen
828 wir ein Ende der Torfnutzung und unsere Moore so schnell und umfassend wie möglich
829 wiedervernässen. Dazu legen wir gemeinsam mit den Ländern ein großflächig wirksames Moor-
830 Renaturierungsprogramm auf. Um die noch intakten Moore vor Torfabbau, Überdüngung und

831 Entwässerung zu retten, werden wir sie unter strengen Schutz stellen. Für genutzte Moorböden
832 wollen wir ökonomische Perspektiven für eine nachhaltige nasse Landwirtschaft ermöglichen
833 und extensive Weidewirtschaft und Paludikultur stärken.

834 **Sauberes Wasser ist Leben**

835 Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Düngemittel, Pestizide, Waschmittelrückstände und
836 Medikamentenreste gehören nicht in unser Wasser. Zum Schutz unseres Grundwassers, der
Seen,
837 Flüsse und Meere wollen wir deshalb klare gesetzliche Vorgaben, etwa zur Flächenbindung der
838 Tierhaltung und des Pestizid- und Düngemiteleinsatzes, verankern sowie die Kläranlagen
839 verbessern. Ein Verursacherfonds und eine Reform der Abwasserabgabe sollen so zu einer
840 fairen Verteilung der Kosten von Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung führen. Wir wollen
841 die Produktverantwortung von Hersteller*innen stärken. So verringern wir etwa durch
842 verbesserte Genehmigungs- und Entsorgungsvorschriften für Medikamente die Bildung von
843 Resistenzen und andere Gefahren von Arzneimittelrückständen im Wasser. Besonders
gefährliche
844 und schlecht abbaubare Schadstoffe dürfen nicht mehr in den Wasserkreislauf gelangen. Wir
845 setzen das EU-Wasserrecht endlich konsequent um und reduzieren den Eintrag von
846 hormonverändernden Stoffen und Mikroplastik ins Wasser deutlich. Den Vorrang der
847 Trinkwasserversorgung gegenüber gewerblicher Nutzung gilt es sicherzustellen,
848 Wiederverwendung von Abwässern und Speicherung von Regenwasser wollen wir fördern und
849 Anreize zum Wassersparen schaffen. Wir machen das Vorsorgeprinzip auch im Gewässerschutz
zur
850 Richtschnur, deswegen wollen wir im Bergrecht Fracking und künftige Projekte zur Förderung
851 von Erdöl und Erdgas ausschließen.

852 **Meere schützen, Plastikmüllflut stoppen**

853 Die Meere befinden sich in einem katastrophalen Zustand – und dieser droht sich durch
854 weitere Versauerung, Überdüngung, Überfischung, Verschmutzung und Plastikmüll noch zu
855 verschlechtern. Um der Plastikmüllflut Einhalt zu gebieten, wollen wir ein international
856 verbindliches Abkommen zum Stopp der Plastikvermüllung unserer Meere auf den Weg bringen
857 sowie ein Sofortprogramm mit ehrgeizigen Müllvermeidungszielen auflegen. Wir wollen Technik
858 fördern, die eine Bergung der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee und ein
859 umweltverträgliches Abfischen von Müll aus dem Meer ermöglicht. Aus den Erdölförderanlagen
860 in der Nordsee treten durch Unfälle, ölhaltigen Bohrschlamm mit Bohrabfällen und auch durch
861 die Abfackelung von Gas giftige Stoffe aus. Wir setzen uns für ein Ende der Förderung
862 fossiler Energieträger ein. In der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone wollen wir
863 einen sofortigen Stopp neuer Öl- und Gasbohrungen umsetzen sowie ein Förderende bis 2025.
864 Auf europäischer und internationaler Ebene setzen wir uns für ein Ende der Öl- und
865 Gasförderung in der gesamten Nord- und Ostsee ein. Wir wollen auch den Ausstieg aus dem
866 Kies- und Sandabbau in Schutzgebieten vorantreiben und zugleich Raubbau in Ländern des
867 globalen Südens durch Importstandards verhindern. Um die Überfischung zu beenden, die
868 Fischbestände zu stabilisieren und Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben,
869 wollen wir Fangquoten und Fischereiabkommen anpassen, Schonzeiten ausdehnen und die
870 Umstellung der Fischerei auf umwelt-, klima- und artenschonende Fangmethoden erreichen.
Dazu
871 gehören auch ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der klima- und umweltschädlichen

872 Grundschleppnetzfisherei und eine naturschutzgerechte Regulierung von Stellnetzen. Wir
873 wollen die Fischereisubventionen auf eine ökologische Meeresnutzung ausrichten. Regionale
874 Fischereibetriebe werden wir bei der Umstellung ebenso unterstützen wie beim Aufbau von
875 Alternativen durch umweltfreundliche touristische Angebote. Ein wichtiger Schritt, um
876 ökologische Fischerei und Aquakultur auskömmlich zu honorieren, ist eine verbindliche und
877 für die Verbraucher*innen transparente Kennzeichnung. Für lebendige Weltmeere sind die
878 Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, ein Tiefseebergbaumoratorium sowie die
879 Ausweisung von großflächigen nutzungsfreien Meeresschutzgebieten notwendig.

880 **Das Ende des Mülls**

881 Der Plastikmüll wird immer mehr, der Mehrweganteil bei Getränken sinkt seit Jahren.
882 Einwegbecher werden nur für wenige Minuten genutzt, bevor sie zu Müll werden. Ausgediente
883 Handys und Tablets verstauben in Schubladen, obwohl sie wiederverwendet oder recycelt
werden
884 könnten. Unser Ziel ist Zero Waste. Es soll kein Müll mehr verursacht und die
885 Ressourcenverschwendung gestoppt werden. Das kann nur gelingen, wenn Hersteller*innen und

886 Müllverursachende stärker in die Verantwortung genommen werden und das Konzept der
887 Kreislaufwirtschaft ganzheitlich bei Design, Herstellung, Nutzung und Entsorgung von
888 Produkten berücksichtigt wird. Unerwünschte, oft sogar noch in Plastikfolie eingepackte
889 Werbung gehört nicht in unsere Briefkästen. Wir werden das komplizierte Pfandsystem
890 entwirren. Jede Flasche soll in jeden Pfandautomaten passen, den To-go-Mehrwegbecher
machen
891 wir bis 2025 zum Standard. Wir fördern Mehrweg bei Transport, Online-Handel, Einkauf und
892 Lebensmittelverpackungen. Wir treten für ein EU-weites Pfandsystem ein. Damit
893 Ressourcenschätze aus alten Elektrogeräten zurück in den Kreislauf finden, schaffen wir in
894 einem ersten Schritt ein Pfand auf Handys, Tablets und energieintensive Akkus. Das bisherige
895 Lizenzgeld für Plastikverwertung entwickeln wir zu einer Ressourcenabgabe weiter. Bei der
896 Ausgestaltung der Müllsammlung wollen wir die Position der Kommunen stärken. Das
897 Verpackungsgesetz wird zum Wertstoffgesetz, das allen ökologisch vorteilhaften
898 Mehrwegprodukten Vorrang einräumt sowie Müllvermeidung und hochwertiges Recycling
fördert.
899 Dazu müssen Kunststoffsorten und Verbundstoffe reduziert und giftfrei werden. Biowertstoffe
900 gehören nicht in die Verbrennung, sondern müssen verwertet werden. Plastikmüll soll nicht
901 mehr exportiert werden, wenn er nicht hochwertig recycelt wird. Stoffe im Kreislauf zu
902 führen, wird auch ökonomisch vorteilhafter werden, als sie wegzuerwerfen. Kreislaufwirtschaft
903 wird das neue Normal.

904 **Giftfreie Produkte im Alltag**

905 Plastik- und Schadstoffrückstände finden sich mittlerweile sogar schon in den Körpern von
906 Kindern und Jugendlichen. Die Weltgesundheitsorganisation sieht in hormonstörenden
907 Chemikalien eine globale Gesundheitsbedrohung. Wir wollen giftige Chemikalien, die
908 Erkrankungen wie Krebs, Diabetes oder Allergien und ungewollte Kinderlosigkeit auslösen
909 können, aus allen Alltagsprodukten verbannen, indem wir das EU-Recht im Chemikalienbereich
910 verbessern und schnell und konsequent durchsetzen. Der Eintrag von Mikroplastik, das sich
911 heute schon überall in unserer Umwelt findet, muss dringend minimiert werden. In Kosmetika
912 und Pflegeprodukten hat Mikroplastik nichts verloren. Besonderes Augenmerk richten wir auf

913 Spielzeug, Kinderpflegeprodukte und andere Alltagsprodukte wie Textilien, Möbel oder
914 Elektronik. Deutschland sollte dem Beispiel Frankreichs folgen und nachgewiesen giftige
915 Chemikalien wie Bisphenol A in Kochgeschirr und Lebensmittelverpackungen oder per- und
916 polyfluorierte Kohlenwasserstoffe in Papier und Pappe verbieten. Wir wollen
917 Verbraucher*innen besser schützen, indem wir gemeinsam mit den Ländern importierte Güter
918 stärker auf Giftstoffe kontrollieren, die Produktkennzeichnung verbessern und
919 Produktrückrufe erleichtern. Unser Ziel ist, dass die Menschen gesund in einer gesunden
920 Umwelt leben können.

921 **Saubere Luft zum Atmen**

922 Wir alle brauchen saubere Luft zum Atmen. Doch Abgase aus dem Verkehr, aus
Kohlekraftwerken
923 oder alten Ölheizungen machen krank. Schlimmer noch: Nach Berechnung der Europäischen
924 Umweltagentur sterben allein in Deutschland pro Jahr 70.000 Menschen vorzeitig durch von
925 Luftverschmutzung verursachte Krankheiten. Die ökologische Modernisierung bietet riesige
926 Chancen, die Luft zu verbessern. E-Autos, Solar- und Windenergie schützen unsere Luft. Wir
927 wollen diese Entwicklung beschleunigen und die Grenzwert-Empfehlungen der
928 Weltgesundheitsorganisation für Luftschadstoffe schnellstmöglich umsetzen. Auch durch mehr
929 Grün in unseren Städten verbessern wir dort die Luftqualität. Um diese Ziele zügig zu
930 erreichen, werden wir alle Emissionsquellen wie Verkehr, Industrie und Landwirtschaft in den
931 Blick nehmen und in diesem Zusammenhang die Entscheidung darüber, ob und wie Feuerwerk
im
932 Einzelnen zu regeln ist, dahin geben, wo sie hingehört – vor Ort.

933 **Klimaanpassung und mehr Natur in der Stadt**

934 Die Klimakrise verändert zunehmend die Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens.
Schon heute
935 hat sich die Erde um 1,2 Grad erhitzt. Die Folgen sind mit Hitzesommern, Überschwemmungen
936 und Stürmen längst auch in unserem Land spürbar und treffen oft die am härtesten, die in
937 schwierigsten Umständen leben. Während wir um jedes Zehntelgrad weniger an Erderhitzung
938 kämpfen, müssen wir uns zugleich an diese Veränderungen anpassen. In ländlichen Räumen gilt

939 es insbesondere Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Fischerei bei der Anpassung zu
940 unterstützen, um Schäden durch Dürren, Ernteauffälle und Waldsterben zu verringern. Unsere
941 Städte wollen wir besser gegen Hitzewellen und Starkregen wappnen – mit Hitzeaktionsplänen
942 und einem Stadtumbau im Großen wie im Kleinen: mehr Stadtgrün, Bodenentsiegelung,
943 Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Wasserflächen und öffentliche Trinkbrunnen. Als
944 Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend
945 wirken. Das erhöht auch die Lebensqualität gerade für all jene, die sich keinen eigenen
946 Balkon oder Garten leisten können: Dachgärten sind natürliche Klimaanlagen für Wohnungen
und
947 Büros, Parks und Stadtwälder spenden Schatten und frische Luft. Wir wollen durch
948 Verbesserungen im Baurecht und in der Städtebauförderung Stadt und Land helfen, all das
949 schnellstmöglich vor Ort umzusetzen. Auch für Tiere und Pflanzen sind unsere Städte immer
950 wichtigere Lebensräume. Deshalb wollen wir die Natur in der Stadt ausweiten. Das vorhandene
951 Grün werden wir schützen und ökologisch aufwerten, Gärtner*innen und Kleingärtner*innen
952 wollen wir dabei als Verbündete gewinnen. Wir werden die Lichtverschmutzung eindämmen, die

953 Menschen, Tiere und Pflanzen schädigt und wesentlich zum Verschwinden von Insekten und
954 Vögeln beiträgt.

955 **Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur**

956 **Landwirtschaft fit für die Zukunft machen**

957 Wir wollen Klima-, Umwelt-, Tier- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche Erzeugung
958 miteinander versöhnen. Die Landwirtschaft fit für die Zukunft zu machen – das begreifen wir
959 als Aufgabe für die nächsten Jahre. Das geht nur mit der Natur zusammen und mit einem
960 Verständnis von Natur, das sich an Kreisläufen orientiert und sich dem Ressourcenschutz
961 verpflichtet sieht. Das bedeutet fruchtbare kohlenstoffspeichernde Böden, sauberes Wasser
962 und intakte Ökosysteme, aber auch ein faires Auskommen von Landwirt*innen und eine gute
und
963 gesunde Ernährung für alle. Das können und werden wir nur gemeinsam mit den Bürger*innen
und
964 Bäuer*innen erreichen. Insbesondere kleine Betriebe wollen wir bei der notwendigen
965 Transformation unterstützen und pragmatische Lösungen für sie finden. Unser Leitbild ist
966 eine sich weiterentwickelnde ökologische Landwirtschaft mit ihren Prinzipien
967 Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und Freiheit von chemisch-synthetischen Pestiziden.
968 Dafür wollen wir den Ökolandbau umfangreich fördern und die Voraussetzungen dafür schaffen,
969 dass künftig immer mehr Bäuer*innen und Lebensmittelhersteller*innen umstellen. Ziel sind 30
970 Prozent Ökolandbau bis 2030. Die Agrarforschung für eine Ökologisierung der Landwirtschaft
971 werden wir deutlich ausweiten. Wir werden vielfältige Fruchtfolgen und widerstandsfähige
972 Anbausysteme wie Agroforst ebenso stärken wie die Nutzung von robusten Pflanzensorten und
973 Tierrassen. Stickstoffüberschüsse werden wir deutlich reduzieren. Auch digitale Anwendungen
974 können bei entsprechender Ausrichtung die Landwirtschaft umwelt- und klimafreundlicher
975 machen, müssen aber auch – zum Beispiel über Sharing-Konzepte – kleineren Betrieben
976 offenstehen und bezahlbar sein. Monokulturen, Pestizide und chemisch-synthetischer Dünger
977 führen auch im globalen Süden zu erheblichen Schäden für Gesundheit und Umwelt, während
978 Kleinbäuer*innen durch europäische Dumpingexporte, patentiertes Saatgut und Landraub
weiter
979 in die Abhängigkeit getrieben werden. Das Recht auf Nahrung muss garantiert sein,
980 kleinbäuerliche Strukturen wollen wir stärken. Dafür unterstützen wir mit unserer Agrar- und
981 Entwicklungspolitik eine globale sozial-ökologische Agrarwende.

982 **Öffentliches Geld für öffentliche Leistung**

983 Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU sollte zu einem Instrument für eine sozial- ökologische
984 Agrarpolitik werden – und nicht wie bisher für die Industrialisierung der Landwirtschaft.
985 Das muss der Ausgangspunkt für einen Gesellschaftsvertrag zwischen Bäuer*innen,
986 Verbraucher*innen und Politik für Klima- und Naturschutz sein. Wir wollen eine Reform, damit
987 die Milliarden an öffentlichen Geldern künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-,
988 Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden und dabei die regionale Landwirtschaft stärken. Um
989 den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft gemeinsam mit den Bäuer*innen voranzutreiben,
gilt
990 es, die nationalen Spielräume für die bevorstehende Förderperiode bestmöglich für diese
991 Ziele zu nutzen. Wir wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine

992 Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert. Wir setzen
993 uns für innovative Instrumente der Agrarumweltförderung ein, bei denen Klima- und
994 Naturschutz sowie agrarökologische Ziele gemeinsam gedacht werden. Bis zum Jahr 2028
wollen
995 wir für mindestens die Hälfte der Gelder eine ökologische Zweckbindung erreicht haben.

996 **Pestizide reduzieren**

997 Es gibt viele Gründe, den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft deutlich
998 herunterzufahren. Der Schutz der menschlichen Gesundheit gehört dazu. Vor allem sind weniger

999 Pestizide der wichtigste Hebel, um den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Wir wollen den
1000 Ausstieg aus der Pestizidabhängigkeit unserer Landwirtschaft schnell und machbar gestalten:
1001 durch eine systematische Pestizidreduktionsstrategie, ein Sofortverbot für besonders
1002 umwelttoxische Wirkstoffe und das immer noch häufig eingesetzte Pestizid Glyphosat. Um den
1003 Einsatz von Pestiziden insgesamt zu reduzieren, führen wir eine Pestizidabgabe ein. Um
1004 wirksamen Artenschutz zu betreiben und unser Trinkwasser zu schützen, wollen wir die
1005 Ausbringung von Pestiziden in Naturschutzgebieten und Trinkwasserschutzgebieten untersagen
1006 und ein flächendeckendes Pestizidmonitoring einführen. Betroffene Landwirt*innen werden wir
1007 bei der Umsetzung finanziell unterstützen. Wir werden außerdem den Export von Pestiziden
1008 beenden, die in Deutschland oder der EU aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken nicht
1009 zugelassen oder verboten sind. Wir wollen die Zulassungsverfahren für Pestizide verbessern,
1010 indem wir Transparenz und Unabhängigkeit stärken. Für ökologischen Pflanzenschutz werden wir

1011 in Kooperation mit den Ländern ein umfassendes, kombiniertes Forschungs-, Umsetzungs- und
1012 Beratungsprogramm für nicht chemisch-synthetischen Pflanzenschutz auflegen.

1013 **Vielfältiges Saatgut ohne Patente**

1014 Eine vielfältige, gerechte und nachhaltige Landwirtschaft beginnt beim Saatgut. Angesichts
1015 der Klima- und Biodiversitätskrise wollen wir die Züchtung von robusten Sorten und die
1016 Forschung für ökologisches Saatgut vorantreiben sowie die Forschung zu alternativen Ansätzen
1017 stärken, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen. Dabei muss wie bei
1018 jeder Technologie der Umgang mit alten wie neuen gentechnischen Verfahren einerseits die
1019 Freiheit der Forschung gewährleisten und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch
1020 und Umwelt ausschließen. Nicht die Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen
1021 stehen im Zentrum. Wir werden daher an einem strengen Zulassungsverfahren und am
europäisch

1022 verankerten Vorsorgeprinzip festhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender
1023 wissenschaftlicher Basis und eine Regulierung, die unkontrollierbare Verbreitung
1024 ausschließt, sowie eine verbindliche Kennzeichnung, die gentechnikfreie Produktion und die
1025 Wahlfreiheit der Verbraucher*innen schützt, nötig. Entsprechend braucht es eine Stärkung der
1026 Risiko- und Nachweisforschung. Wir wollen das Patentrecht so ausrichten, dass es keine
1027 Patente auf Lebewesen und ihre genetischen Anlagen mehr gibt.

1028 **Gerechte Einkommen und Arbeitsbedingungen für Bäuer*innen**

1029 Bäuer*innen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen daher gegen Dumpingpreise,
den

1030 Verkauf von Lebensmitteln unter Erzeugerpreis und Konzentration in der Lebensmittelbranche

1031 vorgehen und dazu die Möglichkeiten des Wettbewerbs- und Kartellrechts sowie der EU-
 1032 Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken nutzen. Wir wollen Junglandwirt*innen und
 1033 Neueinsteiger*innen unterstützen und Maßnahmen gegen Bodenspekulation und den
 Ausverkauf

1034 ländlicher Fläche ergreifen. Dazu gehört, dass künftig die Flächen der bundeseigenen
 1035 Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH nicht mehr privatisiert, sondern vorzugsweise an
 1036 ortsansässige, bäuerliche Betriebe und Existenzgründer*innen verpachtet werden, mit dem
 1037 Ziel, die Flächen klima- und naturfreundlich zu bewirtschaften. Share Deals bei
 1038 landwirtschaftlichen Betrieben werden wir regulieren, um den Ausverkauf von Boden an
 1039 außerlandwirtschaftliche Investoren zu unterbinden. Auch in der Lebensmittelerzeugung und -
 1040 verarbeitung müssen faire Bedingungen herrschen. Ein besserer Arbeits- und
 Gesundheitsschutz

1041 für Beschäftigte in Landwirtschaft und Fleischindustrie sind ebenso notwendig wie mehr
 1042 Rechte für die Arbeitnehmer*innen, tarifliche Löhne und starke Gewerkschaften. In der
 1043 Saisonarbeit gibt es zu viel prekäre Beschäftigung ohne Sozialversicherungsschutz. Hier
 1044 trifft häufig körperlich schwere Arbeit auf karge Löhne und schlechte Unterkünfte. Diese
 1045 sozialen Ungerechtigkeiten wollen wir beenden.

1046 **Regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung stärken**

1047 Der Wunsch, wieder mehr regional und handwerklich erzeugte Lebensmittel zu kaufen, in der
 1048 Bäckerei, der Metzgerei, auf dem Bauernhof, wächst stetig. Gleichzeitig hat uns die Corona-
 1049 Krise vor Augen geführt, wie wichtig regional funktionierende Lieferketten sind. Wir wollen
 1050 die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärken und so dem Betriebsterben
 der

1051 letzten Jahre entgegenzutreten. Dazu gehören auch faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber
 1052 importierten Lebensmitteln. In öffentlichen Einrichtungen wollen wir verstärkt regionale und
 1053 ökologische Produkte, auch Umstellungsware, einsetzen – so schaffen wir Nachfrage und faire
 1054 Preise. Wir unterstützen Regionalsiegel und Direktvermarktungen der Betriebe durch lokale
 1055 Einkaufs-Apps und Regionalwerbung und sorgen mit einer klaren Definition von regionalen
 1056 Produkten für Schutz vor Betrug. Öffentliche Gelder und gezielte Beratung zum Umgang mit
 1057 Auflagen und Kennzeichnungsvorschriften sollen vorrangig kleinen und mittleren bäuerlichen
 1058 Betrieben und Handwerker*innen zugutekommen. Forschung und Beratung zur
 Regionalvermarktung

1059 und für innovative und partizipative Ansätze wie Erzeuger*innengemeinschaften, solidarische
 1060 Landwirtschaft oder Ernährungsräte unterstützen wir.

1061 **Gute Ernährung fördern - Lebensmittel retten**

1062 Gesunde und ökologisch wertvolle Lebensmittel sollen allen Menschen in Deutschland leicht
 1063 zugänglich sein, gesunde Ernährung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Ernährungsbedingte
 1064 Krankheiten wollen wir gezielt eindämmen. Deshalb werden wir umsteuern und viele
 1065 Stellschrauben neu justieren – sich gut und gesund zu ernähren, muss einfacher werden.
 1066 Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Mensen und Kantinen unterstützen wir dabei, mehr

1067 gesundes regionales und ökologisch erzeugtes Essen anzubieten; auch vollwertiges
 1068 vegetarisches und veganes Essen soll zum täglichen Angebot gehören. Gutes Essen scheitert
 1069 allzu oft an unzureichendem Angebot und mangelnder Transparenz. Um das zu ändern, nehmen
 wir

1070 die Lebensmittelindustrie in die Pflicht. Wir brauchen verbindliche Reduktionsstrategien
 1071 gegen zu viel Zucker, Salz, Fett und Zusatzstoffe in Fertiglebensmitteln und ökonomische
 1072 Anreize für gesündere Produkte. Für Lebensmittelwerbung, die sich an Kinder richtet, wollen
 1073 wir klare Regeln, die sich an den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation orientieren.
 1074 Umweltgerechte Ernährung gehört in die Lehrpläne aller relevanten Ausbildungsbereiche. Auch
 1075 die Ernährungspolitik muss sich an den Pariser Klimaschutzziele ausrichten. Klimaschutz
 1076 heißt auch, dass wir als Gesellschaft weniger tierische Produkte produzieren und konsumieren
 1077 werden. Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für alle
 1078 Menschen machen. Die Markteinführung von pflanzlichen Alternativen und
 1079 Fleischersatzprodukten wollen wir fördern und sie steuerlich besserstellen. So sollen
 1080 pflanzliche Milchalternativen mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz verkauft werden. Auch
 1081 für fair gehandelten Kaffee wollen wir die Steuer runtersetzen. Insgesamt wollen wir die
 1082 Forderung der EU-Kommission, Umweltfolgekosten auch im Lebensmittelbereich steuerlich zu
 1083 berücksichtigen, mit einer ökologischen Steuerreform aufgreifen, damit sich auch bei
 1084 pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln der Preis ökologisch und sozial gerecht darstellt.
 1085 Gegen die Lebensmittelverschwendung gehen wir entschlossen vor. Wir wollen mit einem
 Rettet-

1086 die Lebensmittel-Gesetz verbindliche Reduktionsziele einführen, Lebensmittelhandel und
 1087 -produzent*innen verpflichten, genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben, statt sie
 1088 wegzuworfen. Lebensmittel aus dem Müll zu retten – das sogenannte Containern – muss
 1089 entkriminalisiert werden.

1090 **Klare Lebensmittelkennzeichnung**

1091 Gutes, nachhaltiges und gesundes Essen soll leicht zu erkennen sein. Mit verständlichen
 1092 Informationen über Zutaten, Herkunft, Herstellung und zum ökologischen Fußabdruck wollen wir
 1093 für die nötige Transparenz sorgen. Wir werden eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung
 1094 mit anspruchsvollen Kriterien für Fleisch und andere Lebensmittel aus oder mit tierischen
 1095 Bestandteilen einführen und uns dafür einsetzen, dass dies auch EU-weit verbindlich wird.
 1096 Dabei soll der Weiterentwicklung von Tierschutzstandards Rechnung getragen werden. Die
 1097 Nährwertkennzeichnung Nutriscore wollen wir weiterentwickeln und EU-weit für alle
 1098 Fertigprodukte anwenden. Außerdem wollen wir die Transparenz über die Herkunft von
 1099 Lebensmitteln verbessern. Enthaltene Allergene sollen besser gekennzeichnet werden. Zur
 1100 einheitlichen Kennzeichnung von vegetarischen und veganen Lebensmitteln brauchen wir eine
 1101 EU-weite rechtsverbindliche Definition von „vegetarisch“ und „vegan“. Transparenz muss auch
 1102 bei der Lebensmittelhygiene gelten, deshalb sollen die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen
 1103 für alle erkennbar sein.

1104 **Wir ermöglichen Tieren ein besseres Leben**

1105 **Tierhaltung mit mehr Platz für weniger Tiere**

1106 Das System des „Immer billiger, immer mehr“ hat die Landwirtschaft in einen Teufelskreis
 1107 getrieben: Bäuer*innen werden von Dumpingpreisen erdrückt und müssen immer mehr
 produzieren,
 1108 um zu überleben, die Tiere werden immer mehr auf Leistung gezüchtet und leben immer kürzer,
 1109 die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme wachsen. Industrielle Massentierhaltung und

1110 Billigfleischexport in alle Welt sind mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar. Es
 1111 braucht einen Ausweg. Ein Teil der Lösung ist, dass deutlich weniger Tiere gehalten werden
 1112 als bisher und diesen Tieren ein wesentlich besseres Leben ermöglicht wird. Tiere brauchen
 1113 mehr Platz, Auslauf im Freien und Beschäftigung – das wollen wir artspezifisch verbindlich
 1114 regeln und uns auch auf EU-Ebene für eine deutliche Anhebung der Tierschutzstandards
 1115 einsetzen. Damit Tierschutz wirtschaftlich machbar ist, wollen wir die Landwirt*innen
 1116 unterstützen: durch eine Umbauförderung, die durch einen Tierschutz-Cent auf tierische
 1117 Produkte finanziert wird, durch faire Preise und durch eine verpflichtende
 1118 Haltungskennzeichnung für tierische Produkte. Die Tierhaltung soll so an die Fläche und an
 1119 Obergrenzen pro Stall gebunden werden, dass eine umwelt- und tiergerechte Bewirtschaftung
 1120 gewährleistet ist. Den tiergerechten und brandsicheren Umbau von Ställen werden wir zum
 1121 Standard machen, an den sich alle halten müssen. Das werden wir ebenso gezielt fördern wie
 1122 die Weidetierhaltung, die ökologisch wertvolles Grünland erhält und sinnvoll nutzt. Ställe,
 1123 in denen Tiere nicht zumindest entsprechend der EU-Ökoverordnung gehalten werden können,
 1124 sollen nicht mehr gebaut werden. Statt tierquälerische Züchtung auf Hochleistung wollen wir
 1125 robuste Rassen und Zweinutzungsrasen fördern. Amputationen, Eingriffe ohne Betäubung und
 1126 qualvolle Betäubungsmethoden sowie Käfig- und Anbindehaltung wollen wir beenden. Den
 Einsatz
 1127 von Antibiotika in der landwirtschaftlichen Tierhaltung werden wir deutlich senken. Um diese
 1128 Medikamente gezielt einzusetzen und Resistenzen zu vermeiden, sollen vorrangig kranke
 1129 Einzeltiere behandelt werden. Reserveantibiotika sollen der Humanmedizin vorbehalten werden.

1130 Um Lebendtiertransporte zu vermeiden, ziehen wir die regionale und mobile Schlachtung dem
 1131 Schlachten im zentralen Schlachthof vor und werden diese fördern. Wir wollen Tiertransporte
 1132 auf vier Stunden begrenzen und besser kontrollieren, Lebendtiertransporte in Drittstaaten
 1133 außerhalb der EU sollen ganz verboten werden.

1134 **Tiere schützen und respektieren**

1135 Tiere sind fühlende Lebewesen und brauchen Schutz, deshalb werden wir die gesetzlichen
 1136 Regelungen zur Tierhaltung verbessern. Für alle Tiere, die wir Menschen halten, haben wir
 1137 eine besondere Verantwortung. Wir wollen ihnen ein würdevolles, gutes und gesundes Leben
 1138 frei von Schmerzen, Angst und Stress ermöglichen. Dafür gilt es, wirkungsvolle Sanktionen
 1139 bei Tierschutzvergehen im Tierschutz- und Strafrecht zu verankern und gemeinsam mit den
 1140 Ländern und Kommunen auf einen effektiven Vollzug hinzuwirken. Wir werden ein umfassendes
 1141 Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen. Die anerkannten
 1142 Tierschutzorganisationen und ein*e unabhängige*r Bundestierschutzbeauftragte*r sollen
 1143 Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte wahrnehmen und Rechtsverstöße beanstanden können.

Der

1144 oder die Tierschutzbeauftragte soll zudem die zuständigen Bundesbehörden unterstützen sowie
 1145 bei Gesetzesvorhaben und Tierschutzangelegenheiten beteiligt werden. Wir wollen bessere
 1146 Regeln für Zucht, Haltung und Handel mit Tieren. Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen
 1147 werden wir beenden. Wir streben die weitere konsequente Reduktion von Tierversuchen in der
 1148 Wissenschaft an und wollen sie mit einer klaren Ausstiegsstrategie und innovativen
 1149 Forschungsmethoden schnellstmöglich ersetzen. Dafür arbeiten wir mit allen beteiligten
 1150 Akteur*innen an einer zukunftsorientierten tierfreien Forschung, fördern Investitionen in
 1151 tierfreie Innovationen sowie die Weiterentwicklung von verbesserten Medikamenten- und

1152 Sicherheitsprüfungen und beschleunigen die Zulassung tierversuchsfreier Verfahren. Die EU-
1153 Vorgaben für Tierversuche werden wir endlich in deutsches Recht umsetzen.

1154 **Wildtierhandel an die Leine legen**

1155 Die Covid-19-Pandemie hat deutlich gemacht, dass die Gesundheit von Umwelt, Tier und
Mensch

1156 zusammengedacht werden und dieser Planetary-Health-Ansatz zum Prinzip unseres Handelns
1157 werden muss. Der Raubbau an der Natur hat keine Zukunft. Die Pandemie basiert auf einer
1158 Zoonose, einer vom Tier auf den Menschen übertragenen Infektionskrankheit. Solche
1159 Krankheiten werden immer häufiger, sie werden durch die fortschreitende Zerstörung der Natur
1160 und das Vordringen der Menschen in die letzten natürlichen Lebensräume begünstigt. Dem gilt
1161 es überall auf der Welt entgegenzuwirken. Wildtiere gehören in die Wildnis, der Handel mit
1162 ihnen muss strenger reguliert, existierende Regularien müssen konsequent umgesetzt werden.
1163 In den Herkunftsländern müssen wirtschaftliche Alternativen aufgebaut werden. Wildtierhandel
1164 auf Online-Portalen und gewerblichen Börsen sowie kommerzielle Importe von Wildfängen und
1165 die Einfuhr von Jagdtrophäen müssen ganz verboten werden. Die Haltung von Tieren aus
1166 Wildtiernachzuchten sollte an eine Positivliste und einen Sachkundenachweis geknüpft werden,
1167 der sich an der Schwierigkeit der Haltung der jeweiligen Tierart bemisst. Auch die
1168 industrielle Tierhaltung kann zu Pandemien beitragen, wie sich an coronainfizierten Nerzen
1169 gezeigt hat. Die Tierhaltung ist deshalb auch an den Notwendigkeiten zur Eindämmung
1170 möglicher Zoonosen auszurichten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Haltung von Tieren
1171 in und der Handel mit Pelzen aus Pelztierfarmen beendet werden.

Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 13.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-R Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft

1 Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft

2 Liebe Wähler*innen,

3 wir haben Ihnen in diesem Programm beschrieben, welche Richtung wir mit einer neuen Politik
4 einschlagen wollen und welche Projekte nach unserer Überzeugung in eine bessere Zukunft
5 führen. Wenn wir in Zeiten des Umbruchs und der epochalen Aufgaben das Beste ermöglichen
6 wollen, muss sich aber nicht nur der Inhalt von Politik ändern, sondern auch die Art und
7 Weise, wie wir Politik machen, wie eine Regierung das Land führt.

8 In demokratischen Gesellschaften begründet sich Führung durch die Kraft der Überzeugung. Ja,
9 man kann mit politischen Mehrheiten „durchregieren“ und nach vier Jahren schauen, ob Sie mit
10 den politischen Entscheidungen einverstanden waren oder nicht. Dieses einfache Prinzip vom
11 Gewinnen und Verlieren im Vierjahresrhythmus allein hat sich aber als zu schwach erwiesen,
12 um die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu stemmen. Demokratische
13 Gesellschaften können mehr, indem sie sich vernetzen, voneinander lernen und ihre Kräfte
14 bündeln. Die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen wir nur gemeinsam. Das Ende
15 der jetzigen politischen Ära kann zugleich der Beginn eines neuen politischen
16 Selbstverständnisses und Miteinanders sein.

17 Wir sind als Politiker*innen dem Gemeinwohl verpflichtet und damit beauftragt, Ihnen, den
18 Menschen in diesem Land, zu dienen. Wir brauchen die lebendige, kontroverse Diskussion und
19 die Bereitschaft, Zustände und Konzepte zu hinterfragen und zu lernen, sonst geht es nicht
20 voran. Wer dagegen mit Unterstellungen arbeitet, bewusst Missverständnisse provoziert,
21 erstickt Debatten. Wir aber wollen sie ermöglichen.

22 Wir wissen, dass Sie sich genauso ernsthafte Gedanken über unsere Zukunft als Gesellschaft
23 machen wie wir. Und deshalb sagen wir: Ja, unsere Vorhaben sind ambitioniert, nicht zuletzt
24 die Menschheitsaufgabe Klimaschutz, weil weniger den Herausforderungen nicht gerecht würde.

25 Und nein, wir können nicht versprechen, dass jedes einzelne Projekt genau so Wirklichkeit
26 wird. Wir können nicht versprechen, dass niemand durch Klimaschutz belastet wird. Wir können
27 nicht vorhersagen, welche Spielräume der Staat nach Corona haben wird. Niemand kennt alle
28 Bedingungen der Zukunft. Aber: Sie kennen jetzt unsere Vorschläge und Ziele, unsere
29 Ansichten und unsere Haltung. Was wir Ihnen versprechen: Wir haben uns seit vielen Jahren
30 vorbereitet, und wir werden alles daransetzen, so viel zu erreichen, wie wir irgend möglich
31 machen können. Denn Regieren ist kein Selbstzweck. Unser Anspruch ist nicht weniger als eine
32 Erneuerung des Landes.

33 Die großen Transformationsaufgaben, der Zusammenhalt unserer Gesellschaft fordern mehr
denn
34 je den Willen zur Kooperation, zum Zusammenführen, zum Kompromiss, der mehr ist als die

35 Summe seiner Teile. Die großen Aufgaben unserer Zeit werden nicht gelingen, wenn eine
36 Regierung denkt, alles allein zu schaffen. Sie können nur gelingen, wenn viele sich
37 verantwortlich fühlen, wenn so viele wie möglich sich als Teil des Teams begreifen. Wir
38 wollen Verantwortung übernehmen, aber wir wissen, dass wir Ihre Unterstützung brauchen
39 werden. Wir bitten Sie, sich einzubringen, einzumischen und laden Sie ein, mit uns
40 voranzugehen. Mit gebündelter Kraft können wir gemeinsam vieles schaffen.

41 Wir möchten dafür das Verhältnis von Regierung, Parlament und Bürger*innen neu begründen:
42 starke Parlamente und Abgeordnete, neue Formen der Beteiligung, etwa über Bürger*innenräte,
43 die frühe Einbeziehung von Bürger*innen bei Planungsprozessen, die transparente Einbeziehung
44 der demokratischen Zivilgesellschaft und wissenschaftlicher Fakten. Regieren heißt nicht
45 Allwissenheit, Opposition heißt nicht aus Prinzip dagegen. Oft erkennen die Menschen, die
46 ein Gesetz direkt betrifft, als Erste seine unbeabsichtigten Wirkungen. Wir wollen zuhören
47 und einbeziehen, damit unsere Politik eine bessere wird.

48 Dazu gehört auch ein neuer Stil in der Zusammenarbeit innerhalb einer Regierung. Als Partei
49 haben wir Teamgeist und Kooperation in den letzten Jahren erfolgreich erprobt und gelebt.
50 Diese Idee wollen wir nun einbringen – angefangen damit, dass die volle Gleichberechtigung
51 von Frauen selbstverständlich ist. Wir wollen eine Koalition führen, die versucht, das Beste
52 aus Gegensätzen zu machen, anstatt sich mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner
53 zufriedenzugeben. Die anerkennt, dass ein Koalitionspartner Wertvolles an den Tisch bringt
54 und ebenso recht haben kann. Eine Koalition, die diejenigen einbezieht, die nicht im
55 Koalitionsausschuss sitzen. Nicht alle Menschen fühlen sich von uns vertreten, das wissen
56 wir. Umso wichtiger ist es, auch auf diejenigen zuzugehen, die uns nicht wählen oder wählen
57 werden.

58 Die Corona-Krise hat gezeigt, wie viel unser Staat leistet – und wo es mangelt. Ungleichheit
59 ist gewachsen, aber ein dichtes soziales Netz hat bisher verhindert, dass sich die Corona-
60 Pandemie zu einer tiefgreifenden sozialen Krise entwickelt. Ärzt*innen, Pfleger*innen und
61 Krankenhäuser haben Enormes geleistet. Aber die Pandemie hat auch gezeigt, wo unser Staat
62 an seine Grenzen gerät. Faxgeräte, besetzte Hotlines, Behördenrennerei und Planungen, die wegen
63 Personalmangels eine gefühlte Ewigkeit nicht umgesetzt werden, mahnen uns, dass sich etwas
64 ändern muss.

65 Auch dazu haben wir Ihnen in unserem Programm Vorschläge gemacht. Wir wollen unsere
66 Verwaltung modernisieren, sie kreativer, digitaler und innovativer machen und besser
67 ausstatten. Wir wollen Mut machen, zu experimentieren und eine positive Fehlerkultur zu
68 entwickeln. Unsere Staatlichkeit soll bunter und feministischer werden. Wir wollen
69 Spielräume für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen schaffen, die Potenziale der
70 Erneuerbaren ausschöpfen und die Nachfragemacht des Staates für Innovation und
71 Nachhaltigkeit nutzen.

72 Weil sozial-ökologische Transformation und Digitalisierung, die Modernisierung des Staates
73 und des öffentlichen Dienstes nur als Gemeinschaftsprojekte gelingen, wollen wir einen
74 Konvent auf den Weg bringen, um aufbauend auf den Lehren aus der Pandemie das
Zusammenspiel

75 von Bund, Ländern und Kommunen neu und tiefgreifend zu justieren. Wir planen den Aufbau
76 neuer Behörden und Verwaltungsstrukturen, weil wir einen starken und effizienten Staat
77 wollen, der zu den Aufgaben passt. Dazu gehört dann auch, dass wir überprüfen, was es nicht
78 mehr braucht, was zugemacht werden kann, was besser werden muss.

79 Das wollen wir nach der Wahl anpacken, gemeinsam mit Ihnen und den anderen
demokratischen
80 Parteien, ohne Scheuklappen und Dogmatismus. Ein Zurück in die Gräben von mehr oder
weniger
81 Staat, mehr oder weniger Regulierung, mehr oder weniger Föderalismus, das ist der Aufgabe
82 nicht angemessen. Für die großen Aufgaben des kommenden Jahrzehnts gilt es mehr zu wagen.
83 Und zu machen.

84 Jetzt liegt es bei Ihnen. In Wahlen entscheidet eine Gesellschaft darüber, wer sie sein
85 will. Wahlen sind ein Moment der Freiheit. Nutzen Sie ihn – für die Freiheit.

Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen – Kernpunkte grüner Regierungspolitik



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: PB-R Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft

- 1 **Globalalternative zum Schlusskapitel PB.R-01: Die Antragsteller*innen beantragen,**
- 2 **den Antrag**
- 3 **am Ende des Wahlprogramms anstelle des PB.R-01 „Regieren auf Augenhöhe mit der**
- 4 **Zukunft“**
- 5 **einzufügen.**
- 6 -----
- 7 **Grüne Regierungsbeteiligung NUR bei erkennbarer "Grüner Handschrift" im**
- 8 **Koalitionsvertrag:**
- 9 **Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren**
- 10 Die Große Koalition produziert Armut und Chaos. Fortschritte hinsichtlich der großen klima-,
- 11 friedens- und sozialpolitischen Herausforderungen, sowie der Verteidigung unserer
- 12 freiheitlichen Demokratie sind kaum erkennbar. Wir wollen das beenden. Deshalb und nur
- 13 deshalb wollen wir Deutschland regieren. In einer Koalition sind Kompromisse unvermeidlich.
- 14 Deshalb wollen wir unseren Wähler*innen diejenigen Ziele klar benennen, die wir für eine
- 15 Koalition nicht aufgeben werden.
- 16 Das betrifft vor allem die beiden großen Bedrohungen unserer Zeit: Den Klimawandel und die
- 17 zuletzt stark gestiegene nukleare Bedrohung. Eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis wird
- 18 es mit uns nicht geben! Sollten sich mögliche Koalitionspartner hinsichtlich der von uns
- 19 formulierten zehn Punkte nicht kompromissbereit zeigen, werden wir unsere Anstrengungen
- 20 verstärken, mit starker Oppositionsarbeit für künftige Wahlen für Mehrheiten für unsere
- 21 Werte und Ziele zu werben.
- 22 **1. Klima schützen, Menschen retten, Lebensraum erhalten**
- 23 Die Corona Pandemie ist Mahnung und Warnung zugleich. Die weltweite, schon lang
- 24 andauernde
- 25 und immer weiter beschleunigte Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt unseres Planeten sind
- 26 mitverantwortlich für den Ausbruch der Pandemie. Wenn wir daraus nicht lernen, sind künftige
- 27 Pandemien geradezu vorprogrammiert. Pflanzen, Tiere und ihre Lebensräume zu schützen und
- 28 die
- 29 Klimaänderung zu bekämpfen ist eine Menschheitsaufgabe. Alle Erkenntnisse zeigen, dass der
- 30 Klimawandel bereits die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen gefährdet oder schon
- 31 vernichtet. Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und
- Aber. Spätestens im Jahr 2030 wollen wir nur noch saubere Energie in Deutschland haben. Wir
- beschleunigen die Energiewende und schaffen die Deckelung für den Ausbau der Erneuerbaren
- Energien ab. Den Übergang zur klimaneutralen Industrie werden wir in Zusammenarbeit mit den
- Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmervertretungen und der Industrie, sozialverträglich für
- die Menschen gestalten, deren Arbeitsplätze betroffen sein werden.

Als Mitglied der Europäischen Union werden wir uns ebenso für diesen Übergang zur klimaneutralen Industrie einsetzen wie international. Der Umbau wird nur gelingen, wenn die Menschheit endlich Globalisierung und internationale Kooperation als Chance zur ökologischen und sozialverträglichen Umgestaltung unseres Wirtschaftens nutzt.

Wir führen einen wirksamen nationalen Mindestpreis für CO₂ und andere klimaschädliche Gase ein. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke, zuerst die Braunkohle-Kraftwerke, schalten wir umgehend ab. Die EU-Klimaschutzziele 2030 beschreiben allerdings nur die Untergrenze des unbedingt Nötigen. Auch für die 40 Zement-herstellende Unternehmen, die den Bedarf der Bauindustrie decken, gelten bisher keinerlei klimawirksame Auflagen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch hier verbindliche, umweltschützende Grenzwerte eingeführt werden.

2. Atomausstieg vollenden, Atomwaffen weltweit abrüsten

Auch wenn in Deutschland 2022 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, bleibt bis zum endgültigen Atomausstieg noch viel zu tun. Die Terrorgefahr muss für alle Atomanlagen, vor allem für die noch lange benötigten Zwischenlager ernst genommen und in wirkungsvolle Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden. Wir bekennen uns zum verabredeten Vorgehen der Suche

sicherer Lager für den Atommüll. Entscheidend für den Lagerstandort sind höchste Sicherheitsstandards bei bestmöglichen geologischen Bedingungen und Rückholbarkeit. Die Suche hat auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien und mit größtmöglicher Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung zu erfolgen.

Die Produktion von Brennstäben in Lingen und Gronau werden wir umgehend beenden. Hier wird

der Rohstoff für Reaktoren in Dutzenden anderen Ländern erzeugt, denen damit im schlimmsten

Fall auch Zugang zu Atomwaffen gewährt wird. Einer „Modernisierung“ der zivilen Nutzung der Atomenergie erteilen wir eine klare Absage. Am Beispiel der „small nuclear reactors“ zeigt sich, dass dieses Konzept weder ein Beitrag zur sicheren, klimaneutralen Energieversorgung ist, noch den radioaktiven Abfall auf Null reduziert. Vielmehr wird ein weiteres unkontrollierbares Einfallstor zur Proliferation (unkontrollierte Verbreitung von Techniken und waffenfähigem Material) geöffnet.

Wir werden mit der umgehenden Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages und damit dem Ende der Nuklearen Teilhabe Deutschlands, dafür eintreten, dass eine vollkommene atomare Abrüstung Wirklichkeit wird. Die letzten Atomwaffen in Büchel werden wir umgehend abgeben. Den aufkeimenden Diskussionen um eine europäische

Atommacht erteilen wir kompromisslos eine vollständige Absage.

3. Soziale Sicherheit schaffen, Ungleichheit abbauen

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona Pandemie werden eine künftige Regierung im Jahr 2022 mit aller Härte einholen und treffen. Auch wenn soziale Folgen durch Kurzarbeitergeld, diverse Unterstützungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen, aber besonders große

Industriebetriebe der Reisebranche, Automobilindustrie, des Handels u. a., zunächst gemildert wurden, stehen alle Zeichen auf schwere wirtschaftliche Verwerfungen. Bereits

70 jetzt kündigen von Steuerzahler*innen und Sozialabgaben-Zahler*innen geförderte
Unternehmen
71 Massenentlassungen bei gleichzeitiger Dividendenausschüttung an. Als vollkommen
unzureichend
72 haben sich die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen der Kultur, Künstler,
73 Musiker, Freiberufler und so weiter, erwiesen. Fatal zeigen sich bereits in der Corona Krise
74 die katastrophalen Folgen der Privatisierung und Kapitalisierung des Gesundheitswesens:
75 Profitmaximierung führte zu Personalabbau, schlechten Löhnen und einer rein marktgetriebenen

76 Verringerung der Zahl der Krankenhäuser.

77 Die zu erwartenden wirtschaftlichen Umbrüche werden für eine neue Regierung unmittelbar
nach
78 den Wahlen eine ungeheure Herausforderung sein. Maßnahmen zur Ertüchtigung unserer
79 Sozialsysteme, des Bildungs- und Gesundheitswesens sind unumgänglich. Dabei müssen alle
80 Entwürfe auf den Prüfstand. Dazu gehört auch die Prüfung einer Abkehr vom bisherigen
81 Sozialstaatsverständnis. Eine künftige Regierung unter unserer Beteiligung muss die soziale
82 Ungleichheit in Deutschland verringern. Sie muss sich der Diskussion für neue Modelle (z.B.
83 ein Grundeinkommen für Künstler*innen) öffnen, Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren
84 Wohnraumes ergreifen. Sie muss eine Umverteilung der Steuern und Soziallasten nach sozialen
85 Gesichtspunkten in Angriff nehmen, ohne dabei Energieverschwendung und Autoverkehr zu
86 subventionieren. Und sie muss die kontinuierliche Bevorzugung der hohen privaten Einkommen
87 beenden. Maßnahmen in den Sozialsystemen, die dazu dienen, Menschen in irgendeiner Form
zu
88 schikanieren, unter Zwang zu irgendwelchen Maßnahmen oder Tätigkeiten zu bewegen, lehnen
wir
89 ab und sofern solche bereits angewendet werden, wird eine künftige Regierung unter unserer
90 Beteiligung sie als eine der ersten Amtshandlungen beseitigen.

91 4. **Frieden sichern, Fluchtursachen bekämpfen**

92 Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner und ein guter Nachbar.
93 Deshalb werden wir uns am aktuellen Wettrüsten nicht mehr beteiligen. Wir werden stattdessen

94 die Rüstungskosten weiter reduzieren und die freiwerdenden Gelder in zivile Präventions- und
95 Krisen-Interventionsmaßnahmen investieren.

96 Deutschland trägt seit Jahrzehnten mit Rüstungsexporten an Diktaturen und in Krisenregionen
97 zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen
98 Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht auf Kosten der Menschen in anderen Ländern Profite
99 machen und Konflikte dort anheizen.

100 Wir stärken mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit. CETA und

101 TTIP sind keine fairen Handelsabkommen und daher abzulehnen. Wir wollen die Überfischung
102 durch internationale Fangflotten beenden helfen. Vorrang für uns haben regionale
103 Wirtschaftsstrukturen der durch die rücksichtslose Überfischung betroffenen Küsten Afrikas
104 und anderswo. Den Übergang für die betroffenen Menschen möchten wir in Zusammenarbeit
mit

105 den Arbeitnehmer*innen-Vertretungen und Arbeitsgeber*innen sozialverträglich gestalten. Wir
106 werden solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts Landflucht und Hunger befördern.
107 Der Kampf gegen die Klimaveränderung ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen. Kein Mensch
108 flüchtet freiwillig aus seiner Heimat. Die beste Flüchtlingspolitik ist diejenige, die
109 Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen

110 5. **Integration zum Erfolg führen**

111 Gemeinsam mit den europäischen Partner*innen werden wir in der künftigen Regierung, den
112 humanitären Schutz und die Aufnahme von Flüchtlingen verbessern. Der Tod in der Sahara, im
113 Mittelmeer und Atlantik muss ein Ende haben. Allen Maßnahmen, die eine „Festung Europa“
114 fördern, erteilen wir eine Absage. Mit uns gibt es weder eine Grundgesetzänderung für eine
115 Obergrenze beim Asylrecht noch Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und
116 Krisengebiete. Wir lehnen das Konzept der sog. sicheren Herkunftsstaaten ab, weil für uns
117 das Schicksal des einzelnen Menschen im Mittelpunkt steht. Anerkannte Flüchtlinge dürfen
118 ihre Familien nachholen, das ist ein höchstes, humanitäres Gebot. Deutschland war schon
119 immer eine Einwanderungsgesellschaft. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung wird
120 ein fortschrittliches Einwanderungsgesetz schaffen, das auch außerhalb des Asylrechts,
121 gerechte Einwanderungsmöglichkeiten ermöglicht. Wir werden das Asylrecht zu Gunsten der
122 Asylsuchenden reformieren und uns in den internationalen Organisationen für eine humanitäre
123 Reform der Flüchtlingshilfe einsetzen.

124 6. **Europäische Union stärken - Europa zusammenführen**

125 Wir müssen das vereinte Europa stärken. Mit uns wird es eine klare Kurskorrektur in der
126 deutschen Europapolitik geben, weg von der einseitigen Sparpolitik, hin zu mehr Solidarität
127 mit den Menschen in den finanziell schwachen Ländern. Wir werden massiv in die ökologische
128 Modernisierung investieren und damit auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in anderen
129 Ländern beitragen. Zudem müssen wir dringend der europäischen Politik und die daraus
130 entstehenden Entscheidungen für Bürger*innen verstehbar machen. In den Parlamenten
131 müssen
132 wir mehr Mitsprachemöglichkeiten in der Europapolitik sichern, um der Enttäuschung weiter
133 Teile der Bevölkerung in Europa entgegenzuwirken. Wir fordern Investitionen in die soziale
134 und ökologische Infrastruktur, z. B. zum Abbau der dramatischen Jugendarbeitslosigkeit. Wir
135 werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, demokratiefeindliche, autoritär-
136 staatliche Tendenzen mit geeigneten Bildungsprogrammen entgegenzutreten. Wir werden uns
137 dafür einsetzen, die Kompetenzen des Europäischen Parlamentes zu stärken und den Gedanken
138 der Entwicklung der Europäischen Union von der wirtschaftlichen zur politischen Union zu
139 fördern. Einen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung der EU sehen wir im anzustrebenden
140 Prozess zum Entwurf einer gemeinsamen, fortschrittlichen, politischen Verfassung der
141 Mitgliedsstaaten der EU. Wirtschaftlich wird sich eine künftige Regierung unter Grüner
142 Beteiligung für die Schließung von Steuerschlupflöchern, der Steuerkonkurrenz und gegen alle
143 Formen der Steuervermeidung einsetzen.

143 7. **Familien stärken, Kinder fördern, Ältere schützen**

144 Die Corona Pandemie hat einen fatalen gesellschaftlichen Rückfall bewirkt. Eine der
145 Maßnahmen war die Auslagerung der Arbeit in die Haushalte der Arbeitnehmer*innen. Dabei
146 blieb weder berücksichtigt, wer etwa steigende Energiekosten übernimmt, noch, wer am Ende

147 den „Preis“ für die enorme Mehrbelastung in den Familien trägt. Es sind aktuell einmal mehr
148 Frauen, denen einerseits die Belastungen aus Beruf und andererseits die Belastungen aus
149 Haushalt, Kinder, Küche aufgenötigt werden. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung
150 wird sich einer Fortsetzung dieses konservativen Rückschrittes mit geeigneten Maßnahmen
151 entgegenstellen. Alle Unterlassungen zur Zementierung dieses unhaltbaren Zustandes, werden
152 wir zurückweisen.

153 Wir wollen faire Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in die – durch Corona stark
154 geschwächte – Bildung und in bessere Kita-Qualität. Wir schaffen intakte und zeitgemäß gut
155 ausgestattete Schulen, die auf dem neuesten Stand fit gemacht werden, auch für künftige,
156 leider nicht auszuschließende Pandemien. Wir beseitigen endlich die Kinderarmut und
157 verbessern die Familienförderung.

158 8. **Mobilität neu definieren – Verkehr sinnvoll verringern, ÖPNV stärken, E-**
159 **Mobilität zum**
Durchbruch verhelfen

160 Der Verkehr ist – nicht nur bezogen auf Klimaabgase – eines der größten Zukunftsprobleme.
161 Zahlreiche Lösungsentwürfe, Studien und Planungen liegen in den Schubladen kompetenter
162 Wissenschaftler*innen, der Industrie und der Politik. Eine künftige Regierung unter Grüner
163 Beteiligung muss mit der Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verkehrsverringerung
beginnen,
164 bereits eingeleitete Entwicklungen unterstützen und für gesellschaftliche Akzeptanz werben.
165 Die aktuelle Pandemie hat einen starken Digitalisierungsschub ausgelöst, der den Umfang des
166 Berufsverkehrs teilweise erkennbar verringert hat. Hier wird eine im Umfang nicht
167 abschätzbare Verhaltensänderung erwartet. Die Bauwirtschaft wird betroffen sein, der Bedarf
168 an Dienstfahrzeugen dürfte sinken, während die Anforderungen an digitale Zusammenarbeit
169 steigen werden.

170 Sowohl der ÖPNV als auch das wirtschaftliche Transportwesen bedürfen einer existenziellen
171 Reform und Ertüchtigung. Der ÖPNV muss für die aktuelle und künftig zu erwartenden
Pandemien
172 fit gemacht werden. Für das Transportwesen müssen kombinierte Fernverkehrssysteme (Bahn)
und
173 umweltschonende LKW gefördert werden. Deutsche Blockaden, wie die Zugänge zu den
174 Alpenquerungen per Bahn, müssen umgehend beendet werden. Kleinteiliges Denken und
sinnfreier
175 Streit über „Antriebsarten“ sollte beendet werden und an dessen Stelle pragmatisch nach
176 Sinn, Zweck und Ziel von Transport gefragt werden.

177 Insbesondere im ländlichen Raum brauchen wir neue Modelle, bessere Übergangsmöglichkeiten
178 vom Rad zum Bus und Zug, regelmäßige Anbindung aller Ortschaften mit angepassten
Systemen
179 (Ruf- und Sammelbuslinie usw.).

180 9. **Freiheit bewahren, Sicherheit stärken, Gefahren vorbeugen**

181 Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Terrorismus ist eine der Bedrohungen
182 unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt konnte sich in unserem Land viel zu lange ohne wirksame
183 Abwehr ausbreiten. Berichte aus der Mitte der Dienste und der Einrichtungen die zur
184 Sicherheit unserer Bürger*innen und dem Schutz der Gesellschaft und ihrer Verfassung dienen,

185 erregen Besorgnis. Sie weisen kaum zu übersehende Defizite hinsichtlich des Verständnisses
186 von Demokratie, Freiheit, Menschenrecht, Asylrecht, bürgerliche Rechte, Meinungsfreiheit,
187 Datenschutz usw., auf. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung wird sich
188 unverzüglich der Überprüfung und ggf., der Reform der Ausbildung in Polizei, Bundeswehr,
189 Anwalt- und Richter*innenschaft annehmen. Rechtsradikales, rassistisches, antisemitisches
190 und menschenverachtendes Gedankengut bis hin zu Mordaufrufen (NSU 2.0, KSK, Mordlisten)
191 haben keinen Platz in den Einrichtungen unseres Rechtsstaates und müssen als Verbrechen
192 geahndet werden. Vertreter*innen solchen Gedankengutes müssen aus dem Dienst entlassen
und
193 strafrechtlich verfolgt werden.

194 Polizei, Bundeswehr und andere Dienste, die Gerichte und andere Einrichtungen des
195 demokratischen Rechtsstaates müssen prioritär wieder in die Lage versetzt werden, ihren
196 Aufgaben nachzukommen. Eine Grüne Beteiligung in der Regierung erfordert den
197 Personalnotstand, die digitale Unterversorgung und die materiellen Mängel in den der
198 Sicherheit dienenden Einrichtungen zu beseitigen. Dazu gehören in besonderem Maße die
199 Prüfung, Modernisierung und Stärkung der Ausbildungseinrichtungen.

200 10. **Landwirtschaft nachhaltig machen - den Naturschutz stärken**

201 Der größte Teil der Landwirtschaft ist von der chemischen Industrie abhängig. Eine Regierung
202 unter Grüner Beteiligung wird Maßnahmen ergreifen, die Rechte der ökologisch orientierten
203 Landwirtschaft gegenüber den Interessen der chemischen Industrie zu stärken.

204 Immer mehr Menschen wünschen sich eine Landwirtschaft, die das Klima schützt, statt ihm zu
205 schaden, die unser Grundwasser und unsere Böden schützt, statt sie zu verschmutzen, die den
206 Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, statt Bienen- und Vogelsterben zu
207 verursachen. Das Ziel ist, Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft umzustellen –
208 ohne Massentierhaltung, Ackergifte, Gentechnik und Hormonverabreichung und mit guten und
209 sicheren Arbeitsplätzen. Wir wollen alle Subventionen und Ausnahmen für die
210 Massentierhaltung streichen. Stattdessen setzen wir uns für ein neues Tierschutzrecht ein,
211 um die industrielle Massentierhaltung durch artgerechte Tierhaltung zu ersetzen. Mit den
212 Interessenvertretungen der betroffenen Berufsgruppen wird die Regierung sozialverträgliche
213 Übergangsregelungen vereinbaren.

214 **Unser verbindliches Angebot**

215 Diese zehn Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen. Sie zeigen die unverzichtbaren
216 Mindestanforderungen an eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung, ob nun als
217 Mehrheitspartei oder als „zweite*r“ Partner*in einer möglichen Koalition. Es ist
218 unerlässlich, den Stillstand und die Unentschlossenheit der sichtlich von
219 Partikularinteressen gesteuerten Großen Koalition abzulösen. Dabei wird es mit den Parteien
220 CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE oder möglicherweise einer neu in den Bundestag einziehenden
221 demokratischen Partei zu Koalitionsgesprächen kommen. Wir erwarten von unseren
Abgeordneten,

222 diese 10 Punkte als essenzielle Mindestforderungen der Grünen Partei zu verhandeln, wenn sie
223 sich an einer Regierung beteiligen soll. Je stärker die Grünen im nächsten Deutschen
224 Bundestag und in einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht werden wir haben, um diese
225 Ziele durchzusetzen. Wenn die Gemeinsamkeiten nicht reichen, dann geht es nicht. Sollte es

- 226 erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren Mitgliedern in
227 einer ergebnisoffenen Urabstimmung zur Prüfung vorlegen.
- 228 Was wir anstreben, ist eine zeitgemäße, ökologische, eine vielfältige und gerechte
229 lebenswerte, dem Klima- und Umweltschutz, dem Frieden und den Menschenrechten
verpflichtete
230 Gesellschaft. Wer mit uns regieren will, muss den Politikwechsel auf den Weg bringen.

Begründung

Wir, die Antragsteller*innen, halten es für unerlässlich, den Wähler*innen transparent und offen vor der Wahl zu sagen, was sie im Zuge von Koalitionsverhandlungen, als essenzielle Grüne Agenda unserer in den Bundestag entsandten Abgeordneten bei einer Regierungskoalition, erwarten dürfen. Ex-Kanzler Schröder sprach einmal von der „nötigen Beinfreiheit“, die es für Koalitionsverhandlungen brauche. Diese wollen wir mit dem 10-Punkte für grünes Regieren nicht einschränken. Dennoch gibt es in jeder Verhandlung eine rote Linie. Unsere Partei ist kein „Geheimbund“. Es ist kein Nachteil, das Gegenüber bei Verhandlungen frühzeitig von den Grenzen des Machbaren in Kenntnis zu setzen. Im Gegenteil. Das spart Zeit und die Verhandlungspartner*innen können sich auf das Wesentliche konzentrieren.

Der 10-Punkte Plan ist die Zusammenfassung unseres Grundsatzprogrammes und spiegelt die im Entwurf des Wahlprogrammes entwickelten Ziele für die Regierungsarbeit der kommenden vier Jahre, sollten wir GRÜNE an einer Regierung beteiligt sein.

Wenn an der einen und anderen Stelle im Zuge der Programm-Debatte des Parteitages einzelne Punkte nach Beschlusslage modifiziert werden müssen, spricht das nicht gegen den 10 Punkte Plan als Anhang. Die Antragsteller*innen sind, für sich daraus ergebende, notwendige Änderungen natürlich aufgeschlossen.

weitere Antragsteller*innen

Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Andreas Müller (KV Essen); Christopher Graf (KV Goslar); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Kerstin Dehne (KV München); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Martin Schmidt (KV Chemnitz); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Angelika Uminski-Schmidt (KV Wolfenbüttel); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Verena Fuchslocher (KV Mannheim); Jens (Jan) Erdmann (KV München); Manuel Mühlbauer (KV Fürth-Land)

Kapitel 3: Solidarität sichern



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 12.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-S Kapitel 3: Solidarität sichern

1 Kapitel 3: Solidarität sichern

Die Pandemie hat uns gezeigt, was eine Gesellschaft stark macht – dass man sich unterhakt und einander vertraut. Sie hat uns spüren lassen, wie kostbar Gemeinsamkeit für unser individuelles Glück ist, wie sehr wir andere Menschen brauchen und wie groß die Gefahr ist, wenn eine Gesellschaft auseinanderdriftet. Diese alte und doch noch mal neu erlebte Erfahrung ist Auftrag, Solidarität und Schutz in konkrete, bessere Politik zu übersetzen. Wir wollen alles dafür tun, die Bedingungen für ein gutes Leben – von Kindesbeinen an – zu schaffen: materielle Sicherheit, Chancen und Teilhabe zu garantieren und ein Sicherheitsversprechen für jede Lebenslage zu geben, das umso stärker ist, je mehr Unterstützung gebraucht wird. Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen Voraussetzungen dafür nicht für alle gewährleistet werden. Gesellschaften ohne existenzielle Not sind krisenfester, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaften stärker.

Corona hat uns schonungslos die Stärken und Schwächen unseres Sozialstaates vor Augen geführt: wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem für alle ist, wie zentral eine Wirtschaftskraft ist, die für gesellschaftlichen Wohlstand und damit einen Sozialstaat sorgt, der Menschen bei Jobverlust oder Wirtschaftseinbruch vor Obdachlosigkeit bewahrt. Die Pandemie hat aber zugleich bestehende Ungleichheiten verschärft. Wer arm ist, wird schneller krank. Frauen tragen eine besondere Last in den systemrelevanten Berufen der Pflege, der Erziehung und im Einzelhandel, sind aber deutlich schlechter bezahlt und in Entscheidungsprozessen weniger repräsentiert. Freiberufler*innen und Selbständige, die ohnehin schon größere Risiken eingehen, stürzen ohne Verdienst in Existenzangst oder -not. Wer Kinder oder Jugendliche allein oder getrennt erzieht, ist durch Kinderbetreuung, Homeschooling und Homeoffice noch mal mehr gefordert. Die Pandemie hat uns auf unsere individuellen Lebensumstände zurückgeworfen. Wenn die Wohnung eng ist, der Garten fehlt, aber die Schwimmhalle geschlossen ist, ist es dreifach schwer. Einsamkeit wird größer.

Jetzt ist die Zeit, die richtigen Lehren zu ziehen. Der Weg aus der Pandemie muss zu einem neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die sozialen Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, auch in Zeiten persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren – kurz, unsere öffentlichen und sozialen Orte – sollten zu den schönsten und stärksten Räumen des Miteinanders werden.

Glück und Chancen dürfen nicht davon abhängen, ob man im Norden oder Süden, Osten oder Westen, in der Stadt oder auf dem Land lebt, entsprechend sind gleichwertige Lebensverhältnisse Verfassungsgrundsatz. Wir setzen alles daran, aus diesem oftmals noch unerfüllten Anspruch Realität zu machen. Wer auf dem Land wohnt, braucht genauso einen

38 Zugang zu Ärzt*innen, schnellem Internet, öffentlicher Daseinsvorsorge wie Städter*innen.
 39 Und wer in der Stadt lebt, muss auch dort guten und bezahlbaren Wohnraum finden können.
 40 Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und für viele Menschen, viele Familien bis weit in
 41 die Mittelschicht hinein eine der Existenz.

42 Unser Gesundheitssystem soll allen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung garantieren,
 43 aber es klaffen Lücken: Gesundheitsämter wurden kaputtgespart, in Krankenhäusern und der
 44 Verwaltung fehlt Personal, die, die da sind, arbeiten am Anschlag. Wir wollen die Vorzeichen
 45 ändern und Vorsorge zum Leitprinzip machen: Kliniken sollen ihrem gesellschaftlichen Auftrag
 46 entsprechend finanziert werden, auch auf dem Land braucht es Zugang zu Geburtshilfe und
 47 Notfallhilfen. In der Pflege setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen, mehr
 48 Personal, Sicherheit für Menschen, die Pflege benötigen, und für diejenigen, die Angehörige
 49 oder Freund*innen pflegen.

50 Digitalisierung, globaler Wettbewerb und der nötige Umbau der Wirtschaft bedeuten für viele
 51 Menschen große Veränderungen, die mit der Angst vor Verlusten einhergehen. Aber Angst lähmt
 52 und macht mürbe. Menschen benötigen auch im Übergang Sicherheit. Es gilt die Risiken
 53 abzusichern und Perspektiven zu geben, etwa durch eine Arbeitsversicherung und durch
 54 Weiterbildung. Starke Tarifpartner, starke Gewerkschaften und demokratische Mitbestimmung
 55 können ebenfalls dazu beitragen, die großen Herausforderungen beim Übergang in eine sozial-
 56 ökologische Marktwirtschaft gemeinsam zu bewältigen. Wir werden zeigen, dass Transformation
 57 und Digitalisierung hin zu einem klimagerechten Wohlstand zukunftsfähige Jobs schaffen, mit
 58 guten Arbeitsbedingungen und gerecht verteilter Arbeit.

59 **Wir fördern Kinder, Jugendliche und Familien**

60 **Kinder in den Mittelpunkt**

61 Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht auf
 62 besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind Menschen mit eigenen
 Bedürfnissen,
 63 die es zu erkennen und zu stärken gilt. Wir werden sicherstellen, dass die Rechte und das
 64 Wohl von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommen und
 maßgeblich
 65 berücksichtigt werden. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der
 66 UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und
 67 Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre
 68 Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom
 69 Aufenthaltsstatus altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Die
 70 Jugendarbeit spielt hierbei eine wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände mit
 71 einem Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken. Demokratie darf kein abstrakter
 Begriff
 72 sein, sondern muss immer wieder im eigenen Alltag erfahren und erprobt werden können.
 73 Werdende Demokrat*innen brauchen Mitmach- und Medienkompetenz sowie politische Bildung,
 die
 74 wir als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen und Jugendhilfe konzeptionell und finanziell
 75 stärken. Auch wollen wir die Unabhängigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung
 76 stärken. Bei allen Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und Wohnumfeldmaßnahmen, die

77 Kinder und Jugendliche betreffen, werden wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern und dies im
78 Baugesetzbuch und im Bundesimmissionsschutzgesetz berücksichtigen.

79 **Eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut**

80 In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – doch vor allem
81 bei Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehenden), Geringverdienenden mit Kindern oder Familien
82 mit mehr als zwei Kindern reicht das Geld oft vorn und hinten nicht. Kinderarmut bedeutet
83 auch Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere Bildungschancen. Jedes Kind verdient
84 unsere Unterstützung, denn Zukunftschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängen.
85 Daher werden wir eine Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut
86 entwickeln und umsetzen. Neben hervorragender Infrastruktur werden wir Familien mit einer
87 einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung stärken: der Kindergrundsicherung.
88 Unser Vorhaben: Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und
89 die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in eine neue, eigenständige Leistung zusammenzufassen.
90 Mit der Kindergrundsicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag, Kinder in
91 Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen erhalten zusätzlich noch einen
GarantiePlus-
92 Betrag. Je niedriger das Familieneinkommen, desto höher der GarantiePlus-Betrag. Nach
93 einmaliger Beantragung bei der Geburt wird die Höhe der Kindergrundsicherung automatisch
von
94 der Familienkasse berechnet, die sie dann auch auszahlt. So kommt die Kindergrundsicherung
95 garantiert bei jedem Kind an und Schritt für Schritt beenden wir Kinderarmut. Sie ist
96 gerecht, denn Kinder, die mehr brauchen, bekommen auch mehr. Die Kindergrundsicherung
97 verbinden wir mit einer Neuermittlung dessen, was Kinder zum Leben brauchen.

98 **Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder**

99 Ob Kita, Kindertagespflege, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung oder
100 Angebote der Jugendarbeit – die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe
101 begleiten Familien beim Aufwachsen der Kinder. Sozialarbeiter*innen und pädagogische
102 Mitarbeiter*innen leisten dabei unter hohem Zeit- und Arbeitsdruck Enormes. Durch
103 gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser ausgestattete Jugendämter und

104 Entlastung der Fachkräfte sorgen. Qualitätsstandards wollen wir überall in der Kinder- und
105 Jugendhilfe verbindlich erstellen und gemeinsam mit Verbänden, Trägern und Wissenschaft
106 weiterentwickeln. Leistungsansprüche von Kindern und Jugendlichen mit körperlichen und
107 geistigen Behinderungen werden bisher in einem eigenen Sozialgesetzbuch für Menschen mit
108 Behinderungen geregelt. Mit einem Bundesinklusionsgesetz soll sichergestellt werden, dass
109 alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe künftig so ausgestaltet sind, dass sie sich auch
110 an Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien richten. Die bestehenden
111 Rechtsansprüche gelten für sie weiter. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg hin zu einem
112 inklusiven SGB VIII zügiger voranschreiten. Daher werden wir die Länder und Kommunen, die
113 bereits vor Umsetzung des Bundesinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der
114 Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So können
115 wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen werden. Den
116 Kostenbeitrag von Jugendlichen in einer vollstationären Einrichtung oder Pflegefamilie
117 wollen wir abschaffen.

118 **Selbstwirksamkeit und Mitbestimmung - Jugend als eigenständige**

119 **Lebensphase stärken**

120 Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich frei und selbstbestimmt entwickeln können.
 121 Verantwortungsvolle, selbstbewusste und mündige Jugendliche sollen über alle
 122 Angelegenheiten, die sie betreffen, mitentscheiden und sichere Lernorte und Freiräume haben,
 123 die sie selbst mitgestalten. Damit junge Menschen ihre Ideen und Rechte auch wirksam
 124 einbringen bzw. einfordern können, wollen wir niedrigschwellige Beteiligungsgremien wie
 125 Kinder- und Jugendparlamente, insbesondere auf kommunaler Ebene, stärken. Wir werden
 126 Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Demokratiebildung verlässlich unterstützen. Die
 127 Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Frühe Hilfen und alle Formen von Hilfen
 128 zur Erziehung werden wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen sicherstellen und Räume für
 129 Jugendliche nachhaltig fördern. Politik mit und für junge Menschen braucht in Zeiten der
 130 Globalisierung eine internationale Ausrichtung. Deshalb stärken wir internationale
 131 Begegnungen und Austauschprogramme.

132 **Teilhabe und Schutz in der digitalen Welt**

133 Viele Kinder und Jugendliche wachsen mit Tablets, Smartphones und Co. auf – wir müssen
 134 sicherstellen, dass sie selbstbestimmt, sicher und gesund in der digitalen Welt groß werden.
 135 Wir stärken die digitale Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Eltern, Bildungseinrichtungen
 136 und der Jugendhilfe mit Fortbildungen für Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern.
 137 Alle sollen digitale Kompetenzen erwerben können, das geht nur mit entsprechender Hardware
 138 und Internetanbindung: Kinder, die in Armut leben, erhalten für die Schule ein digitales
 139 Endgerät, wenn sie dieses benötigen. Auch dem Suchtpotenzial und den Gesundheitsrisiken der
 140 übermäßigen Nutzung digitaler Anwendungen möchten wir begegnen. Kinder und Jugendliche
 141 brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten wie Hassrede,
 142 Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt. Dem Mobbing im Netz wollen wir einen Riegel
 143 vorschieben. Dafür setzen wir auf eine Präventionsstrategie mit verpflichtenden sicheren
 144 Voreinstellungen für Plattformen und altersgerechten und leicht auffindbaren Informations-
 145 und Beschwerdemöglichkeiten. Die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz soll in
 146 ihren Kompetenzen gestärkt werden. Vor kommerziellem Sammeln ihrer Daten durch private
 147 Anbieter werden wir Kinder schützen.

148 **Kinder vor Gewalt schützen**

149 Für viele Kinder und Jugendliche ist psychische, körperliche, sexualisierte Gewalt und
 150 Vernachlässigung leidvoller Alltag. Dagegen gehen wir hart vor – mit starker Prävention,
 151 konsequenter Aufarbeitung und Strafverfolgung sowie weiteren Maßnahmen zur
 152 Qualitätssicherung und zum Kinderschutz in familiengerichtlichen Verfahren. Das oberste Ziel
 153 ist es, Taten zu verhindern. Dafür braucht es Aufklärung, Qualifizierung, altersgerechte
 154 Präventionsprogramme und gelebte Schutzkonzepte sowie die Kooperation aller Akteur*innen
 155 überall dort, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten und betreut werden. Basiswissen über
 156 Kinderrechte, insbesondere Beteiligung, Sensibilisierung und Schutz bei
 157 Kindeswohlgefährdung und sexualisierter Gewalt, gehören in die Curricula für Jura, Medizin,
 158 Pädagogik und Polizei. Die Fortbildungspflicht für Familienrichter*innen und die
 159 Anforderungen an die Qualifikation von Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu regeln.
 160 Alle zivilgesellschaftlichen und politischen Ebenen und Kräfte müssen den Kampf gegen
 161 sexualisierte Gewalt an Kindern zu einem zentralen Thema machen. Organisationen, die Kinder
 162 betreuen, tragen dabei eine besondere Verantwortung. Die wichtige Arbeit des Unabhängigen

163 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs werden wir auf eine gesetzliche
 164 Grundlage stellen und damit dauerhaft absichern und dabei auch die Zuständigkeiten der
 165 Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs adäquat verankern.
 Wir
 166 werden bundesweit spezialisierte Fachberatungsstellen systematisch ausbauen sowie
 167 telefonische und Online-Beratungsangebote finanziell absichern.

168 **Mehr Zeit für Familien**

169 Den Kopf frei haben für die Familie und die Kinder, auch wenn sie krank sind, das ist unser
 170 Ziel. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gesamtgesellschaftliche
 171 Verantwortung, der wir uns gemeinsam mit Wirtschaft und öffentlichen Institutionen stellen.
 172 Alle Eltern sollen Elternzeit unkompliziert in Anspruch nehmen können. Mit der KinderZeit
 173 Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: Pro Elternteil je acht Monate,
 174 weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden. Wird die KinderZeit
 175 Plus Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies entsprechend den Bezugszeitraum. Sie
 176 kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden, denn auch bei älteren Kindern
 kann
 177 zeitweise mehr Aufmerksamkeit nötig sein. Die Bedarfe der Familien von Kindern mit
 178 Behinderung sollen zusätzlich Berücksichtigung finden. Wir unterstützen Eltern dabei,
 179 Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in
 180 eine ausgewogene
 181 Balance zu bringen, Familien- und Hausarbeit partnerschaftlich zu teilen und Teilzeitfallen
 182 zu vermeiden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job, Ausbildung oder Studium entscheiden
 183 müssen, darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und
 184 Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage. Weil gerade in den ersten
 185 Lebensjahren viele Infekte mitgenommen werden, sollte es in dieser Zeit einen zusätzlichen
 186 erhöhten Anspruch auf Kinderkrankengeld geben. Die Altersgrenze wollen wir auch hier auf 14
 187 Jahre anheben, ein ärztliches Attest wird erst ab dem vierten Erkrankungstag des Kindes
 188 verpflichtend. Für die besondere Zeit direkt nach der Geburt wollen wir neben dem
 189 Mutterschutz auch für den zweiten Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten. Die
 190 Mutterschutzregelungen sollen auch nach einer Totgeburt ab der 20. Schwangerschaftswoche
 191 möglich sein.

192 **Alleinerziehenden den Rücken stärken**

193 Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehende) leisten enorm viel und dennoch ist mehr als ein
 194 Drittel von Armut bedroht. Mit der Kindergrundsicherung helfen wir mehrfach: Mit der
 195 Neuermittlung der Mindestbedarfe von Kindern und Jugendlichen steigt auch der
 196 Mindestunterhalt. Und anders als beim heutigen Kindergeld soll nur die Hälfte auf den
 197 Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Nach einer Trennung soll es für getrennt erziehende
 198 Eltern bei der Betreuung nicht zusätzlich knirschen, darum werden Mehrkosten für die
 199 Ausübung des Umgangs und Betreuungsleistungen angemessen berücksichtigt. Für getrennt
 200 erziehende Eltern im Grundsicherungsbezug wollen wir einen Umgangsmehrbedarf einführen.
 Das
 201 Betreuungsmodell soll im Einzelfall am Kindeswohl orientiert gefunden und nicht schematisch
 202 definiert werden. Ob ein wichtiger Abendtermin im Job, ein Beratungsgespräch oder Arztbesuch
 203 – Kinder können und sollten nicht immer dabei sein. Es gilt, familienunterstützende
 204 Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe

205 Dienstleistungen. Das ist besonders im Krankheitsfall wichtig, denn Kinder und Haushalt
 206 müssen trotzdem versorgt sein.

207 **Absicherung für alle Familienformen**

208 Ob Alleinerziehende, Patchwork-, Stief- oder Regenbogenfamilie – Familien sind vielfältig
 209 und diese Vielfalt muss ein modernes Familienrecht auch abbilden. Dazu gehört auch ein
 210 modernes und liberales Namensrecht. Soziale Eltern übernehmen innerhalb der Familie oft
 211 Verantwortung und sind wichtige Wegbegleiter. Rechtlich gesehen sind sie aber auch nach
 212 Jahren Außenstehende für ihr Kind: Im Kindergarten, in der Schule oder bei Ärzt*innen ist es
 213 nicht vorgesehen, dass sie Entscheidungen für ihre Kinder treffen. Mit der Weiterentwicklung
 214 des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einem Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung, die,
 215 auch schon vor Zeugung, auf Antrag beim Jugendamt auf bis zu zwei weitere Erwachsene neben
 216 den leiblichen Eltern übertragen werden kann, geben wir allen Beteiligten mehr Sicherheit
 217 und stärken Mehr-Eltern-Familien und soziale Elternschaft. Zwei-Mütter-Familien sollen nicht
 218 mehr durch das Stiefkindadoptionsverfahren müssen, darum streben wir an, das
 219 Abstammungsrecht zu reformieren, sodass die Co-Mutter analog zu Vätern in Ehen zwischen
 220 einem Mann und einer Frau automatisch als zweites rechtliches Elternteil gilt. Das
 221 Abstammungsrecht muss zudem die Elternschaft von Menschen mit Geschlechtseintrag „divers“
 222 berücksichtigen. Bei Kinderwunsch sollen alle Paare und alleinstehende Frauen die
 223 Möglichkeit einer Kostenerstattung für die künstliche Befruchtung erhalten. Alle Kinder
 224 benötigen einen klaren Rechtsstatus; das Persönlichkeitsrecht auf Kenntnis der eigenen
 225 Abstammung muss für alle Kinder gewahrt werden. Verantwortung wird nicht nur da füreinander
 226 übernommen, wo Kinder sind. Mit dem Pakt für das Zusammenleben werden wir eine neue
 227 Rechtsform schaffen, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung
 228 übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert.

229 **Wir sorgen für gute Arbeit und faire Löhne**

230 **Mindestlohn anheben**

231 Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute Arbeitsbedingungen.
 Aber
 232 in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im Niedriglohnsektor mit
 233 schlechten Löhnen und in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Besonders oft sind davon
 234 Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte betroffen. Das wollen wir ändern. Den
 235 gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf 12 Euro anheben. Anschließend muss der
 236 Mindestlohn weiter steigen, um wirksam vor Armut zu schützen und mindestens der
 Entwicklung
 237 der Tariflöhne zu entsprechen. Die Mindestlohnkommission wollen wir reformieren und mit
 238 diesem Auftrag ausstatten. Die bestehenden Ausnahmen für unter 18-Jährige und
 239 Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag an den
 240 gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie.
 241 Fair zahlende Unternehmer*innen dürfen keine Wettbewerbsnachteile erleiden. In Zeiten von
 242 Corona zeigt sich besonders, dass das Kurzarbeitergeld für Beschäftigte mit kleinen Löhnen

zu niedrig ist. Deshalb braucht es ein branchenunabhängiges Mindestkurzarbeitergeld. Ohne sachlichen Grund dürfen Arbeitsverträge nicht mehr befristet werden. Gegen den vielfachen Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung mittels Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor. Wir wollen den Arbeitsschutz stärken, damit er wirksam vor Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit schützt. Mobbing und Diskriminierung am Arbeitsplatz nehmen wir ernst und wollen durch klare Sanktionen und verpflichtend zu schaffende Anlaufstellen besser davor schützen.

Vollbeschäftigung schaffen

Wir wollen allen Menschen ermöglichen, am Arbeitsleben teilzuhaben, denn ein guter Arbeitsplatz ist eine wichtige Quelle für Einkommen, Anerkennung und Selbstverwirklichung. Dazu müssen wir gute und sichere Jobs schaffen. Wir wollen die Beschäftigung weiter erhöhen und damit auch verhindern, dass Corona langfristige Spuren am Arbeitsmarkt hinterlässt. Mit dauerhaft höheren öffentlichen Investitionen, mehr Gründungsgeist und Forschung sowie Innovation wollen wir ein Umfeld für viele neue Jobs schaffen. Der deutsche Arbeitsmarkt war dabei in den letzten Jahren gespalten: Fachkräftemangel und deutliche Lohnsteigerungen für Hochqualifizierte in einigen Branchen, prekäre Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeit und stagnierende Reallöhne in anderen. Dem wollen wir mit einer sozial gerechten Arbeitspolitik entgegenreten. Damit sorgen wir für gute Löhne und trocknen den Niedriglohnsektor mittelfristig aus. Selbständige brauchen gute Rahmenbedingungen und eine bessere soziale Absicherung. Strukturelle Ursachen für Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir bekämpfen. Für Menschen, die lange arbeitslos sind, schaffen wir einen dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt, der sinnstiftende Tätigkeiten vermittelt.

Sozialpartnerschaft stärken, Tarifbindung erhöhen

Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung sind Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Sie haben unser Land stark gemacht. Da, wo sie gelten, sorgen sie meistens für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass Tarifverträge und starke Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gelten. Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf ein Bundestariftreuegesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Tarifflicht darf sich für Unternehmen nicht lohnen. Wir wollen Betriebe verpflichten zu veröffentlichen, ob sie Tarifvertragspartei sind. Bei Umstrukturierungen sollen die bisherigen tariflichen Regelungen gelten, bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Paritätische Mitbestimmung soll es zukünftig bereits in Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten geben und wir wollen ein Schlichtungsverfahren einführen, wenn sich Entscheidungen besonders stark auf die Beschäftigten auswirken. Betriebsräte, die sich für Mitarbeiter*innen einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches gilt auch für die Beschäftigten, die erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. Die Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte, Personalräte und auch Jugend- und Ausbildungsvertretungen wollen wir ausbauen und modernisieren, unter anderem wenn es um Personalentwicklung, Weiterbildung, Standortverlagerungen ins Ausland, die Stärkung von Frauen, die Förderung von Vielfalt oder die Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen geht. Die stärkere finanzielle Beteiligung von Mitarbeiter*innen an den Unternehmen,

zusätzlich zu Lohn und Gehalt, kann mehr Mitgestaltung bewirken. Der Wandel der Arbeitswelt, den Digitalisierung und ökologische Transformation mit sich bringen, muss gemeinsam mit den Beschäftigten im Betrieb gestaltet werden.

Selbstbestimmter arbeiten, digitale Chancen nutzen

Wir wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr Mitsprache bei Ort, Lage und Umfang der Arbeit. In der Corona-Krise wurde das Arbeiten von zu Hause zu einer weit verbreiteten Erfahrung, für viele verbunden mit mehr Eigenständigkeit und weniger Stress, wenn etwa das lange Pendeln wegfiel. Für andere aber auch zur echten Belastungsprobe

– wenn zu Hause Arbeitszimmer, Arbeitsschutz und auch Kolleg*innen fehlen oder Arbeit entgrenzt. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen wir daher erhalten und stärken, indem wir ein Recht auf mobiles Arbeiten einführen – mit Blick auf betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien und starkem Einfluss der Interessenvertretungen versehen. Das mobile Arbeiten kann im Homeoffice oder im nahe gelegenen Co-Working-Space stattfinden, der Wechsel dorthin muss immer freiwillig stattfinden und mit einem Rückkehrrecht sowie mit ausreichend Zeit an einem Arbeitsplatz im Unternehmen verbunden sein.

Mehr Freiraum bei der Arbeitszeit

Ob im Büro, in der Pflege oder auf Montage – für viele Menschen ist der körperliche oder psychische Druck durch Arbeit gewachsen. Gleichzeitig ist Zeit zu haben – für sich selbst oder die Familie – für viele Menschen ein immer größerer Wert. Kürzere Arbeitszeiten, wie beispielsweise die IG Metall sie als Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der Automobilbranche vorgeschlagen hat, begrüßen wir, denn sie bieten die Chance, Arbeit gerechter zu verteilen, Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitnehmer*innen zu entlasten. Wir wollen Beschäftigte in Branchen, in denen die Belastung besonders hoch ist, mit besseren Arbeitsbedingungen unterstützen. Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten aller Arbeitnehmer*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen – gerade um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern und Zeit für sich selbst zu haben –, verbessert werden. Dafür wollen wir die starre Vollzeit umgestalten, etwa mit Hilfe eines flexiblen Arbeitszeitkorridors, und insbesondere die Sozialpartner unterstützen, flexible Arbeitszeitmodelle zum Vorteil der Arbeitnehmenden zu ermöglichen. Versuche, das Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen aufzuweichen, lehnen wir ab. Die Arbeitszeit soll künftig dokumentiert werden, so wie es der Europäische Gerichtshof in einem Urteil entschieden hat. Wir setzen uns für eine bessere Kontrolle existierender Regelungen ein, um Beschäftigte, deren tatsächliche Arbeitszeit regelmäßig über 40 Stunden liegt, zu stärken.

Arbeitsversicherung stärkt Chancen

Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür sind ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation. In einer Welt, in der häufige Berufswechsel für Viele Normalität sind und man nicht mehr automatisch 40 Jahre im gleichen Betrieb arbeitet, brauchen alle Menschen Anlaufstellen und Unterstützung, um ihr Berufsleben selbstbestimmt zu gestalten. Überall dort, wo es eine

Arbeitsagentur gibt, sollen Bildungsagenturen zentrale Anlaufstellen werden und Menschen bei der Neuorientierung unterstützen, Weiterbildungsberatung und -förderung sollen damit vereinfacht werden. Die Förderung des lebensbegleitenden Lernens für Menschen mit Behinderungen wollen wir ausbauen. Den Zugang zur Arbeitsversicherung werden wir deutlich erleichtern und bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einen Anspruch auf Arbeitslosengeld einführen. Auch selbständige Berufstätigkeit muss sozial besser abgesichert werden. Dafür vereinfachen wir den Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung und schaffen eine Zugangsmöglichkeit für alle Selbständigen, auch über die Auswahl zwischen zwei Tarifen. Selbständige sollen damit neben dem Anspruch auf Arbeitslosengeld I auch einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld in besonderen Notsituationen wie beispielsweise während einer Pandemie erhalten. Wir wollen Gründungen aus Phasen der Arbeitslosigkeit heraus besser fördern und durch die Krise zurückgeworfenen Berufsanfänger*innen mit einem Einstiegszuschuss eine Brücke in den Arbeitsmarkt bauen.

Besserer Schutz bei online vermittelter Arbeit

Vom Handwerkerdienst über Software-Entwicklung bis zur Reinigung – immer mehr Dienstleistungen werden über Online-Plattformen vermittelt (Gig-Working) oder finden sogar ortsunabhängig in der Cloud statt (Crowd-Working). Die Digitalisierung von Tätigkeiten und die digitale Vermittlung von Arbeit bergen viele neue Chancen. Aber Arbeitsrecht und Arbeitsschutz müssen an die Onlinewelt angepasst werden, damit daraus nicht neue Formen von Ausbeutung und Abhängigkeiten entstehen. Wir wollen online getätigte oder vermittelte Arbeit regulieren, um dort arbeitenden Menschen den gleichen Schutz zu gewähren wie den analog Arbeitenden. Wir wollen Scheinselbständigkeit verhindern, indem wir bei der Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung für mehr Rechts- und Planungssicherheit sorgen. Wenn der/die Auftragnehmer*in angibt, einen Arbeitnehmerstatus zu haben, soll künftig der/die Auftraggeber*in beweisen, dass dem nicht so ist. Unfares Preis-Dumping gilt es durch ein Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen zu unterbinden. Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-Selbständige sollen sich künftig leichter tariflich organisieren können und branchenspezifisch sollen weitere verbindliche Honoraruntergrenzen vereinbart werden können, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Plattformbetreiber tragen eine Verantwortung für ihre Auftragnehmer*innen. Wir wollen mit klaren Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen Geschäftsbedingungen, mit einem starken Beschäftigtendatenschutz und einem digitalen Zugangsrecht für Gewerkschaften für Fairplay bei der Plattformökonomie und insgesamt in der digitalen Arbeitswelt sorgen.

Faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus europäischen Nachbarstaaten

In jedem europäischen Nachbarland arbeiten zu können, das ist eine der großen Errungenschaften unseres vereinten Europas. Was in hochqualifizierten Berufen viel Freiheit gebracht hat, führte in manchen Dienstleistungsbereichen zu ausbeuterischen Arbeitsrealitäten. Missstände in den deutschen Schlachthöfen haben das schlaglichtartig gezeigt. Doch auch anderswo, zum Beispiel auf dem Bau oder in der Pflege, herrschen vielfach ausbeuterische Verhältnisse. Wir wollen, dass alle Beschäftigten – egal, wie lange sie hier arbeiten – genauso gut bezahlt und abgesichert sind wie ihre deutschen Kolleg*innen. Dafür

373 braucht es ein wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit, ein
 374 Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, eine europäische Sozialversicherungsnummer, höhere
 375 Mindeststandards für Unterkünfte von entsandten Beschäftigten, die Abschaffung der
 376 sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung, eine bessere Regulierung der
 377 Vermittlungsagenturen und mehr Kontrolle durch eine gestärkte Europäische Arbeitsbehörde.
 378 Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Staaten müssen besser über ihre Rechte informiert werden
 379 und wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine bessere soziale Absicherung für
 380 arbeitssuchende EU-Bürger*innen ein.

381 **Wir schaffen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern**

382 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

383 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, von dieser Selbstverständlichkeit sind wir immer
 384 noch weit entfernt. Durchschnittlich verdienen Frauen, vor allem wenn sie sich um Kinder
 385 oder Pflegebedürftige kümmern, im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb so viel wie Männer,
 386 was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht. Deswegen setzen wir
 uns
 387 auf europäischer Ebene für eine ambitionierte EU-Richtlinie für Lohngleichheit ein und
 388 werden national ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine
 389 Betriebe gilt und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von Frauen
 390 und Männern und über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu berichten.
 Dieses
 391 Gesetz muss auch ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten, damit bei strukturellen
 392 Benachteiligungen auch Verbände die Klage übernehmen können und die Betroffenen nicht auf
 393 sich allein gestellt sind. Lohncheckverfahren können Diskriminierungen aufdecken. Deshalb
 394 werden wir Tarifpartner und Unternehmen verpflichten, alle Lohnstrukturen auf
 395 Diskriminierung zu überprüfen und den Beschäftigten anonymisierte Spannen der Gehalts- und
 396 Honorarstruktur zugänglich zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass Berufe, die vor allem
 397 von Frauen ausgeübt werden, eine höhere Wertschätzung erfahren als bisher, insbesondere in
 398 Form besserer Arbeitsbedingungen und besserer Bezahlung. Die Vereinbarkeit von Familie und
 399 Beruf muss für alle vereinfacht werden.

400 **Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken**

401 Um selbstbestimmt leben zu können, ist wirtschaftliche Unabhängigkeit unabdingbar. Deshalb
 402 müssen Steine, die dies behindern, aus dem Weg geräumt werden. Frauen übernehmen nach
 wie
 403 vor den Großteil der Sorgearbeit, die systemrelevant für unsere Gesellschaft ist. Wir wollen
 404 für eine eigenständige Absicherung in allen Lebensphasen sorgen – von der Berufswahl bis zur
 405 Rente. Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler*innen und Rentner*innen, wollen wir
 406 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und Regelungen für haushaltsnahe
 407 Dienstleistungen schaffen. Das durch enge Rollenerwartungen eingeschränkte
 408 Berufswahlverhalten wollen wir durch eine gendersensible Berufsberatung erweitern. Die
 409 gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert, wollen wir aufbrechen. Dies gelingt durch
 410 eine kluge Zeitpolitik, die es auch Partner*innen erleichtert, Verantwortung in der
 411 Familie zu übernehmen und Arbeit geschlechtergerecht aufzuteilen. Wir wollen, dass die Sorge

in der Familie gemeinsam und gleichberechtigt getragen wird, und sehen darin eine Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter. Dafür ist es notwendig, dass insbesondere Väter gleichermaßen Verantwortung und Sorgearbeit in der Familie übernehmen. Alleinerziehende dürfen dabei gegenüber Paaren nicht benachteiligt werden. Von Diskriminierungen am Arbeitsmarkt Betroffene wollen wir stärken, unter anderem mit einem Verbandsklagerecht, dem Ausbau entsprechender Rechtsberatung und durch ein echtes Recht auf die Rückkehr in Vollzeit, das auch für kleinere Betriebe gilt. Damit Eltern nicht aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben, in der Arbeitswelt benachteiligt werden, werden wir notwendige Maßnahmen inklusive erforderlicher Gesetzesänderungen ergreifen.

Gleichberechtigung auch bei der Steuer

Das deutsche Steuerrecht steckt noch im letzten Jahrhundert fest. Während sich viele Paare Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigter aufteilen, als es noch vor Jahren der Fall war, gilt bei der Steuer nach wie vor das Modell eines männlichen Ernährers und einer Frau, die höchstens dazuverdiene und sich hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmert. Dieses Modell ist ungerecht, weil es Ehen privilegiert, Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehende) und nicht verheiratete Paare außen vor lässt, die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmt und Frauen gleichzeitig nicht wirklich absichert. In Krisen bekommen vor allem Frauen die Nachteile zu spüren, zum Beispiel durch weniger Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld. Im Zusammenspiel mit Minijobs und der kostenlosen Mitversicherung wirken sich diese Maßnahmen negativ auf die Erwerbstätigkeit von Frauen aus. Deshalb wollen wir für neu geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Bei der Lohnsteuer soll die/der heute über Gebühr belastete Zweitverdiener*in entlastet werden, indem das Faktorverfahren zur Regel und die Steuerklasse 5 für Zuverdiener*innen abgeschafft wird. So sorgen wir dafür, dass gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligt werden. Paare, die bereits verheiratet sind, können sich entscheiden, ob sie sich einzeln veranlagten oder weiterhin das Ehegattensplitting nutzen wollen. Zugleich stärken wir mit der Kindergrundsicherung Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, entlasten wir mit einer Steuergutschrift.

Wir sichern die sozialen Netze

Garantiesicherung statt Hartz IV

Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts großer Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne Garantiesicherung ist eine Grundsicherung, die nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird. Das soziokulturelle Existenzminimum werden wir neu berechnen und dabei die jetzigen Kürzungstricks beenden. In einem ersten Schritt werden wir den Regelsatz um mindestens 50 Euro und damit spürbar anheben. Die Leistungen der Garantiesicherung wollen wir schrittweise individualisieren. Die Anrechnung von Einkommen werden wir deutlich attraktiver gestalten, sodass zusätzliche Erwerbstätigkeit immer zu einem spürbar höheren Einkommen führt. Jugendliche in leistungsempfangenden Familien sollen ohne Anrechnung Geld verdienen dürfen. Vermögen

werden

455 künftig unbürokratischer und mit Hilfe einer einfachen Selbstauskunft geprüft. Das
 456 Schonvermögen wird angehoben. Wir streben an, die soziale Sicherung schrittweise weiter zu
 457 vereinfachen, indem wir die existenzsichernden Sozialleistungen zusammenlegen und ihre
 458 Auszahlung in das Steuersystem integrieren. Wir begrüßen und unterstützen Modellprojekte, um
 459 die Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu erforschen. Durch die Abschaffung
 der
 460 bürokratischen und entwürdigenden Sanktionen schafft die Garantiesicherung Raum und Zeit in
 461 den Jobcentern für wirkliche Arbeitsvermittlung und Begleitung. Wir brauchen einen
 462 Perspektivenwechsel bei der Arbeitsförderung mit ausreichend Personal, um der
 463 Unterschiedlichkeit der langzeitarbeitslosen Menschen gerecht zu werden. Notwendig sind
 464 intensive Betreuung, individuelle Unterstützung und anstelle eines Vermittlungsvorrangs in
 465 prekäre Arbeit wollen wir einen Vorrang für Ausbildung und Qualifizierung. Wichtig ist
 466 insbesondere soziale Teilhabe durch einen dauerhaften sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt,
 467 der niedrighschwellig und bedarfsgerecht ausgestaltet ist und von dem die
 468 Langzeitarbeitslosen auch aufgrund einer guten Begleitung vielfältig profitieren.

469 **Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit** 470 **Behinderungen**

471 Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und auf Schutz
 vor
 472 Diskriminierung in allen Bereichen der Gesellschaft. Auf Basis der UN-
 473 Behindertenrechtskonvention und des Grundsatzes der Selbstbestimmung werden wir Inklusion
 474 vorantreiben und wollen deren verbindliche Umsetzung mit einer Enquete-Kommission
 begleiten.
 475 Leistungen zur Teilhabe müssen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und hochschulischer
 476 Bildung gewährt sein. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und dafür
 477 Arbeitgeber*innen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen. Die
 478 Selbstvertretungsstrukturen werden wir stärken und absichern. Arbeitgeber*innen, die
 479 hingegen nicht genügend schwerbehinderte Menschen beschäftigen, sollen eine höhere
 480 Ausgleichsabgabe zahlen, die wir in die Förderung inklusiver Beschäftigung investieren
 481 werden. Wir wollen das heutige Werkstattssystem zu einem System von Inklusionsunternehmen
 482 weiterentwickeln, in dem Menschen mit Behinderungen über die Inanspruchnahme von
 483 bedarfsgerechten Nachteilsausgleichen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
 484 mindestens auf Mindestlohniveau ermöglicht wird. Wir werden Arbeitnehmer*innen-Rechte
 485 sicherstellen und fördern den Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die
 486 Tagesförderstätten wollen wir in diesen Prozess mit einbeziehen. Das Budget für Arbeit
 487 werden wir ausbauen und Menschen, die es nutzen, in der Arbeitslosenversicherung absichern.
 488 Auszubildende und Studierende mit Behinderung erhalten bei Auslandsaufenthalten ein Budget
 489 zur Deckung ihrer Bedarfe, das den Leistungen entspricht, die sie im Inland erhalten. Unser
 490 Ziel ist es, das Bundesteilhabegesetz weiterzuentwickeln und Teilhabe zu garantieren – kein
 491 Poolen von Leistungen gegen den Willen der Betroffenen, echtes Wunsch- und Wahlrecht,
 492 Leistungen unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten und ein
 493 Bundesteilhabegeld. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach und unbürokratisch sein
 494 und Entscheidungen im Sinne der Menschen mit Behinderung schnell erfolgen.

495 **Gemeinsame soziale Mindeststandards in der EU**

496 Wir treten ein für eine Europäische Union, die soziale Absicherung und Mindeststandards EU-
 497 weit garantiert. Soziale Rechte müssen den gleichen Stellenwert erhalten wie die
 498 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts. Dafür sind gemeinsame europäische Arbeits- und
 499 Sozialstandards essentiell. Wir machen uns für eine europäische Grundsicherungsrichtlinie
 500 stark, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige
 501 ökonomische Situation. Länderspezifische Mindestlöhne sollen überall in der EU dafür sorgen,
 502 dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Das in der Corona-Krise eingeführte europäische
 503 Kurzarbeitsprogramm wollen wir verstetigen. Zur Stabilisierung im Falle von Krisen setzen
 504 wir uns für die Einführung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung ein. Wir wollen
 505 die europäischen Betriebsräte stärken und die Mitbestimmung in grenzüberschreitenden
 506 Unternehmen weiter absichern durch gestärkte Informationsrechte und verschärfte Sanktionen.
 507 Unser langfristiges Ziel ist, dass die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten
 508 sozialen Rechte als Grundrechte gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen
 509 Gerichtshof einklagbar sind.

510 **Eine verlässliche Alterssicherung für alle**

511 Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent hat für uns hohe
 512 Priorität. Bei einem weiteren Absinken wären immer mehr Menschen auf Grundrente
 angewiesen
 513 und die Akzeptanz der gesetzlichen Rente wäre gefährdet. Um das Rentenniveau zu sichern,
 514 wollen wir die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit
 515 erhöhen, ein echtes Einwanderungsgesetz schaffen und die Beschäftigungssituation älterer
 516 Arbeitnehmer*innen verbessern. Um die Belastungen der Versicherten und der
 Arbeitgeber*innen
 517 zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden. Prekäre Beschäftigung
 518 muss überwunden werden, denn nur armutsfeste Löhne führen auch zu einer auskömmlichen
 Rente.

519 Die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir schrittweise zu einer Bürger*innenversicherung
 520 weiterentwickeln, in die perspektivisch alle einbezogen werden, damit alle gut abgesichert
 521 sind. In einem ersten Schritt zu einer Bürger*innenversicherung sorgen wir dafür, dass
 522 Selbständige ohne obligatorische Absicherung, zum Beispiel in berufsständischen
 523 Versorgungswerken, und Abgeordnete verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung
 524 aufgenommen werden. Dabei werden bereits bestehende private Altersvorsorgeformen sowie
 525 Altersgrenzen berücksichtigt. Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die Grundrente
 526 reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln, die deutlich mehr Menschen
 527 als bisher einbezieht und finanziell besserstellt. Wir führen darüber hinaus eine von den
 528 Arbeitgeber*innen finanzierte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage ein, mit der
 529 vollzeitbeschäftigte Geringverdienende bei langjähriger Beschäftigung im Alter eine
 530 auskömmliche Rente erhalten. Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen
 531 es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen
 532 wollen, auch über die Regeleintrittsgrenze hinaus.

533 **Ein Bürger*innenfonds für die Rente**

534 Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. Die Riester-
 535 Rente hat sich aber als ein völliger Fehlschlag herausgestellt und die Rürup-Rente hat
 536 gravierende Schwächen. Die Produkte sind teuer und undurchschaubar und haben zum Teil eine

geringere Rendite als Omas Sparstrumpf. Profitabel sind sie oft nur für die Versicherungswirtschaft oder dank der öffentlichen Förderung. Deswegen haben bei weitem nicht alle davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die Riester- und die Rürup-Rente durch einen öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ersetzen. Die öffentliche Zulagenförderung der privaten Altersvorsorge werden wir reformieren und auf niedrige und mittlere Einkommen fokussieren. Für Menschen mit einem bestehenden Riestervertrag besteht, falls von ihnen gewünscht, Bestandsschutz. Der Fonds kann langfristig orientiertes Eigenkapital für die Wirtschaft bereitstellen. In den Bürger*innenfonds zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. So wird ein Volumen geschaffen, das die Verwaltungskosten gering hält, die Risiken breit streut und auf teure Garantien verzichten kann. Der Bürger*innenfonds wird öffentlich und politisch unabhängig verwaltet und investiert anhand von ESG-Nachhaltigkeitskriterien. Er investiert langfristig und hilft so, die Kurzfristorientierung der Märkte zu überwinden. So bietet er das Potenzial einer guten Rendite. Arbeitgeber*innen sollen künftig eine betriebliche Altersvorsorge anbieten, einen eigenen Finanzierungsbeitrag leisten und den Bürger*innenfonds als Standard dafür nutzen können. Um es kleinen Unternehmen einfacher zu machen, eine betriebliche Altersvorsorge anzubieten, wollen wir die reine Beitragsgarantie für kleine Unternehmen einführen, sie bei der Haftung entlasten und so für eine bessere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge sorgen. Zusätzlich wollen wir erreichen, dass Selbständige vergleichbare Chancen auf eine angemessene Altersversorgung haben wie abhängig Beschäftigte.

Wir geben Gesundheit und Pflege einen neuen Wert

Vorsorge als Leitprinzip

Wir wollen den Zugang zu guter Gesundheitsversorgung von der Kindheit bis ins hohe Alter sicherstellen – aber gute Gesundheitspolitik umfasst mehr. Wer in der Fleischindustrie unter prekären Bedingungen arbeitet, in einer schimmeligen Wohnung oder an einer vielbefahrenen Straße wohnt oder mit Hartz IV in Armut lebt, kann seine Gesundheit nur schwer schützen, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit zu erkranken und oft einen schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung. Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die vorsorgt, die die Ursachen von Krankheiten bekämpft, Präventionsforschung fördert und vorausschauend handelt. Statt nur auf die nächste Krise zu reagieren, sollen in Zukunft durch gemeinsame Gesundheitsziele und eine Ausweitung der Gesundheitsberichterstattung Krankheitsursachen und der Stand der gesundheitlichen Versorgung in den Blick genommen werden. Prävention, Gesundheitsförderung und gesundheitliche Versorgung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verfolgen.

Für Pandemien gewappnet sein

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Gesundheitssystem für künftige Pandemien besser gewappnet sein muss. Deshalb stoßen wir eine umfassende Analyse des Pandemiemanagements an. Spätestens jetzt ist der Moment, längst überfälligen Wandel einzuleiten, beispielsweise die Krankenhaus- und Notfallversorgung zu reformieren und die Digitalisierung, insbesondere in

den Gesundheitsämtern, beherzt voranzutreiben. Um Pandemien zukünftig effektiv und nachvollziehbar zu bekämpfen, sollen Stufen zur Eindämmung von Pandemien im Infektionsschutzgesetz definiert, Pandemieschutzpläne aktualisiert und soll ein unabhängiger und interdisziplinärer Pandemierat eingerichtet werden. Getroffene Maßnahmen müssen evidenzbasiert und verhältnismäßig sein. Mit einer klaren Kommunikationsstrategie sollen den Bürger*innen Datengrundlagen, Entscheidungsgründe und -wege transparent gemacht werden. Wir

investieren in Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei Medikamenten, Impfstoffen oder der Entwicklung neuer Testverfahren. Dort, wo es keine ausreichenden Anreize für die Therapieentwicklung gibt, wie zum Beispiel bei Antibiotika oder antiviralen Medikamenten, schaffen wir alternative Anreizsysteme. Auch die Produktion von Medikamenten und Medizinprodukten soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden, die Versorgung, zum Beispiel mit Atemschutzmasken, durch eigene Produktionsstandorte sichergestellt werden. Die Universitätsmedizin werden wir angesichts ihrer wichtigen Rolle in der Pandemiebekämpfung weiter stärken – von der Spitzenforschung über die Vernetzung bei Daten

und Digitalisierung bis zur Versorgung per Telemedizin im ländlichen Raum. Auf europäischer Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung, etwa durch die gemeinsame Planung und Nutzung medizinischer Notfallkapazitäten oder durch ein europäisches Frühwarnsystem und die gemeinsame Erhebung und Nutzung relevanter Daten. Daher setzen wir

uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer EU-Behörde, die künftig staatliche und privatwirtschaftliche Aktivitäten besser koordinieren soll. Das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten wollen wir stärken und uns für eine engere Kooperation mit nationalen Gesundheitsbehörden einsetzen.

599 **Gesundheitsämter stärken**

Nicht erst in der Corona-Pandemie wird sichtbar, dass wir als Gesellschaft größere Anstrengungen unternehmen müssen, um die öffentliche Gesundheit zu stärken und Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Ob der Besuch der mobilen Zahnärzt*innen in der Schule oder die Impfkation im Pflegeheim – für Gesundheitsförderung, die Menschen unkompliziert erreicht, braucht es eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Unser Ziel ist es, im Zusammenspiel zwischen den Gesundheitsdiensten der Länder und Kommunen, Strukturen der öffentlichen Gesundheitsfürsorge an Universitäten und Hochschulen und einem neu zu schaffenden Bundesinstitut für Gesundheit gemeinsam eine starke Säule der öffentlichen Gesundheitsfürsorge aufzubauen. Das Institut soll gemeinsame, langfristige Gesundheitsziele entwickeln, zur Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens berichten, die Qualität und Koordination der Gesundheitsdienste sichern und als zentrales Public-Health-Organ durch die Bündelung bestehender Strukturen des Bundes zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung beitragen. Bisher sind die Gesundheitsämter chronisch unterfinanziert und unterbesetzt, die personelle und technische Ausstattung muss dauerhaft verbessert werden. Wir wollen deshalb, dass Bund und Länder gemeinsam dafür sorgen, dass die Mittel für den Öffentlichen Gesundheitsdienst schrittweise auf mindestens 1 Prozent der Gesundheitsausgaben angehoben werden, sodass er seine Aufgaben des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung dauerhaft wahrnehmen kann. Die Gesundheitsdienste wollen wir stärker in die Gesundheitsförderung und

619 Prävention in den Lebenswelten vor Ort einbinden. Die Mitarbeiter*innen im Öffentlichen
 620 Gesundheitsdienst, insbesondere Amtsärzt*innen, müssen vergleichbar zu anderen
 621 Beschäftigungsverhältnissen im Gesundheitswesen bezahlt werden. Auch pflegerische
 622 Fachkompetenz soll stärker eingebunden werden – als sogenannte Community Health Nurses
 oder
 623 in der Schulgesundheitspflege.

624 **Gute gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land**

625 Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und verlässlich
 626 versorgt werden. Viele niedergelassene Ärzt*innen, Hebammen, Heilmittelerbringer*innen und
 627 andere medizinische Fachkräfte arbeiten jeden Tag hart daran, diese Versorgung zu
 628 ermöglichen. Doch wenn mancherorts der Weg zur Hebamme kaum zu bewältigen ist, die
 629 Kinderstationen Patient*innen abweisen müssen oder Hausarztpraxen auf dem Land schließen
 630 müssen, weil ein*e Nachfolger*in fehlt, gefährdet das die gesundheitliche Versorgung. Wir
 631 wollen die Primärversorgung durch Hausärzt*innen und weitere Gesundheitsberufe weiter
 632 stärken. Um die Versorgung in Stadt und Land sicherzustellen, wollen wir, dass ambulante und
 633 stationäre Angebote in Zukunft übergreifend geplant werden und etwa regionale
 634 Versorgungsverbünde mit enger Anbindung an die Kommunen gefördert werden. Perspektivisch
 635 soll es eine gemeinsame Abrechnungssystematik für ambulante und stationäre Leistungen
 geben.
 636 Außerdem heben wir die strikte Trennung der ambulanten Gebührenordnungen EBM und GOÄ
 auf.
 637 Auch die zahnmedizinische Regelversorgung in der GKV muss regelmäßig an den aktuellen
 Stand
 638 der Wissenschaft angepasst werden. Gleichzeitig wollen wir die interdisziplinäre
 639 Zusammenarbeit
 640 zwischen den Gesundheitsberufen stärken. Denn die Versorgung muss von den Patient*innen
 aus
 641 gedacht werden. Dafür wollen wir insbesondere die Einrichtung von gemeinwohlorientierten
 642 regionalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe unter
 643 gemeinsamer Trägerschaft auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Die Aufgabenverteilung im
 644 Gesundheitswesen werden wir so reformieren, dass nichtärztliche Gesundheits- und
 645 Pflegeberufe mehr Tätigkeiten sowie die Verordnung von Hilfsmitteln und pflegenahen
 646 Produkten eigenverantwortlich übernehmen können. Bei nachgewiesener Qualifikation wollen
 wir
 647 den Direktzugang für Therapeut*innen. Die Arbeitsbedingungen in und die Vergütung von
 648 Therapieberufen müssen dringend ihrer wichtigen Rolle im Gesundheitswesen angepasst, das
 649 Schulgeld für diese Ausbildungen muss abgeschafft werden. Die Ausbildung in den
 650 Therapieberufen muss in regulären Studiengängen möglich sein.

651 **Krankenhäuser nach gesellschaftlichem Auftrag finanzieren**

652 In Krankenhäusern sollen alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen. Doch falsche
 653 politische Weichenstellungen und der daraus folgende ökonomische Druck haben zu
 Fehlanreizen
 654 zu Lasten des Patient*innenwohls und zu Kosteneinsparungen zu Lasten des Personals geführt.
 655 Es braucht eine verbindlichere Landeskrankenhausplanung, die die öffentlichen
 656 Versorgungsinteressen an Grund-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung definiert. Der Bund

soll

657 die Möglichkeit haben, dafür gemeinsame bundesweite Grundsätze für die Krankenhausplanung
658 zu

659 definieren. Welche Angebote es vor Ort gibt, darf nicht davon abhängen, was sich rentiert
660 oder was sich Träger noch leisten können, sondern muss sich danach richten, was nötig ist.

661 Dabei hat die flächendeckende, erreichbare Grundversorgung der Bevölkerung einen eigenen
662 Stellenwert. Die Gemeinwohlorientierung im Gesundheitswesen soll gestärkt und der Trend hin
663 zu Privatisierung umgekehrt werden. Die Konzentration auf ertragreiche Angebote muss ein
664 Ende haben. Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch
665 nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues
666 Finanzierungssystem, das eine starke Säule der Strukturfinanzierung beinhaltet, sodass
667 Entscheidungen danach getroffen werden, was das Beste für Patient*innen und Beschäftigte ist
668 – und eine bürokratiearme Kostenkontrolle dem nicht zuwiderläuft. Vorgaben zur
669 Personalbemessung, Behandlungs- und Versorgungsqualität sichern eine qualitativ hochwertige
670 und bedarfsgerechte Versorgung. Die seit Jahren zunehmende Lücke in der staatlichen
671 Investitionsfinanzierung wollen wir durch eine gemeinsame Finanzierung durch Bund und
672 Länder

673 schließen. Organspende rettet Leben. Wir wollen die Strukturen bei der Organisation und
674 Qualität der Organspende in den Kliniken und des Transplantationsregisters weiter
675 verbessern.

674 **Notfallversorgung reformieren**

675 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall – und dann wird
676 es häufig ernst. Damit die Notfallversorgung in Deutschland besser funktioniert, muss sich
677 einiges ändern. Das fängt beim Rettungsdienst an, der Menschen in Not heute umfassender
678 medizinisch behandeln kann und deshalb wie die übrige Gesundheitsversorgung im Gesetz
679 geregelt werden muss. Die Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 müssen
680 organisatorisch zusammengeführt werden, damit es im Zweifelsfall keine Rolle spielt, wo
681 Menschen anrufen, sondern sie nach einer standardisierten Notrufabfrage immer die passende
682 Hilfe bekommen. Deshalb wollen wir diese Notrufleitstellen zu Gesundheitsleitstellen
683 verbinden, die rund um die Uhr eine verlässliche Lotsenfunktion übernehmen. An zentralen
684 Klinikstandorten soll in Notfallzentren eine nahtlose Verzahnung der bislang getrennten
685 ambulanten und stationären Versorgungsmöglichkeiten der Notfallversorgung erfolgen. Gerade
686 nachts und am Wochenende sollen diese personell so unterstützt werden, dass Patient*innen in
687 weniger ernststen Situationen auch ambulant gut versorgt werden können. Durch eigene Budgets

688 für die Notfall- und Intensivmedizin sowie einheitliche Stufen und Vorgaben zur
689 Notfallversorgung wollen wir sicherstellen, dass Menschen in Not, in der Stadt und auf dem
690 Land, stets die erwartbare Hilfe auch verlässlich vorfinden.

691 **Versorgung psychisch Erkrankter verbessern**

692 Starke Prävention und angemessene Versorgung – für beides wollen wir die Weichen stellen,
693 denn seelische Gesundheit ist Fundament für Lebensqualität, soziale Teilhabe und körperliche
694 Gesundheit und mehr als nur Abwesenheit psychischer Krankheiten. Es ist nicht zumutbar, dass
695 viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf therapeutische Hilfe warten müssen.
696 Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht zugängliche Hilfen, damit
697 das Leid sich nicht verschlimmert. Stigmatisierungen, zum Beispiel am Arbeitsplatz, muss

698 vorgebeugt werden. Flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit ambulanten und
 699 stationären Therapie- sowie Hilfs- und Beratungsangeboten, zum Beispiel auch für
 700 Suizidprävention oder bei Abhängigkeiten, ist zentral. Wir wollen ambulante
 701 Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut*innen schaffen. Es
 702 braucht eine gemeindenahe und personenzentrierte Versorgung und eine verbesserte,
 703 sektorübergreifende Zusammenarbeit. Dabei müssen auch die Besonderheiten der Versorgung
 von
 704 Kindern und Jugendlichen, von LSBTIQ*, geflüchteten und traumatisierten Menschen sowie von
 705 Frauen, die von Gewalt betroffen sind, berücksichtigt werden. Behandlungen unter Zwang
 706 müssen auf ein unumgängliches Mindestmaß reduziert werden. Dafür braucht es eine
 707 systematische Dokumentation und die konsequente Patient*innenorientierung des
 708 therapeutischen Angebots. Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer Behandlung
 709 müssen flexibler werden und die verschiedenen Berufsgruppen im Team eine miteinander
 710 abgestimmte Behandlung übernehmen können. Bei der unzureichenden
 711 Reform der Psychotherapie-Ausbildung muss nachgebessert werden, unter anderem damit
 712 angehende
 713 Psychotherapeut*innen endlich unter guten Bedingungen ausgebildet werden.

714 **Geburtshilfe verbessern, Gesundheit von Frauen stärken**

715 Eine gute Geburtshilfe stellt das Wohl von Gebärenden und Kindern in den Mittelpunkt. Um den
 716 notwendigen Kulturwandel zu schaffen, sollen Hebammen und andere Akteur*innen bei einem
 717 Geburtshilfegipfel Qualitätsstandards, orientiert an dem Gesundheitsziel „Gesundheit rund um
 718 die Geburt“, entwickeln. Dazu gehören neben der 1:1-Betreuung die Wahlfreiheit des
 719 Geburtsortes, die Sicherstellung wohnortnaher Versorgung, die Sensibilisierung für Gewalt in
 720 der Geburtshilfe und die Etablierung eines Betreuungsbogens vor, während und nach der
 721 Geburt. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und den Hebammenberuf zu stärken,
 sind
 722 außerdem eine Reform der Haftpflicht für Gesundheitsberufe, die Aufnahme der
 723 Rufbereitschaftspauschale in den Katalog der Kassenleistungen, der erleichterte
 724 nachträgliche akademische Titelerwerb für ausgebildete Hebammen. und der Ausbau
 725 hebammengeführter Kreißsäle und Geburtshäuser nötig. Finanzielle Fehlanreize für einen
 726 medizinisch nicht notwendigen Kaiserschnitt darf es nicht geben. Wir wollen das
 727 Gesundheitssystem geschlechtergerecht machen. Geschlechtsspezifische Aspekte in Forschung
 728 und Ausbildung und in der medizinischen Praxis werden nicht ausreichend berücksichtigt, etwa
 729 bei der Medikamentenforschung. Das gefährdet die Gesundheit von Frauen wie auch von Trans*-

730 und Inter*-Menschen. Die Forschung zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege sowie
 731 Frauengesundheit muss sichergestellt, in der medizinischen und pflegerischen Praxis
 732 umgesetzt und in der Ausbildung verankert werden. Damit einhergehend muss gezielter in die
 733 Forschung und Weiterentwicklung von Verhütungsmitteln für alle Geschlechter investiert
 734 werden. Mit Hilfe einer paritätischen Frauenquote für Führungspositionen im Gesundheitswesen
 735 und durch bessere Arbeitsbedingungen holen wir mehr Frauen in die Führungsgremien unseres
 736 Gesundheitswesens.

737 **Zugang zum Gesundheitssystem sichern, Diskriminierung beenden**

738 Auch im Gesundheitswesen wollen wir Diskriminierung bekämpfen. Beispielsweise erhalten
 739 Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle dringend benötigten Gesundheitsleistungen,

740 Hilfsmittel oder häusliche Pflege und werden so in ihrer Teilhabe beschränkt. Deshalb wollen
741 wir mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan diese Hürden umfassend abbauen, die
742 Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten und bürokratische
743 Vorgänge so weit wie möglich reduzieren. Das umfasst auch verpflichtende Vorgaben zur
744 Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und eine Reform der Heilmittelversorgung. Das
745 Gesundheitswesen muss insgesamt inklusiv ausgestaltet werden, unter anderem auch in der
Aus-
746 und Fortbildung des Personals. Auch für LSBTIQ* muss diskriminierungsfreie
747 Gesundheitsversorgung gesichert sein. Dafür werden wir den Anspruch auf medizinische
748 Maßnahmen für Trans*- und Inter*-Menschen gesetzlich verankern. Die bestehenden Lücken
beim
749 Verbot sogenannter „Konversionstherapien“ werden wir schließen. Wir wollen die
750 Aufklärungsarbeit über HIV und aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten bei
751 Ärzt*innen stärker in Aus-, Fort- und Weiterbildung berücksichtigen, um Stigmatisierung
752 vorzubeugen. Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung muss auch für Menschen ohne
753 Krankenversicherungsschutz oder Wohnungslose und unabhängig vom Aufenthaltsstatus
754 gewährleistet sein. Das gilt auch für Unionsbürger*innen und Menschen, die ohne Papiere in
755 Deutschland leben, etwa durch einen anonymen Krankenschein, die Abschaffung der
Mitteilungs-
756 und Unterrichtungspflichten an öffentlichen Stellen oder die Stärkung von
757 Beratungsnetzwerken für Menschen ohne Papiere. Damit Sprache keine unüberwindbare Hürde
758 darstellt, wollen wir einen Anspruch auf qualifizierte Sprachmittlung im SGB V schaffen. Die
759 erleichterte Abschiebung von erkrankten und traumatisierten Geflüchteten wollen wir
760 zurücknehmen und die Anerkennung von psychotherapeutischen Gutachten im Verfahren
wieder
761 ermöglichen.

762 **Auf dem Weg zur Bürger*innenversicherung für Gesundheit und Pflege**

763 Gesetzlich Versicherte warten länger auf Termine bei Fachärzt*innen und viele privat
764 Versicherte können sich die hohen Prämien nicht mehr leisten. Von dieser Zwei-Klassen-
765 Medizin profitieren wenige, zum Nachteil vieler. Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte
766 Bürger*innenversicherung, in der jede*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt,
die
767 er oder sie braucht. Dafür wollen wir in der nächsten Wahlperiode die Weichen stellen. Mit
768 der Bürger*innenversicherung wollen wir alle in die Finanzierung eines leistungsstarken
769 Versicherungssystems einbeziehen und so auch vor dem Hintergrund künftiger
770 Kostensteigerungen im Gesundheitswesen für eine stabile und solidarische Lastenteilung
771 sorgen. Auch Beamt*innen, Selbständige, Unternehmer*innen und Abgeordnete beteiligen sich
772 mit einkommensabhängigen Beiträgen, ohne fiktive Mindesteinkommen. Die Beiträge sollen auf
773 alle
774 Einkommensarten erhoben werden, zum Beispiel neben Löhnen und Gehältern auch auf
775 Kapitaleinkommen. Wir verbessern die Versorgung gesetzlich Versicherter – zum Beispiel bei
776 der Erstattung von Brillen. Außerdem wollen wir die Benachteiligung gesetzlich Versicherter
777 Beamt*innen durch einen beihilfefähigen Tarif beenden und privat Versicherte, die sich nur
778 den Basistarif leisten können, besser absichern. Für gesetzlich Versicherte mit
779 Beitragsschulden wollen wir die vollwertige Rückkehr in die Krankenkasse erleichtern und wir

780 wollen die Absicherung von gering verdienenden Selbständigen in der Krankenversicherung
 781 verbessern, um sie nicht durch zu hohe Beiträge finanziell zu überfordern.

782 **Patient*innenrechte stärken**

783 Für uns stehen die Bedürfnisse der Patient*innen und Pflegebedürftigen und der Nutzen für
 784 sie im Mittelpunkt. Sie sollen von Zuschauer*innen zu Beteiligten in unserem
 785 Gesundheitswesen werden. Dazu wollen wir die Möglichkeiten der Patient*innen- und
 786 Versichertenvertretung in den Gremien des Gesundheitswesens ausbauen, insbesondere auch
 787 durch ein eigenes unparteiisches Mitglied im Gemeinsamen Bundesausschuss, größere
 788 Beteiligungs- und Informationsrechte und eine Reform der Sozialwahlen. Patient*innen sollen
 789 selbstbestimmt und auf informierter Grundlage Entscheidungen treffen und bei Problemen ihre
 790 Rechte wirksam und zeitnah durchsetzen können, etwa gegenüber ihrer Krankenkasse. Wir
 wollen
 791 mehr Qualitätstransparenz im Gesundheitswesen und setzen uns für die Gründung einer von
 den
 792 Patient*innen- und Selbsthilfeorganisationen getragenen Stiftung ein, die der Unabhängigen
 793 Patientenberatung eine verlässliche und gemeinnützige neue Heimat gibt. Die
 794 Patient*innensicherheit wollen wir voranbringen. Opfer von Behandlungsfehlern müssen
 795 leichter
 796 Entschädigungen erhalten und Strukturen zur Fehlervermeidung flächendeckend eingeführt
 797 werden.

798 **Digitalisierung verbessert Gesundheitsversorgung**

799 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung – ob Robotik zur Unterstützung in der Pflege,
 800 Telemedizin oder die elektronische Patientenakte – nutzen, um das Gesundheitssystem
 801 zukunftsfähig zu machen. Per App sollen Patient*innen sicher auf den digitalen Impfpass,
 802 Gesundheitsinformationen wie die eigene Blutgruppe, die Krankheitsgeschichte oder die
 803 neuesten Blutwerte zugreifen können. Zur Koordination all dieser Vorhaben wollen wir mit
 804 allen Nutzer*innen des Gesundheitswesens eine Strategie für die Digitalisierung entwickeln.
 805 Damit sie den Patient*innen wirklich nützt, muss die elektronische Patientenakte
 806 weiterentwickelt werden und für alle Patient*innen einfach zugänglich und verständlich sein;
 807 eine Informationskampagne soll Patient*innen auch unabhängig von sozialer Lage oder
 808 digitaler Gesundheitskompetenz erreichen. Dabei sind unter anderem
 809 Patient*innenorganisationen stärker einzubinden. Gesundheitsdaten sollen anonymisiert und wo

 810 nötig pseudonymisiert der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden, um die
 811 Gesundheitsversorgung in Deutschland zu verbessern. Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei
 812 nicht gegen den Willen der Patient*innen. Die ärztliche Schweigepflicht und das
 813 Patient*innengeheimnis müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit gewahrt
 814 bleiben. Ihre eigenen Gesundheitsdaten müssen für Patient*innen barrierefrei und sicher
 815 zugänglich sein. Es braucht eine dezentrale Forschungsdateninfrastruktur. Die Ergebnisse,
 816 die aus weitergegebenen Gesundheitsdaten gewonnen werden, sollen der Allgemeinheit nach
 dem
 817 Open-Data-Prinzip zur Verfügung stehen. Alle von der Solidargemeinschaft finanzierten
 818 digitalen Angebote müssen barrierefrei sein und den höchsten Ansprüchen an Datenschutz und
 819 Datensicherheit genügen. Wir setzen uns für eine unabhängige Nutzenbewertung von digitalen
 820 Gesundheitsanwendungen ein. Den Ausbau digitaler Infrastruktur und technischer

821 Assistenzsysteme in der Pflege wollen wir unterstützen. Um Sicherheit und Interoperabilität
 822 zu gewährleisten und so zum Beispiel auch den administrativen Aufwand für medizinisches und
 823 pflegerisches Personal zu verringern, sollen Hersteller von Medizinprodukten und Software
 824 offene Schnittstellen anbieten, die sich an länderübergreifenden (Schnittstellen-)Standards
 825 orientieren.

826

827 **Klimaschutz ist Gesundheitsschutz**

828 Dem Gesundheitswesen kommt bei der Bewältigung der Klimakrise eine besondere Bedeutung
 zu,
 829 etwa
 830 durch die Anpassung an ein verändertes Krankheitsspektrum und an vermehrte
 Extremwetterlagen
 831 wie Hitzewellen. Unter diesen leiden heute schon vor allem ältere und armutsgefährdete
 832 Menschen, auch Allergien und Erkrankungen beispielsweise der Haut treten vermehrt auf. Das
 833 ist eine Herausforderung für das Gesundheitswesen, der wir durch mehr Vorsorge, eine bessere
 834 Notfallversorgung, verstärkte Hilfen für besonders verletzte Menschen wie etwa chronisch
 835 Kranke begegnen wollen. Wir werden außerdem einen Sonderfonds zur Umsetzung von
 836 Hitzeaktionsplänen schaffen. Gleichzeitig muss auch das Gesundheitswesen dazu beitragen,
 837 CO₂-Emissionen zu verringern. Investitionen zum Beispiel in grüne Krankenhäuser und
 838 Gesundheitszentren werden wir unterstützen. Umwelt- und Klimaschutz sollen auch bei der
 839 Produktion von Arzneimitteln stärker beachtet und ein Qualitätsmerkmal bei Verträgen der
 840 Krankenkassen werden. Die Verknüpfung von Klimaschutz und Gesundheit kann so zu einem
 Motor
 841 der Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit werden.

842 **Ambulante Pflege stärken**

843 Wer pflegebedürftig ist, hat die bestmögliche Pflege und Unterstützung für ein
 844 selbstbestimmtes und würdevolles Leben verdient. Gerade in einer alternden Gesellschaft
 845 braucht es dafür überall vielfältige, auf den Bedarf vor Ort angepasste pflegerische
 846 Angebote, die auf die individuellen Bedürfnisse und biografischen Hintergründe der
 847 Pflegebedürftigen eingehen. Statt weiterer Großeinrichtungen sind mehr ambulante Wohn- und
 848 Pflegeformen nötig, zum Beispiel Angebote der Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege oder
 849 Pflege-Wohngemeinschaften – eingebettet in ein Umfeld, das Menschen im Alter oder bei
 850 Assistenzbedarf dabei unterstützt, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Gerade im
 851 ländlichen Raum können Community Health Nurses wie früher die Gemeindeschwestern eine
 große
 852 Stütze sein. So wird die Pflege auch für Angehörige einfacher. Dafür wollen wir die
 853 rechtlichen Rahmenbedingungen für Quartierspflege schaffen und den Kommunen ermöglichen,
 854 eine verbindliche Pflegebedarfsplanung vorzunehmen, um das Angebot an Pflege vor Ort zu
 855 gestalten. Ein Bundesprogramm soll eine Anschubfinanzierung für Kommunen bereitstellen, die
 856 sich hier auf den Weg machen. Leistungen der Pflegeversicherung sollen bedarfsgerecht,
 857 wohnformunabhängig und als persönliches Budget verfügbar sein. Jemanden zu pflegen
 verdient
 858 unsere Anerkennung und die Unterstützung der Gesellschaft. Deshalb wollen wir Menschen, die
 859 Verantwortung für Angehörige, Nachbar*innen oder Freund*innen übernehmen, mit der

PflegeZeit

860 Plus besonders unterstützen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine
 861 Lohnersatzleistung bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg, die
 862 pflegebedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.

863 Eine doppelte Pflegegarantie

864 Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen müssen immer mehr eigenes Geld für ihre
 865 Versorgung aufbringen. Wir wollen, dass pflegebedürftige Menschen die für sie notwendigen
 866 Pflegeleistungen erhalten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit einer doppelten
 867 Pflegegarantie wollen wir die Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. So
 868 garantieren wir, dass die selbst aufzubringenden Kosten verlässlich planbar werden. Die
 869 Pflegeversicherung soll alle über diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine
 870 bedarfsgerechte (ambulante wie stationäre) Pflege tragen. Mit einer solidarischen Pflege-
 871 Bürger*innenversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit einkommensabhängigen
 872 Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.

873 Arbeitsbedingungen in der Pflege und der Gesundheitsversorgung 874 verbessern

875 Pflegekräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Menschen, die im
 876 Alter, aufgrund einer Behinderung oder bei Krankheit Unterstützung brauchen, wünschen sich
 877 zu Recht Pflegekräfte, die sich professionell und mit Sorgfalt um sie kümmern können.
 878 Aktuell müssen Beschäftigte in medizinischen Berufen zu oft über ihre Belastungsgrenzen
 879 hinaus arbeiten. Unterbesetzung, Überstunden, physische und psychische Überforderung sind
 880 Alltag, nicht nur in Pandemiezeiten. Darunter leiden alle, Patient*innen wie Pflegende.
 881 Diese Arbeitsbedingungen wollen wir verbessern. Dafür braucht es nicht nur mehr Lohn,
 882 Arbeitsschutz und Anerkennung – sondern vor allem mehr Kolleg*innen und mehr Zeit. Wir
 883 wollen durch verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege –,
 884 die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von
 885 Fachkräften, den Abbau unnötiger Bürokratie und die Ermöglichung neuer Arbeitszeitmodelle,
 886 etwa der 35-Stunden-Woche in der Pflege bei vollem Lohnausgleich, Arbeitsbedingungen
 887 schaffen, unter denen viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege
 888 arbeiten. Die Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir
 889 beschränken, um Überlastung vorzubeugen und den Personalverlust im medizinischen und
 890 pflegerischen Bereich einzudämmen. Für potenziell traumatisierende Ereignisse braucht es
 891 eine Stärkung der psychosozialen Unterstützung für alle Gesundheitsberufe. Wertschätzung
 892 braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen die
 893 soziale Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die nach
 894 Tarif bezahlen. Um die Attraktivität der Pflegeberufe nachhaltig zu steigern, wollen wir
 895 Ausbildung, Selbstorganisation, Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege und ihre
 896 Strukturen auf Bundesebene stärken, beispielsweise durch eine Bundespflegekammer und vor
 897 allem durch starke Mitspracherechte im Gemeinsamen Bundesausschuss und in anderen
 898 Entscheidungsgremien. Das Studium der Pflegewissenschaften und der Pflegepädagogik sowie
 899 Forschung in der Pflege wollen wir finanziell und strukturell unterstützen. Für die Arbeit
 900 von migrantischen Haushaltshilfen und Betreuungskräften wollen wir einen gesetzlichen
 Rahmen
 901 entwickeln, der Rechte und Pflichten für beide Seiten (Pflegehaushalt und Carebeschäftigte)
 902 definiert.

903 Palliative und hospizliche Versorgung ausbauen, selbstbestimmtes**904 Sterben regeln**

905 Zu einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Patient*innen und deren
Angehörige
906 müssen ausführlich über Krankheit und Behandlungsoptionen aufgeklärt werden, sodass
907 Entscheidungen getroffen werden können, mit denen sie sich wohlfühlen. Hierfür wollen wir
908 bundesweite Aufklärungsprogramme zu Patient*innenverfügungen und Vorsorgevollmachten
909 anstoßen. Eine bedarfsgerechte Palliativversorgung von Schwerstkranken und Sterbenden jeden

910 Alters muss überall gewährleistet sein. Wir werden die stationären Hospize und ambulanten
911 SAPV- und Kinder-SAPV-Teams stärken und ausbauen. Die Wahrung der Selbstbestimmung bis
ans
912 Lebensende schließt selbstbestimmtes Sterben ein. Wir setzen uns dafür ein, dass der
913 Bundestag entsprechend der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in freier
Abstimmung
914 den mit einem Schutzkonzept verbundenen Zugang zur Sterbehilfe regelt.

915 Für eine verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik

916 Wir wollen einen Wechsel in der Drogenpolitik, der Gesundheits- und Jugendschutz sowie die
917 Befähigung zum eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt. Grüne
918 Drogenpolitik beruht auf den vier Säulen Prävention, Hilfe, Schadensminimierung und
919 Regulierung. Das heutige Betäubungsmittelrecht ist reformbedürftig. Auf dem Schwarzmarkt
920 existiert kein Jugend- und Verbraucherschutz. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine
921 Strafverfolgung. Grundsätzlich soll sich die Regulierung von Drogen an den tatsächlichen
922 gesundheitlichen Risiken orientieren. Wir wollen Kommunen ermöglichen Modellprojekte
923 durchzuführen und sie dabei unterstützen, zielgruppenspezifische und niedrigschwellige
924 Angebote in der Drogen- und Suchthilfe auszubauen. Hierzu zählen etwa aufsuchende
925 Sozialarbeit, Substanzanalysen (Drug Checking), Substitutions- und Diamorphinprogramme
(auch
926 in Haftanstalten) und Angebote für Wohnsitzlose sowie die bessere Vermittlung in ambulante
927 und stationäre Therapie. Wir wollen Hindernisse für die Substitution durch Ärzt*innen und
928 Ambulanzen abbauen. Wir stärken die Suchtprävention mit modernen Ansätzen und digitalen
929 Medien unter Einbeziehung der Zielgruppe, auch für Alkohol, Medikamente und Tabak. Den
930 Nichtraucherschutz wollen wir stärken. Für Drogen soll nicht geworben werden. Das derzeitige
931 Verbot von Cannabis verursacht mehr Probleme, als es löst. Deshalb werden wir dem
932 Schwarzmarkt den Boden entziehen und mit einem Cannabiskontrollgesetz auf der Grundlage
933 eines strikten Jugend- und Verbraucherschutzes einen regulierten Verkauf von Cannabis in
934 lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen und klare Regelungen für die Teilnahme am
935 Straßenverkehr einführen. Die Versorgung mit medizinischem Cannabis wollen wir verbessern
936 und die Forschung dazu unterstützen.

937 Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum**938 Ein Recht auf Wohnen ins Grundgesetz**

939 Alle Menschen brauchen angemessenen Wohnraum. Wohnen ist ein Menschenrecht. Aber es
wird
940 immer schwieriger, überhaupt Wohnungen zu finden. Und die Mieten und Immobilienpreise

steigen vielerorts immer noch weiter. Großstädte teilen sich immer stärker in Einkommensstadtteile auf, Innenstädten geht das Leben verloren. Viele Städte brauchen eine Neuausrichtung hin zu einem gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt. Deshalb gilt es zu handeln, damit gerade auch Familien, Studierende, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen oder Geringverdiener*innen nicht in Bedrängnis geraten, sondern gut und sicher wohnen können. Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen. In Deutschland sind derzeit – nach Schätzungen – etwa 700.000 Menschen wohnungslos, 40.000 von ihnen leben ohne Obdach auf der Straße, mehr und mehr junge Menschen, Frauen und Familien. Um diesen Zustand zu beenden, wollen wir ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen. Dabei ist der Housing-First-Ansatz ein zentraler Baustein, bei dem Obdachlose in eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für Hilfe „qualifizieren“ zu müssen. Kein Mensch soll ohne Obdach und eine dauerhafte würdevolle Unterbringung sein. Zudem werden wir einen Wohn- und Mietengipfel einberufen, der einen echten Dialog auf Augenhöhe zwischen den Mieter*innen-Vertretungen, der Wohnungswirtschaft sowie Bund, Ländern und Kommunen schafft und gemeinsam neue, zukunftsfähige wie soziale Konzepte erarbeitet.

Krisenbedingte Wohnungsverluste verhindern

Wir wollen Mieter*innen und Familien wie Lebensgemeinschaften mit selbstgenutztem Wohneigentum entlasten und vor einem krisenbedingten Verlust der eigenen Wohnung bewahren. Die Möglichkeit, die Miete oder Kreditrate nachzuzahlen, soll Kündigungen und Zwangsräumungen abwenden. Zwangsräumungen auf die Straße darf es nicht geben. Wir wollen kostenfreie Mieter*innenberatungen und die Schuldner*innenberatung in den Kommunen ausbauen. Bei krisenbedingten Einkommensausfällen soll ein Programm der KfW Bank („Sicher-Wohnen-Programm“) eine finanzielle Unterstützung von Mieter*innen und Kreditnehmer*innen sicherstellen. Vermieter*innen, die auf diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann eine staatliche Unterstützung erhalten.

Neue Gemeinnützigkeit für sozialen Wohnraum

Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – und zwar vor allem familiengerecht und öffentlich, sozialraum- und gemeinwohlorientiert. Stattdessen gehen immer noch viele weitere Sozialwohnungen verloren – rund 100 jeden Tag. Wir werden deshalb die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen und verstetigen, statt sie zu kürzen. Wir werden die Kommunen unterstützen, ihre bestehenden Wohnungsgesellschaften und gemeinwohlorientierten Baugenossenschaften zu stärken und neue zu gründen. Dazu werden wir mit einer neuen Wohngemeinnützigkeit für eine Million zusätzliche Mietwohnungen sorgen, sicher und auf Dauer. Die noch vorhandenen bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private Investor*innen veräußert, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden. So wollen wir in den nächsten zehn Jahren den Bestand an Sozialwohnungen um eine Million erhöhen. Zudem wollen wir Kommunen

ermöglichen,

979 mehr sozialen Wohnungsbau in Bebauungsplänen festsetzen zu können.

980 **Starke Mieter*innen, faire Mieten**

981 Viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre Wohnung aus,
 982 viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. Unser Ziel sind deshalb faire und
 983 bezahlbare Mieten und starke Rechte für Mieter*innen. Es wird ein bundeseinheitliches
 984 Gesamtkonzept benötigt, das in einem Bundesgesetz gewährleistet, dass Mietobergrenzen im
 985 Bestand ermöglicht werden und die Mietpreisbremse entfristet und deutlich nachgeschärft
 986 wird. Unnötige Ausnahmen, beispielsweise beim möblierten Wohnen, schaffen wir ab. Reguläre
 987 Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt werden.
 988 Dazu wollen wir qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreiten und rechtssicher ausgestalten.
 989 Zur Berechnung sollen die Mietverträge der letzten 20 Jahre herangezogen werden. Wir streben
 990 an, die Modernisierungsumlage weiter abzusenken und auf maximal 1,50 Euro pro
 991 Quadratmeter zu begrenzen, damit energetische Sanierungen perspektivisch
 warmmietenneutral
 992 möglich sind. Innerhalb eines solchen Gesamtkonzepts soll es im BGB ermöglicht werden, in
 993 Regionen mit einem angespannten Wohnungsmarkt landesgesetzliche Regelungen dann zu
 treffen,
 994 wenn sie mindestens den Vorgaben des Gesamtkonzepts entsprechen. Dies muss
 995 selbstverständlich verfassungsfest geschehen. Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf
 996 Mieter*innen schaffen wir ab. Außerdem setzen wir auch auf flächensparendes Wohnen, damit
 997 der bestehende Wohnraum besser genutzt wird. So wollen wir es beispielsweise Mieter*innen
 998 erleichtern, ihre Wohnungen samt den bestehenden Verträgen zu tauschen. Das
 999 Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Milieuschutz auszuweiten sind weitere
 1000 Instrumente. Dazu stärken wir das kommunale Vorkaufsrecht auf Basis eines Ertragswerts, der
 1001 bezahlbare Mieten sichert und spekulative Wertsteigerungen unterbindet. Mietwucher muss –
 1002 nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet werden. Eigenbedarfskündigungen
 1003 sollen zudem deutlicher als heute auf die tatsächliche Nutzung durch die Eigentümer*innen
 1004 und die nahen Verwandten beschränkt werden, um Missbrauch zu unterbinden. Wir prüfen,
 1005 inwiefern es möglich ist, in angespannten Wohnungsmärkten bei besonders schutzwürdigen
 1006 Personengruppen Eigenbedarfskündigungen ganz auszuschließen. Um die Gemeinschaften der
 1007 Mieter*innen zu stärken und die Gemeinwohlorientierung auf dem Wohnungsmarkt umzusetzen,
 1008 wollen wir echte Mitbestimmungsrechte und -instrumente entwickeln.

1009 **Immobilienpekulation und Geldwäsche am Wohnungsmarkt beenden**

1010 Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt darf kein Ort für Spekulant*innen
 1011 sein. Zu häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden. Wir
 1012 planen, Transparenz durch ein Immobilienregister der Eigentümer*innen einzuführen, die
 1013 Grundbücher auch für Journalist*innen, Nichtregierungsorganisationen und die Bewohner*innen
 1014 der Immobilien kostenfrei zugänglich zu machen und Bargeld beim Immobilienkauf zu
 verbieten.
 1015 Außerdem wollen wir den Missbrauch von sogenannten „Share Deals“ zur Steuerumgehung
 beenden
 1016 und setzen auf eine anteilige Besteuerung des Immobilienbesitzes bei Unternehmensverkäufen.

1017 Veräußerungsgewinne aus privaten Immobiliengeschäften müssen angemessen besteuert werden.

1018 Die Spekulation mit Bauland soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot
1019 herrscht, ergibt sich daraus eine Pflicht für Eigentümer*innen, Grundstücke zu bebauen,
1020 statt auf höhere Preise zu spekulieren. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand
1021 von Wohnraum werden wir verstärkt vorgehen. Wir wollen zudem im Baugesetzbuch die
1022 Möglichkeit einer Ausgleichsabgabe zugunsten der Kommunen eröffnen.

1023 **Grund und Boden gemeinwohlorientiert**

1024 Grund und Boden unterscheidet sich von anderen Gütern, weil sie prinzipiell nicht vermehrbar
1025 und gleichzeitig unverzichtbar sind. Steigende Preise von Grund und Boden haben steigende
1026 Bau- und Wohnkosten zur Folge, was wiederum zu Verdrängung führt. Bei Fehlentwicklungen
1027 ergibt sich hieraus eine besondere Verpflichtung, staatlich einzugreifen. Wir wollen
1028 erreichen, dass die öffentliche Hand wieder eine strategische und gerechte Bodenpolitik
1029 betreibt. Der Bund soll seine eigenen Immobilien nicht länger meistbietend verkaufen,
1030 sondern gezielt die Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum, kulturellen,
1031 sozialen und gemeinwohlorientierten Einrichtungen fördern. Dafür wollen wir die
1032 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds umwandeln. Der
Fonds

1033 kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohlorientierte Träger. Die
1034 Flächen sollen bevorzugt in Erbpacht vergeben werden, um Sozialwohnungen dauerhaft sichern
1035 zu können. Werden sie veräußert, sollen Kommunen und kommunale Wohnungsgesellschaften
ein

1036 Erstzugriffsrecht erhalten. Die Einnahmen des Fonds fließen nicht in den Haushalt, sondern
1037 werden für den Zukauf weiterer Flächen verwendet.

1038 **Erwerb von Wohneigentum erleichtern**

1039 Wohneigentum ist für viele Menschen ein Wunsch, der wegen explodierender Immobilienpreise
in

1040 den meisten Regionen des Landes immer schwerer zu erfüllen ist. Wir wollen den Erwerb von
1041 Wohneigentum – auch im Bestand – erleichtern. Deshalb soll das Prinzip „Wer den Makler
1042 bestellt, bezahlt“ genauso für Immobilienkäufe eingeführt werden, so wie es für
1043 Maklerprovisionen bei Vermietungen bereits gilt. Wir streben an, die Courtage deutlich zu
1044 reduzieren, damit sie nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen führt. Dazu
1045 wollen wir die Kaufnebenkosten weiter senken, indem wir es den Ländern ermöglichen, den
1046 Steuersatz der Grunderwerbssteuer beispielsweise für große Wohnungsunternehmen zu
erhöhen

1047 und für Selbstnutzende zu senken. Wir wollen Mietkauf für selbstgenutztes Wohneigentum über
1048 die Länder und Kommunen fördern, auch den Kauf und die Modernisierung leerstehender
1049 Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum unterstützen wir. Beteiligungen an
1050 Genossenschaften und den gemeinschaftlichen Erwerb durch Mieter*innen, beispielsweise im
1051 Rahmen des Mietshäusersyndikats und anderer gemeinschaftlicher Projekte, wollen wir
1052 unterstützen, zum

1053 Beispiel indem wir unbürokratisch günstige Kredite oder Bürgschaften gewähren.

1054 **Ressourcenschonendes und kreislaufgerechtes Bauen vorantreiben**

Wir können die Klimaziele nur mit einer konsequenten Bauwende hin zu ressourcenschonendem und nachhaltigem Bauen erreichen. Bei jeder Städtebau- und Gebäudeplanung sind künftig der gesamte Stoff- und Energieverbrauch für Bau, Betrieb und späteren Rückbau umfassend zu berücksichtigen. Eine Lebenszyklusbetrachtung soll verpflichtend für alle Baumaßnahmen werden, Erhalt und Aufbau auf Bestehendem bekommt Vorrang vor Neubau. Ziel ist eine komplette stoffliche Wieder- oder Weiterverwertung. Dafür setzen wir auf eine Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen, ein Gebäude-Ressourcen-Gesetz und verbindliche Klimaschutzstandards bei allen gesetzlichen Vorgaben, Normen und Bauordnungen sowie eine nachhaltige Holzbaustrategie, damit künftig energie- und ressourcenschonend und giftfrei gebaut wird. Die öffentliche Hand muss bei alldem ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Die Forschung an und Markteinführung von nachhaltigen, klimafreundlichen Baumaterialien wollen wir stärken. Holz ist dabei ein wertvoller Rohstoff, seinen gezielten und effizienten Einsatz behalten wir im Blick, damit unsere Häuser nachhaltig, aber zugleich unsere Wälder nicht übernutzt werden. Wir fördern außerdem die Digitalisierung von Planen und Bauen. Um Gebäude kreislaufgerecht planen, bauen und modernisieren zu können, führen wir einen digitalen Gebäude-Materialpass mit allen relevanten Informationen über die verwendeten Materialien ein – unsere Gebäude und Bauschuttdeponien werden so zu Rohstoffminen. Die Reduktion des Flächenverbrauchs bei der Siedlungsentwicklung spielt eine zentrale Rolle beim Natur- und Artenschutz. Mit entsprechenden rechtlichen Vorgaben und Anreizen realisieren wir den Vorrang der Innenentwicklung und flächensparendes Bauen. Nicht mehr benötigte versiegelte Flächen werden der Natur zurückgegeben. Künftig wird mehr hoch als breit gebaut, Verkehrsflächen werden reduziert. Flächen, die noch versiegelt werden, müssen ortsnahe durch Entsiegelung ausgeglichen werden. So steigen wir in eine Flächenkreislaufwirtschaft ein, die letztlich keinen Nettoverbrauch an Boden mehr benötigt. Wir setzen uns ferner dafür ein, dass § 13 b des Baugesetzbuches nicht über das Jahr 2022 hinaus verlängert wird.

Wir investieren in lebenswerte Dörfer und Städte

Regionale Daseinsvorsorge stärken

Für ein gutes, selbstbestimmtes Leben in allen Regionen brauchen wir eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Einschränkungen gibt es vielerorts, häufig unterscheiden sie sich von Region zu Region: Hier fehlt ein Zentrum im Dorf, dort werden in einer Kommune die Schwimmbäder geschlossen und vielerorts ist das Internet noch viel zu langsam. Unser Ziel ist es, dass individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement überall im Land möglich sind. Wir brauchen gute Infrastruktur und den Zugang zu öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern. Regionen, die heute mit großen Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, sollen wieder investieren und gestalten können. Ziel ist, anhand von regionalen Indikatoren in den Bundesländern Förderregionen auszuwählen und die Stärkung der Kommunen in diesen Regionen zu unterstützen. Mit Regionalbudgets geben wir Bürger*innen und Akteur*innen vor Ort die Möglichkeit, ihre Dörfer und Städte selbstbestimmt zu entwickeln und zu gestalten. Für zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir nötige Mindeststandards formulieren. Eine inklusive und solidarische Gesellschaft braucht Orte des Miteinanders, Orte gegen die Einsamkeit, Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das kann

ein Marktplatz sein oder ein Familienzentrum, der Jugendclub oder der Skatepark, die Stadtteilbibliothek, der Kulturbahnhof oder die freie Bewegungsfläche. Wir erarbeiten gemeinsam mit Expert*innen und Bürger*innen eine nationale Strategie gegen Einsamkeit. Und wir wollen mit den Kommunen und Initiativen vor Ort eine Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“ auf den Weg bringen. Mit Bundeseinrichtungen in Ostdeutschland und der gezielten Ansiedlung von neuen Forschungsinstituten werden wir in strukturschwachen Regionen wichtige Impulse setzen. Außerdem unterstützen wir die Idee der Errichtung eines „Zukunftsentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“.

Solide Finanzausstattung für Kommunen

Für eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine belastbare öffentliche Daseinsvorsorge braucht es eine solide Finanzausstattung. Viele Kommunen schaffen es jedoch nicht einmal mehr, den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben wie etwa der Reparatur von Gemeindestraßen oder der Schulsanierung nachzukommen. Sie waren bereits vor der Corona-Krise finanzschwach oder verschuldet und ihr Handlungsspielraum verkleinert sich zunehmend. Das spüren die Menschen vor Ort unmittelbar. Wenn keine Finanzmittel für sogenannte freiwillige Leistungen wie Sport- oder Kultureinrichtungen und deren Erhaltung übrig ist, hat das Auswirkungen auf das gemeinschaftliche Leben in den Kommunen und auf das Vertrauen in den Staat. Wir wollen die Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. Wenn Bund und Länder den Kommunen neue Aufgaben zuweisen, müssen sie auch eine Finanzierung bereitstellen. Wir werden eine faire Unterstützung bei den kommunalen Altschulden und bei gemeindlichen krisenbedingten Steuerausfällen umsetzen, um auch hoch verschuldeten Kommunen wieder eine Perspektive zu geben. Für ihr Schuldenmanagement sollen die Kommunen auf die Unterstützung des Bundes zurückgreifen können, sofern sie dies wünschen. Wir wollen daher, dass für 2021 und 2022 die Gewerbesteuer ausfälle vollständig durch Bund und Länder übernommen werden. Außerdem wollen wir eine Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung für Geduldete. Wir wollen mehr kommunale Investitionen ermöglichen, beispielsweise in Klimaschutz, die Verkehrswende, Gründungsinfrastruktur und Kultureinrichtungen. Dafür soll in einem ersten Schritt der Zugang zu Fördermitteln einfacher und unbürokratischer werden und sollen die Hürden für die Teilnahme besonders für finanzschwache Kommunen gesenkt werden. Wir wollen, dass Bund und Länder den Kommunen mit einer gemeinsamen Kompetenzagentur für Förderpolitik und Investitionen mit Rat und Tat zur Seite stehen und die Umsetzung von Projekten ermöglichen. Es braucht mittelfristig aber eine grundsätzliche Neuordnung der Finanzierung der Kommunen: weg von immer mehr einzelnen Förderprogrammen, hin zu einer höheren Grundfinanzierung, damit vor Ort entschieden werden kann, welche Ausgaben priorisiert werden.

Innenstädte neu gestalten

Innenstädte und Ortskerne, die man gerne besucht, in denen man verweilt und andere Menschen trifft, tragen enorm zu unserer Lebensqualität bei. Sie bieten kulturellen Austausch und geben dem Leben in Stadt und Land eine Bühne. Mit einer guten Baukultur wollen wir

1136 Stadtzentren und Ortskerne lebenswerter, attraktiver und auch für alle Menschen sicherer
 1137 machen durch neues Wohnen, Gewerbe, Bildung und Kultur. Eine kluge
 Stadtentwicklungspolitik,
 1138 nachhaltige Verkehrskonzepte und ein Städtebaunotfallfonds sind die besten Voraussetzungen,
 1139 dass auch der Einzelhandel und das Handwerk dort eine Zukunft haben. Dafür wollen wir die
 1140 Städtebauförderung neu ausrichten: für schönere Städte, mehr Stadtgrün und Wasserflächen,
 1141 damit man auch in Zeiten immer heißerer Sommer gut in der Stadt leben kann. Mit zusätzlichen
 1142 Mitteln für Smart-City-Projekte unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler
 1143 Plattformen, mit denen insbesondere der inhabergeführte stationäre Einzelhandel attraktive
 1144 Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen Verdrängung und Leerstand an. Eine Million
 1145 neue gemeinnützige Wohnungen sollen in den nächsten Jahren in unseren Städten entstehen.
 Mit
 1146 dem „100.000 Dächer und Häuser“-Programm investieren wir in den Dachausbau und die
 1147 Modernisierung leerstehender Wohnungen. Dafür braucht es ausreichend Planer*innen in den
 1148 Kommunen und Kapazitäten im Baugewerbe. Kleineren Gewerben wie Handwerksbetrieben,
 sozialen
 1149 und Kulturprojekten sowie Clubs wollen wir mit einem Gewerbemietrecht und über die
 1150 Baunutzungsverordnung eine zentrale Lage in den Städten bewahren und neu ermöglichen.
 1151 Bundeseigene Immobilien sollen zukünftig nur noch an gemeinnützige, öffentliche oder am
 1152 Gemeinwohl orientierte Träger abgegeben werden.

1153 **Ländlich leben, digital arbeiten**

1154 Das Leben auf dem Land und im Dorf hat viel zu bieten. Gründer*innen, Familien oder
 1155 Freischaffende – alle brauchen schnelles und zuverlässiges Internet für ihr Leben. Eine
 1156 ausreichend schnelle Breitband- und Mobilfunkversorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Das
 1157 Recht darauf muss jede*r Bürger*in schnell und unbürokratisch durchsetzen können. Wir
 1158 schaffen Ankommens- und Bleibeperspektiven für Jung und Alt. Über die Gemeinschaftsaufgabe
 1159 für Agrar- und Küstenschutz fördern wir Wohnprojekte für alle
 1160 Generationen, Co-Working, die Aktivierung von Leerstand sowie gemeinschaftliche und
 1161 genossenschaftliche Wohnformen. Wir schaffen Anreize für die Revitalisierung alter
 1162 Bausubstanzen statt für Neubauten auf der grünen Wiese und unterstützen Programme und
 1163 Initiativen zur Umnutzung von Leerstand, beispielsweise für Co-Working-Spaces, soziale und
 1164 kulturelle Einrichtungen oder die Wiederansiedlung von Lebensmittelgeschäften in kleinen
 1165 Ortschaften. Bahnhofsgebäude wollen wir als gemeinwohlorientierte Räume zu einladenden
 1166 Mobilitätsknotenpunkten weiterentwickeln und attraktiver machen. Damit verknüpfen wir die
 1167 Bahn mit den Ortschaften. Wir unterstützen die Landesprogramme zu Markttreffs: wenn zum
 1168 Beispiel Supermärkte ihre Flächen so umbauen, dass sie Café, Bank- und Postfiliale
 1169 integrieren. Kommunen sollen Zuschüsse bekommen, wenn sie öffentliche Einrichtungen,
 1170 Sporthalle, Bibliothek, Spielplatz, Working-Space oder Kino unter dem Dach eines
 1171 Kulturzentrums zusammenfassen.

1172 **Schnelles Internet überall**

1173 Egal ob Stadt oder Land, ob mobiles Arbeiten, innovative Wirtschaft oder Unterricht –
 1174 schnelles Internet ist die essentielle Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sowie
 1175 gleichwertige Lebensverhältnisse und gehört für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Mit
 1176 weniger als zwei Millionen aktiven Glasfaseranschlüssen ist Deutschland aber in allen

europäischen und internationalen Vergleichen weit abgehängt. Dabei gehört Glasfaser die Zukunft. Unser Ziel ist schnelles, kostengünstiges und zuverlässiges Glasfaserinternet (FTTB) in jedem Haus. Wir sorgen dafür, dass Fördergelder unbürokratisch dort ankommen, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Wir stärken den offenen Zugang zu bestehender Glasfaser und bauen Blockaden ab, um den Ausbau zu beschleunigen. Der umfassende Glasfaserausbau soll auch im Rahmen von Betreibermodellen vorangetrieben und langfristig gesichert werden. Um den Menschen auch kurzfristig schnellere Internetzugänge zu ermöglichen, wollen wir einen Rechtsanspruch auf schnelle Internet-Grundversorgung so ausgestalten, dass er unbürokratisch und leicht durchsetzbar wird. Mit Mindestbandbreiten, die sich an den Nutzungsgewohnheiten der Menschen orientieren. So sorgen wir für eine zügige Schließung der weißen Flecken. Die Netzneutralität wollen wir weiter absichern und konsequent durchsetzen. Und wir machen Schluss mit der Bandbreiten-Schummelei: Wenn Telekommunikationsunternehmen nicht die versprochenen Download-Geschwindigkeiten liefern, soll es unkomplizierten pauschalierten Schadensersatz und hohe Bußgelder geben. Beim Mobilfunkausbau gilt es eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, egal in welchem Netz man surft. Wo die Anbieter keine Kooperationsvereinbarungen treffen, um Funklöcher zu schließen, muss notfalls lokales Roaming angeordnet werden, natürlich mit entsprechender Vergütung. Bei zukünftigen Frequenzversteigerungen sollen die Versorgungsaufgaben für die Fläche so angepasst werden, dass sie mit dem steigenden Bedarf Schritt halten – insbesondere entlang von Bahnstrecken und Straßen.

Selbstbestimmt im Alter, in Stadt und Land

Wir wollen Selbstbestimmung auch im Alter ermöglichen. Wir wollen den Abbau von Barrieren in Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und somit älteren Menschen ermöglichen, länger als bisher in ihrer vertrauten Umgebung selbstbestimmt wohnen zu bleiben. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung. Wir verfolgen den generationenfreundlichen Ansatz der „Age-friendly Cities and Communities“ der Weltgesundheitsorganisation – auch für ältere Menschen in Stadt und Land und im digitalen Raum. Den wollen wir mit einem Programm fördern, bei dem Ansprechstellen und Gemeindezentren über altersgerechtes Wohnen, Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie Möglichkeiten, sich im Dorf oder im Stadtteil zu engagieren, informieren. Um die Teilhabe auch in der digitalen Welt zu verbessern, wollen wir Initiativen praktischer Bildung und Anwendung im Lebensumfeld und in den Treffpunkten älterer Menschen wie Nachbarschaftszentren und Bibliotheken fördern. Zur Selbstbestimmung gehört auch, den eigenen Bedürfnissen entsprechend mobil zu sein, unabhängig vom eigenen Pkw. Dafür muss das Nahverkehrsangebot in den Städten und auf dem Land ausgebaut und intelligent vernetzt sowie mit intelligenten On-Demand-Systemen wie beispielsweise Rufbussen ergänzt werden. Es braucht flächendeckend barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Verkehrsmitteln und die Wege zu ÖPNV und Nahversorgung sollen mit genügend Möglichkeiten zum Ausruhen und „Kräftesammeln“ ausgestattet werden.

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 13.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-W Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

1 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

2 Klimaneutralität ist die große Chance für den Industriestandort Deutschland. Grüne
3 Technologien aus Deutschland werden weltweit nachgefragt. Beim erneuerbaren Wasserstoff
4 sind wir Europäer*innen noch führend. Für große Teile der deutschen Industrie ist das Pariser
5 Klimaabkommen fester Bestandteil der Planungen geworden, unternehmerische
6 Investitionsstrategien sind auf Klimaschutz ausgerichtet. Die meisten wissen, dass die
7 Märkte der Zukunft klimaneutral sind. Und sie wissen: Deutschland kann so viel mehr. In den
8 Unternehmen, den Köpfen und den Strukturen stecken die Innovationskraft und der Wille, in
9 die Zukunft zu wirtschaften. Wir sehen, mit welcher Agilität Unternehmer*innen neue Ideen
10 oder Geschäftsmodelle entwickeln und dabei auch ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden
11 wollen. Und wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln, die Dynamik eines
12 fairen Wettbewerbs und die Stärke von gesellschaftlicher Kooperation innovativ Probleme
13 lösen.

14 Die Digitalisierung bedeutet einen weiteren großen Umbruch, der unsere Wirtschaft und die
15 Gesellschaft maßgeblich prägt. Wir wollen die Digitalisierung gestalten und dafür sorgen,
16 dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig werden. Deutschland und
17 Europa sollen auch bei Zukunftstechnologien die Spitze beanspruchen. Dafür nutzen wir auch
18 die Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen G7-Präsidentschaft 2022.

19 Allerdings steht die deutsche und europäische Wirtschaft unter großem Druck: Unser
20 Industrieland muss sich im globalen Wettbewerb mit autoritärem Staatskapitalismus und
21 weitgehend unregulierten Techgiganten behaupten. Die Pandemie hat viele Wirtschaftszweige
22 hart getroffen, einige Sektoren hatten schon zuvor die Transformation verschlafen. Die
23 Klimakrise und die Endlichkeit von Ressourcen verlangen ein Umsteuern. Zugleich ist unser
24 Verständnis von dem, was Wohlstand ist, im Wandel. Wenn wir es jetzt aber klug anstellen,
25 können wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem neu eichen. Dann können wir dafür sorgen,
26 dass Wachstum nur im Einklang mit den planetaren Grenzen stattfindet, statt unsere
27 natürlichen Ressourcen zu übernutzen.

28 Unsere Sozialsysteme, den Arbeitsmarkt und die Staatsfinanzierung richten wir darauf aus,
29 auch beim Wirtschaften innerhalb dieser Grenzen stabil zu bleiben. Wir können eine sozial-
30 ökologische Marktwirtschaft im Sinne des Gemeinwohls in Europa begründen, die Wohlstand mit
31 Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Sie ist Ausgangspunkt für
32 eine neue wirtschaftliche Dynamik, die zukunftsfähige Jobs schafft, im Handwerk, bei Start-
33 ups oder in der Dienstleistungsbranche, die Lebensqualität sichert, uns Menschen freie
34 Entfaltung ermöglicht und einen klimagerechten Wohlstand schaffen kann.

35 Dafür ist eine Politik nötig, die will, die nach vorne führt und verlässlich steuert. Nicht
36 weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse,
37 verlässliche politische Rahmenbedingungen und Anreize braucht. Nur dann haben Unternehmen

38 Planungssicherheit und wissen, dass sich klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften lohnt.
39 Und nur dann kann sich die Innovationskraft von Beschäftigten und Unternehmer*innen
40 entfalten in einzelbetrieblich sinnvollen Entscheidungen für nachhaltigen Wohlstand.

41 Ungeregelte Märkte können sehr viel zerstören. Wenn wir Märkte aber nachhaltig und sozial
42 gestalten, können sie Innovationen entfachen, die wir für die Transformation brauchen. Damit
43 das gelingt, stellen wir die Weichen konsequent auf Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft
44 und ermöglichen der Wirtschaft neue Spielräume innerhalb der planetaren Grenzen. Wir
45 schaffen Anreize, streichen umweltschädliche Subventionen und setzen ordnungspolitische
46 Regeln, damit nachhaltig produziert, gehandelt und konsumiert wird. Wir nutzen Konzepte wie
47 Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als Mittel zum Zweck und bemessen
48 klimagerechten Wohlstand, das eigentliche Ziel von Politik, neu. Wir starten eine umfassende
49 Investitionsoffensive, öffentlich wie privat, um dem immensen Investitionsstau in unserem
50 Land zu begegnen und Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung deutlich zu stärken. Dafür
51 setzen wir auf eine vorsorgende Haushaltspolitik.

52 Wir gehen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem entschlossen an und nutzen die
53 Lenkungswirkung von Steuern für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft. Wir sorgen dafür, dass
54 sich sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer Verantwortung stärker
55 stellen. Globale Konzerne sollen nicht mächtiger sein als Staaten – es gilt das Primat der
56 demokratischen Politik zu behaupten. Wir wollen die enorme Kluft zwischen Arm und Reich
57 verringern, denn Gesellschaften, in denen die Ungleichheit gering ist, sind insgesamt
58 zufriedener. Hohe Einkommen und Vermögen sollen deshalb mehr zur
59 Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen und niedrige werden entlastet. Anhaltende
60 schwere wirtschaftliche Ungleichgewichte in Europa und weltweit wollen wir ebenfalls helfen
61 abzubauen, indem wir in Deutschland verstärkt öffentlich investieren und gute Löhne
62 durchsetzen.

63 Wirtschafts- und Finanzpolitik muss europäisch gemacht werden. Als Europäer*innen können wir

64 mit unserem starken gemeinsamen Binnenmarkt internationale Standards setzen und
Innovationen
65 vorantreiben. Solange es Wettbewerbsverzerrung gibt, braucht es auch den Schutz des EU-
66 Binnenmarktes und vor allem der kritischen Infrastruktur. Zugleich setzen wir uns für eine
67 gemeinsame strategische Außenwirtschaftspolitik ein, die Fairness zu einem Gebot des
68 internationalen Wettbewerbs und des freien Welthandels macht und weltweit nachhaltiges und
69 menschenrechtskonformes Wirtschaften befördert. Als Europäer*innen investieren wir
gemeinsam
70 in Klimaschutz, Forschung und den Wohlstand der Zukunft, den Weg dahin bereit ein Green New

71 Deal. In einer Bundesregierung werden wir alles dafür tun, dass die Europäische Union der
72 erste CO₂-freie Wirtschaftsraum wird.

73 So legen wir die Grundlagen dafür, dass Deutschland und Europa erfolgreiche
74 Industriestandorte mit einem leistungsfähigen Mittelstand, hoher Wertschöpfung, starkem

75 Sozialstaat und guten Arbeitsplätzen bleiben – in traditionsreichen und innovativen
 76 Industrieunternehmen, im Maschinenbau, in kleinen und mittelständischen Betrieben. Mit einer
 77 aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik zeigen wir eine Richtung auf und bieten
 78 zukunftsfähigen Unternehmen gute Bedingungen. So machen wir aus der Marke „Made in
 Germany“
 79 ein Gütesiegel für eine zukunftsfähige Wirtschaft in einem klimaneutralen und sozialen
 80 Europa. Außerdem fördern wir eine kooperative und fürsorgende Wirtschaftsweise. So entstehen
 81 viele Arbeitsplätze in regionalen Wertschöpfungsketten, gemeinwohlorientiert statt
 82 gewinnorientiert. Wir brauchen eine vielfältige Wirtschaft, die widerstandsfähig gegenüber
 83 Krisen wird.

84 **Wir fördern Unternehmer*innengeist, Wettbewerb und Ideen**

85 **Ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen**

86 Nach der Corona-Pandemie braucht unser Land einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch. Das
 87 Beste, was die Politik dazu beitragen kann, ist, das zu tun, was sie die letzten zehn Jahre
 88 sträflich versäumt hat: in unsere gemeinsame Zukunft zu investieren. Nur wenn auch der Staat
 89 seinen Teil beiträgt, wenn öffentliche und private Investitionen gemeinsam auf ein Ziel
 90 ausgerichtet werden, wird Europa den Anschluss im Bereich moderner Zukunftstechnologien
 91 halten und sich im Wettbewerb mit den USA und China behaupten können. Wir starten in der
 92 nächsten Legislaturperiode eine Investitionsoffensive. Mit Investitionen in schnelles
 93 Internet, überall. Spitzenforschung vom Quantencomputer bis zur modernsten Biotechnologie.
 94 In klimaneutrale Infrastrukturen, in Ladesäulen, einen Ausbau von Bahn-, Fuß- und
 95 Radverkehr, emissionsfreie Busse, in Energiespeichertechnologien, erneuerbare Energien und
 96 moderne Stadtentwicklung. Wir wollen, dass Deutschland bei den öffentlichen Investitionen im
 97 Vergleich der Industrieländer vom Nachzügler zum Spitzenreiter wird und in diesem Jahrzehnt
 98 pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren. Diese Investitionen sollen auch dem
 99 Gender Budgeting unterliegen. So gelingt die sozial-ökologische Transformation, so schaffen
 100 wir nachhaltigen Wohlstand und sichern die
 101 Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes in einer handlungsfähigen Europäischen Union.

102 **Neustart nach der Corona-Krise**

103 Die Corona-Pandemie hat viele Unternehmen hart getroffen. Während die einen sich hoch
 104 verschulden mussten, haben es andere nicht durch die Krise geschafft und mussten ihr
 105 Geschäft aufgeben. Besonders hart sind Restaurants, Gaststätten, Hotels, die Tourismus- und
 106 Veranstaltungsbranche, die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler*innen und Solo-
 107 Selbständige betroffen. Ein Neustart nach der Corona-Krise muss daher gezielt den besonders
 108 betroffenen Branchen helfen - und zugleich ein Signal für den Richtungswechsel zur
 109 Klimaneutralität setzen. Damit sichern wir Existenzen, erhalten Arbeitsplätze und setzen
 110 zielgenaue konjunkturelle Impulse. Hierfür dehnen wir vor allem für kleine und mittlere
 111 Unternehmen den steuerlichen Verlustrücktrag aus, führen attraktive und zeitlich begrenzte
 112 Abschreibungsbedingungen ein und helfen kleinen und mittleren Unternehmen, sich mit
 113 vereinfachten Restrukturierungsverfahren leichter neu aufzustellen, ohne Insolvenz anmelden
 114 zu müssen. Falls Coronahilfen zurückgezahlt werden müssen, benötigen die Unternehmen
 115 großzügige Konditionen. Für viele Selbständige können sichere Aufträge durch handlungsfähige
 116 Kommunen den Neustart nach der

117 Pandemie unterstützen. Die Kunst- und Kulturbranche wollen wir unter anderem durch eine
118 abgestimmte Kulturförderpolitik stärken und eine zweite Gründungschance. In der Corona-Krise
119 wurden viele Aktiengesellschaften durch staatliche Hilfen gestützt. Mittels
120 Kurzarbeiter*innengeld, Beteiligungen oder anderer Finanzhilfen wurden die Unternehmen vor
121 der Pleite bewahrt. Für neue Hilfen muss gelten: Firmen, die Staatshilfen erhalten, dürfen
122 keine Dividenden ausschütten.

123 **Klimaschutztechnologien made in Germany**

124 Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Made in
Germany
125 soll zukünftig nicht nur für Qualität, sondern noch stärker für nachhaltige und innovative
126 Produkte und Prozesse stehen. Digitalisierung und Klimaneutralität müssen Staat und
127 Unternehmen gemeinsam in Angriff nehmen. Während der Staat mehr öffentliche Investitionen
128 realisiert, wollen wir zugleich Anreize für mehr Investitionen durch Unternehmen setzen.
129 Dafür erweitern wir zielgerichtet die Spielräume für die Unternehmen: Investitionen sollen
130 zeitlich befristet degressiv mit mindestens 25 Prozent abgeschrieben werden können. Die
131 steuerliche Förderung von Forschung soll künftig gezielter an KMUs und Start-ups fließen,
132 ihre Wirksamkeit wollen wir evaluieren und erhöhen. Öffentliche Investitionszuschüsse sollen
133 gerade bei neuen Technologien eine Starthilfe geben; Klimaverträge helfen, dauerhafte
134 Planungssicherheit für langfristige Klimaschutzinvestitionen zu geben.

135 **Ein Gründungskapital einführen**

136 Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue Gründer*innenwelle. Mit
einem
137 Gründungskapital, das für Gründer*innen und Nachfolger*innen einen Einmalbetrag bis maximal
138 25.000 Euro sicherstellt, wollen wir dafür sorgen, dass keine gute Idee und kein Neustart an
139 zu wenig Eigenkapital scheitert. Bedingung ist, dass die geförderte Gründung sich an den UN-
140 Nachhaltigkeitszielen ausrichtet und eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durch Sachverständige
141 durchgeführt wird. Gründer*innen sollen es leicht haben: Statt sich durch ein
142 Verwaltungsdickicht quälen zu müssen, sollen sie Information, Beratung und die Möglichkeit
143 zur Anmeldung in einer zentralen Anlaufstelle erhalten – überall in Deutschland. In den
144 ersten zwei Jahren sollen sie weitgehend von Melde- und Berichtspflichten befreit werden.
145 Frauen sind bei Gründungen und Nachfolgen noch unterrepräsentiert, sie wollen wir gezielt
146 fördern mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Frauen. Vergabe- und Auswahlgremien
147 besetzen wir paritätisch. Hürden sollten auch für Menschen mit Migrationsgeschichte abgebaut
148 werden, hier lässt unser Land ein riesiges Potenzial brachliegen. Bei der öffentlichen
149 Vergabe beziehen wir Start-ups besser ein und vereinfachen dafür Vergabeverfahren und Regeln
150 zur Eignungsprüfung. Wir werden die Mitarbeiterbeteiligung breiter zugänglich machen und
151 erleichtern. Immer mehr Start-ups wollen mit digitalen Lösungen das Gemeinwohl stärken. Dazu
152 integrieren wir sozial-ökologische Kriterien stärker in die bestehende
153 Gründungsfinanzierung.

154 **Fairer Wettbewerb um klimaneutrale Industrietechnologien**

155 Die energieintensiven Industrien – Stahl, Zement, Chemie – stehen für 15 Prozent des
156 deutschen CO₂-Ausstoßes. Zugleich bieten sie hunderttausende gute Arbeitsplätze und sind
157 ebenso Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Wir wollen diese Industrien zum Technologievorreiter
158 bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. Der Maschinenbau kann beim weltweiten
159 Einsatz grüner Technologien made in Germany eine Schlüsselrolle einnehmen. So bekämpfen
wir
160 die Klimakrise und tragen zur Sicherung des deutschen Industriestandorts bei. Damit die
161 Investitionen schon heute in auch langfristig klimaverträgliche Anlagen fließen können,
162 fördern wir mit Investitionszuschüssen und degressiven Abschreibungen direkt die
163 Transformation. Mit dem Abbau von Hürden bei der grünen Eigenstromversorgung und einem
164 zunehmenden Einsatz von grünem Wasserstoff treiben wir die Dekarbonisierung der Prozesse
165 voran. Klimaverträge (Carbon Contracts for Difference), die die Differenz zwischen dem
166 aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten finanzieren, sorgen für
167 Investitionssicherheit. Und mit Quoten für den Anteil CO₂-neutraler Grundstoffe schaffen wir
168 Leitmärkte für CO₂-freie Produkte. Pilotanlagen für noch nicht marktreife emissionsarme
169 Technologien wollen wir besonders fördern. Und sofern möglich, sollte das Ziel sein, dass
170 neue Industrieanlagen bereits emissionsfrei betreibbar gebaut bzw. exportiert werden. Bei
171 der Transformation der Chemieindustrie setzen wir auf neue innovative Produkte, Prozesse und
172 Verfahren, die neben der Treibhausgasneutralität auch die Kreislaufwirtschaft fördern, die
173 Effizienz steigern, Emissionen und Abfälle von vornherein vermeiden und uns unabhängig von
174 fossilen Rohstoffen wie Erdöl oder Erdgas machen.

175 **Zukunftsfähige Automobilindustrie**

176 Die Automobilindustrie steht vor gewaltigen Umbrüchen. Weltweit läuft der Wettbewerb um das
177 emissionsfreie und digitale Auto der Zukunft. Nach Jahren des Stillstands hat sich auch die
178 Branche in Deutschland endlich auf den Weg gemacht. Jetzt braucht es Entschlossenheit und
179 Zusammenarbeit, um zukunftsfähige Arbeitsplätze und klimagerechte Wertschöpfung in der
180 Autoindustrie zu schaffen. Die Transformation der Automobilwirtschaft hin zum wichtigen
181 Akteur für nachhaltige Mobilität ist notwendig. Der Politik kommt dabei eine zentrale Rolle
182 zu, sie muss den Rahmen setzen und den Transformationsprozess gestalten. Klar ist dabei: Der
183 Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu
184 zulassen. Zudem wollen wir auch in der Autoindustrie Standards für eine Kreislaufwirtschaft
185 und klimaneutrale Produktion sowie die Dekarbonisierung im Stahlbereich setzen, sodass der
186 ökologische Fußabdruck der Fahrzeuge immer kleiner wird. Wir unterstützen diese
187 Transformation mit Forschungs- und Innovationsförderung für alle Technologieoptionen und
188 wollen den schnellen Aufbau der Ladesäuleninfrastruktur und den Markthochlauf von
189 emissionsfreien Fahrzeugen im Rahmen eines kostenneutralen Bonus-Malus-Systems fördern.
Die
190 Potenziale neuer Mobilitätsdienstleistungen und des autonomen Fahrens für den
191 Industriestandort und auch für Klimaschutz und Verkehrssicherheit wollen wir dabei heben.
192 Zudem gilt es, die Chancen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze der Mobilitätswende in den
193 Blick zu nehmen: von neuen Jobs im ÖPNV bis zur Fahrzeugproduktion. Wichtig ist zudem, dass
194 Deutschland und Europa schnell den Anschluss bei der Batteriezellenproduktion finden. Gerade
195 für die Batterien der nächsten Generation, die günstiger und ressourcensparender sind,
196 wollen wir in Europa eine eigene, nachhaltige Batteriezellenproduktion schaffen, zu der ein
197 wirksames Recyclingsystem gehört sowie die Forschung und Entwicklung der nächsten
198 Batteriegeneration. Dazu setzen wir auf klare Vorgaben bei den Ökostandards und ein

199 umfassendes Forschungs- und Förderprogramm. Wir wollen die besonders betroffenen
 200 Autoregionen mit regionalen Transformationsdialogen und -fonds unterstützen. Damit erhalten
 201 wir die Wertschöpfungskette im Mittelstand und sichern Arbeitsplätze vor Ort. Die
 202 Beschäftigten der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer wollen wir mit
 203 Qualifizierungsangeboten und Weiterbildung unterstützen.

204 **Europäische Halbleiterindustrie stärken**

205 Eine erfolgreiche und weitsichtige Industriepolitik wird nur dann funktionieren, wenn auch
 206 gesamteuropäisch gedacht wird. Gerade mit Blick auf eine nötige sektorale Strukturförderung,
 207 wie den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, der Solarmodul- und Batteriezellfertigung
 208 oder die Förderung der Halbleiterindustrie, ist eine europäische Ausrichtung entscheidend.
 209 Um kritische Abhängigkeiten zu verringern, setzen wir auf europäische Kooperation mit
 210 offenen Standards. Die EU-Kapazität im Bereich der Halbleitertechnologie soll wie von der
 211 EU- Kommission vorgeschlagen auf 20 Prozent der weltweiten Produktion ausgebaut werden.
 Das

212 gilt vor allem für die Bereiche, in denen wir bei der Halbleitertechnologie für industrielle
 213 Anwendungen bereits eine starke europäische Stellung haben oder in denen eine besonders
 214 dynamische zukünftige Entwicklung zu erwarten ist, wie zum Beispiel bei den erneuerbaren
 215 Energien. Hierzu müssen Investitionen entlang der Halbleiter-Wertschöpfungskette erhöht
 216 werden.

217 **Erneuerbare Energien made in Europe: Schlüsselbranche für den** 218 **Klimaschutz**

219 Um klimaneutral zu werden, brauchen wir vor allem eins: richtig viel erneuerbare Energien.
 220 Um die Anlagen dafür bauen zu können, wollen wir nicht komplett von außereuropäischen
 221 Lieferanten abhängig sein und so in die nächste Importabhängigkeit geraten. Die gute
 222 Nachricht ist: Noch gibt es Hersteller von wichtigen Komponenten wie Windrädern und
 223 Wechselrichtern in Europa und auch für die enorm wichtige PV-Modul-Produktion gibt es wieder
 224 erste Investitionen in Produktionskapazitäten. Zahlreiche Innovationen in der Photovoltaik
 225 deuten darauf hin, dass das Potenzial dieser Technologie bei weitem nicht ausgeschöpft ist.
 226 Die deutsche Solarindustrie soll zur Impulsgeberin werden. Diese Entwicklung wollen wir mit
 227 gezielten Investitionshilfen unterstützen.

228 **Kreislaufwirtschaft zum Standard machen, Reparatur- und** 229 **Recyclingindustrie voranbringen**

230 Müll ist ein Designfehler und eine Verschwendung wichtiger Ressourcen und Rohstoffe – die
 231 endlich sind und uns abhängig machen. Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft brauchen wir eine
 232 neue Rohstoffpolitik, die den Einsatz von Primärrohstoffen reduziert, fossile durch
 233 nachwachsende Rohstoffe ersetzt und die globale Rohstoffgewinnung an hohe Transparenz-,
 234 Sozial- und Umweltstandards bindet. Bei der Gewinnung heimischer Rohstoffe wollen wir den
 235 Dialog zwischen den beteiligten Akteuren forcieren. Ob Verpackung, Gebäude, Auto oder Laptop
 236 – wir schaffen die gesetzlichen Rahmenbedingungen und ökonomischen Anreize dafür, dass alle
 237 Produkte lange verwendet, wiederverwendet, gemeinsam genutzt, repariert und hochwertig
 238 recycelt werden können. Im Ergebnis heißt das bis spätestens 2050: kein Müll mehr, Schluss
 239 mit geplantem Verschleiß, dafür mehr grüne Jobs vor Ort in einer neuen europäischen
 240 Reparatur- und Recyclingindustrie, die die Abhängigkeit von endlichen Ressourcen und

241 Rohstoffimporten verringert. Den Weg dorthin weisen wir mit verbindlichen
242 Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten, Steuer- und Abgaberegelungen,
243 Normen und Standards und gezielten Förderprogrammen. Bis 2030 werden wir alle Güter und
244 Materialien, die auf den Markt kommen, mit einem digitalen Produktpass ausstatten, der
245 Unternehmen und Verbraucher*innen alle für sie wichtigen Informationen über Design, CO₂-
246 Fußabdruck, Reparierbarkeit und Materialien bereitstellt, die für eine klimaneutrale
247 Kreislaufwirtschaft nötig sind. Effizienter Materialeinsatz und Kreislaufwirtschaft
248 reduzieren den Energiebedarf und tragen wesentlich zum Gelingen der Energiewende bei.

249 **Forschungsergebnisse in die Praxis bringen, Gründungskultur beleben**

250 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird nach höchsten Standards geforscht.

251 Vielversprechende Forschungsergebnisse – gerade auch aus der Grundlagenforschung – müssen

252 aber noch öfter in die Praxis gelangen. Die Impfstoffefolge machen dabei Mut: Eine völlig
253 neue Technologie ermöglichte in Rekordzeit die Entwicklung und Produktion gleich mehrerer
254 Corona-Impfstoffe. Strukturelle Hemmnisse verhindern aber immer noch Ausgründungen. Die
255 bestehenden Förderprogramme zum Transfer in die Anwendung reichen nicht aus. Wir wollen
den

256 Ausbau von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und
Entrepreneurship-

257 Ausbildungen vorantreiben. Die stille Beteiligung der öffentlichen Institutionen soll zum
258 neuen Ausgründungsstandard werden. Zudem wollen wir die Entwicklung von Impfstoffen,
259 Medikamenten und Medizinprodukten stärker fördern. Wenn sie mit einem erheblichen Anteil
260 öffentlicher Gelder erforscht und entwickelt werden, sind an die Förderung klare Bedingungen
261 bezüglich der Transparenz der Forschungskosten, fairer Preisgestaltung und weltweit
262 gerechten Zugangsmöglichkeiten zu knüpfen. Zusätzlich setzen wir uns für eine mittelfristige
263 Vereinheitlichung des Gründungs- und des Gesellschaftsrechts innerhalb des Europäischen
264 Wirtschaftsraums ein.

265 **Führungsgremien vielfältiger machen**

266 Deutschland ist vielfältig, seine Führungsetagen sind es (noch) nicht. Dabei führen diverse
267 Teams Unternehmen erfolgreicher. Die Vielfalt der deutschen Gesellschaft muss sich deshalb
268 auch dringend in den Führungs- und Entscheidungsgremien und der Wirtschaft abbilden.
Obwohl

269 Frauen mindestens gleich gut qualifiziert sind wie Männer, fehlen sie dort. Unser Ziel ist
270 und bleibt: die Hälfte der Macht den Frauen. Freiwillige Regelungen haben nichts gebracht.
271 Deshalb brauchen wir Quoten, die wirklich die kritische Masse herstellen, um zu unserem Ziel
272 von 50 Prozent Frauenanteil zu gelangen. So soll zukünftig verpflichtend mindestens ein
273 Drittel der Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei Neubesetzung an
274 Frauen gehen. Um das zu erleichtern, wollen wir auch Hindernisse wie fehlende
275 Elternzeitregelungen im Aktienrecht beseitigen. Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen sollen
276 bei Neubesetzungen verpflichtend einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent anstreben.
277 Unternehmen, die in der Hand des Bundes sind oder an denen der Bund beteiligt ist,
278 Ministerien und Behörden sollen mit klaren Plänen für paritätische Betriebsstrukturen als
279 gutes Beispiel vorangehen.
280 Karriereförderung beginnt nicht erst an der Spitze. Wir setzen uns deshalb dafür ein, in

281 Unternehmen und Organisationen Hürden für den Aufstieg von Frauen abzubauen. In
Ministerien,
282 Verwaltungen, Anstalten des öffentlichen Rechts, kommunalen Verbänden und kommunalen
283 Unternehmen werden perspektivisch ebenfalls 50 Prozent Frauen in Führungspositionen
284 angestrebt. Die Wirtschaftsförderung wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten und
285 Frauen dort, wo sie unterrepräsentiert sind, mit gezielten Maßnahmen fördern, zum Beispiel
286 durch einen staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Gründerinnen.

287 **Fachkräftemangel bekämpfen**

288 Durch den demografischen Wandel wird in den kommenden 15 Jahren die Zahl der Menschen im

289 erwerbsfähigen Alter um sechs Millionen schrumpfen. Gleichzeitig erfordern die Berufe der
290 Zukunft ganz neue Fähigkeiten. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich verstärken. Dem
291 wollen wir entgegenwirken. Dafür investieren wir mehr in berufliche und berufsbegleitende
292 Bildung. Die duale Berufsausbildung soll durch eine Weiterentwicklung und Modernisierung
293 insbesondere der Lehrinhalte und der Ausstattung aufgewertet werden. Die Finanzierung bedarf

294 der Anpassung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Wir lassen keine
295 Potenziale mehr ungenutzt: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen,
296 Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft

297 noch im Weg stehen, bauen wir ab und werden Geschlechterstereotypen entgegenwirken.
298 Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit der Einführung einer Talentkarte und einer
299 schnelleren Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse, auch wechselseitig in
300 der EU. Allgemein wollen wir die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse beschleunigen
301 sowie das Anerkennungsverfahren kostengünstiger gestalten. Um faire Verfahren bei der
302 Anerkennung akademisch anerkannter Hochschulabschlüsse, die bisher ohne staatliche
303 Anerkennung sind, für alle zu gewährleisten, wollen wir mögliche Anpassungsbedarfe
304 überprüfen und die Anerkennungspraxis verbessern. Geflüchtete sollen die Möglichkeit zum
305 Spurwechsel bekommen, der ihnen während Ausbildung, Studium und Arbeit mehr
Rechtssicherheit
306 und damit eine berufliche Perspektive in Deutschland ermöglicht. Wir unterstützen Betriebe,
307 die Geflüchteten und Einwander*innen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung geben,
bei
308 Bedarf durch konkrete Ansprechpersonen, Qualifizierung, Beratung und Begleitung.

309 **Mittelstandspolitik ist Innovationspolitik**

310 Der deutsche Mittelstand ist vielfältig, innovativ und international wettbewerbsfähig. Hier
311 entstehen die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft, er sichert Wertschöpfung in
312 den Regionen und für sie. Unsere Mittelstandspolitik setzt auf den Dreiklang aus einer
313 Verringerung bürokratischer Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie einer
314 breitenwirksamen Forschungslandschaft. Mit schnelleren Planungen und Genehmigungen und
einer
315 effizienten, digitalen Verwaltung unterstützen wir den Mittelstand bei Innovation und
316 Transformation. Berichtspflichten sollen vereinfacht werden. Dafür sollten Vorhaben
317 ausgetestet und mit Anwender*innen aus Verwaltung und Unternehmen aller Größen
gemeinsam

verbessert werden. Dafür ist die konsequente Anwendung und Verbesserung sogenannter KMU-Tests auf nationaler und europäischer Ebene ebenso erforderlich wie der Ausbau innovationsorientierter öffentlicher Beschaffung. Zur Entlastung und Förderung der Solo-Selbständigen und Kleinunternehmen wird die Gewinngrenze für die Buchführungspflicht angehoben. Wir setzen uns für gute Bedingungen für kleine Betriebe und Selbständige ein, damit sie im Wettbewerb faire Chancen erhalten. Förderprogramme und Investitionszuschüsse wollen wir nachhaltig ausgestalten und dafür sorgen, dass sie vor allem KMUs zugutekommen. Dafür sollen sie deutlich einfacher zu beantragen und zu dokumentieren sein. Außerdem sollen passgenaue Beratungen für Klimaschutz und Digitalisierung gefördert werden, auch über längere Zeiträume. Die Förderung regionaler Innovationsökosysteme aus Hochschulen, Mittelstand und Zivilgesellschaft wollen wir durch die Gründung einer eigenständigen Innovationsagentur (D.Innova) konsequent stärken. Ausgerichtet an den globalen Nachhaltigkeitszielen soll die D.Innova solche Innovationsnetzwerke systematisch, proaktiv und flexibel fördern – von Aachen bis Anklam, von Flensburg bis Füssen. Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor Ort agierenden Unternehmen, Wertschöpfungsketten und Produkten stärken und setzen auf klar definierte regionale Kennzeichnungen und Förderkonzepte.

336 Bezahlbare Mieten für kleine und mittlere Unternehmen

Mit der Immobilienspekulation sind in den Städten vielfach auch die Gewerbemieten wirtschaftlich unverträglich angestiegen und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Viele kleine Händler*innen und Gewerbetreibende werden verdrängt. Wir wollen, dass kleine und mittlere Unternehmen, genau wie soziale Einrichtungen, dauerhaft einen verbesserten Kündigungsschutz bekommen und mehr Rechte, befristete Mietverträge zu angemessenen Bedingungen zu verlängern. Darüber hinaus streben wir die Einführung einer Gewerbemietpreisbremse an, die in Städten mit angespanntem Gewerberaummarkt die Begrenzung von Gewerbemieten erlaubt.

345

346 Wettbewerbsrecht für das 21. Jahrhundert

347

Ein starkes Wettbewerbsrecht ist die Voraussetzung für faire Wirtschaftsbeziehungen, verhindert Monopole und schützt die Verbraucher*innen. Im Wettbewerb dürfen auch der Umweltschutz und soziale Standards nicht zum Kollateralschaden werden. Deshalb wollen wir die nationalen Regeln zu unlauterem Wettbewerb so anpassen, dass ein Verstoß gegen Umwelt- und Sozialstandards als unlauterer Wettbewerb verfolgt werden kann. Zudem wollen wir erreichen, dass Umweltschutzaspekte grundsätzlich im Rahmen von deutschen und europäischen Fusionskontrollverfahren berücksichtigt werden. Den Verbraucherschutz wollen wir zu einem Zweck des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen machen und seine behördliche Durchsetzung effektiv stärken. Das umstrittene Ministererlaubnisverfahren im Rahmen von Fusionskontrollen wollen wir so anpassen, dass Verfahrensgegner*innen wieder ihre vollständigen

358 Klagemöglichkeiten erhalten. Datenschutzbehörden sollen bei der Zusammenschlusskontrolle
des
359 Bundeskartellamts konsultiert und ihre Stellungnahmen bei der Entscheidung über eine Fusion
360 berücksichtigt werden.

361 **Zukunftsfähigkeit eines starken Handwerks sichern**

362 Das Handwerk ist in unserem Alltag überall präsent und unverzichtbar. Es zeichnet sich durch
363 eine große Heterogenität aus: vom Heizungsinstallateurbetrieb bis zur Bäckerei, vom
364 mittelständischen Unternehmen mit hunderten Beschäftigten bis zum Kleinstbetrieb. Es ist
365 einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. Das Handwerk bietet in einer
366 nachhaltigen Wirtschaft krisensichere Arbeitsplätze und trägt entscheidend zur ökologischen
367 Wende bei. Es bietet auch im ländlichen Raum jungen Menschen eine Perspektive. Gerade für
368 sie liegen in der ökologischen Transformation riesige Chancen – von der Gebäudesanierung bis
369 zum Heizungstausch. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte

370 Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern.
Oberstes

371 Ziel ist der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der Betriebe. In verschiedenen Bereichen wie
372 dem Gebäudebereich bedarf es auch der deutlichen Aufstockung der Anzahl der Aus- und
373 Weitergebildeten. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf eine
374 stärkere Tarifbindung, branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von
375 beruflicher und akademischer Ausbildung. Die Durchlässigkeit vom Studium zum Handwerk und
376 zurück sollte selbstverständlich werden, genauso wie internationaler Austausch und Zugang zu
377 Stipendien.

378 **Kultur schafft Wohlstand**

379 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine der am meisten unterschätzten Branchen in
380 Deutschland. Vor Corona erzielten die über 1,2 Millionen Kreativen und Kulturschaffenden
381 allein im Jahr 2019 einen Umsatz von knapp 180 Milliarden Euro – mehr als beispielsweise die
382 chemische Industrie oder Finanzdienstleister. Doch die Kultur- und Kreativwirtschaft ist
383 durch die Corona-Krise existenziell bedroht, besonders auch kleinere Betriebe wie
384 unabhängige Verlage, Privattheater, Programmkinos, kleine Clubs und Veranstaltungsorte. Nur
385 mit gezieltem Schutz und verbesserter Förderung werden wir große Teile unseres kulturellen
386 Lebens vor dem Wegbrechen retten können. Wir erweitern den Innovationsbegriff in den
387 Programmen zur Existenzgründungsförderung, sodass davon auch die Kultur- und
388 Kreativwirtschaft profitiert. Förderprogramme schneiden wir spezifisch auf die Bedürfnisse
389 der Kultur- und Kreativwirtschaft zu und wir bauen die Gründungsförderung aus der
390 Arbeitslosigkeit bedarfsgerecht aus.

391 **Der Tourismuswirtschaft nachhaltig auf die Beine helfen**

392 Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und millionenfache
393 Arbeitgeberin – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Wir wollen ihr wieder auf die
394 Beine helfen und zugleich den Nach-Corona-Tourismus klimaschonender, ökologischer und sozial

395 nachhaltiger gestalten. Ein ökologisch und sozial blinder Massentourismus mit
396 klimaschädlichen Kreuzfahrtschiffen, endloser Müllproduktion und riesigem
397 Ressourcenverbrauch hat keine Zukunft. Im Gegenteil, die Kreuzschiffahrt muss endlich ihren

398 Beitrag leisten über neue Antriebe, die Verwendung von Landstrom und bessere
399 Umweltstandards. In einem nachhaltigen Tourismus liegen hingegen riesige Chancen.
400 Nachhaltigen oder sanften Tourismus wollen wir gerade in ländlichen Regionen gezielt
401 entwickeln, zum Beispiel durch den Ausbau touristischer Rad- und Wasserwege. Mit einem
402 Shelter-System wie in Dänemark wollen wir Natur für alle erlebbar machen. Zugleich sollen
403 Nationalparks, Biosphärenreservate und Naturschutzgebiete durch einen regulierten Tourismus
404 nachhaltig geschützt werden. Die Bahn soll zum Tourismus-Reisemittel Nummer 1 werden –
durch
405 ein europäisches Nachtzugnetz und die gezielte Anbindung touristischer Regionen an das
406 Bahnnetz. So kann der Tourismus dabei mithelfen, eine Welt zu erhalten, die es sich auch in
407 Zukunft noch zu bereisen lohnt.

408 **Wir geben dem Markt einen sozial-ökologischen Rahmen**

409 **Wohlstand und unternehmerischen Erfolg neu bemessen**

410 Wohlstand definiert sich nicht allein durch Wachstum des BIP, sondern lässt sich viel
411 breiter als Lebensqualität verstehen. Wir wollen den Erfolg Deutschlands und der Unternehmen
412 neben ökonomischen auch anhand inklusiver, sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher
413 Kriterien messen und die politischen Leitplanken wie Anreize und Wirtschaftsförderung
414 entsprechend neu ausrichten. Dafür soll in Zukunft gemeinsam mit dem
415 Jahreswirtschaftsbericht ein Jahreswohlstandsbericht veröffentlicht werden. Dieser
416 berücksichtigt dann zum Beispiel auch den Beitrag des Naturschutzes, einer gerechten
417 Einkommensverteilung oder auch guter Bildung zum Wohlstand unserer Gesellschaft.
418 Entsprechend ändern wir die Erfolgsmessung auf Unternehmensebene und ergänzen die
419 Bilanzierungsregeln um soziale und ökologische Werte, wie beispielsweise ihre
420 Treibhausemissionen, und setzen uns auch bei internationalen Vorschriften dafür ein. So
421 erreichen wir endlich einheitliche Regelungen für die Messung von nachhaltigem
422 unternehmerischem Erfolg und leisten einen wichtigen Beitrag dazu, dass im Wettbewerb
423 Nachhaltigkeit nicht mehr wie heute eher bestraft, sondern positiv angereizt wird.

424 **Den europäischen Green Deal ambitioniert gestalten**

425 Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um die
426 Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Es umfasst
427 Gesetzesvorschläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie für eine gestärkte
428 Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit und Innovationsdynamik einer dekarbonisierten
429 europäischen Wirtschaft. Wir setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine
430 ehrgeizige Umsetzung auf allen Ebenen ein. Wir machen weiter Druck, damit die ökologische
431 Wende dazu beiträgt, Ungleichheit zu verringern. Dafür wollen wir den Just Transition Fund
432 aufstocken und ausbauen. In der Landwirtschaftspolitik kämpfen wir dafür, dass die Reform
433 der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihre Umsetzung unter die Ziele des Green Deal und des
434 Pariser Klimaabkommens gestellt werden, da sie immense Auswirkungen auf Umwelt- und
435 Artenschutz
436 entfalten. In der Handelspolitik wollen wir Umwelt- und Sozialkapitel von zukünftigen
437 Handelsverträgen rechtsverbindlich und sanktionierbar machen.

438 **Die Macht des EU-Binnenmarkts für die Transformation nutzen**

439 Der EU-Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, die gerade im globalen Wettbewerb auf seinen
 440 hohen Standards beruht: im Verbraucher- und Datenschutz, im Umwelt- und Gesundheitsschutz
 441 sowie für die soziale und Produktsicherheit. Diese hohen Standards wollen wir im Sinne einer
 442 sozial-ökologischen Transformation des Binnenmarkts erhalten und ausbauen, denn sie stärken
 443 die Innovationskraft der Unternehmen, ermöglichen die Ausnutzung von Skaleneffekten und
 444 begünstigen den internationalen Handel. Um die Digitalisierung zu gestalten, müssen wir
 445 Dienstleistungen von Plattformen und ihre Marktmacht regulieren. Plattformen müssen
 446 verpflichtet werden, europäische Qualitäts- und Sicherheitsstandards auch im Online-Handel
 447 zu gewährleisten. Die globale Lenkungswirkung des Binnenmarkts wollen wir steigern, indem
 448 wir sicherstellen, dass Unternehmen auf dem europäischen Markt auch international
 449 Verantwortung für ihre Produktions- und Vertriebsweise entlang der gesamten
 450 Wertschöpfungskette übernehmen. Die Handlungsspielräume von Kommunen in der
 Europäischen
 451 Union wollen wir ausbauen und die Daseinsvorsorge vor Liberalisierungsdruck schützen.

452 **Sozialunternehmen und Genossenschaften stärken**

453 Wir wollen die Bereiche der Wirtschaft stärken, in denen langfristige Nachhaltigkeit mehr
 454 zählt als kurzfristige Rendite, und die oft auch einen Beitrag zur Demokratisierung der
 455 Wirtschaft leisten. Wir unterstützen daher einerseits Genossenschaften, da sie krisenfester
 456 und gemeinwohlorientierter als andere Rechtsformen sind. Andererseits fördern wir
 457 Sozialunternehmen, weil sie gesellschaftliche Anliegen mit unternehmerischem Handeln direkt
 458 mit sozial-ökologischen Zielen verbinden. Und wir begrüßen das Konzept der
 459 Gemeinwohlökonomie, weil es die Idee des Gemeinwohls in die privatwirtschaftliche Breite
 460 trägt. Wir schaffen zielgruppenspezifische Finanzierungsinstrumente und wollen die Programme
 461 der klassischen Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausweiten. Unser Ziel ist eine
 462 Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch inspirierter und am
 463 Gemeinwohl orientierter Unternehmen. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen für ihr
 464 Wirtschaften systematisch verbessern und bestehende Benachteiligungen beseitigen. Den
 465 Gründungszuschuss der Arbeitsagenturen wollen wir nicht allein vom wirtschaftlichen Gewinn,
 466 sondern auch von sozial-ökologischen Wirkungskriterien abhängig machen. Nicht genutzte
 467 Guthaben auf verwaisten Konten wollen wir – sofern keine Erbensprüche vorhanden sind – für
 468 einen Fonds nutzen, der zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert.

469 **Neue Formen für nachhaltiges Unternehmertum**

470 Wir setzen uns für die Einführung einer Unternehmensform für Verantwortungseigentum ein.
 471 Immer mehr Unternehmer*innen verstehen ihr Unternehmen nicht als individuell
 konsumierbares
 472 Vermögen. Sie wollen, dass ihr Unternehmen nicht dem kurzfristigen Shareholder-Value dient,
 473 sondern langfristig ausgerichtet und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Dafür brauchen sie
 474 eine Rechtsform, die eine hundertprozentige Vermögensbindung an das Unternehmen
 ermöglicht.
 475 Gewinne werden reinvestiert oder gespendet. Die Stimmrechte können von den Beschäftigten
 im
 476 Kollektiv oder von Einzelnen treuhänderisch gehalten werden – sie werden nicht an den/die
 477 Meistbietende*n verkauft, sondern ähnlich wie in anwaltlichen Partnerschaften, immer an
 478 aktiv mit dem Unternehmen verbundene Personen weitergegeben.

479 **Wir bringen die Digitalisierung voran**

480 **Eine europäische Cloud-Infrastruktur**

481 Daten sind eine Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere für Anwendungen der
 482 Künstlichen Intelligenz. Gerade im industriellen Bereich wollen wir neue Ansätze schaffen,
 483 um eine gemeinsame, freiwillige Nutzung sowohl von nicht personenbezogenen als auch von
 484 personenbezogenen, aber anonymisierten Daten, zum Beispiel aus Entwicklungs- und
 485 Fertigungsprozessen, zu verbessern und rechtssicher zu gestalten. Davon profitiert vor allem
 486 der Mittelstand. Hierfür braucht es klare gesetzliche Spielregeln für kooperative und
 487 dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle wie zum Beispiel Datengenossenschaften,
 die
 488 eine gemeinsame und durch Kartellbehörden überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen.
 Wir
 489 wollen eigene europäische Standards und Regeln setzen. Die eigene kritische Infrastruktur
 490 wollen wir schützen und eine gemeinsame europäische Cloud-Infrastruktur auf Basis von Open-
 491 Source-Technologien realisieren. Europa muss in eigene Expertise im Bereich der Verarbeitung
 492 großer Datenmengen für Künstliche Intelligenz investieren.

493 **Hightech-Standort ausbauen**

494 Die rasante Entwicklung des Corona-Impfstoffs von Wissenschaftler*innen und
 495 Unternehmer*innen aus Mainz hat gezeigt, welche Innovationskraft in unserer Forschungs- und
 496 Unternehmenslandschaft steckt. Eine Innovationskraft, die der Staat mit Tempo und
 497 entschlossenen Investitionen unterstützen muss. Vor allem die Bereiche Künstliche
 498 Intelligenz (KI), Quantencomputing-, IT-Sicherheits-, Kommunikations- und Biotechnologie
 499 oder auch die weitere Entwicklung von ökologischen Batteriezellen wollen wir besonders
 500 fördern, damit wir unsere technologische Souveränität sichern können und in der weltweiten
 501 Konkurrenz vorne mitspielen. Dabei legen wir einen besonderen Fokus darauf, die ökologischen
 502 und sozialen Potenziale der Technologien zu heben. So verbessern Innovationen die
 503 Lebensbedingungen der Menschheit und sichern den Wohlstand von morgen. Dafür benötigen
 wir
 504 auch privates Risikokapital, das wir durch staatliche Fonds stark hebeln wollen. Um im
 505 internationalen Standort-Wettbewerb mithalten zu können, bedarf es einer starken
 506 europäischen Vernetzung von Spitzenforschung. Wir investieren in Spitzenforschung und die
 507 Bildung von Clustern in diesen Bereichen. Wir wollen bereits heute den Grundstein legen für
 508 die europäische Souveränität in weiteren Trends der KI, etwa mit der Unterstützung eines
 509 europäischen Ökosystems für das Erproben von allgemeiner Künstlicher Intelligenz
 510 („Artificial General Intelligence“). Den Hightech-Standort auszubauen, heißt aber auch, die
 511 dringend benötigten Talente anzuziehen. In der Forschung bedeutet das angemessene
 512 Finanzierung.

513 **Start-up-Wagniskapital eine Richtung geben**

514 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch
 515 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.
 516 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Start-ups und junge Unternehmen auf nationaler und
 517 europäischer Ebene können den Unterschied zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und
 518 einem weltweit erfolgreichen Unternehmen ausmachen. Ein staatlicher Wagniskapitalfonds kann

519 helfen, unseren Gründer*innen dauerhaft eine Heimat zu geben. Wir fordern, noch mehr und
 520 noch schneller zu investieren. Dieser Zukunftsfonds soll verstreute Förderangebote bündeln
 521 und ein Vielfaches an privaten Geldern hebeln. Gleichzeitig sollte auch ein funktionierender
 522 Sekundärmarkt für Direktinvestitionen und Anteile an Wagniskapitalfonds aufgebaut werden,
 523 etwa durch eine Co-Investing-Plattform. Die Mission des Zukunftsfonds ist Nachhaltigkeit. Er
 524 finanziert insbesondere Projekte in Bereichen wie Greentech, Künstlicher Intelligenz,
 525 nachhaltiger Mobilität, Bioökonomie und Zirkulärwirtschaft, die wegen ihres Risikoprofils
 526 keine einfache Finanzierung am Markt bekommen. Wir wollen Finanzierungsformen gezielt für
 527 Gründungen von Start-ups der Green Economy anpassen und Barrieren beim Zugang zu
 Aufträgen
 528 der öffentlichen Beschaffung abbauen. Regionale Greentech-Hubs wollen wir fördern, um die
 529 Zusammenarbeit zwischen Start-ups und etablierten Unternehmen zu erleichtern.

530 **Internetgiganten regulieren**

531 Wir setzen uns für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb auf digitalen Märkten ein.
 532 Durch übermäßige Marktmacht einzelner Internet- und Techgiganten wird dieser eingeschränkt
 533 oder gar aufgehoben. Relevante Erwerbsvorgänge von Tech-Konzernen sollten durch das
 534 Bundeskartellamt geprüft werden, um den strategischen Aufkauf von aufkeimender Konkurrenz
 535 („Killer Acquisitions“) zu verhindern. Dabei sollten Datenschutzbehörden eine Gelegenheit
 536 zur Stellungnahme erhalten. Die Interoperabilität ihrer Software und ihrer digitalen Dienste
 537 sowie Datenportabilität und offene Schnittstellen sind wo immer möglich von bereits
 538 marktbeherrschenden Unternehmen verpflichtend zu gewährleisten. Wir setzen uns für eine
 539 dementsprechend ambitionierte Umsetzung des Digital Markets Act auf europäischer Ebene ein.

540 Unter dem Dach eines eigenständigen europäischen Kartellamts wollen wir deshalb eine
 541 europäische Digitalaufsicht etablieren, die als Frühwarnsystem fungiert und
 542 sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann. Unternehmen
 543 sollen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden können, wenn ihre
 Marktmacht
 544 zu groß wird oder bereits zu groß ist.

545 **Geschlechtervielfalt in der Digitalwirtschaft**

546 Alle sollen an der Gestaltung der digitalen Transformation beteiligt sein und ihre
 547 Potenziale einbringen können. Deshalb werden wir eine Strategie „Frauen in der
 548 Digitalisierung“ vorlegen und umsetzen. Mädchen sollen schon in der Grundschule für
 549 Digitalthemen begeistert werden und ohne Technikgenderstereotype aufwachsen. Wir brauchen
 550 eine geschlechtersensible Lehre, die gezielte Ansprache von Frauen für MINT-Studiengänge und
 551 Ausbildungsberufe sowie mehr Frauen in den Gremien, wo diese Richtungsentscheidungen
 552 getroffen werden. Darüber hinaus fördern wir familiengerechte Ausbildungswege für Frauen mit
 553 anderem beruflichem Hintergrund als Zugang zur Digitalbranche. In der Digitalbranche ist ein
 554 Kulturwandel erforderlich, auch um unser volles Innovationspotenzial auszuschöpfen.
 555 Freiwillige und verpflichtende Maßnahmen für die Unternehmen sind notwendig, um
 556 diskriminierungsfreie Arbeitsplätze und einen gleichberechtigten Zugang zu
 557 Gestaltungspositionen in der digitalen Transformation zu ermöglichen. Bei der Vergabe von
 558 Fördermitteln und öffentlichen Investitionen muss der Frauenanteil einer Organisation bzw.
 559 eines Start-ups berücksichtigt werden. Für staatliche Institutionen soll Diversität ein
 560 Leitprinzip für alle Digitalstrategien sein.

561 **Transparente Algorithmen**

562 Datenverarbeitende und algorithmische Entscheidungssysteme haben das Potenzial, neues
Wissen
563 zu generieren und so nachhaltigeres Handeln zu ermöglichen. Datengetriebene Systeme sind
564 nicht neutral, da sie ein Produkt ihrer zugrunde liegenden Daten sind und somit
565 diskriminierend und vorurteilsbehaftet sein können. Wir wollen daher Qualitätskriterien
566 sowie die europäischen Anstrengungen für Transparenz und Überprüfbarkeit vorantreiben, damit

567 algorithmische Entscheidungssysteme nicht diskriminierend wirken. Wir setzen uns ein für
568 einen nach Risiken abgestuften europäischen Ordnungsrahmen für den Einsatz automatischer
569 Systeme, klare Regeln zur Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz, zum Arbeitsrecht und zur
570 Datenqualität, um Kontrolle und Haftung, aber auch Rechtssicherheit für betroffene Betriebe
571 zu ermöglichen. Hier wollen wir verstärkt gleiche Standards auf europäischer Ebene
572 definieren und umsetzen. Für eine öffentliche Kontrolle dieser Regeln müssen Behörden gut
573 geschult und technisch dementsprechend aufgestellt sein. Das bedeutet auch eine
574 Modernisierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sowie strenge Kriterien für den
575 Einsatz von algorithmischen und automatischen Entscheidungen, insbesondere in der
576 öffentlichen Verwaltung. Auch Plattformanbieter müssen ihre automatisierten Entscheidungen,
577 Vergleiche oder Preise transparent machen und erklären können.

578 **IT-Sicherheit als Standortfaktor**

579 Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind die
580 Voraussetzung, damit der digitale Wandel gelingt. Der Staat bleibt in der Pflicht, diese zu
581 gewähren. Gerade die kritische Infrastruktur wie beispielsweise unsere Stromnetze muss
582 besonders geschützt werden. Gute IT-Sicherheit ist längst auch ein wichtiger Standortfaktor.
583 Wer digital souverän sein will, muss entsprechend handeln und darf die Sicherheit aller
584 nicht unterlaufen. Ein effektiver und moderner Datenschutz schützt die Menschenwürde und
585 nimmt verstärkt auch die Gesellschaft in Gänze in den Blick, um die Abwehr auch
586 überindividueller Risiken kollektiv zu gestalten. Wir setzen Anreize für guten Datenschutz
587 und beste IT-Sicherheit, wollen innovative, technische Ansätze zum effektiven Schutz der
588 Privatsphäre ausbauen und Auditierungen und europäisch einheitliche Zertifizierungen
589 vorantreiben. Vor allem KMUs sollen sehr viel stärker durch ein dezentrales und unabhängiges
590 IT-Beratungsnetzwerk unterstützt werden. Der Staat selbst muss mit gutem Beispiel
591 vorangehen, die wichtige Arbeit der Aufsichtsbehörden stärker unterstützen sowie ihre
592 Kooperation im föderalen und europäischen Zusammenspiel verbessern, bis hin zur
gemeinsamen
593 Aufgabenwahrnehmung und Durchsetzung. Die Unabhängigkeit des BSI stärken wir. Bei
594 staatlichen IT-Projekten muss IT-Sicherheit von Anfang an mitgedacht und implementiert
595 werden. Zudem wollen wir die Entwicklung sicherer Hardware gezielt fördern. Im Sinne der
596 Nachhaltigkeit digitaler Produkte führen wir eine Verpflichtung zu einer angemessenen,
597 risikoorientierten und benutzerfreundlichen Bereitstellung von Sicherheitsupdates ein. Beim
598 Ausbau digitaler Infrastrukturen, wie zum Beispiel 5G, wollen wir die Integrität unserer
599 kritischen Infrastruktur, die digitale Souveränität Europas und die Einhaltung der
600 Menschenrechte wie das Recht auf Privatsphäre sicherstellen. Dafür sind einerseits höchste
601 IT-Sicherheitsstandards für Komponenten in digitalen Infrastrukturen nötig. Andererseits
602 wollen wir die technologische Unabhängigkeit Europas durch verstärkte Eigenentwicklungen

und

603 produktionen, durch vielfältige digitale Ökosysteme und offene Standards stärken. Um
604 Gefahrenlagen konkret bewerten zu können, müssen neben technischen auch rechtliche,
605 rechtsstaatliche, sicherheitsrelevante und geostrategische Aspekte in die Prüfung einbezogen
606 werden. Eine Beteiligung von nicht vertrauenswürdigen Unternehmen, insbesondere aus
607 autoritären Staaten, an kritischer Infrastruktur lehnen wir ab.

608 **Wir kämpfen für einen fairen und nachhaltigen Handel**

609 **Neustart für gute Handelsverträge**

610 Handel ist eine wichtige Grundlage unseres Wohlstandes: Fairer Handel trägt zur Vertiefung
611 internationaler Partnerschaften und damit auch zu einer sicheren Welt bei. Gerade in Zeiten,
612 die zunehmend unter den Vorzeichen eines Systemwettbewerbs zwischen demokratischen und
613 autoritären Staaten stehen, setzen wir auf eine proaktive Handelspolitik. Wir wollen einen
614 multilateralen Welthandel und Handelsabkommen, die dem Wohlstand aller Menschen dienen,
615 die
615 Umwelt- und Klimaschutz sowie die Einhaltung der Menschenrechte einfordern und die
616 Beziehungen mit unseren Partner*innen im Einsatz für Demokratie und Freiheit stärken. Eine
617 Zersplitterung von Handelsbeziehungen erschwert ein internationales Miteinander. Eine
618 nachhaltig und fair reformierte Welthandelsorganisation (WTO) muss zu einer echten globalen
619 Partnerschaft beitragen. In einem ersten Schritt wollen wir die WTO-Berufungsinstanz zur
620 Streitbeilegung wiederbeleben, um die Multiplizierung von Handelskonflikten nach dem Recht
621 des Stärkeren einzudämmen. Die Chance, mit der neuen US-Administration die Handelskonflikte
622 beizulegen und einen transatlantischen Markt für klimaneutrale Produkte zu schaffen, wollen
623 wir ergreifen. Abkommen mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt oder die
624 Ernährungssouveränität wie das EU-Mercosur-Abkommen mit lateinamerikanischen Staaten
625 lehnen
625 wir ab. Die Europäische Union kann aufgrund des großen gemeinsamen Binnenmarktes
626 selbstbewusst in Handelsverhandlungen gehen. Europäische Handelsverträge müssen
627 verbindliche
627 und durchsetzbare Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards enthalten und
628 Marktöffnungen
628 im Dienstleistungsbereich
629 grundsätzlich nur in Positivlisten regeln. Dazu zählt, das Pariser Klimaschutzabkommen sowie
630 ILO-Kernarbeitsnormen zur Bedingung und einklagbar zu machen. Das europäische
631 Vorsorgeprinzip ist stets zu wahren. Gute Handelspolitik muss die kommunale Daseinsvorsorge
632 und die Möglichkeit der Rekommunalisierung ausreichend schützen. Handelsabkommen sollten
633 nicht nur Rechte für Unternehmen, sondern auch ihre Pflichten regeln. Deshalb setzen wir uns
634 für einen multilateralen Handelsgerichtshof bei den Vereinten Nationen ein, der beides
635 abdeckt. Internationale Konzerne dürfen durch Handels- und Investitionsklagen nicht noch
636 mächtiger werden, daher lehnen wir Klageprivilegien oder eine Sonderjustiz für ausländische
637 Investor*innen ab. Wir wollen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten aus dem vollkommen aus
638 der Zeit gefallenen Energiecharta-Vertrag aussteigen, auch um die Ziele des Green Deal der
639 EU nicht zu gefährden. Wir lehnen Handelsabkommen ab, die Klima, Umwelt und
640 Verbraucher*innen nicht ausreichend schützen. Das CETA-Abkommen werden wir deshalb in
seiner

641 jetzigen Fassung nicht ratifizieren. Wir werden so sicherstellen, dass die gefährlichen
 642 Investor-Staat-
 643 Schiedsgerichte nicht zur Anwendung kommen. Auch an den derzeit vorläufig angewendeten
 644 Teilen von CETA üben wir erhebliche Kritik. Wir wollen das Abkommen gemeinsam mit Kanada
 645 weiterentwickeln und dadurch neu ausrichten. Wir wollen insbesondere die demokratische
 646 Kontrolle bei der regulatorischen Kooperation verbessern. Hier muss das Europaparlament
 647 künftig besser eingebunden werden. Zudem braucht es stärkere Regelungen zu Umwelt-, Klima-
 648 und Verbraucherschutz und die Sicherung des europäischen Vorsorgeprinzips. Das EU-China-
 649 Investitionsabkommen, das maßgeblich von der deutschen Bundesregierung vorangetrieben
 wurde,
 650 ist in den Bereichen Level Playing Field und Menschenrechte unzureichend. Wir können ihm in
 651 seiner jetzigen Form nicht zustimmen.

652 **Aktive Außenwirtschaftspolitik und fairer Wettbewerb**

653 Um legitime Sicherheitsinteressen zu schützen und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle
 654 Marktteilnehmer*innen durchzusetzen, muss die EU reagieren, wenn aus Drittländern mit
 655 unfairen Mitteln auf dem EU-Binnenmarkt agiert wird, sowie eine aktive
 656 Außenwirtschaftspolitik betreiben. Anti-Dumping- und Anti-Subventions-Instrumente müssen
 657 weiterentwickelt werden, um ein Level Playing Field auf globalen Märkten zu erreichen. Die
 658 Anti-Dumping-Regeln müssen noch stärker als bisher auch bei Dumping durch niedrige
 659 ökologische und soziale Standards anwendbar sein. Durch eine Reform
 660 des EU-Beihilferechts können Wettbewerbsverzerrungen durch staatlich geförderte Konzerne
 aus
 661 anderen Weltregionen verhindert werden. Der EU-Prüfmechanismus für ausländische
 662 Direktinvestitionen muss verbessert werden, um zu verhindern, dass europäische Unternehmen
 663 von hochsubventionierten ausländischen Firmen übernommen werden, und ein neues EU-
 Instrument
 664 gegen wirtschaftlichen Zwang soll der EU helfen sich gegen rechtswidrigen ökonomischen Druck
 665 von außen zu wehren. Die deutsche Außenwirtschaftsförderung und ihre Instrumente müssen in
 666 Zukunft – anstelle von fossilen Anlagen und Kraftwerken – Hidden Champions unterstützen, die
 667 beispielsweise Hightech für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen herstellen. Dazu müssen
 668 sie konsequent am 1,5-Grad-Ziel, an der Agenda für nachhaltige Entwicklung und an
 669 Menschenrechten ausgerichtet werden. Mit der EU-Kommission setzen wir uns für einen
 670 Grenzausgleich von CO₂-Kosten ein, damit ambitionierter Klimaschutz nicht zum
 671 Wettbewerbsnachteil wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU mit den Einnahmen aus
 672 diesem Grenzausgleich auch ärmere Handelspartnerländer bei der Dekarbonisierung
 unterstützt.

673 **Fairer Handel für eine nachhaltige Entwicklung im globalen Süden**

674 Die Entwicklungschancen der Länder des globalen Südens sind stark davon abhängig, wie fair
 675 die Handelspolitik gestaltet wird. Fairer Handel muss zum Standard werden, auch um
 676 postkoloniale Kontinuitäten zu durchbrechen. Dieser muss sich am Pariser Klimaabkommen, an
 677 der Agenda für nachhaltige Entwicklung sowie an den UN-Kernmensenrechtsverträgen

orientieren. Bestehende Fair-Handels-Initiativen müssen gefördert werden. Es braucht im Sinne einer nachhaltigen globalen Strukturpolitik dringend eine gerechte Handelspolitik mit den Ländern des globalen Südens, die regionale Wertschöpfung, regionalen Handel und Integration fördert und ihnen genügend Raum lässt, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu schützen sowie durch Exportsteuern die Ausfuhr heimischer Rohstoffe zu beschränken. So wird der Aufbau heimischer Industrien gefördert. Zölle für Länder des globalen Südens auf verarbeitete Produkte sollen gesenkt bzw. abgeschafft werden. Eine Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit zur Flüchtlingsabwehr lehnen wir ab.

Lieferkettengesetz europäisch umsetzen

Viel zu oft kaufen wir Dinge, deren Herstellung auf dem Raubbau an Mensch und Natur basiert, obwohl wir das gar nicht wollen. Damit Unternehmen künftig Umwelt- und Sozialstandards, Menschenrechte sowie Klima- und Artenschutz entlang der gesamten internationalen Wertschöpfungskette durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames Lieferkettengesetz auf nationaler wie europäischer Ebene. Zudem schafft ein solcher verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und er schafft Rechtssicherheit. Den Kern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung dar, auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen werden können.

Nachbesserungen am deutschen Lieferkettengesetz sind dringend notwendig, zum Beispiel eine

Ausweitung der erfassten Unternehmen, aber auch eine Erweiterung der umweltbezogenen Sorgfaltspflichten. Darüber hinaus setzen wir uns auch auf europäischer Ebene für eine ambitionierte, verbindliche Regelung in internationalen Lieferketten ein. Waren, deren Herstellung mit schweren Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel Kinder- oder Zwangsarbeit im Zusammenhang steht, soll der Zugang zum EU-Binnenmarkt verwehrt werden. Auf EU-Ebene werden wir uns zudem für einen Importstopp für Agrarprodukte einsetzen, die im Zusammenhang mit illegaler Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung stehen. Weltweit wird Wald, insbesondere so wichtiger Tropen-, Ur- und Mangrovenwald, mit fortschreitender Geschwindigkeit abgeholzt und abgebrannt – vor allem für die agrarindustrielle Produktion wie den Anbau von Soja und Palmöl, für Bergbau oder Holzeinschlag. Ein Großteil der Güter wird in die EU importiert. Die EU-Holzhandelsverordnung wollen wir stärken, die Verwendung von Soja und Palmöl als Kraftstoff jetzt stoppen und Strategien zur Reduktion von Palmöl und Soja in anderen Bereichen voranbringen. Wir schützen hier und weltweit den Wald, fördern die Wiederbewaldung und Renaturierung zerstörter Flächen und wollen dazu Verträge und Partnerschaften mit entsprechenden Ländern schließen. Wir setzen uns zudem für gentechnikfreie Lieferketten ein. Auf internationaler Ebene muss die Erarbeitung eines rechtsverbindlichen UN-Abkommens zu Wirtschaft und Menschenrechten (Binding Treaty) vorangetrieben werden.

Wir machen die Finanzmärkte stabiler und nachhaltiger

Grüne Finanzmärkte

Im Kampf gegen die Klimakrise und beim sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft spielt das Finanzsystem eine bedeutende Rolle. Noch immer werden Milliarden in fossile Energien und

719 Geschäftsmodelle, die auf der Zerstörung der Ökosysteme und der Verletzung der
 720 Menschenrechte aufbauen – und damit gegen unsere Zukunft –, investiert. Wir werden
 721 durchsetzen, dass sich die öffentliche Hand vollständig aus diesen Investitionen
 722 zurückzieht, wenn weiterhin keine verlässlichen
 723 Schritte für eine nachhaltige Transformation der dahinterstehenden Unternehmen eingeleitet
 724 werden. Öffentlich-rechtliche Banken, Versicherer und Pensionsfonds sowie der Bund als
 725 Investor und Miteigentümer von Unternehmen müssen eine Vorreiterrolle bei der grünen
 726 Finanzwende und der Transformationsfinanzierung einnehmen. Klima- und Umweltrisiken sollen
 727 offengelegt und bei Banken und Versicherungen mit Eigenkapital unterlegt werden sowie bei
 728 Ratings berücksichtigt werden. Alle Anlagen, nicht nur grüne, müssen eine
 729 Nachhaltigkeitsbewertung haben, die für alle Anleger*innen transparent ist. Dabei sind neben
 730 den Klimazielen auch andere Umweltwirkungen, Menschenrechte, Arbeitsnormen und
 731 Entwicklungsziele zu berücksichtigen. Dafür braucht die BaFin eine robuste ESG-
 732 Aufsichtskompetenz gemäß der Sustainable-Finance-Regulierung. Auch in die Anlageberatung
 733 muss diese Bewertung einfließen. Zum Schutz des Klimas, aber auch zum Schutz der
 734 Anleger*innen, brauchen wir eine einheitliche Zertifizierung nachhaltiger Finanzprodukte auf
 735 europäischer Ebene. So sorgen wir dafür, dass Kapital von schmutzigen in grüne und
 736 nachhaltige Investitionen umgelenkt wird. Atomkraft ist keine grüne Geldanlage.

737 **Saubere Bilanzen am deutschen Kapitalmarkt**

738 Beim Bilanzskandal Wirecard sind die zuständigen Wirtschaftsprüfer*innen und die staatliche
 739 Aufsicht an ihrer Aufgabe gescheitert. Erst nachdem ein neues Unternehmen auf die Bilanzen
 740 geblickt hatte, wurde ordentlich geprüft, während man die Jahre davor immer wieder Bilanzen
 741 durchwinkte, um die eigenen Versäumnisse der Vorjahre zu vertuschen. Wir wollen, dass
 742 Unternehmen in der Regel nach sechs Jahren ihre Wirtschaftsprüfer*innen wechseln müssen.
 743 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dürfen nicht gleichzeitig Unternehmen beraten, die sie
 744 prüfen. Die Aufdeckung von Bilanzbetrug muss als Ziel gesetzlich verankert werden.
 745 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen wirksam staatlich beaufsichtigt werden. Die
 746 persönliche Haftung von Entscheider*innen in Unternehmen muss bei Rechtsverstößen
 747 tatsächlich wirksam werden. Auch Aufsichtsräte müssen gestärkt und kompetent besetzt
 werden.
 748 Die Vergütung von Vorständen muss sich am langfristigen Unternehmenserfolg statt am
 749 kurzfristigen Börsenkurs orientieren.

750 **Eine Finanzaufsicht mit Zähnen**

751 Wir brauchen eine Finanzaufsicht mit Zähnen, die Missstände aufzeigt, statt sie zu
 752 ermöglichen. Bei Wirecard hat auch die deutsche Finanzaufsicht (BaFin), wie so häufig zuvor
 753 kläglich versagt. Als Aufseherin verbot die BaFin Leerverkäufe gegen Wirecard und zeigte
 754 Journalist*innen an, die Unregelmäßigkeiten aufdeckten. Das kam einem Persilschein für
 755 Wirecard gleich. Anleger*innen haben im Ergebnis nicht nur ihr Geld, sondern zugleich auch
 756 das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland und seine Aufsicht verloren. Für ehrliche
 757 Unternehmen wird die Finanzierung so künftig schwieriger und teurer. Kultur und
 758 Selbstverständnis der BaFin müssen sich deshalb komplett ändern. Es braucht eine
 759 Fehlerkultur innerhalb der Aufsicht und eine Kultur der Skepsis und des Hinterfragens. Wir
 760 wollen eine Finanzpolizei mit umfassenden Prüfungsrechten schaffen, die Informationen mit
 761 allen zuständigen Behörden im In- und Ausland austauscht. Dem Zoll als Bundesbehörde
 kommen

wichtige Aufgaben im Bereich der Bekämpfung der Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Geldwäsche zu. Momentan ist er personell und organisatorisch nicht in der Lage, diese Funktion zu erfüllen. Wir werden ihn besser und mit den notwendigen rechtsstaatlich abgesicherten Befugnissen ausstatten, damit er künftig schwere Finanzkriminalität effektiv bekämpfen kann.

Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden

Auch über zehn Jahre nach der Finanzkrise geht von Banken noch immer eine Gefahr für die Wirtschaft aus. Noch immer ist nicht ausgeschlossen, dass im Falle einer Pleite die Steuerzahler*innen haften. Wir wollen deshalb zurück zum „Boring Banking“. Banken sollen nicht spekulieren, sondern die Realwirtschaft finanzieren. Statt der immer undurchsichtigeren Regulierungsflut wollen wir einfache und harte Regeln. Die Regulierungslücken bei Schattenbanken, Zahlungsdienstleistern und Fintechs schließen wir, jedes Produkt und jeder Akteur muss reguliert sein. Wir werden die Schuldenbremse (Leverage Ratio) für Banken verbindlich machen und schrittweise auf 10 Prozent erhöhen. Das riskante Investmentgeschäft muss vom Einlagen- und Kreditgeschäft getrennt werden (Trennbankensystem). Auch Investmentbanken müssen konsequent beaufsichtigt und Geschäftsbereiche, die zu Interessenskonflikten führen, ausgegliedert werden. Es braucht eine starke Fusionskontrolle und zu große Banken sollen entflochten werden. Für kleine Banken, von denen kein Risiko für das Finanzsystem ausgeht, sollten hingegen einfachere Regeln gelten. Spekulation und Kurzfristorientierung werden wir, unter anderem durch eine EU-weite Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage, unattraktiv machen. Um die Stabilität und Berechenbarkeit der Finanzmärkte zu erhöhen, werden wir den schädlichen Hochfrequenzhandel eindämmen.

Schmutziges Geld einziehen

Unser Land ist derzeit ein Paradies für Geldwäsche. Wir werden mit einer umfassenden Strategie gegen Geldwäsche vorgehen. Bei allen Gesellschaften, Stiftungen und sonstigen Konstrukten muss umfassende Transparenz über die wirtschaftlich Berechtigten bestehen. Wir befürworten eine Absenkung der Identifizierungspflicht auf 10 Prozent. Lücken und Umgehungsmöglichkeiten des Transparenzregisters werden geschlossen. Die Finanzaufsicht muss in der Geldwäschebekämpfung eine aktive Rolle spielen, statt Verdachtsmeldungen nur weiterzureichen. Im Nichtfinanzsektor, gerade bei Immobilien, bleibt Geldwäsche besonders oft unentdeckt. Wir werden bundesweite Mindeststandards für Aufsicht, Prüfungen, Ressourcen und Personal durchsetzen. Die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Geldwäsche soll vollständig auf den Bund übergehen. Illegale Gelder und Vermögenswerte werden wir umfassend abschöpfen. Das Einfrieren von verdächtigen Finanztransaktionen wollen wir erleichtern und die Dauer von Transaktionsverbieten verlängern, um die Strafverfolgung zu sichern. Wir werden die Einführung einer hohen Obergrenze für Bargeldzahlungen, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, prüfen.

Digitalen Euro einführen

Digitales Bezahlen gewinnt in unserem Alltag stetig an Bedeutung. Es ist bequem, schnell und soll noch sicherer werden. Wir befürworten die Initiative der Europäischen Zentralbank (EZB), einen digitalen Euro zu schaffen. Sie gewährleistet dabei Daten- und Rechtssicherheit

804 für Verbraucher*innen und Unternehmen und erhöht die Effizienz der Euro-Transaktionen. Sie
805 wirkt ungerechtfertigten Kosten durch Oligopole entgegen. Private Firmen können auf dieser
806 Grundlage Produkte und Apps aufbauen. Ein digitaler Euro löst klassisches Bargeld nicht ab,
807 sondern ergänzt es. Eine Aushöhlung des Geld- und Währungsmonopols durch private
Währungen
808 mächtiger Großkonzerne lehnen wir strikt ab. Bei allen digitalen Zahlungen und
809 Kryptowährungen müssen die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten analog zu Regelungen
810 beim Bargeld ab einer gewissen Schwelle ermittelt werden. Zur Bekämpfung von Verbrechen
wie
811 Geldwäsche, Darstellung sexualisierter Gewalt gegen Kinder, Steuerhinterziehung und Terror-
812 Finanzierung braucht es auch für den Bereich des digitalen Bezahlens klare Regeln.
813 Bestehende Kooperationspflichten von Kryptotauschbörsen wollen wir erweitern und
814 Ermittlungsbehörden angemessen in diesem Bereich schulen. Wir wollen den rasanten
815 Entwicklungen im Bereich dezentraler Finanzanwendungen gerecht werden und die Chancen
und
816 Risiken von Kryptowährungen und Blockchains differenziert ausloten.

817 **Wir vollenden die Europäische Wirtschafts- und** 818 **Währungsunion**

819 **In Europas Zukunft investieren**

820 Europas Gesellschaften und Unternehmen leben von einer starken öffentlichen Infrastruktur.
821 Daher ist es umso gefährlicher, dass in den letzten Jahren so sehr auf Verschleiß gefahren
822 und nicht investiert wurde. Wir wollen die Europäische Währungsunion zu einer Sozialunion
823 ausweiten. In wichtigen Zukunftsfeldern wie der Digitalisierung oder der Batterieproduktion
824 droht Europa den Anschluss zu verlieren. Wir werden in der EU konsequent in Klimaschutz,
825 Digitalisierung, Forschung und Bildung investieren. Dafür wollen wir das neu geschaffene
826 Wiederaufbauinstrument verstetigen und in ein permanentes Investitions- und
827 Stabilisierungsinstrument unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments überführen. Damit
828 sollte die EU sowohl in wichtige Zukunftsbereiche investieren als auch in Krisen
829 stabilisierend wirken können. Gleichzeitig stärken wir den EU-Haushalt, indem wir ihn mit
830 eigenen Einnahmen ausstatten. Die EU soll die Einnahmen des CO₂-Grenzausgleichs erhalten.
831 Auch die Besteuerung von Plastik und Digitalkonzernen und möglichst auch der
832 Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Wir wollen gemeinsam mit unseren
833 europäischen Partnern den Stabilitäts- und Wachstumspakt so reformieren, dass ein zu hoher
834 Kürzungs- und Privatisierungsdruck verhindert wird und Zukunftsinvestitionen in allen
835 Mitgliedsländern weiter erhöht werden können. Öffentliche Daseinsfürsorge, gute
836 Gesundheitsversorgung und Bildung müssen in allen europäischen Mitgliedsländern gestärkt
837 werden.

838 **Währungsunion vollenden, Europa krisensicher aufstellen**

839 Es war ein Fehler, dass die Konservativen jahrzehntelang eine eigene Fiskalpolitik Europas
840 verhindert haben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die EU mit einem nachhaltigen
841 Investitionsfonds ein Instrument für eine dauerhafte, eigene Fiskalpolitik erhält. Der Fonds
842 stabilisiert im Krisenfall und investiert in europäische öffentliche Güter wie Klima,
843 Forschung, digitale Infrastruktur, Eisenbahn und Bildung. Er muss so gestaltet werden, dass
844 er im Krisenfall nicht durch einzelne Länder blockiert werden kann und eine starke Kontrolle

845 durch das Europaparlament sichergestellt ist. Der Europäische Stabilitätsmechanismus wird zu
846 einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt. In ihm erhalten die Länder eine nicht
847 konditionierte kurzfristige Kreditlinie. So wird Spekulation gegen einzelne Staaten schon im
848 Vorfeld abgewendet. Die Bankenunion wird durch eine gemeinsame Einlagensicherung als
849 Rückversicherung vollendet, damit jeder Euro überall gleich sicher ist. Durch eine
850 gemeinsame und stärker antizyklische Fiskalpolitik entlasten wir die Zentralbank und sorgen
851 dafür, dass sie künftige Brände nicht wieder alleine löschen muss. Darüber hinaus begrüßen
852 wir, dass die EZB ihrer Verantwortung für die Stabilität des Euro in allen Mitgliedstaaten
853 nachkommt, indem sie Zinsunterschiede innerhalb der Eurozone in Grenzen hält. Wir stehen zur

854 Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Gleichzeitig begrüßen wir die Debatte der EZB
855 über ihre neue geldpolitische Strategie. Die Klimakrise hat massive Rückwirkungen auf unsere
856 Volkswirtschaften, es ist deshalb sinnvoll, dass alle geldpolitischen Maßnahmen den Einfluss
857 der Klimakrise auf die Geldwert- und Finanzstabilität berücksichtigen. Zudem hat die EZB die
858 Aufgabe, die allgemeine Wirtschaftspolitik der EU zu unterstützen. Wie sie den Europäischen
859 Green Deal mit seinen ökologischen und sozialen Zielen als wirtschaftspolitische
860 Leitstrategie der EU stärkt, obliegt ihrer unabhängigen Entscheidung.

861 **Euro zur Leitwährung machen**

862 Wir wollen, dass sich der Euro zu einer glaubwürdigen, internationalen Leitwährung
863 entwickelt, damit Europa seine Souveränität bewahrt und ausbaut. Langfristig soll ein
864 starker und stabiler Euro seinen Platz in einem kooperativen globalen Weltwährungssystem
865 finden. Der Euro ist ein wesentlicher Baustein einer umfassenden Strategie, die europäische
866 Werte auf der globalen Ebene stärkt und durchsetzt. Wir werden sichere europäische
867 Vermögenswerte schaffen, in denen die Welt sparen kann. In Zukunftsmärkten wie Investitionen

868 in Klimaschutz soll der Euro das internationale Zahlungsmittel werden. Um die internationale
869 Rolle des Euro zu stärken, braucht es aber auch innereuropäische Solidarität: Wir wollen
870 Ungleichgewichte gemeinsam in Überschuss- und Defizitländern reduzieren sowie wirtschafts-
871 und finanzpolitische Entscheidungen als Gemeinschaft treffen.

872 **Wir haushalten solide, weitsichtig und gerecht**

873 **Bundeshaushalt wird zukunftstauglich**

874 Wir wollen den Bundeshaushalt nachhaltiger, gerechter und transparenter machen.
Nachhaltiger
875 wird er, wenn wir die umweltschädlichen Subventionen endlich beenden. Immer noch
876 subventionieren die öffentlichen Haushalte des Landes mit über 50 Milliarden Euro
877 klimaschädliches Verhalten. Wir werden diese Subventionen schrittweise abbauen und den
878 Bundeshaushalt klimagerecht machen. In einem ersten Schritt können wir so über 15 Milliarden
879 Euro jährlich einnehmen und sie für die Finanzierung von Klimaschutz und sozialer
880 Gerechtigkeit einsetzen. Für die Ausgaben des Bundes streben wir eine Klima- und
881 Biodiversitätsquote an, die schrittweise steigen soll. Zur Finanzierung dieser nachhaltigen
882 Ausgaben setzen wir auf grüne Anleihen. Mit dem Gender Budgeting erreichen wir eine
883 konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung von Gleichstellungsaspekten bei finanz- und
884 haushaltspolitischen Entscheidungen. Das macht den Haushalt gerechter. Durch die Gestaltung
885 des Bundeshaushaltes nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung machen wir ihn

886 transparenter und generationengerechter. Unser Steuersystem wollen wir schrittweise so
887 umbauen, dass Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch stärker besteuert werden und dafür
888 beispielsweise Steuern und Abgaben auf Arbeit verringert werden, oder die Einnahmen etwa als
889 Energiegeld zurückgegeben werden.

890 **Sorgsamer Umgang mit Steuergeld**

891 In den vergangenen Jahren wurde im großen Umfang Geld im Bundeshaushalt verschwendet.
Die
892 Pkw-Maut war ein Desaster mit Ansage. Das Verteidigungsministerium hat Millionen in teure
893 Beraterverträge versenkt. Schlecht gemachte öffentlich-private Partnerschaften haben sich
894 für die privaten Unternehmen als lukrativ und für die Steuerzahler*innen als teuer erwiesen.
895 Wir werden sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler*innen umgehen. Das und das Streichen von
896 überflüssigen Ausgabeposten hat für uns Vorrang vor Kreditaufnahme und
Einnahmeerhöhungen.
897 Wir werden künftig Transparenz herstellen und alle ÖPP-Verträge veröffentlichen.
898 Grundsätzlich wollen wir, dass ÖPP nur dann in Betracht kommen dürfen, wenn sich durch sie,
899 langfristig und sicher, ein Mehrwert oder geringere Kosten für die Steuerzahler*innen
900 ergeben. Im Verkehrsbereich wollen wir ÖPP-Projekte gesetzlich ausschließen. Die Kontrolle
901 bei Bauvorhaben und großen öffentlichen Beschaffungen wird verbessert. Weitere
902 Privatisierungen öffentlicher Unternehmen im Bereich der öffentlichen Pflichtaufgaben der
903 Daseinsvorsorge lehnen wir ab.

904 **Schuldenbremse reformieren, Investitionsregel einführen**

905 Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Die Zinsen
906 sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist hoch. Wir haben aber
907 ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland gehört
908 beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in unser
909 Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand gefährden.
910 Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz für Bund und Länder zeitgemäß gestalten,
sodass
911 die Tragfähigkeit der zukünftigen Zinslast gewährleistet ist, und zugleich die so dringenden
912 Investitionen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen
913 strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen, erlauben
914 wir eine begrenzte Kreditaufnahme in Höhe der Netto-Investitionen. So
915 schaffen wir öffentliches Vermögen, das uns allen gehört, denn die Rendite öffentlicher
916 Investitionen ist hoch, während der Bund keine Zinsen für seine Kredite bezahlt.

917 **Mehr Steuergerechtigkeit schaffen**

918 Steuern sind die Grundlage für die Finanzierung unseres Gemeinwesens und zentraler Hebel für
919 Gerechtigkeit. Wir möchten es gerechter und transparenter für die Bürger*innen machen.
920 Angesichts der Corona-Krise wird die Lage der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren
921 sehr
922 angespannt sein. Daher müssen alle Veränderungen im Steuerrecht mindestens

aufkommensneutral

sein. Ziel ist, dass alle einen fairen Beitrag leisten. Heute aber tragen die obersten 10 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren Einkommen. Das ändern wir, indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz moderat anheben. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare wird eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Prozent. Zusätzlich werden hohe Manager*innengehälter oberhalb von 500.000 Euro nicht mehr zum Abzug als Betriebsausgaben zugelassen. Kapitalerträge werden unter Beibehaltung des Sparerfreibetrages mit dem individuellen Steuersatz veranlagt. Banken und andere Finanzinstitute behalten weiterhin Kapitalertragsteuer ein, die eine Vorauszahlung auf die persönliche Einkommensteuer darstellt. Für auf Unternehmensebene bereits versteuerte Einkommen wie Dividenden gilt wieder generell das Teileinkünfteverfahren, das die Kapitalerträge auf Anlegerebene teilweise steuerlich freistellt. Aktienkleinanleger*innen entlasten wir so spürbar und nähern uns dem Ideal eines finanzierungsneutralen Steuersystems an. Wir werden die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Grundstücken und Immobilien abschaffen. Auch werden wir die Steuerfreiheit für andere Veräußerungsgewinne, beispielsweise beim Handel mit Edelmetallen, Rohstoffen oder Kryptowerten, abschaffen. Untere und mittlere Einkommen entlasten wir unter anderem durch die Einführung einer Kindergrundsicherung und durch unser Energiegeld. Soweit durch mobiles Arbeiten Kosten für Arbeitnehmer*innen entstehen, müssen diese vom Arbeitgeber erstattet werden oder steuerlich als Werbungskosten absetzbar sein. Die Vermögensungleichheit in Deutschland hat stark zugenommen und liegt weit über dem EU-Durchschnitt. Das liegt unter anderem daran, dass es sehr reichen Menschen möglich ist, durch Gestaltungen einer Besteuerung von Vermögen, etwa bei der Erbschaftssteuer, nahezu komplett zu entgehen. Wir wollen solche Gestaltungsmöglichkeiten abbauen und große Vermögen wieder stärker besteuern. Dafür gibt es verschiedene Instrumente wie zum Beispiel die Erbschaftssteuer oder die Vermögensteuer. Die Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument. Die Länder sollten die Einnahmen dieser Steuer für die Finanzierung der wachsenden Bildungsaufgaben einsetzen. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen. Begünstigungen für Betriebsvermögen werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen. Dabei streben wir Lösungen an, die zusätzliche Anreize für Investitionen schaffen und die besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familienunternehmen berücksichtigen. Ungerechtfertigte Ausnahmen im Bereich der Umsatzsteuer bauen wir ab und sorgen dadurch auch hier für mehr Fairness bei der Finanzierung staatlicher Aufgaben.

960 **Konsequent gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung vorgehen**

961 Jedes Jahr verlieren die Steuerzahler*innen hohe Milliardenbeträge durch Steuerhinterziehung
 962 und aggressive Steuervermeidung. Wir wollen mit einer umfassenden Strategie dagegen
 963 vorgehen. Die EU-weite Anzeigepflicht für Steuergestaltungen muss um eine Verpflichtung für
 964 rein nationale Gestaltungen ergänzt werden. Wir setzen uns auf internationaler Ebene für
 965 eine globale Allianz gegen Steuerhinterziehung ein. Zusätzlich zur bestehenden Steuerpflicht
 966 nach dem Wohnsitz wird eine Steuerpflicht auch nach der Nationalität für Menschen mit hohem
 967 Einkommen, ähnlich wie in den USA, eingeführt, um rein steuerlich motivierte Wohnsitzwechsel
 968 zu verhindern. Wir werden regelmäßig die Steuerlücke schätzen lassen. Die Steuerverwaltung
 969 muss deutlich gestärkt werden. Um Vollzugsdefizite bei der Bekämpfung von Steuervermeidung
 970 großer Konzerne und reicher Bürger*innen zu beheben, schaffen wir eine Spezialeinheit auf
 971 Bundesebene. Steuerhinterziehung ahnden wir härter, die Umgehung der Grunderwerbssteuer
 mit
 972 Share Deals muss endlich unterbunden werden. Cum-ex- und Cum-cum-Geschäfte beenden wir,
 wo
 973 sie immer noch möglich sind, und kümmern uns mit Nachdruck um eine konsequente
 Einziehung
 974 der entstandenen Schäden durch die Länder.

975 **Konzerne angemessen besteuern**

976 Durch Buchungstricks verschieben große Konzerne ihre Gewinne in Steuersümpfe, aus Europa
 wie
 977 aus vielen armen Ländern. So fehlen Milliarden für unsere Infrastruktur, und die Firmen
 978 verschaffen sich unfaire Wettbewerbsvorteile gegenüber kleineren Unternehmen. Darum
 kämpfen
 979 wir für ein international verbindliches Regelwerk, das Mindeststandards für die
 980 Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt, sowie die Stärkung des UN-Steuer-
 981 Komitees. Die internationalen Mindeststeuersätze für Großunternehmen wollen wir in
 982 Deutschland und Europa ambitioniert umsetzen. Europa soll die Mindeststeuersätze Amerikas
 983 nicht unterbieten, sondern transatlantisch für höhere Mindeststeuersätze streiten. Zudem
 984 brauchen wir harte EU-Regeln gegen den Missbrauch von Briefkastenfirmen zur
 985 Steuervermeidung. Auch zu Hause werden wir aktiv: Wir wollen dafür sorgen, dass Konzerne
 986 ihre Gewinne, Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern umfänglich öffentlich machen
 müssen.
 987 In der EU führen wir eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und

 988 einen Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen ein. Google, Facebook
 989 und Co. werden mit einer Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuert. Eine
 990 Übergewinnsteuer für andere Sektoren werden wir prüfen. Banken und Steuerberater*innen
 991 verbieten wir, Geschäfte in Steuersümpfen zu tätigen oder dorthin zu vermitteln. Wir setzen
 992 uns dafür ein, auch in Steuerfragen zu Mehrheitsentscheidungen in der EU überzugehen. Soweit

 993 europäische Einigungen nicht gelingen, gehen wir voran, in verstärkter Zusammenarbeit oder
 994 gemeinsam mit einzelnen Staaten. National gehen wir gegen Gewinnverschiebungen mit einer
 995 verschärften Zins- und Lizenzschränke und mit Quellensteuern vor.

Kapitel 5: Zusammen leben

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 13.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-Z Kapitel 5: Zusammen leben

1 Kapitel 5: Zusammen leben

2 Unsere vielfältige Gesellschaft ist stark. Weil Menschen sich engagieren, beim Sport, bei
3 der freiwilligen Feuerwehr, in Musikschulen, in religiösen Gemeinden oder am Sorgentelefon,
4 Junge für Alte, Alte für Junge. Weil es ein breites Kulturangebot gibt, eine vielfältige
5 Medienlandschaft. Weil die Jugend sich einmischt, weil Menschen in Kommunalparlamenten
6 Verantwortung übernehmen, sich Bürger*innen in Foren einbringen und das Schicksal ihrer Orte
7 in die Hand nehmen.

8 Aber Demokratie ist nie fertig. Unser demokratisches Zusammenleben in Deutschland und
Europa
9 ist ein Versprechen, das wir immer wieder neu erfüllen müssen. Es verspricht gleiche
10 Entfaltungsmöglichkeiten und Rechte für alle, die hier leben. Für Demokratie, Freiheit und
11 Toleranz sind mutige Menschen in der Vergangenheit auf die Straße gegangen:
12 Bürgerrechtler*innen, Umweltbewegte, Friedensaktivist*innen und Frauenrechtler*innen. Und
13 auch in der Gegenwart kämpfen Menschen für eine vielfältige, offene und tolerante
14 Gesellschaft. Bündnisgrüne Politik knüpft daran mit einem gesamtdeutschen Blick an, der die
15 Besonderheiten der Regionen anerkennt. Es ist oft anstrengend, teils eine Zumutung, wenn
16 andere Ansichten und Werthaltungen akzeptiert und respektiert werden müssen, wenn es den
17 einen zu schnell und den anderen zu langsam vorangeht. Aber vor allem ist es eine Stärke:
18 zuhören, den Dialog suchen, inhaltlich ringen. So haben wir als demokratische Gesellschaft
19 die Herausforderungen der letzten Jahrzehnte gemeistert. Nun gilt es mit voller
20 Gleichberechtigung und mehr Beteiligung unsere liberale Demokratie zu stärken, in
21 Deutschland und in Europa, auf den Straßen, in den Parlamenten, und unsere Institutionen fit
22 zu machen für die Aufgaben dieses Jahrzehnts.

23 Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Nur wenn Würde
24 und gleiche Rechte unverhandelbar sind, wenn alle Menschen in unserer Gesellschaft, in
25 unserem Europa gleichen Schutz und gleiche Chancen haben und ihre Rechte in Anspruch
nehmen

26 können, kommen Freiheit und Sicherheit – individuelle und gesellschaftliche – heraus und
27 wird Gerechtigkeit befördert. Dieser Anspruch ist jedoch noch nicht voll verwirklicht. Wenn
28 mit Frauen die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert und
29 bezahlt wird und Menschen noch immer Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus
erleben,

30 ist die Demokratie nicht vollkommen. Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe, mehr
31 Selbstwirksamkeit und mehr Repräsentanz, zum Beispiel für Menschen in prekären
32 Lebensverhältnissen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder mit Behinderung. Eine
33 gleichberechtigte Gesellschaft braucht Politik, die Strukturen verändert.

34 Rassismus trifft uns nicht alle, aber er geht uns alle an. Wenn wir als Gesellschaft lernen,
 35 Vielfalt als kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reichtum zu begreifen,
 36 schützen wir uns gegenseitig vor Gewalt, Hetze, Ausgrenzung, Frauenhass, Queerfeindlichkeit
 37 und Rassismus. Aber das reicht noch nicht. Wir wissen, dass aus diskriminierenden Worten
 38 Taten werden. Die Angriffe von Demokratiefeind*innen, insbesondere von rechts, treffen
 39 unsere demokratische Gesellschaft bis ins Mark. Sie zielen auf Menschen beim Beten, beim
 40 ausgelassenen Beisammensein oder in den Institutionen des Staates. Ihnen muss mit einer
 41 antirassistischen und antifaschistischen Haltung klar entgegengetreten werden. Unsere
 42 Demokratie muss wehrhaft dagegenhalten, mit einer starken Zivilgesellschaft, selbstbewussten
 43 Parlamenten, einer gut ausgestatteten und bürger*innennahen Polizei und einer schnell
 44 handlungsfähigen, unabhängigen Justiz. Es ist Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür
 45 zu schaffen.

46 Wie wir unser Zusammenleben gestalten, hängt stark vom Zusammenspiel zwischen
 Bürger*innen
 47 und dem Staat ab. Wenn Menschen beteiligt und gehört werden, geht Planung schneller. Wenn
 48 Jugend mitentscheidet, werden Entscheidungen besser und zukunftsfester. Wenn
 49 Gleichberechtigung und Vielfalt herrschen, werden sie ausgewogener und nachhaltiger. Wir
 50 wollen deshalb mehr Möglichkeiten schaffen, damit Menschen sich einbringen können.

51 Immer mehr Herausforderungen sind europäisch und global. Sie bewältigen wir nur in einer
 52 starken Europäischen Union, die Handlungswillen und Handlungsfähigkeit zusammenbringt und
 53 die von ihren Bürger*innen aktiv und demokratisch mitgestaltet wird. Darum denken wir unsere
 54 Demokratie konsequent europäisch, wollen diese vertiefen und stärken, lähmende Blockaden
 55 strukturell überwinden – und so Zukunftsfragen beherzt angehen. Unser Fixstern für die
 56 Weiterentwicklung der Europäischen Union ist die Föderale Europäische Republik mit einer
 57 europäischen Verfassung.

58 Die Pandemie hat etliche Defizite bei ihrer Bekämpfung wie unter dem Brennglas offenbart:
 59 Faxgeräte im Dauerbetrieb, fehlendes Personal und überbordende Bürokratie verhindern ein
 60 effektives staatliches Handeln. Unser Ziel ist ein moderner, engagierter Staat, der mit
 61 einer effizienten, zugänglichen Verwaltung transparent, offen und in der Lage ist, Krisen
 62 effektiv zu managen, digitale Teilhabe zu sichern und es den Bürger*innen insgesamt leicht
 63 macht, ihren Alltag zu bewältigen und ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Gewohnte
 64 Traditionen und Prinzipien müssen überdacht werden, denn eine inklusive digitale
 65 Transformation und die Modernisierung von Verfahren sind zentrale Bausteine, um
 66 Demokratie, Teilhabe und Zusammenarbeit zu stärken. Um diese Aufgabe zu stemmen, ist eine
 67 bessere strukturelle Verankerung der Digitalisierung auf allen Verwaltungsebenen notwendig.
 68 Wir wollen mit Anstand und Transparenz regieren. Gleichberechtigung, Kooperation sowie der
 69 Zusammenhalt in Vielfalt sind Maßstäbe, um einen bürger*innennahen Staat zu verwirklichen.

70 **Wir machen den Staat effektiver und bürger*innennäher**

71 **Planungs- und Investitionsbeschleunigung: bessere Qualität für schnellere Umsetzung**

72 Deutschland braucht im nächsten Jahr eine Modernisierungsoffensive. Die
 73 Schieneninfrastruktur, erneuerbare Energien und die Energienetze müssen ausgebaut, Schulen,
 74 Straßen und Brücken saniert, digitale Infrastrukturen aufgebaut werden. Doch derzeit dauert
 75 es oft viel zu lange, solche Projekte zu realisieren, Investitionsmittel fließen nicht ab.

76 Das wollen wir ändern. Für eine Planungsbeschleunigung schaffen wir mehr öffentliche
77 Planungskapazitäten. Wir starten auf allen Ebenen eine Personaloffensive in Planungsbehörden
78 und zuständigen Gerichten. Verfahren werden durch die Bündelung von Genehmigungen
79 verschlankt und die vorhandenen Ansätze von „konzentrierten Genehmigungen“ auf alle
80 zentralen Infrastrukturprojekte ausgedehnt. Außerdem führen wir behördeninterne Fristen ein
81 und achten bei allen Planungen auf Inklusion. Zudem soll der Bundestag mehr Verantwortung
82 bei Infrastrukturprojekten übernehmen, wenn darüber Konfliktlösungen schneller erreicht
83 werden können. Auch die frühzeitige Einbindung der Bürger*innen vor Ort führt in der Regel
84 dazu, dass Projekte schneller und besser abgeschlossen werden können. Ziel ist, alle
85 Planungs- und Umsetzungszeiten zu halbieren.

86 **Digitale Ämter - serviceorientiert, schnell und zuvorkommend**

87 Jeden Tag verrichten gut ausgebildete Fachleute in den Behörden ihre Arbeit, um das Land am
88 Laufen zu halten. Dennoch ist für viele Menschen der Kontakt zu deutschen Behörden
89 unkomfortabel und unzeitgemäß. Ein Grund dafür sind unzureichende Technik und veraltete und
90 überkommene Abläufe. Mit barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen
91 Beteiligungsformaten und Open Government wollen wir unsere Verwaltung modernisieren und
92 unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abbauen. Verwaltungsverfahren sollen stets
93 digital gedacht und gestaltet werden, vor allem auch in der Zusammenarbeit mit Unternehmen.
94 Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die Türen des Staates auch für den persönlichen
95 Kontakt mit den Bürger*innen geöffnet bleiben und durch mobile Angebote ergänzt werden. Die
96 Nutzung der digitalen Verwaltungsleistungen soll über einen zentralen Zugang erfolgen. Der
97 Austausch von Unterlagen unter den Behörden muss nach Zustimmung und unter Beachtung
des
98 Datenschutzes möglich sein. Damit die Verwaltung all dies leisten kann, muss sie selbst
99 digitalisiert werden. Wir setzen uns gemeinsam mit den Ländern dafür ein, dass
100 die Verwaltung flächendeckend mit der modernsten Technik ausgestattet wird, vom
Gesundheits-
101 bis zum Bürger*innenamt. Digitalisierung wird das Verhältnis von Staat und Bürger*innen auf
102 eine neue Basis stellen. Wir verfolgen dabei die Vision eines digitalen, antragslosen und
103 proaktiven Sozialstaats. In diesem werden Leistungen des Staates ohne komplizierte Anträge
104 geprüft und automatisch den Berechtigten bereitgestellt.

105 **Der Personalausweis auf dem Smartphone**

106 Wer mit einer digitalen Identität ausgestattet ist, kann sich bequem authentifizieren und
107 sicher kommunizieren. Was in skandinavischen Ländern schon lange Praxis ist – Behördengänge
108 einfach mit dem Smartphone erledigen zu können –, wollen wir auch hier erreichen und dabei
109 auch von Anfang an Möglichkeiten für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ganzheitlich denken.
110 Wir wollen digitale Serviceangebote der Verwaltung als Plattform für Staat, Wirtschaft und
111 Zivilgesellschaft begreifen und durch modulare sowie sichere Komponenten einen Mehrwert für
112 alle schaffen. Bestehende Systeme wollen wir zusätzlich öffnen und ermöglichen, dass
113 öffentliche Stellen auch Identitätsmerkmale bestätigen können. So wollen wir eine
114 Identitätsinfrastruktur schaffen, die es natürlichen und juristischen Personen erlaubt, ihre
115 digitale Identität mit Hilfe von Smartphones, Onlinediensten oder Ausweisdokumenten zu
116 nutzen. Mit Offenheit und Technologieneutralität wollen wir EU-weit interoperable digitale

117 Identitäten zu einer Basisinfrastruktur unseres digitalen Gemeinwesens machen. Für die
 118 Kommunikation mit der öffentlichen Hand wollen wir ein offenes System schaffen, das einen
 119 Ende-zu-Ende-verschlüsselten Austausch von Nachrichten ermöglicht. Bürger*innen sollen
 einen
 120 Anspruch auf die digitale Zustellung von Behördendokumenten erhalten. Dabei benötigen
 121 Menschen, die nur analog unterwegs sind, Unterstützung durch Weiterbildung und Hilfe. Jede
 122 Person soll mit einer kostenfreien digitalen Identität ausgestattet sein, um sich digital
 123 ausweisen und digital unterschreiben zu können. Ein solches Smartphone-Wallet kann in allen
 124 Sektoren verwendet werden. Im Rahmen einer ganzheitlichen E-Government-Strategie wollen
 wir
 125 einen Mobilpass für unterschiedlichste Mobilitätsangebote, Serviceangebote der Verwaltung,
 126 E-Health- und E-Justice-Infrastrukturen und auch digitale Beteiligungsformate ermöglichen.
 127 Gleichzeitig wollen wir die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass auch die Wirtschaft
 128 branchenübergreifend dieses Verfahren nutzen kann, etwa für sichere Loginverfahren, Finanz-
 129 und Versicherungsdienstleistungen oder durch digitale Vollmachten erlaubte Zugriffe auf
 130 öffentliche Register, etwa zur Verifikation von Führerscheinen. Die EU und Deutschland
 131 müssen bei hoheitlichen digitalen Identitäten Vorreiter sein und Vertrauen durch
 132 Souveränität schaffen.

133 **Transparenzgesetz für Open Data**

134 Der Zugang zu staatlichen Datenbeständen ermöglicht innovative, elektronische
 135 Dienstleistungen sowie neue demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Auch für neue
 136 technologische Anwendungen ist der geregelte Zugang zu offenen Daten aus staatlichen
 137 Beständen wichtig. Durch die Vorlage eines Bundestransparenzgesetzes werden wir staatliche
 138 Datenbestände der Allgemeinheit nach den Prinzipien der Open Data zur Verfügung stellen. So
 139 heben wir den Schatz von mit öffentlichen Mitteln erwirtschafteten, nicht
 140 personenbeziehenden Daten. Das bestehende Datenportal GovData wollen wir zu einem
 zentralen
 141 und nutzerfreundlichen Open- und E-Government-Portal ausbauen. Zur Sicherung umfassender,
 142 gleichberechtigter Teilhabe und einer souveränen Verwaltung wollen wir, wo immer dies
 143 möglich ist, offene Standards, Schnittstellen und Software nutzen, die entstehende Software
 144 unter freier Lizenz veröffentlichen und werden sie als Standard in die Vergabe- und
 145 Vertragsordnungen für öffentliche Gelder aufnehmen.

146 **Erneuerung braucht gute Daten**

147 Auch die Corona-Krise hat wieder einmal gezeigt, dass Deutschland bei der Verfügbarkeit von
 148 Daten weit hinter vergleichbaren Ländern zurückliegt. Während in den USA viele Daten quasi
 149 in Echtzeit vorlagen und politische Maßnahmen zeitnah evaluiert werden konnten, fehlen bei
 150 uns hinreichende und schnell verfügbare Daten. Wir wollen das ändern und zeitnah Daten der
 151 Forschung, den politischen Entscheidungsträger*innen und der Zivilgesellschaft zur Verfügung
 152 stellen. Wir richten ein öffentliches Dateninstitut mit einem gesetzlichen Forschungsauftrag
 153 ein, um Grundsatzfragen zur besseren Verfügbarmachung oder Anonymisierung von Daten zu
 154 behandeln und die Vernetzung, Entwicklung von Standards und Lizenzmodellen voranzutreiben.
 155 Ziel ist es, die Forschung in dem Bereich zu verbreitern, neue Ansätze zu testen, den
 156 Austausch zwischen verschiedenen Projekten zu befördern und beratend bei der
 Zusammenführung
 157 von Daten zu unterstützen, damit soll auch Missbrauch verhindert und Schlichtungen sollen

158 begleitet werden. Es braucht einen Paradigmenwechsel hin zu gemeinsamen Standards statt
159 abgeschotteter Datensilos und zum Beispiel die Möglichkeit, über Datentreuhandmodelle
160 einfaches und datenschutzfreundliches Datenteilen zu ermöglichen. Das Statistische Bundesamt

161 stärken wir ebenfalls, um die Datenverfügbarkeit für Politik, Öffentlichkeit und die
162 Forschung zu verbessern und die Daten zeitnäher zur Verfügung zu stellen.

163 **Klimaneutrale Bundesverwaltung**

164 Klimaschutz braucht Vorreiter und Vorbilder. Wir wollen, dass die Bundesverwaltung endlich
165 beides wird. Die Bundesverwaltung muss klimaneutral werden. Das umfasst sowohl die
166 Versorgung mit Ökostrom und den Fuhrpark der Bundesbehörden als auch die Gebäude des
Bundes,
167 die mit erneuerbaren Heiz- und Kühlsystemen ausgestattet und umfassend energetisch
168 modernisiert werden. Mit der Einführung eines Solarstandards über Neubauten hinaus werden
169 die Dächer der Bundesbehörden zu Kraftwerken. Bei Dienstreisen sind Flugreisen auf ein
170 Minimum zu begrenzen. Zudem sorgen wir dafür, dass der Bund seine Beschaffung und seine
171 Förderkriterien an der Einhaltung von ökologischen, Menschenrechts- und sozialen Standards
172 orientiert. Bei der Ausschreibung und Förderung von öffentlichen Vorhaben wollen wir bei der
173 Wirtschaftlichkeitsberechnung einen CO₂-Schattenpreis zugrunde legen. So geht die Politik
174 mit gutem Beispiel voran.

175 **Der lernende Staat**

176 Corona- und Klimakrise führen uns vor Augen, mit welch großen Herausforderungen Regierung
177 und Verwaltung heute umgehen müssen. Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung in die Lage
178 versetzt wird, vorausschauend zu handeln und sich zugleich zügig und konsequent an ihre
179 jeweiligen Aufgaben anpassen zu können. Dafür braucht es eine Kultur behördlicher
180 Zusammenarbeit sowie der Ermöglichung innovativer Ansätze. Innovationseinheiten und agile
181 Projektteams in den Behörden sollen diesen Kulturwandel befördern und zugleich für
182 Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg sorgen. Flexible Arbeitszeiten und eine positive
183 Fehlerkultur stärken die Akzeptanz neuer Verhaltensmuster. Die Behörden sollen eng und
184 transparent mit Wissenschaften, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, sich
185 untereinander vernetzen sowie neue Ideen testen. Künstler*innen und andere Kreative sollen
186 als Ideen- und Impulsgeber*innen in Transformationsprozesse einbezogen werden.

Mitarbeitende

187 und Beamt*innen der öffentlichen Verwaltung sollen außerdem in ihrer Expertise und
188 Kreativität, etwa durch Fortbildungen, gefördert und gestärkt werden. Wir setzen uns zudem
189 für mehr Kooperation der Ministerien bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele ein.

190 **Justiz entlasten und digitalisieren**

191 Gerichte und Strafverfolgungsbehörden haben mit einer hohen Arbeitsbelastung zu kämpfen.
192 Verfahren dauern zu lang. Hier braucht es dringend Entlastung durch mehr Personal, durch
193 außergerichtliche Streitbeilegung, durch die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten und
194 durch eine flächendeckende Ausstattung der Justiz mit der nötigen Technik. Wir wollen
195 grundsätzlich die Justiz serviceorientierter gestalten und hierzu neue Wege suchen. Die
196 Digitalisierung der Justiz wie auch ihren Personalbedarf werden wir durch einen Bund-Länder-
197 Digitalpakt Justiz in Fortsetzung und Konkretisierung des Ende 2021 auslaufenden Pakts für

198 den Rechtsstaat mit ausreichender Finanzierung umsetzen. Polizei und Staatsanwaltschaft
199 müssen digital zusammenarbeiten können, wozu es einheitliche Programme und zureichende
200 Bandbreiten braucht. Wir fördern und vereinfachen die elektronische Kommunikation zwischen
201 Bürger*innen und Justiz. Dazu gehört der leichte Zugang zum Recht durch schnelle Online-
202 Verfahren für einfache Rechtssachen und zu stärkenden konsensualen Verfahren der
203 Streitbeilegung. Wir wollen das externe ministerielle Einzelfallweisungsrecht gegenüber der
204 Staatsanwaltschaft beschränken und transparent machen und den Ländern ermöglichen,
Modelle
205 der gerichtlichen Selbstverwaltung zu erproben.

206 **Den öffentlichen Dienst stärken und modernisieren**

207 Der öffentliche Dienst, die Millionen Menschen, die in Verwaltungen, Ministerien und
208 Behörden arbeiten, sind ein Rückgrat unserer Demokratie und das Fundament unseres
209 Gemeinwesens. Doch in den letzten Jahrzehnten wurde zu oft am öffentlichen Dienst gespart
210 und gekürzt – die Konsequenzen spüren wir heute alle. Damit unser Staat mit den großen
211 Herausforderungen Schritt halten kann, müssen die Mitarbeiter*innen unseres Gemeinwesens
212 dazu in die Lage versetzt werden. Wir wollen deshalb den öffentlichen Dienst wieder stärken
213 und ihn zugleich modernisieren. Mehr Stellen, gerade im IT- und Planungsbereich, gute
214 Bezahlung, flexible Laufbahnen, mehr Durchlässigkeit machen den öffentlichen Dienst fit für
215 das 21. Jahrhundert. Dazu starten wir eine große Fortbildungsoffensive für die öffentliche
216 Verwaltung und werden die Digitalisierung zum Schwerpunkt einer jeden
Verwaltungsausbildung
217 machen.

218 **Vielfalt in der Verwaltung**

219 Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich auch in ihrer Verwaltung widerspiegeln. Das stärkt
220 die staatlichen Institutionen und trägt zu Vertrauen und Bürger*innennähe bei. Eine diverse
221 und diskriminierungskritische Verwaltung entsteht aber nicht von selbst, sondern benötigt
222 Mittel, Strukturen und gezielte Förderung. Im Bereich des öffentlichen Dienstes und der
223 Unternehmen mit Bundesbeteiligung hat der Staat die Möglichkeit, als gutes Beispiel in
224 Sachen Vielfalt voranzugehen und ein Diversity-Mainstreaming in der gesamten Verwaltung
225 einzuführen. Dazu gehört beispielsweise, Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu fördern und
226 bei der Einstellungs- und Beförderungspraxis nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter,
227 sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt zu beachten, diskriminierungskritische
228 Organisationsentwicklungen in öffentlichen Behörden und Unternehmen durchzuführen und in
den
229 Unternehmensleitbildern das Ziel der Gleichberechtigung und der Repräsentanz diskriminierter
230 Gruppen zu verankern sowie diversitätssensible Weiterbildungen anzubieten. Ganz besonders
231 gilt dies für die im Bewerbungsprozess besonders relevanten Einheiten wie die
232 Personalabteilung oder Einstellungskommissionen, die so weit wie möglich geschlechtergerecht
233 und vielfältig zu besetzen sind. Wir werden verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des
234 Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen einführen. Das Diversity
235 Budgeting, also den Einsatz und die Evaluierung von Haushaltsmitteln in einer Vielfalt
236 besonders fördernden Weise, wollen wir voranbringen.

237 **Wir treten ein für Vielfalt, Anerkennung und gleiche Rechte**

238 **Einheit in Vielfalt**

Wir alle sind unterschiedlich, aber an Rechten und Würde gleich. Zusammenhalt in Vielfalt setzt voraus, respektiert, anerkannt und gehört zu werden, mitgestalten und teilhaben zu können, ohne Angst frei zu leben und sich als Gleichberechtigte zu begegnen, das Gemeinsame neben den Unterschieden zu sehen. Deshalb werden wir das Leitbild „Einheit in Vielfalt“ zur Gestaltung einer rassismuskritischen und chancengerechten Einwanderungsgesellschaft gesetzlich verankern. Damit die Perspektive und Expertise derjenigen, die von Diskriminierung und struktureller Benachteiligung betroffen sind, gehört werden, sie als Gleichberechtigte die Möglichkeit zur vollen Teilhabe erhalten, wollen wir einen Partizipationsrat, ähnlich dem Deutschen Ethikrat, als ein gesetzlich verankertes und unabhängiges Gremium einführen, mit Vertreter*innen aus der (post-)migrantischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung, die die unterschiedlichen Dimensionen von Vielfalt abbilden. Um Diskriminierung systematisch abzubauen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, wollen wir die Themen und Zuständigkeiten, die Gleichberechtigung und Teilhabe an der offenen und vielfältigen Gesellschaft betreffen, bei einem Ministerium bündeln. Dazu werden wir die Aufgaben zur Einwanderungsgesellschaft aus dem Innenministerium herauslösen. Für mehr Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein Bundespartizipations- und Teilhabegesetz vorlegen und das Bundesgremienbesetzungsgesetz reformieren. Staatliches Handeln soll auf unsere vielfältige Gesellschaft ausgerichtet sein und Gleichberechtigung sicherstellen. Wer hier dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben, an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen, in einem ersten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen.

Konsequent gegen Rassismus

Rassismus ist Realität im Alltag, auf der Straße, im Netz, in Institutionen. Er betrifft nicht alle von uns gleichermaßen, aber er geht uns alle gleichermaßen an. Der Kampf gegen Rassismus und seine unterschiedlichen Formen, wie zum Beispiel anti-Schwarzer und anti-asiatischer Rassismus, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit dem Ziel der Stärkung der individuellen Rechte aller Menschen. Rassismus und alle Formen von Diskriminierungen stellen nicht nur eine große Gefahr für die betroffenen Menschen dar, sondern bedrohen auch das gleichberechtigte und friedliche Zusammenleben sowie die Sicherheit in Deutschland. Wir wollen den Schutz vor und die Beseitigung von Diskriminierungen, strukturellem und institutionellem Rassismus mit einem staatlichen Gewährleistungsanspruch in der Verfassung verankern, ergänzend zur überfälligen Ersetzung des Begriffs „Rasse“. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) soll zur obersten Bundesbehörde aufgewertet werden – mit mehr Personal, Budget und Kompetenzen. Ihre Leitung soll als Antidiskriminierungsbeauftragte*r vom Deutschen Bundestag gewählt werden. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz wollen wir zu einem echten Bundesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln, das Schutzlücken endlich schließt, Klagen gegen Diskriminierung für Betroffene vereinfacht und ein umfassendes Verbandsklagerecht einschließt, damit gegen Diskriminierung strukturell und nachhaltig vorgegangen werden kann. Das Netz zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen soll flächendeckend ausgebaut und so finanziert werden, dass diese planungssicher und kontinuierlich ihrer Aufgabe nachkommen können. In den staatlichen Institutionen sollen Anlauf- und Beschwerdestellen geschaffen werden. Das Empowerment von Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, wollen wir fördern. Die

283 Black-Lives-Matter-Proteste haben deutlich gemacht, dass Rassismus gegen Schwarze
Menschen
284 auch in Deutschland umfassend bekämpft werden muss. Deshalb wollen wir die UN-Dekade für
285 Menschen afrikanischer Herkunft vorantreiben. Straftaten gegen Schwarze Menschen sollen in
286 Verfassungsschutzberichten explizit ausgewiesen werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein,
287 dass anti-asiatischer Rassismus im Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus benannt wird. Wir
288 werden die unabhängige Forschung zu Postkolonialismus, Diskriminierung und Rassismus
289 ausbauen, regelmäßig Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten erheben und
290 wissenschaftliche Studien in Bezug auf staatliche Institutionen und Wirksamkeit von
291 Antidiskriminierungsmaßnahmen durchführen. Antirassismus, Antidiskriminierung und
292 Postkolonialismus wollen wir in der Lehrer*innenausbildung und in den Lehrplänen verankern.

293 **Stärkung und Sicherheit für Jüdinnen und Juden in Deutschland**

294 Jüdisches Leben in seiner Vielfalt in Deutschland werden wir konsequent fördern und sichtbar
295 machen. Wir unterstützen Projekte und Initiativen, die sowohl jüdisch-säkulares als auch
296 jüdisch-religiöses Leben, jüdische Kultur und jüdische Bildung stärken. Wir wollen
297 politische und kulturelle Bildungsangebote für alle Bürger*innen zugänglich machen, um
298 Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und Erfahrungen mit jüdischen
299 Menschen und Einrichtungen in Deutschland zu vermitteln. Jüdische Menschen in Deutschland
300 müssen sich sicher fühlen können. Ihre Sicherheit und der Schutz jüdischer Einrichtungen und
301 Gemeinden muss umfassend sein. Antisemitische Anschläge in der Gegenwart, allen voran der
302 Anschlag von Halle im Jahr 2019, erinnern uns daran, wie stark weiterhin Judenfeindlichkeit
303 und Judenhass sowie Unwissenheit über die Realität jüdischen Lebens in Deutschland
304 verbreitet sind. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Antisemitismus, antisemitischen
305 Hassreden – auch im Alltag und egal aus welchen Motiven – mit aller Entschlossenheit
306 entgegenzutreten. Dafür braucht es bessere Analysekapazitäten und eine entschlossene
Ahndung
307 und Dokumentation antisemitischer Vorfälle. Antisemitische Narrative, israelbezogener
308 Antisemitismus und verschwörungsideologische Erzählungen – auch im Zusammenhang mit
309 Demonstrationen von Pandemieleugner*innen – müssen an
310 unterschiedlichsten Orten präventiv adressiert werden, auch und gerade im digitalen Raum.
311 Dafür bedarf es konkreter Sensibilisierungs- und Präventionsprojekte in Vereinen und
312 zivilgesellschaftlichen Organisationen, für die wir eine Regelfinanzierung wollen. Die
313 Prävention von und Auseinandersetzung mit Antisemitismus soll auch abseits des
314 Geschichtsunterrichts als Leitperspektive in den Lehrplänen verankert werden. Fortbildungen,
315 allen voran der Mitarbeiter*innen von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie der
316 Gerichte, wollen wir gezielt ausbauen. Es braucht Leitlinien für einen effektiven Schutz
317 jüdischer Einrichtungen, bei deren Entwicklung die jüdischen Gemeinden einbezogen werden
318 müssen. Wir wollen die soziale Absicherung der älteren jüdischen Generation in Deutschland
319 stärken, meist Holocaustüberlebende und ihre Nachkommen, viele aus der ehemaligen
320 Sowjetunion. Sie müssen bei der Rente mit den eingewanderten (Spät-)Aussiedler*innen aus
den
321 Staaten der ehemaligen Sowjetunion gleichgestellt werden.

322 **Muslim*innen schützen und stärken**

323 Muslimisches Leben in seiner ganzen Vielfalt gehört in Deutschland zu unserer
324 gesellschaftlichen Realität. Gleichzeitig sind Muslim*innen besonders von struktureller

325 Diskriminierung sowie von gewalttätigen Übergriffen betroffen. Die fortdauernden Bedrohungen
326 muslimischer Einrichtungen zeigen, wie dringend nötig Präventionsprogramme sowie
umfassende
327 Schutzkonzepte für als muslimisch gelesene Personen und Räume sind. Opfer müssen
geschützt,
328 beraten und gestärkt, die Ursachen verstärkt in den Blick genommen werden. Der Staat darf
329 keine Religion diskriminieren oder ungerechtfertigt bevorzugen. Die heterogene und von
330 Muslim*innen als Stärke wahrgenommene Struktur des Islams, die weder eine religiös noch
331 strukturell verankerte Hierarchie kennt, darf ihnen von Seiten des Gesetzgebers deshalb
332 nicht zum Nachteil gereichen. Tatsächliche Gleichstellung setzt rechtliche Gleichstellung
333 voraus. Wir unterstützen daher Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, die
334 in keiner strukturellen Abhängigkeit zu einem Staat, einer Partei oder politischen Bewegung
335 und dessen oder deren jeweiliger Regierungspolitik stehen und sich religiös selbst
336 bestimmen. Wir wollen auch progressive, liberale muslimische Vertretungen einbinden, die für
337 Werte wie Gleichberechtigung der Geschlechter, LSBTIQ*-Rechte und Feminismus einstehen und

338 einen lebendigen Glauben innerhalb des islamischen Religionsspektrums praktizieren. Auch
339 zeigen wir uns solidarisch mit Kritiker*innen von fundamentalistisch-politischen Kräften,
340 wenn sie massiv bedroht werden. Für die eigenständige und selbstbewusste Religionsausübung
341 von Muslim*innen ist eine Imam*innen-Ausbildung in Deutschland dringend notwendig. Dafür
342 wollen wir islamisch-theologische und praxisorientierte Aus- und Weiterbildungsprogramme für
343 Imam*innen und islamische Religionsbedienstete in Kooperation mit den Instituten für
344 islamische Theologie bundesweit etablieren und unterstützen. Langfristig geht es darum, den
345 Bedarf der muslimischen Gemeinden an religiösem Personal durch in Deutschland ausgebildete
346 Personen zu decken.

347 **Antiziganismus entschlossen bekämpfen**

348 Immer noch werden Menschen mit Romani-Hintergrund in Europa und Deutschland aufgrund
eines
349 tiefsitzenden Rassismus diskriminiert, der bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Immer
350 noch werden Angehörige der größten Minderheit in der Europäischen Union beim Zugang zu
351 Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit benachteiligt. Wir wollen deshalb die neue EU-Roma-
352 Rahmenstrategie (Post-2020) umsetzen und die ambitionierten Inklusionsziele der EU
353 erreichen. Dafür braucht es eine mit ausreichend finanziellen Mitteln und Befugnissen
354 ausgestattete „Nationale Koordinierungsstelle“, die die Umsetzung und das Monitoring der
355 deutschen Strategie in Abstimmung mit den Bundesländern, Verwaltungen und
356 Selbstorganisationen übernimmt. Minderheitenrechte wie der Erhalt von Sprache, der
357 Geschichte und Kulturen von Sinti*zze und Rom*nja müssen gewährleistet werden. Wir wollen
358 eine unabhängige, zivilgesellschaftliche Monitoring- und Informationsstelle zur
359 Dokumentation und Aufarbeitung rassistischer Vorfälle und zur Unterstützung der Betroffenen
360 einrichten sowie die Empfehlungen der unabhängigen Expertenkommission Antiziganismus
prüfen
361 und umsetzen. Wir werden die Einrichtung eines Studierendenwerks für Sinti*zze und Rom*nja
362 vorantreiben und setzen uns für ein Museum der Geschichte und Kulturen der Sinti*zze und
363 Rom*nja in Deutschland ein. Noch immer werden Rom*nja aus Deutschland abgeschoben,
selbst
364 wenn sie seit Jahrzehnten hier leben und in ihren Herkunftsländern Diskriminierung erleiden.

365 Deshalb soll die Situation von Rom*nja in ihren Herkunftsländern in Asylverfahren und bei
366 der Prüfung asylunabhängiger Bleiberechte stärkere Berücksichtigung finden.

367 **Für eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft**

368 Wir treten für eine inklusive Gesellschaft gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention ein, in
369 der Menschen mit Behinderung ihre Fähigkeiten und Talente selbst einbringen können. Stufen,
370 zu enge Türen oder schwer lesbare Webseiten – in unserem Alltag gibt es viele
371 unterschiedliche Dinge, die für Menschen mit Behinderung, aber auch für ältere Menschen,
372 Eltern mit Kinderwagen oder Verletzte mit Gipsbein eine Barriere darstellen. Es ist mühsam,
373 manchmal unmöglich, Angebote zu nutzen, die für andere selbstverständlich sind. Wir wollen
374 Barrierefreiheit schaffen, damit Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen, auch
375 psychischen Erkrankungen, gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben und
376 selbstbestimmt, gemeinsam mit nichtbehinderten Menschen leben, lernen und arbeiten können.

377 Das wollen wir mit einem „Barrierefreiheits-Gesetz“ erreichen, das private wie öffentliche
378 Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen zu umfassender
379 Barrierefreiheit und den Bund innerhalb von zehn Jahren zur Herstellung der Barrierefreiheit
380 seiner Gebäude verpflichtet. Kleine Unternehmen werden durch eine Überforderungsklausel
381 geschützt, aber zu angemessenen Vorkehrungen verpflichtet. Durch eine Erhöhung der
382 Bundesförderung soll der Anteil barrierefreier Wohnungen deutlich erhöht werden. Um
383 selbstbestimmte Mobilität und selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen, wollen wir außerdem
384 die Städtebauförderung für inklusive Stadtquartiere stärken und die soziale
385 Wohnraumförderung an Barrierefreiheit binden. Im ÖPNV, den alle Menschen mit
386 Schwerbehinderung kostenfrei nutzen sollen können, in öffentlichen Einrichtungen,
387 Ladengeschäften, Gewerbe- und Bürogebäuden soll Barrierefreiheit zum Standard werden. Die
388 Verbrechen der deutschen Geschichte gegenüber Menschen mit Behinderung wollen wir weiter
389 aufarbeiten und die Opfer angemessen entschädigen.

390 **Verhältnis Staat und Kirchen weiterentwickeln**

391 Die christlichen Kirchen und Gemeinden sind wichtige Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Sie
392 verleihen unserer Gesellschaft vielfältige Impulse und leisten einen Beitrag für den
393 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für die Arbeit mit Pflegebedürftigen, Menschen mit
394 Behinderungen und Kindern sind auch die kirchlichen Träger von großer Bedeutung. Ihre
395 tatkräftige Unterstützung, wenn es um Seenotrettung und die Integration von Geflüchteten
396 geht, ist ein wichtiger gesellschaftlicher Beitrag. Das Grundrecht auf Religions-,
397 Gewissens- und Weltanschauungsfreiheit wollen wir, auch weltweit, weiter stärken und
398 religiös oder weltanschaulich Verfolgte schützen. Wir wahren das Selbstbestimmungsrecht der
399 Religionsgemeinschaften, suchen die Kooperation und den Dialog mit allen Religions- und
400 Weltanschauungsgemeinschaften, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei stets zum
401 säkularen Staat und seinem Neutralitätsprinzip. Auch Konfessionsfreie haben einen Anspruch
402 auf umfassende Berücksichtigung ihrer Belange und auf gleichberechtigte Teilhabe. Die
403 gewachsene Beziehung zwischen Staat und den christlichen Kirchen wollen wir erhalten und wo
404 nötig der gesellschaftlichen Realität anpassen. So wollen wir, dass beispielsweise das
405 kirchliche Arbeitsrecht reformiert und die gewerkschaftliche Mitbestimmung gefördert wird
406 sowie die Ausnahmeklauseln für die Kirchen im Betriebsverfassungsgesetz und im Allgemeinen
407 Gleichbehandlungsgesetz aufgehoben werden. Der religiöse Verkündigungsbereich bleibt
hiervon

408 unberührt. Die vielen Gläubigen, die sich für eine notwendige Modernisierung der
409 christlichen Kirchen einsetzen und auf eine lückenlose Aufklärung der Fälle sexualisierter
410 Gewalt dringen, unterstützen wir. Die Vollendung des Verfassungsauftrags zur Ablösung der
411 Staatsleistungen werden wir umsetzen. Den § 166 des Strafgesetzbuchs („Beschimpfung von
412 Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen“) wollen wir
413 streichen sowie uns für eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung zur Erforschung der
414 religiösen und
415 weltanschaulichen Landschaft einsetzen.

416 **Wir erneuern das demokratische Fundament**

417 **Für eine transparentere Politik**

418 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen, jeder Anschein käuflicher Politik richtet
419 Schaden an. Wir wollen das Vertrauen in demokratische Institutionen und Mandatsträger*innen
420 stärken und das Primat der Politik gegenüber intransparenter Einflussnahme schützen. Wir
421 sind überzeugt: Transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das Gemeinwohl. Deshalb
422 wollen wir Lobbyismus transparenter und den Einfluss organisierter Interessensgruppen und
423 von Lobbyist*innen sichtbar machen. Das Lobbyregister wollen wir für Bundesregierung,
424 Bundesministerien und Bundestag nachschärfen und die vielen Ausnahmen für maßgebliche
425 Akteur*innen abschaffen. Mit dem legislativen Fußabdruck schaffen wir Klarheit, wer bei der
426 Entstehung von Gesetzen Einfluss nimmt. Interessenskonflikte wollen wir stärker in den Blick
427 nehmen und den Wechsel aus Regierungsämtern in die Wirtschaft während einer Karenzzeit von

428 zwei Jahren prüfen lassen. Für Abgeordnete ist das freie Mandat der Mittelpunkt ihrer
429 Tätigkeit. In Zukunft werden Einkünfte aus Nebentätigkeiten auf Euro und Cent
430 veröffentlicht, für Unternehmensbeteiligungen und Aktienoptionen gibt es striktere Regeln
431 und Spenden an Abgeordnete und die Lobbytätigkeit für Abgeordnete werden verboten. Die
432 Anwendung dieser Maßnahmen soll evaluiert werden. Für Nebenverdienste von Abgeordneten
433 wollen wir zudem eine verpflichtende Angabe der Branche. Unabhängige Kontrolle stärkt die
434 Transparenz und Integrität. Zur wirkungsvollen Bekämpfung von Korruptionsfällen braucht es
435 eine Neufassung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung und eine Überarbeitung
436 der
437 Beweisanforderungen. Spenden an Parteien müssen transparenter gemacht werden. Deshalb
438 wollen
439 wir striktere Veröffentlichungsregeln. Parteispenden sollen auf natürliche Personen
440 beschränkt und auf einen jährlichen Höchstbetrag von 100.000 Euro je Spender*in gedeckelt
441 werden. Schon ab 5.000 Euro sollen Spenden im Rechenschaftsbericht genannt werden, ab
442 25.000
443 Euro soll die Pflicht zur sofortigen Veröffentlichung greifen. Solange es keine gesetzliche
444 Regelung gibt, wenden wir die über das Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen unseres
445 Spendenkodex an. Für das Parteiensponsoring wollen wir endlich eine gesetzliche Regelung und
446 eine Veröffentlichung ab dem ersten Euro und eine jährliche Höchstgrenze je Sponsor*in
447 einführen. Das Parteiengesetz und die unabhängige Kontrolle werden wir stärken, damit
448 verdeckte Wahlkampffinanzierung besser bekämpft werden kann. Politische Werbung und
449 Kampagnen im Netz müssen transparenter werden – solange es keine verpflichtenden
450 Regulierungen gibt, gehen wir mit unserer Selbstverpflichtung voran.

448 **Parlament stärken, Wahlrecht reformieren**

449 Der Bundestag ist der zentrale Ort für öffentliche Debatten, Rede und Gegenrede und
450 Entscheidungen unserer Demokratie. Für gute Gesetzgebung braucht es ausreichende Beratung
451 und eine Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments. Wir wollen die Rolle des Bundestages
452 bei der Gesetzgebung ausbauen. Seine Arbeitsfähigkeit ist zu garantieren und zu stärken.
453 Deshalb setzen wir uns für eine Wahlrechtsreform ein, die das Parlament deutlich
454 verkleinert, unter anderem durch die Reduzierung von Wahlkreisen, die außerdem fair und
455 verfassungsgemäß ist, und bei der jede Stimme gleich viel wert ist. Im Rahmen dieser Reform
456 sollten unter anderem die Verlängerung der Legislaturperiode und die Amtszeitbegrenzung für
457 das Amt der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers geprüft werden. Die Sitzungen der
458 Fachausschüsse sollen in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Die
459 Abgeordneten sollen in ihren Kontrollrechten gegenüber der Regierung mit einem
460 Akteneinsichtsrecht gestärkt werden. Komplexe Gesetzgebungsverfahren wollen wir
461 verständlicher machen, indem
462 Textgegenüberstellungen der Gesetzesänderungen öffentlich gemacht werden.

463 **Macht fair teilen, auch in den Parlamenten**

464 Es ist höchste Zeit für eine faire Verteilung von Macht. Unsere repräsentative Demokratie
465 muss diverser werden, unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und Lebenswege,
466 die Debatten brauchen die Perspektiven, die daraus entstehen. Wir werden Hürden abbauen
467 damit auch queere Menschen, Nicht-Akademiker*innen, Menschen mit Behinderung und
Menschen
468 mit Migrationsgeschichte gleichberechtigt und selbstverständlich vertreten sind. Macht fair
469 teilen heißt auch, dass es dringend mehr Frauen in den Parlamenten und
Kommunalvertretungen
470 braucht, denn sie stellen 51 Prozent der Wahlberechtigten.
471 Gleichberechtigung von Frauen ist ein historischer und verfassungsrechtlicher Auftrag für
472 uns alle und soll sich bereits bei den Nominierungsverfahren niederschlagen. Dass Parität
473 per Gesetz wirksam und angemessen ist, zeigen Beispiele aus dem europäischen Ausland. Dass
474 verfassungsrechtlich hohe Hürden bestehen, haben Urteile von Verfassungsgerichten aus zwei
475 Bundesländern aufgezeigt. Diese Hürden gilt es abzubauen, um rechtlich gute Lösungen zu
476 finden. Wir setzen uns daher auch im Bund für ein Paritätsgesetz ein und werden
477 entsprechende Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Um Frauen das politische
Engagement zu
478 erleichtern, braucht es auch Maßnahmen und Angebote, die Frauen den Einstieg in und die
479 Gestaltung von Politik erleichtern.

480 **Jugendwahlrecht**

481 Demokratie lebt von der Gestaltung und dem Engagement aller Bürger*innen, vom Kindes- bis
482 ins hohe Alter. Viele politische Entscheidungen von heute sind entscheidend für die Zukunft
483 junger Menschen, und viele junge Menschen übernehmen früh Verantwortung für die
484 Gesellschaft. Wenn Jugendliche in ihrem Lebensalltag demokratische Erfahrungen machen und
485 ihre Rechte wahrnehmen können, stärkt das die Demokratie und macht sie zukunftssicherer. Um
486 möglichst breite Bündnisse für eine verfassungsändernde Wahlalterabsenkung schmieden zu
487 können, wollen wir das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen in der kommenden

488 Legislaturperiode auf 16 Jahre absenken. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen
489 wir das Wahlalter ggf. weiter absenken.

490 **Bürger*innenräte für mehr Beteiligung**

491 Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die Demokratie und stärken die Repräsentanz.
492 Mit Bürger*innenräten schaffen wir die Möglichkeit, bei ausgewählten Themen die
493 Alltagserfahrung von Bürger*innen in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Wir sorgen in
494 einem ersten Schritt dafür, dass es eine gesetzliche Grundlage für Bürger*innenräte gibt und
495 sich das Parlament mit den Ergebnissen beschäftigen muss. In der kommenden Wahlperiode
496 wollen wir weitere Optionen für eine stärkere Institutionalisierung von Bürger*innenräten
497 prüfen, unter anderem direktdemokratische Verfahren zu einzelnen Beratungsergebnissen. Auf
498 Initiative der Regierung, des Parlaments oder eines Bürger*innenbegehrens beraten zufällig
499 ausgewählte Menschen, die in Deutschland leben und mindestens 16 Jahre alt sein müssen, in
500 einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete Fragestellung. Sie erarbeiten
501 Handlungsempfehlungen und geben Impulse für die öffentliche Auseinandersetzung und die
502 parlamentarische Entscheidung. Eine freie, gleiche und faire Beratung muss sichergestellt
503 werden, unter anderem durch zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Beratung. Außerdem
504 werden wir ein digitales Portal, wie es zum Beispiel in Baden-Württemberg schon erfolgreich
505 angewendet wird, für die aktive Beteiligung an der Gesetzgebung einführen und das
506 Petitionsrecht zu einem leicht zugänglichen Instrument für bessere Mitwirkung am
507 demokratischen Prozess ausbauen. Wir wollen Beteiligung fördern und politische Bildung als
508 wichtige Querschnittsaufgabe auch auf kommunaler Ebene voranbringen.

509 **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle und eine vielfältige** 510 **Medienlandschaft**

511 Kritischer und unabhängiger Journalismus ist eine Säule unserer Demokratie. Wir stehen zu
512 einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle,
513 genauso wie für Qualität und Vielfalt der privaten und Non-Profit-Medienlandschaft. Damit
514 der öffentlich-rechtliche Rundfunk stark und zukunftsfest aufgestellt ist, arbeiten wir für
515 eine funktionsgerechte Finanzierung, die einem definierten Programmauftrag folgt. Weil er
516 von allen finanziert wird, muss er auch alle erreichen. Aus seiner besonderen Stellung und
517 dem Anspruch, die Vielfalt der Lebenswelten, Meinungen und Interessen der Bevölkerung
518 abzubilden, ergibt sich auch sein Reformbedarf. Die Digitalisierung des öffentlich-
519 rechtlichen Rundfunks muss vorangetrieben und seine bisherigen Angebote müssen überprüft
520 werden. Hierfür wollen wir gemeinsam mit den Ländern eine Initiative auf den Weg bringen und
521 eine
522 gesellschaftliche Debatte anstoßen. Wir setzen uns für Rundfunkräte ein, die die Vielfalt
523 unserer heutigen Gesellschaft besser abbilden, durchsetzungsstärker sowie sender- und
524 staatsferner werden. Die Mediatheken der Öffentlich-Rechtlichen sollen bei angemessener
525 Vergütung der Urheber*innen dauerhaft zugänglich und europäisch verzahnt werden. Lokale
526 Medien brauchen eine mit den Ländern abgestimmte, staatsfern organisierte Förderung.
527 Qualitätsjournalismus braucht deutlich bessere Rahmenbedingungen, etwa durch
528 Verbesserungen
529 bei Quellschutz und Auskunftsansprüchen oder die Öffnung der Künstlersozialkasse für
530 Journalist*innen samt Beitragspflicht für Medienplattformen. Gemeinnütziger Journalismus
531 braucht Rechtssicherheit.

531 **Hasskriminalität im Netz bekämpfen**

532 Digitale Plattformen und Anwendungen müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt.
 533 Uns

533 geht es darum, Nutzerrechte und demokratischen Diskurs zu stärken und dabei die Balance
 534 zwischen Persönlichkeitsschutz und Meinungsfreiheit zu wahren. Wir wollen Hasskriminalität
 535 im Netz und das bewusste Verbreiten von Falschinformationen wirksamer bekämpfen. Dafür
 536 wollen wir einen effektiven Gesetzesrahmen entwickeln. Betroffene müssen sich schnell und
 537 effektiv gegen Angriffe im Netz wehren können. Das wollen wir durch die ambitionierte
 538 Ausgestaltung und dann zügige Umsetzung des Digital Services Act der EU erreichen. Wir
 539 treten für einen effektiven Umgang mit Nutzerbeschwerden, eine
 540 Verbesserung der Strafverfolgung und der zivilrechtlichen Durchsetzung ein. Dafür brauchen
 541 wir personell wie technisch bestmöglich aufgestellte Strafverfolgungsbehörden. Diese müssen,
 542 gut geschult, auf Grundlage klarer Rechtsvorgaben arbeiten können. Plattformbetreiber*innen
 543 müssen ihrer großen Verantwortung europaweit gerecht werden. Sie dürfen bestehende Rechte
 544 nicht aushöhlen, sind für Inhalte haftbar und müssen beim Moderieren von Inhalten die
 545 Grundrechte wahren. Bei Entscheidungen darüber, welche Inhalte auf digitalen Plattformen
 546 keinen Platz haben dürfen, könnte der gezielte Einsatz von repräsentativen,
 547 zivilgesellschaftlichen Plattformräten eine Möglichkeit sein. Große Anbieter*innen sollen
 548 sich durch eine Abgabe an den unabhängigen Beratungsangeboten für Betroffene von Hass und

549 Hetze beteiligen. Dies wollen wir bündeln in einem Gesetz für digitalen Gewaltschutz, das
 550 die Möglichkeit beinhaltet, gegen Accounts vorzugehen, wenn kein*e Täter*in festgestellt
 551 wird. Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Meinung, aber nicht auf eigene Fakten. Für
 552 Porno-Plattformen, die
 553 nutzergenerierte Inhalte hosten, müssen besondere Sorgfaltspflichten gelten, um Menschen zu
 554 schützen, deren Bildmaterial gegen ihren Willen dort gezeigt wird. Für den Umgang mit
 555 Desinformation, aber auch für die Rechtskontrolle der Anbieter*innen insgesamt wollen wir
 556 die Aufsicht national wie auch europäisch besser strukturieren, unter anderem mit einer
 557 gemeinsamen Medienanstalt der Länder. Eine Verpflichtung zum Einsatz von Uploadfiltern
 558 lehnen wir ab.

559 **Software für die Allgemeinheit**

560 Unser Alltag wird immer häufiger von Teilhabe an und Zugang zu Software geprägt. Freie und
 561 offene Software bildet dabei die Grundlage unzähliger Anwendungen, seien es digitale
 562 Lernplattformen, sichere Anwendungen für die Heimarbeit, Stärkung der IT-Sicherheit mit
 563 guter Verschlüsselung oder sichere und einfache Abstimmungsmöglichkeiten in der Vereins- und

564 Parteiarbeit. Sie spielt in immer mehr gesellschaftlich relevanten Bereichen eine
 565 entscheidende Rolle und ist Grundlage für unsere Anforderungen in Bezug auf Offenheit,
 566 Teilhabe und Sicherheit. Doch oftmals fehlt es den Entwickler*innen an Unterstützung, diese
 567 dauerhaft auf dem neuesten Stand der Technik zu halten und anwendungsfreundlich,
 568 barrierefrei und inklusiv zu gestalten. Wir treten daher dafür ein, eine eigenständige
 569 öffentliche Förderstiftung zu schaffen, die gesellschaftlich relevante, freie und offene
 570 Software fördert, deren Ergebnisse Gesellschaft, Wissenschaft, Schulen, Wirtschaft und
 571 Verwaltung zur
 572 Verfügung stehen und barrierefrei zugänglich sind. Durchgehende Ende-zu-Ende-
 573 Verschlüsselungen schützen Grundrechte, schaffen Vertrauen in digitale Anwendungen und
 574 müssen zum Standard bei allen staatlichen IT-Vorhaben werden.

575 **Demokratiefördergesetz für eine starke Zivilgesellschaft**

576 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die politische Auseinandersetzung in
577 unserer Demokratie. Engagierte Menschen in Initiativen, Verbänden, Vereinen oder NGOs
578 stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei, wichtige Anliegen, wie beispielsweise den Kampf
579 gegen Rassismus, auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen, und leisten ihren Beitrag zur
580 Willensbildung. Wir machen uns dafür stark, dass sie ihrer Arbeit in Zukunft gut
581 abgesichert, ohne Einschüchterung und Kriminalisierung nachgehen können. Mit einem
582 Demokratiefördergesetz wollen wir ihr Engagement und das demokratiebelebender Initiativen
583 und Organisationen nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell absichern.
584 Die Arbeit der politischen Stiftungen wollen wir verbindlicher regeln. Wir wollen
585 sicherstellen, dass sie an den Werten des Grundgesetzes orientiert sind und – auch in ihrem
586 Verhältnis zu den Parteien – Transparenz herstellen. Dafür schaffen wir eine eigenständige
587 gesetzliche Grundlage.

588 **Gemeinnützigkeit reformieren**

589 Alle Bürger*innen sollen gleichberechtigt an der Willensbildung unserer Gesellschaft
590 teilhaben können. Die Gemeinnützigkeit ist dafür ein wichtiger Status, der an vielen Stellen
591 überhaupt erst Zugänge öffnet. Damit Initiativen und Verbände eigenständig bleiben, sorgen
592 wir deshalb für Klarheit und Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht. Ihre gemeinnützigen
593 Ziele sollen sie auch durch politische Meinungsäußerungen und Aktivitäten wie Studien und
594 Demonstrationen verwirklichen dürfen. Nicht nur die Förderung des demokratischen
595 Staatswesens, sondern auch die Förderung tragender Grundsätze sollte klar gemeinnützig sein.
596 Die Gemeinnützigkeit zusätzlicher Zwecke wie des Friedens, der Durchsetzung der nationalen
597 und internationalen Grund- und Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Durchsetzung des
598 Sozialstaatsgebotes und allgemein der gleichberechtigten Teilhabe und der Bekämpfung von
599 Diskriminierung wollen wir anerkennen und stärken. Mit der Einführung einer
600 Demokratieklausele stellen wir sicher, dass sich Vereine aktiv an gesellschaftlichen Debatten
601 beteiligen können. Die Beweislastumkehr in § 51 Absatz 3 Abgabenordnung wollen wir
602 abschaffen. Für mehr Transparenz sorgen wir mit einem Gemeinnützigkeitsregister und einfach
603 handhabbaren Transparenzpflichten sowie mit Regeln zur Offenlegung der Spendenstruktur.
604

605 **Engagement und Ehrenamt als Säule der Gesellschaft**

606 Engagement und Ehrenamt stützen unsere Gesellschaft auf vielfältige Weise. Die Aufgabe des
607 Staates ist es, Engagement und Ehrenamt zu ermöglichen, zu fördern und zu stärken. Dazu
608 gehören zunehmend auch digitale Formen des Ehrenamtes, denn sie ermöglichen Vernetzung
609 bei
609 weiten Entfernungen oder wenn dem physischen Engagement anderes im Wege steht. Dafür
610 wollen
610 wir die bürokratischen Hürden für Engagement ab- und Bildungsangebote für Engagierte
611 ausbauen sowie die Förderpolitik neu aufstellen. Die Deutsche Stiftung für Engagement und
612 Ehrenamt wollen wir zu einer echten Förderstiftung weiterentwickeln, die lokal und dezentral
613 Organisationen unterstützt. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine
614 Engagementkarte einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die
615 Nutzung von ÖPNV zu vergünstigen. Die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschläge wollen wir
616 sukzessive angleichen.

617 **Freiwilligendienste ausbauen und für alle ermöglichen**

618 Freiwilligendienste stärken den Zusammenhalt und fördern die aktive Teilhabe an unserer
 619 Gesellschaft. Jeder Mensch, der das möchte, soll garantiert einen Freiwilligendienst in
 620 Deutschland oder Europa machen können. Wir wollen die Jugendfreiwilligendienste (wie das
 621 Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr) und den
 622 Bundesfreiwilligendienst auf 200.000 Plätze jährlich verdoppeln. Die Freiwilligendienste
 623 sollen besser ausfinanziert werden, damit sich junge Menschen unabhängig vom Einkommen
 ihrer
 624 Eltern engagieren können. Dafür wollen wir die Taschengeldsätze auf ein einheitliches Niveau
 625 anheben und kostenlose ÖPNV-Tickets ermöglichen. Die Rahmenbedingungen sollen inklusiver
 626 werden, damit jede*r, egal ob jung oder alt, ob zu Beginn, in einer Orientierungsphase oder
 627 nach Beendigung des Berufslebens, einen passenden Freiwilligendienstplatz für sich findet.

628 **Wir gestalten die vielfältige Einwanderungsgesellschaft**

629 **Einbürgerung erleichtern**

630 Die Staatsangehörigkeit stellt ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und
 631 Zugehörigkeit sicher. Wer in Deutschland geboren wird, soll die deutsche Staatsbürgerschaft
 632 erhalten, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat.
 633 Die Staatsangehörigkeit darf, auch als Lehre aus dem nationalsozialistischen Unrecht, nicht
 634 entzogen werden. Für Menschen, die hier jahrelang leben und Teil dieser Gesellschaft
 635 geworden sind, sollen Einbürgerungen früher möglich werden. Nach fünf Jahren Aufenthalt in
 636 Deutschland sollen alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können, auch für anerkannte
 637 Geflüchtete gilt ein beschleunigtes und vereinfachtes Einbürgerungsverfahren. Den
 638 Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht wollen wir abschaffen und Mehrstaatigkeit
 639 anerkennen. Die vorgenommenen Aushöhlungen des Staatsangehörigkeitsrechts wollen wir
 640 zurücknehmen und die Einbürgerungsverfahren entbürokratisieren. Hindernisse bei der
 641 Identitätsklärung, die nicht in der Hand der Einzubürgernden liegen, dürfen ihnen nicht
 642 angelastet werden. Für binationale Familien und Paare, egal ob mit oder ohne Trauschein,
 643 wollen wir die Einreise unbürokratisch und fair gestalten. Um sich in Deutschland ein Leben
 644 aufzubauen, braucht es langfristige Perspektiven.

645 **Ein modernes Einwanderungsgesetz für eine vielfältige** 646 **Einwanderungsgesellschaft**

647 Deutschland ist ein Einwanderungsland, doch bis heute fehlen eine aktive
 648 Einwanderungspolitik und ein Einwanderungsrecht, das Einwanderung tatsächlich fördert und
 649 nicht komplizierter macht. Wir wollen ein modernes Einwanderungsgesetz beschließen, das
 neue
 650 Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft – auch für Menschen, die ihre Talente
 651 und Fähigkeiten nicht durch formale oder anerkannte Bildungsabschlüsse nachweisen können –,
 652 das transparente, unbürokratische und faire Verfahren bietet, das globale und regionale
 653 Notwendigkeiten berücksichtigt. Dafür soll auf Basis des jährlichen Arbeitskräftebedarfs
 654 eine punktebasierte Talentkarte eingeführt werden. Wir erleichtern die Bildungsmigration
 655 über Stipendien und Ausbildungsvisa, genauso wie die Voraussetzungen für eine unbefristete
 656 Aufenthaltserlaubnis und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen.
 657 Außerdem beenden wir den automatischen Verlust der Aufenthaltserlaubnis nach einem
 658 sechsmonatigen Aufenthalt im Ausland. Für Menschen, die sich ohne sicheren Aufenthaltstitel

in Deutschland befinden, jedoch in den Arbeitsmarkt integriert sind oder deren Qualifizierung in den Arbeitskräftebedarf passt, soll es die Möglichkeit zum echten Spurwechsel geben. Gut funktionierende Konzepte der Arbeitsmigration, wie die Westbalkanregelung, bauen wir aus und verstetigen sie.

Integration gelingt nur mittendrin - Sprache, Zugang, Teilhabe von Anfang an

Ankommen ist in einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft ein wechselseitiger Prozess mit dem Ziel, gleiche Zugänge und Teilhabechancen in allen Bereichen des Lebens zu schaffen. Er stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch an alle, die schon länger hier leben, und gelingt nur, wenn alle zusammenkommen und einen gemeinsamen Weg einschlagen.

Für das Zusammenleben sind die Werte des Grundgesetzes die Grundlage. Der Zugang zu und die Teilnahme an Sprachkursen ist essentiell, deshalb treten wir dafür ein, dass alle neu ankommenden Migrant*innen und Geflüchteten von Anfang an ein Recht auf einen kostenfreien Zugang zu passgenauen, gut erreichbaren und bundesfinanzierten Sprach- und Integrationskursen haben. Besonders wollen wir die Zugänglichkeit der Kurse für Frauen sicherstellen und auch Angebote für Menschen mit Lernschwierigkeiten aufbauen. Denn derzeit ist das für viele Personen, etwa Familiennachzügler oder EU-Bürger*innen, nur schwer und kostenpflichtig möglich. Zudem wollen wir die nach 2015 ausgebauten Angebote an weiterführenden Sprachkursen aufrechterhalten. Genauso wichtig für eine gelingende Integration sind eine dezentrale Unterbringung und ein selbstbestimmtes Leben in eigenen Wohnungen, ein breites Beratungsangebot gerade auch für Familien sowie der unterschiedslose Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen sowie zu Kitas, Bildungseinrichtungen, Ausbildung und Arbeit, also die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben. So stärkt gezielte Unterstützung den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen auf europäischer Ebene einen kommunalen Integrationsfonds auflegen, um EU-weit das Ankommen in den Kommunen direkt zu unterstützen. Damit sollen unter anderem Migrationsberatungsstellen gestärkt und aufgebaut, Dolmetschleistungen im Gemeinwesen finanziert, zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen gefördert und strukturelle Entlastungen der Kommunen, die sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereit erklären, in der EU gesichert werden. Betriebe, die Geflüchteten eine Chance auf Ausbildung oder Beschäftigung geben, brauchen entsprechende Unterstützung und Förderung. Für anerkannte Flüchtlinge wollen wir die Hürden für die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union absenken.

Asylverfahren fair und transparent

Wir wollen, dass Asylverfahren in Deutschland rechtssicher, fair und transparent gestaltet sind und eine Entscheidung in angemessener Zeit erfolgt. Dafür muss die Identifizierung besonderer Schutzbedarfe vor der Anhörung erfolgen. Insbesondere die Berücksichtigung erlittener geschlechtsspezifischer Verfolgung und die dazugehörige Beratung im Asylverfahren sind zu gewährleisten. Wir wollen dafür sorgen, dass es zügig zu einer Entscheidung über den Aufenthaltstitel kommt, damit Menschen früh verbindliche Gewissheit haben. Dazu gehören eine ausreichende personelle Ausstattung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie ein funktionierendes Qualitätsmanagement. Eine nichtstaatliche unabhängige

700 Asylverfahrensberatung für alle Asylsuchenden, von der Ankunft bis zum Abschluss des
701 Asylverfahrens, wollen wir sicherstellen und die auf mögliche 18 Monate verlängerte
702 Verweildauer von Geflüchteten in den Erstaufnahmeeinrichtungen rückgängig machen auf
703 maximal
704 drei
705 Monate. AnkER-Zentren in ihrer jetzigen Form lehnen wir ab. Danach sollte das dezentrale
706 Wohnen immer Vorrang haben. Wir wollen das Recht von Kindern, unabhängig von der
707 Bleibeperspektive, auf Zugang zu Kitas, Schulen und anderen Bildungsangeboten garantieren.
708 Wir beenden die flächendeckenden und anlasslosen Widerrufsprüfungen durch das BAMF und
709 optimieren das Asylprozessrecht. Anträgen auf Familienzusammenführung im Rahmen der
710 Dublin-
711 Verordnung ist schnell zuzustimmen. Wir wollen das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen –
712 und damit eine verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von
713 Geflüchteten, die ein echtes Ankommen und Teilhabe erschwert. Integrationsfeindliche
714 gesetzliche Regelungen wie Arbeitsverbot und pauschale Wohnsitzauflage sowie
715 Leistungskürzungen wollen wir abschaffen. Die in den vergangenen Jahren vorgenommenen
716 Aushöhlungen des Aufenthalts- und Asylrechts wollen wir zurücknehmen. Wir wollen
717 insbesondere den Schutz von Geflüchteten, die Menschenrechtsverletzungen erlebt haben oder
718 schwer erkrankt sind, garantieren. Die Ausrufung „sicherer“ Herkunfts- oder Drittstaaten
719 lehnen wir ab – auch auf europäischer Ebene. Flughafenverfahren sowie sofortige
720 Zurückweisung an den deutschen Binnengrenzen wollen wir abschaffen. Ein pandemiebedingter
721 Verlust von Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplätzen darf nicht zu aufenthaltsrechtlichen
722 Nachteilen führen.

721 **Raus aus der Duldung**

722 Mehr als 200.000 Menschen – darunter viele Kinder und Jugendliche – leben über viele Jahre
723 in einem Zustand der Perspektivlosigkeit und Rechtsunsicherheit in Deutschland, weil sie nur
724 geduldet sind. Das ist weder für die Betroffenen noch für das gesellschaftliche
725 Zusammenleben gut. Rechtliche Unsicherheit und fehlende Teilhabechancen erschweren es
726 massiv, anzukommen und in Deutschland ein Zuhause zu finden. Wir wollen die Anzahl der
727 Menschen, die sich von Duldung zu Duldung hangeln müssen, deshalb möglichst auf null
728 reduzieren. Für diese Menschen braucht es nach fünf Jahren Aufenthalt ein sicheres
729 Bleiberecht. Heranwachsende, Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern sollen nach
730 drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen. In Fällen, in denen Menschen trotz
731 nachgewiesener ernsthafter Bemühungen keinen Nationalpass erhalten können, wollen wir
732 einen
733 Passersatzausweis ausstellen, wenn die Betroffenen in Deutschland geboren sind und ihre
734 Identität geklärt ist. Durch die Umwandlung der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung in
735 Aufenthaltsrechte verschaffen wir den Menschen einen verlässlichen Zugang zu Ausbildung und
736 Arbeitsmarkt und sorgen für Planungssicherheit in den Betrieben. Opfer von Menschenhandel
737 sollen ein sicheres Bleiberecht bekommen. Menschen, die nach sorgfältiger Prüfung der asyl-
738 und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller
739 Rechtsschutzmöglichkeiten kein Aufenthaltsrecht erhalten und bei denen keine
740 Abschiebehindernisse entgegenstehen, müssen zügig wieder ausreisen. Wir wollen dies durch
741 umfassende und unabhängige Beratung und Unterstützung begleiten. Jede Abschiebung ist mit

741 großen menschlichen Härten verbunden. Abschiebungen, zum Beispiel über
 742 Rückübernahmeabkommen, sind das letzte Mittel, wenn die Rückkehr verweigert wird,
 743 freiwillige Ausreisen haben immer Vorrang. Haft ohne Verbrechen zur Durchsetzung der
 744 Ausreise ist ein massiver Eingriff in das verfassungsrechtlich garantierte Freiheitsrecht.
 745 Die Berücksichtigung des Trennungsgebots und die Gewährung von Rechtsbeistand ist daher
 746 sicherzustellen. Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer werden wir beenden, den
 747 Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan bundesweit wieder einsetzen. Wir treten dafür
 748 ein, dass es keine Zusammenarbeit mit syrischen Behörden für Abschiebungen geben und die
 749 Abschiebepartnerschaft mit Afghanistan beendet wird. Die Ausweisung sicherer Gebiete darf
 750 keine Grundlage für Rückführungen in unsichere Länder begründen. In Länder, für die das
 751 Auswärtige Amt aufgrund von Covid-19 eine Reisewarnung ausgesprochen hat, darf nicht
 752 abgeschoben werden.

753 **Wir rücken Feminismus, Queerpolitik und Geschlechtergerechtigkeit in** 754 **den Fokus**

755 **Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen**

756 Feminismus nimmt alle in den Blick und schafft Selbstbestimmung, Teilhabe und Gerechtigkeit.
 757 Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben und
 758 auch Frauen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in die
 759 Parlamente. Das ist eine Aufgabe für alle Geschlechter. Dafür braucht es auch Männer, die
 760 für eine Gesellschaft eintreten, in der Macht, Möglichkeiten und Verantwortung gerecht
 761 geteilt werden und Sexismus entschieden bekämpft wird. Geschlechtergerechtigkeit ist eine
 762 Querschnittsaufgabe, die wir intersektional denken. Mit einem Gender-Check wollen wir
 763 prüfen, ob eine Maßnahme oder ein Gesetz die Gleichberechtigung der Geschlechter
 764 voranbringt, und dort, wo es ihr entgegensteht, dementsprechend eingreifen. Die Vergabe
 765 öffentlicher Aufträge soll auch Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen. Die
 766 neu geschaffene Bundesstiftung Gleichstellung werden wir zu einer effektiven, verlässlich
 767 finanzierten und unabhängigen Institution ausbauen, die gesichertes Wissen zu den
 768 Lebenslagen aller Geschlechter bereitstellt und wirksame Maßnahmen für Gleichberechtigung
 769 entwickelt, bündelt und für Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit zugänglich macht. Hierfür
 770 leisten die Sozialwissenschaften und die Genderstudies einen unverzichtbaren Beitrag. Wir
 771 brauchen eine verbindliche Gleichberechtigungsstrategie, die alle Lebens- und
 772 Politikbereiche umfasst, ressortübergreifend arbeitet und die Erkenntnisse in umsetzbare
 773 Ziele übersetzt. Es wird Zeit für eine feministische Regierung, in der Menschen aller
 774 Geschlechter gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten.

775 **Geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen**

776 Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, die vor allem Frauen betrifft, ist eine
 777 gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Gewalt im häuslichen und persönlichen Nahbereich ist
 778 ein strukturelles Problem, das sowohl in der medialen Darstellung als auch in der
 779 Rechtsprechung oft verharmlost wird. Wir brauchen daher mehr Aufklärungsarbeit und
 780 spezifische Gewaltpräventionsprogramme. Mit der Istanbul-Konvention haben wir ein Instrument
 781 an der Hand, das die notwendigen Maßnahmen beschreibt. Dazu gehört auch eine Erweiterung
 782 der Kriminalstatistik, damit das Ausmaß von in Deutschland verübten Femiziden und anderen

783 Straftaten, die aus Frauenhass begangen werden, differenziert erfasst wird und diese Taten
784 systematisch als Hasskriminalität eingestuft werden. Zur Verbesserung des Schutzes vor
785 geschlechterspezifischer Gewalt muss das Gewaltschutzgesetz evaluiert und novelliert werden.
786 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres Ehemanns
787 oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Polizei
788 und Justiz müssen im Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt umfassend geschult und
789 sensibilisiert sein. Verbale sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum wollen wir nicht
790 hinnehmen und werden auch geeignete Ordnungsmaßnahmen dagegen prüfen. Opfer von
791 Vergewaltigungen brauchen eine flächendeckende qualifizierte Notfallversorgung
792 einschließlich anonymer Spurensicherung und der Pille danach. Angebote für psychosoziale
793 Prozessbegleitung sollen gestärkt werden. Wir werden Monitoringstelle einrichten und die
794 getroffenen Maßnahmen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit prüfen. Unser Ziel ist eine
795 Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können.

796 **Frauenhäuser absichern**

797 Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es ist die Pflicht des Staates,
798 Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Frauenhäusern kommt hierbei eine
799 Schlüsselrolle zu. Deshalb müssen deutlich mehr Frauenhausplätze geschaffen werden, auch im
800 ländlichen Raum. Denn jede von Gewalt betroffene Frau, ob mit oder ohne Kinder, braucht eine
801 Anlaufstelle und Schutz – unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status, ihrer
802 Wohnsituation oder davon, ob sie eine Beeinträchtigung hat. Mit einem gesetzlichen
803 Rechtsanspruch auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sichern wir über eine
804 Geldleistung des Bundes Betroffene unabhängig von ihrem Einkommen ab und verbessern den
805 Zugang zu Schutzeinrichtungen und deren Angeboten für alle Frauen. Länder und Kommunen
806 müssen weiterhin ihrerseits ihrer Finanzierungsverantwortung nachkommen. Für die
807 Aufenthaltszeit in einem Frauenhaus sollen Betroffene, die Sozialleistungen erhalten, nicht
808 schlechtergestellt werden. Wir brauchen Frauenhäuser, in denen Kinder, auch wenn sie älter
809 sind, mit aufgenommen werden können. Auch Männer, die Opfer von Partnerschaftsgewalt
810 geworden sind, brauchen Unterstützung und Zufluchtsräume. Dieses Angebot wollen wir
811 ausbauen. Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume, insbesondere
auch
812 für queere, nichtbinäre Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden. Wir fördern die
813 Barrierefreiheit von Frauenhäusern und Beratungseinrichtungen, damit auch für von Gewalt
814 betroffene Frauen mit Behinderungen Schutzmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

815 **Vor Zwang und Ausbeutung schützen, Selbstbestimmung ermöglichen**

816 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein abscheuliches Verbrechen, das
wir
817 mit den Mitteln des Strafrechts, aber auch präventiv durch ein gemeinsames europäisches
818 Vorgehen, Information sowie Schutz und Hilfe für die Opfer konsequent bekämpfen werden.
Dazu
819 wollen wir auch einen nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel auflegen. Opfer von
820 Menschenhandel einfach abzuschieben, ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und
821 Aussagebereitschaft durch ein dauerhaftes Bleiberecht erhöht und die Strafverfolgung der
822 Täter*innen würde erleichtert. Zwangsverheiratungen sind Menschenrechtsverletzungen. Alle
823 Menschen, die davon bedroht sind, brauchen Hilfe und Schutz und gute Beratung durch
824 verlässlich finanzierte Beratungsstellen. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine massive

825 Verletzung der körperlichen Integrität. Es ist entscheidend, dass wir den Betroffenen helfen
826 und sie schützen, auch durch internationale Aufklärungs- und Hilfskampagnen. Doch auch in
827 Deutschland brauchen wir eine Strategie dagegen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die
828 sich in diesem Bereich engagieren, wollen wir besser unterstützen, die Kontaktpersonen der
829 Mädchen sowie pädagogisches Personal und Jugendämter sollen geschult und sensibilisiert
830 werden. Menschen, die in der Prostitution arbeiten, brauchen Rechte und Schutz – auch vor
831 Stigmatisierung und Kriminalisierung. Das Prostituiertenschutzgesetz werden wir
832 dementsprechend evaluieren und überarbeiten mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen in der
833 legalen Prostitution zu verbessern. Damit sie ihrer Arbeit sicher nachgehen können, müssen
834 auch die Prostitutionsstätten strenger kontrolliert werden. Freiwillige, niedrigschwellige
835 und mehrsprachige Beratungsangebote werden wir ausbauen und finanziell unterstützen.
836 Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, unterstützen wir durch individuelle
837 Hilfen und Beratung bei der Umorientierung. Dies kann gelingen durch Weiterbildung,
838 finanzielle Unterstützung und Hilfe bei der Vermittlung in Erwerbsarbeit außerhalb der
839 Prostitution.

840 **Selbstbestimmung durch Gesundheitsversorgung**

841 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Eine gute
842 Gesundheitsversorgung inklusive eines gesicherten Zugangs und umfassender Informationen
zum

843 Schwangerschaftsabbruch ist dafür notwendig. Die Entscheidung, ob eine Frau eine
844 Schwangerschaft abbricht oder nicht, ist allein ihre. In dieser Zeit sind gute Beratungs-
845 und Versorgungsstrukturen notwendig. Wir streiten für eine ausreichende und wohnortnahe
846 Versorgung mit Ärzt*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.
Das

847 Thema muss in die Ausbildung von Ärzt*innen nach international anerkannten Standards
848 integriert werden. Neben der professionellen medizinischen Versorgung sind gute
849 Beratungsangebote wichtig. Deshalb werden wir das breite Angebot an Familienplanungs- und
850 Beratungsstellen absichern und die freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Um die
851 Versorgung dauerhaft zu gewährleisten, braucht es eine Entstigmatisierung und
852 Entkriminalisierung von selbstbestimmten Abbrüchen sowie eine generelle Kostenübernahme.
Das

853 ist nur möglich, wenn der selbstbestimmte Schwangerschaftsabbruch nicht mehr im
854 Strafgesetzbuch (§ 218 und § 219), sondern außerhalb geregelt wird. Schwangere, die eine
855 Beratung aufsuchen, sowie die Beratungsstellen und Ärzt*innen müssen mit einem
856 bundeseinheitlich verankerten Schutz vor Anfeindungen und Gehsteigbelästigungen geschützt
857 werden. Bei einer ungewollten Schwangerschaft muss der bestmögliche Zugang zu
Informationen

858 gewährleistet werden. Um Ärzt*innen vor drohenden Anzeigen zu schützen, gilt es insbesondere

859 den § 219 a schnellstmöglich aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. In einem ersten Schritt
860 müssen die Kosten für ärztlich verordnete Mittel zur Empfängnisverhütung für Empfänger*innen

861 von staatlichen Transferleistungen und Geringverdiener*innen unbürokratisch übernommen
862 werden. Perspektivisch soll der kostenfreie und leichte Zugang zu Verhütungsmitteln für alle
863 gelten. Am einfachsten wäre es, diesen Zugang über die Krankenkassen zu regeln.

864 **Queerfeindlichkeit bekämpfen**

865 Lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen sollen selbstbestimmt und
 866 diskriminierungsfrei ihr Leben leben können. Dafür und gegen gesetzliche Diskriminierungen
 867 sowie Benachteiligungen und Anfeindungen im Alltag werden wir ein starkes Signal setzen und
 868 den Schutz von Menschen aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität durch die
 869 Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes sicherstellen. Wir werden gemeinsam mit
 870 den Organisationen der Community einen bundesweiten ressortübergreifenden Aktionsplan
 871 „Vielfalt leben!“ für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen – mit
 872 dem Ziel, LSBTIQ* gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren, um
 873 die Akzeptanz von Vielfalt zu fördern. Dazu gehören auch Maßnahmen zur LSBTIQ*-inklusiven
 874 Gesellschaftspolitik sowie die institutionelle Förderung und Projektförderung der LSBTIQ*-
 875 Verbände, -Organisationen und -Stiftungen. Das diskriminierende Blutspendeverbot für
 876 schwule und bisexuelle Männer sowie transgeschlechtliche Personen wollen wir aufheben.
 877 LSBTIQ* sind besonders oft von sexualisierter Gewalt betroffen. Gegen LSBTIQ* gerichtete
 878 Hasskriminalität werden wir entschieden bekämpfen. Um queere Jugendliche insbesondere auch
 879 im ländlichen Raum zu schützen und zu stärken, wollen wir mit einer bundesweiten
 880 Aufklärungskampagne für junge Menschen über die Vielfalt sexueller Orientierungen und
 881 geschlechtlicher Identitäten informieren und bezüglich Homo-, Bi-, Trans*- und
 882 Queerfeindlichkeit sensibilisieren. Wir werden uns gemeinsam mit den Ländern dafür
 883 einsetzen, dass sich geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und Diversität in den Lehr- und
 884 Bildungsplänen wiederfinden und diese konsequent umgesetzt werden. Queerfeindliche
 885 Straftaten sollen statistisch gesondert erfasst werden.

886 **Selbstbestimmung garantieren, Transsexuellengesetz aufheben**

887 Mit einem Selbstbestimmungsgesetz werden wir dafür sorgen, dass das überholte
 888 Transsexuellengesetz endlich aufgehoben wird. Eine Änderung des Geschlechtseintrags und des
 889 Namens auf Antrag der betroffenen Person werden wir ermöglichen, ohne dass dafür
 890 psychologische Zwangsgutachten notwendig sind. Das Offenbarungsverbot werden wir
 891 konkretisieren und vorsätzliche Verstöße dagegen sanktionieren. Wir schreiben fest, dass
 892 alle nicht notwendigen Operationen und Behandlungen an intergeschlechtlichen Kindern
 893 verboten werden und Lücken in den entsprechenden Gesetzen geschlossen werden.
 Operationen,
 894 die als medizinisch notwendig durchgeführt wurden, sollen, unter Berücksichtigung eines
 895 strengen Datenschutzes, zentral erfasst werden, um eine bessere Nachvollziehbarkeit für
 896 Betroffene und eine bessere Datengrundlage zu erreichen. Bei Gesundheitsleistungen sowie
 897 körperangleichenden Operationen und Hormontherapien muss das Selbstbestimmungsrecht
 898 gesichert sein. Den Anspruch auf medizinische körperangleichende Maßnahmen wollen wir
 899 gesetzlich verankern und dafür sorgen, dass die Kostenübernahme durch das
 Gesundheitssystem
 900 gewährleistet wird. Wir werden einen Entschädigungsfonds für die Opfer aus dem Kreis der
 901 trans*- und inter*geschlechtlichen Personen, deren körperliche Unversehrtheit verletzt wurde
 902 oder deren Ehen zwangsgeschieden wurden, einrichten.

903 **Wir stärken Sicherheit und Bürger*innenrechte**

904 **Sicherheit für alle und eine gut ausgestattete und bürger*innennahe**

905 **Polizei**

906 Deutschland ist grundsätzlich ein sicheres Land. Das liegt auch an der guten Arbeit der
 907 Polizei. Wir wollen, dass das so bleibt. Diebstahl, Einbrüche, Gewalttaten, Hassverbrechen
 908 oder organisierte Kriminalität belasten Opfer und ihre Angehörigen dennoch schwer. Für ihre
 909 Aufgaben wie Prävention, Aufklärung und Strafverfolgung und den Schutz der Grundrechte
 910 wollen wir die Polizei stärken, in der Stadt und auf dem Land, analog und digital. Den
 911 früheren Personalabbau bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt wollen wir durch eine
 912 Offensive bei der Besetzung offener Stellen beheben und gleichzeitig spezialisierte
 913 Ausbildungen und Studiengänge ermöglichen. Wir wollen, dass die Polizei die Diversität der
 914 Bevölkerung widerspiegelt. Die Polizist*innen verdienen unsere Wertschätzung, genauso wie
 915 gute Arbeitsverhältnisse und leistungsfähige Strukturen innerhalb der Behörden. Sichere und
 916 leistungsfähige Datenverarbeitung, kombiniert mit mobiler IT und klar geregelten
 917 Kompetenzen, ist dabei eine Grundvoraussetzung moderner Polizeiarbeit. Gutes polizeiliches
 918 Handeln kann jedoch kein Ersatz für gesellschaftliche Problemlösung sein. Deswegen werden
 919 wir die Zusammenarbeit mit zivilen Trägern und externen Expert*innen unterstützen und weiter
 920 ausbauen.

921 **Die besondere Verantwortung der Polizei**

922 Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle frei und sicher leben können. Sicherheit muss
 923 überall gleichermaßen garantiert sein. Freiheits- und Bürger*innenrechte behandeln wir nicht
 924 als Streichposten der Innenpolitik, sondern als ihre zentralen Schutzgüter. Sicherheit darf
 925 keine Frage der sozialen Schicht, der Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Identität,
 926 des Aussehens oder des Wohnorts sein. Damit die Polizei ihren komplexen Aufgaben
 nachkommen
 927 kann, muss sie auf das Vertrauen der gesamten Bevölkerung bauen können. Als ausführendes
 928 Organ des staatlichen Gewaltmonopols hat die Polizei zudem eine besondere Verantwortung.
 Dem
 929 entspricht die Einführung einer individuellen, aber anonymisierten Kennzeichnung für die
 930 Bundespolizei sowie der Stelle einer/eines unabhängigen Bundespolizeibeauftragten mit
 931 umfassenden Kompetenzen, an die/den sich im Falle von auftretenden Problemen oder
 erkannten
 932 Missständen sowohl Polizist*innen wie auch Bürger*innen wenden können. Straftaten im Amt
 und
 933 Todesfälle in Polizeigewahrsam müssen ohne Wenn und Aber aufgeklärt werden. Wir werden die
 934 Kontrollbefugnisse der Bundespolizei so ausgestalten, dass sie nicht mehr zu Racial
 935 Profiling führen, und die Einführung sogenannter Ticketsysteme erproben, um Gründe für
 936 polizeiliche Kontrollen für die Betroffenen transparent zu machen. Polizist*innen sollten
 937 sich auch nach der Ausbildung verpflichtend fortbilden können und müssen. Wichtige
 938 Fortbildungsbereiche sind beispielsweise der Umgang mit Menschen mit psychischen
 939 Erkrankungen sowie Antidiskriminierung und die Gefahr von Racial Profiling. Besondere
 940 Belastungen im Dienst sollen regelmäßig, beispielsweise im Rahmen von Supervision,
 941 nachbereitet werden. Eine bundesweite, externe Fachstelle zur Seelsorge und ethischer
 942 Bildung ist einzurichten. Das bereits bestehende ZeBuS (Zentrum für ethische Bildung und
 943 Seelsorge in der Polizei NRW) kann hierbei als Vorbild dienen. Längst überfällig sind

944 unabhängige wissenschaftliche Studien zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus
945 in
946 den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden. Wir wollen Polizeiforschung besser
947 ermöglichen und die Polizei dafür stärker öffnen. Rationale Sicherheitspolitik setzt eine
948 solide Faktenlage und klare Zuständigkeiten voraus. Deshalb werden wir unter anderem den
949 Periodischen Sicherheitsbericht wieder einführen, dessen Aussagekraft sich in der
Vergangenheit bewährt hat.

950 **Europäisches Kriminalamt schaffen, organisierte Kriminalität** 951 **verfolgen**

952 Zahlreiche Straftaten finden grenzüberschreitend statt, insbesondere die organisierte
953 Kriminalität und islamistische oder rechtsextreme Terrornetzwerke machen nicht an
954 Landesgrenzen halt. Zum Schutz der Bürger*innen und zur Verteidigung unserer Freiheit
955 brauchen wir eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz: durch
956 gemeinsame europäische Polizeiteams, durch die Aufwertung von Europol zu einem
Europäischen
957 Kriminalamt sowie durch eine engere justizielle Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, auch mit
958 Hilfe von Eurojust und bei der Bekämpfung von Betrug zu Lasten der EU-Finzen mit dem EU-
959 Betrugsbekämpfungsamt OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft unter Nutzung
modernster
960 Analysemethoden. Wegen der zunehmenden Vernetzung von europäischen Datenbanken sind
hohe
961 Datenschutzstandards und eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Rechtsschutzes
962 unabdingbar. Diese Zusammenarbeit braucht eine unabhängige Justiz und faire Strafverfahren
963 in allen EU-Mitgliedstaaten.

964 **Verfassungsschutz neu ordnen**

965 Der Verfassungsschutz hat in der Vergangenheit viel Vertrauen verspielt, vor allem im
966 Hinblick auf den NSU-Komplex. Hier sind Veränderungen, insbesondere durch einen personellen
967 Neuanfang, zu beobachten, dennoch muss ein struktureller Neustart folgen, mit dem die
968 Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes verbessert wird. Der in Wissenschaft und
969 Zivilgesellschaft schon heute vorhandene Sachverstand über verfassungsfeindliche
970 Bestrebungen muss systematischer genutzt werden. Diese Expertise soll einbezogen und durch
971 ein Demokratieförderungsgesetz flächendeckend gestärkt und dauerhaft gefördert werden. Wir
972 wollen den Verfassungsschutz strukturell neu aufstellen: zum einen mit einem unabhängigen,
973 wissenschaftlich aus öffentlichen Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung.
974 Zum anderen mit einem verkleinerten Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr,
das
975 mit rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen
976 Aufgaben arbeitet. Hier braucht es auch eine engere und effektivere parlamentarische
977 Kontrolle. Um Vertrauen zurückzugewinnen, werden wir die Kontrolle der Arbeit der
978 Nachrichtendienste stärken und den Einsatz von menschlichen Quellen gesetzlich regeln.

979 **Rechtsextremismus bekämpfen, Netzwerke zerschlagen**

980 Es gibt mehr als 32.000 Rechtsextremist*innen in Deutschland, die sich trotz des ausgrenzend
981 völkischen Ansatzes auch transnational immer stärker vernetzen. Die Bekämpfung
982 rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden – muss Priorität

983 für alle Sicherheitsorgane haben. Dazu braucht es ein Bündel aus Prävention, Schutz- und
 984 Sanktionsmaßnahmen. Durch eine bundesweit vernetzte Präventionsstrategie wollen wir die
 985 Präventionsarbeit massiv ausbauen und dabei auch die antifeministische und nationalistisch-
 986 völkische Dimension des Rechtsextremismus in den Blick nehmen. Zu Letzterer gehört zum
 987 Beispiel die rechtsextreme und gewaltbereite „Ülkücü-Bewegung“, umgangssprachlich „Graue
 988 Wölfe“ genannt, die wir mit allen politisch und rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln
 989 zurückdrängen wollen. Zivilgesellschaftliche Gruppen leisten eine wichtige Arbeit zur
 990 Aufklärung und Zurückdrängung rechtsextremer Strukturen. Sie sollen strukturell und
 991 langfristig durch ein Demokratiefördergesetz gefördert werden. Wir werden unabhängige
 992 wissenschaftliche Studien zu
 993 Rassismus und Rechtsextremismus in den verschiedenen Sicherheitsbehörden initiieren,
 994 Hassgewalt erfassen und konsequent verfolgen. Rechtsextreme müssen konsequenter und
 zügiger
 995 als bisher aus Sicherheitsbehörden entfernt werden. Hierfür wollen wir die rechtlichen
 996 Voraussetzungen schaffen. Die Mordserie des rechtsterroristischen NSU sowie andere
 997 rassistische und rechtsextremistische Terrorakte in Deutschland – zum Beispiel die Morde in
 998 Hanau – sind nach wie vor nicht vollständig aufgearbeitet. Deshalb richten wir nach dem
 999 Vorbild der Stasi-Unterlagen-Behörde ein Archiv über rechten Terror ein, in dem auch die
 1000 Dokumente und Ergebnisse der 13 parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum NSU
 1001 ausgewertet werden und die langfristig Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und der
 1002 Zivilgesellschaft zugänglich sind. Unsere Solidarität gilt allen Opfern und Betroffenen von
 1003 rechtsterroristischen, extrem rechten und rassistischen Angriffen. Wir wollen daher auf
 1004 Bundesebene einen Fonds für Opfer und Betroffene, insbesondere rechtsextremer, rassistischer
 1005 oder islamistischer Gewalt, einrichten.

1006 **Vor Terrorismus schützen**

1007 Jede Form politisch motivierter Gewalt gefährdet unseren Rechtsstaat. Insbesondere durch
 1008 Terrorismus von gewaltbereiten Rechtsextremist*innen und Islamist*innen ist die öffentliche
 1009 Sicherheit in Deutschland bedroht. Um die offene Gesellschaft, unsere Demokratie und die
 1010 Menschen zu schützen, müssen wir Terror entschieden bekämpfen – durch effektive
 1011 intersektional ausgerichtete Präventionsarbeit, bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden
 1012 und eine konsequente Überwachung von sogenannten Gefährder*innen. Dazu braucht es eine
 1013 europäisch abgestimmte Definition des Gefährderbegriffs mit rechtlich überprüfbaren Ein- und
 1014 Ausstufungskriterien. Gefährder*innen müssen engmaschig überwacht werden. Ziel ist, dass
 1015 gegenüber Gefährder*innen offene Haftbefehle konsequent vollstreckt und laufende Verfahren
 1016 über Ländergrenzen hinweg zusammengezogen werden. Die Kooperation und Kommunikation
 zwischen
 1017 den Sicherheitsbehörden, auch über Ländergrenzen, muss reformiert werden, wozu die
 Schaffung
 1018 rechtlicher Grundlagen für die Terrorabwehrzentren GTAZ und GETZ gehört. Jenseits der
 1019 Terrorabwehr lehnen wir Grundrechtseingriffe aufgrund einer Einstufung als sogenannte*r
 1020 Gefährder*in ab. Aussteigerprogramme für Menschen aus der rechtsextremistischen und
 1021 islamistischen Szene werden wir ebenso ausbauen wie Hilfs- und Beratungsangebote für Opfer
 1022 und deren Angehörige. Es braucht ein bundeseinheitliches, professionalisiertes Präventions-
 1023 und Deradikalisierungsnetzwerk – analog zu den zivilgesellschaftlichen Trägern, die sich
 1024 bereits besser als die politischen Ebenen in Bund und Ländern vernetzt haben. Prävention und

1025 Deradikalisierung in Haftanstalten wollen wir stärken. Um Attentate zu erschweren, werden
 1026 wir illegalen Waffenhandel, auch und gerade auf Online-Marktplätzen, verstärkt verfolgen.

1027 **Mehr Sicherheit durch weniger Waffen**

1028 In Deutschland gibt es über fünf Millionen legale Waffen. Jedes Jahr sterben Menschen auch
 1029 durch legale Waffen, beim Hantieren mit ihnen oder durch Straftaten. Diese reichen von
 1030 häuslicher Gewalt über Amokläufe bis hin zu extremistischen Attentaten. Solche Straftaten
 1031 werden nicht unbedingt durch die berechtigten Legalwaffenbesitzer*innen begangen, sondern
 1032 auch durch Menschen, die sich rechtswidrig Zugang zu diesen Waffen verschaffen, weil sie
 1033 über entsprechende Zugänge, zum Beispiel im gemeinsamen Haushalt, verfügen. Um ein
 valides

1034 Bild über die Dimensionen und Ursachen solcher Straftaten zu erhalten, braucht es eine
 1035 verbesserte kriminalstatistische Erfassung. Es muss dokumentiert werden, ob eine Straftat
 1036 mit einer legalen oder illegalen Schusswaffe begangen wurde, ob es bei der Tat auch zu einer
 1037 Schussabgabe kam und ob die oder der Tatverdächtige berechtigt war, die Waffe zu besitzen
 1038 oder nicht. Jeder Mensch, der durch eine Waffe stirbt, ist einer zu viel. Deshalb wollen wir
 1039 die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen – außer für Jäger*innen, die ohne diese Waffen
 1040 ihre Aufgaben nicht erfüllen können – schrittweise beenden. Auch im Bereich des Schießsports
 1041 setzen wir uns im Dialog mit Sportschütz*innen für die Umstellung auf nichttödliche
 1042 Schusswaffen ein.

1043

1044 **Bevölkerungsschutz krisenfest machen**

1045 Deutschland verfügt über ein herausragendes Netz von Akteur*innen, die im Katastrophenfall
 1046 handlungsfähig sind. Das Rückgrat hierfür bilden die überwiegend freiwilligen Mitglieder der
 1047 Hilfsorganisationen, Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks. Die Klimakrise und die
 1048 Herausforderungen unserer modernen Gesellschaft setzen dieses System unter Druck. Gerade
 1049 länderübergreifende Katastrophen, wie Pandemien, Hochwasserereignisse, Waldbrände oder
 1050 flächendeckende Stromausfälle, haben ein enormes Schadenspotenzial und erfordern
 1051 koordiniertes Handeln, wenn einzelne Länder an ihre Grenzen stoßen. Wir wollen, dass sich
 1052 der Bund hier stärker engagiert und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und
 1053 Katastrophenhilfe mehr Kompetenzen bekommt. Das freiwillige und Spontanhelfer*innen-
 1054 Engagement wollen wir weiter stärken und für digitale Bereiche, zum Beispiel über ein Cyber-
 1055 Hilfswerk, fit machen. Außerdem setzen wir uns für eine Stärkung des gesundheitlichen
 1056 Bevölkerungsschutzes ein, um die interdisziplinäre Bekämpfung von zukünftigen Pandemien
 1057 sicherzustellen.

1058 **Schutz für Whistleblower*innen**

1059 Abgasmanipulationen, Missstände in Pflegeeinrichtungen, der Verkauf von Facebook-
 Nutzerdaten

1060 – kaum einer der großen Wirtschaftsskandale der vergangenen Jahre wäre ohne die Hinweise
 aus

1061 den Unternehmen überhaupt an die Öffentlichkeit gelangt. Missstände in Unternehmen,
 Behörden

1062 und anderen Bereichen wie Doping im Sport bis hin zu kriminellen Aktivitäten in Unternehmen
 1063 und Behörden brauchen mutige Menschen, die sie ans Licht bringen. Diese

1064 „Whistleblower*innen“ müssen im Interesse von uns allen besser vor Repressalien aus dem Aus-

und Inland, gesundheitlichen, finanziellen und sozialen Folgen ihrer Meldung geschützt werden. Das werden wir mit einem Hinweisgeberschutzgesetz, das die EU-Whistleblower-Richtlinie ambitioniert und umfassend auch für das gesamte nationale Recht umsetzt, erreichen. Darin festgeschrieben sind ein zweistufiges Meldeverfahren sowie ein Entschädigungsfonds, mit dem das persönliche Risiko minimiert wird. Die Furcht vor einem ökonomischen und persönlichen Schaden als Hemmnis für eine Hinweisgabe soll so abgebaut und potenzielle Hinweisgeber*innen sollen ermutigt werden. Wir wollen, dass Whistleblower*innen wie Edward Snowden, dem wir die Aufdeckung der weltweiten Ausspähung und Massenüberwachung durch zahlreiche Nachrichtendienste zu verdanken haben, frei und sicher in einem demokratischen Land leben können, und ihnen dies auch in Deutschland anbieten.

Zielgerichtete Abwehr konkreter Gefahren

Ein funktionierender, demokratischer Rechtsstaat muss Sicherheit gewährleisten und die ihn konstituierenden Freiheitsrechte wahren. Wir stehen für eine rationale Sicherheits- und Kriminalpolitik, die Rechtsgüter vor realen Beeinträchtigungen schützt, konkrete Gefahren anlassbezogen und zielgerichtet abwehrt sowie eine verhältnismäßige Strafverfolgung gewährleistet, statt die Bevölkerung mit pauschaler Massenüberwachung unter Generalverdacht zu stellen. Sicherheitsgesetze müssen auf den Prüfstand, zukünftig auf valider Empirie beruhen und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit regelmäßig unabhängig evaluiert werden. Wir stellen dazu eine Überwachungsgesamtrechnung auf, die laufend fortgeführt wird. Den Einsatz biometrischer Identifizierung im öffentlichen Raum, wie beispielsweise Gesichtserkennung, lehnen wir ebenso wie die undifferenzierte Ausweitung der Videoüberwachung, die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, generelle Hintertüren in digitalen Geräten und Anwendungen oder das Infiltrieren von technischen Geräten (Online-Durchsuchung bzw. Quellen-TKÜ) ab. Zudem soll eine Verpflichtung eingeführt werden, Sicherheitslücken zu melden und aktiv auf ihre Behebung hinzuwirken. Unternehmen dürfen nicht dazu verpflichtet werden, die IT-Sicherheit und Netzintegrität auf Kosten der Allgemeinheit zu gefährden. Wir streiten für eine technisch und personell gut ausgestattete und zielgerichtete Polizeiarbeit auf klaren Rechtsgrundlagen. Damit stärken wir auch die Rechtssicherheit für die Arbeit der Behörden und schaffen Vertrauen. Die digitale Kompetenz in den Sicherheitsbehörden wollen wir stärken, damit bestehende Möglichkeiten zur Verbrechensverhütung und -aufklärung effektiv angewendet werden.

Wir garantieren den Rechtsstaat und stärken den Verbraucherschutz

Konsequent gegen Korruption

Korruption, Steuerhinterziehung, Geldwäsche oder Manipulationen im Finanzmarkt sind Rechtsverstöße, die verheerende Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt, für Umwelt und Menschen(rechte) haben können. Wirtschaftsstraftaten machen einen Großteil der polizeilich erfassten finanziellen Schädigungen aus. Bei Rechtsverstößen werden wir Unternehmen deshalb künftig wirksamer zur Rechenschaft ziehen. Ziel ist, die bereits verstreut bestehenden Regelungen in einem eigenständigen Gesetz gegen Wirtschaftskriminalität zusammenzufassen und zu ergänzen. Um zu verhindern, dass

1105Rechtsverstöße von Unternehmen wegen organisierter Unverantwortlichkeit nicht geahndet
 1106werden können, soll künftig auch an das Organisationsverschulden angeknüpft werden können.
 1107Die Pflicht zum Nachweis der legalen Herkunft großer Zahlungen wollen wir verstärken.
 1108Sanktionen müssen gemäß den EU-Vorgaben wirksam, angemessen und abschreckend sein,
 zum
 1109Beispiel indem unrechtmäßiger Gewinn bei der Abschöpfung geschätzt werden darf und die
 1110nötigen Ressourcen dafür bereitgestellt werden. Den Sanktionskatalog wollen wir um weitere
 1111Maßnahmen, wie den Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge, die
 1112Schadenswiedergutmachung sowie verpflichtende Vorkehrungen für Unternehmen zur
 Verhinderung
 1113von Straftaten, erweitern und ein öffentliches Sanktionsregister einführen.

1114**Rechtsschutz für jede*n, Gruppenklagen einführen**

1115Menschen müssen ihr Recht auch gegenüber wirtschaftlich Stärkeren wirksam durchsetzen
 1116können, zum Beispiel in Fällen wie dem Diesel-Abgas-Betrug. Dazu führen wir die Gruppenklage
 1117ein, damit Menschen auch bei kleineren, aber massenhaft auftretenden Schäden effektiv zu
 1118ihrem Recht kommen und zum Beispiel Schadensersatz bekommen. Die bisher eingeführten
 1119kollektiven Klageverfahren, wie die Musterfeststellungsklage, die nur Verbraucher*innen
 1120zusteht, und das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, sind unzureichend. Die immer
 1121beliebtere und oft wirkungsvolle Rechtsdurchsetzung durch Legal-Tech-Unternehmen kann
 1122andererseits vielen Menschen schnell und unkompliziert zu ihrem Recht verhelfen. Den
 1123kollektiven Rechtsschutz wollen wir deshalb verallgemeinert und vereinheitlicht in die
 1124Zivilprozessordnung integrieren und die Bündelung individueller Ansprüche im Rahmen einer
 1125Gruppenklage ermöglichen. Für eine bessere Durchsetzung des Rechts sollen die
 1126Zugangsschranken gesenkt, die Verfahren vereinfacht sowie die Beratungs- und
 1127Prozesskostenhilfe gestärkt werden. Die Verbandsklage-Richtlinie der EU setzen wir
 1128verbraucherfreundlich und zügig in nationales Recht um. Die Auswirkungen unterschiedlicher
 1129Finanzkraft der Parteien, Möglichkeiten der Prozessverzögerung und der Einfluss von
 1130tatsächlich betroffenen Dritten (zum Beispiel Versicherungen) auf Gerichtsverfahren müssen
 1131minimiert werden.

1132**Strafrechtliche Sanktionen mit Vernunft und Augenmaß**

1133Wir überprüfen die Wirkungen der Straf- und Strafverfahrensrechts-Änderungen der letzten
 1134Jahre anhand des Maßstabs rationaler, faktenbasierter Kriminalpolitik und reformieren das
 1135Sanktionensystem mit dem
 1136Ziel von Prävention und Resozialisierung. Dazu gehören Verzicht auf nutzlose
 1137Ersatzfreiheitsstrafen, größere Wirksamkeit von Bewährungsauflagen und Stärkung von
 1138ambulanten Sanktionsmöglichkeiten.

1139**Kinderschutz vor Gericht verbessern**

1140In familienrechtlichen Verfahren werden Entscheidungen getroffen, die erhebliche
 1141Auswirkungen auf das weitere Leben von Kindern und ihren Familien haben können. Häusliche
 1142Gewalt muss in Entscheidungen über Besuchs- und Sorgerecht berücksichtigt werden. Es gilt
 1143den Kinderschutz vor Gericht zu stärken und die Meinung von Kindern zu berücksichtigen.
 1144Anhörungen müssen kindgerecht ausgestaltet sein und mehrfache Befragungen nach
 Möglichkeit
 1145vermieden werden. Im familiengerichtlichen Verfahren braucht es entsprechende

interdisziplinäre Angebote, wie zum Beispiel Childhood-Häuser. Wir machen einerseits die Fortbildungen für Familienrichter*innen verbindlich und werden diese andererseits beim Arbeitspensum der Richter*innen berücksichtigen. Auch in Kindschaftssachen wollen wir die Rechtsbeschwerdemöglichkeit zum Bundesgerichtshof herstellen. In Strafverfahren wollen wir die Opferrechte von Kindern weiter stärken. Sexualisierte Gewalt gegen Kinder muss konsequent aufgeklärt und verfolgt werden, vor allem durch mehr – insbesondere auch auf Internetkriminalität spezialisiertes – Personal bei Polizei und Staatsanwaltschaften.

Vor Kostenfallen schützen, Online-Kündigung mit nur einem Klick

Online-Verträge kann man mit einem Klick abschließen, die Kündigung bedarf aber der Textform. Auch lange Mindestlaufzeiten und automatische Vertragsverlängerungen um ein Jahr sind alles andere als verbraucherfreundlich. Immer noch werden Verbraucher*innen an Telefon oder Haustür überrumpelt und ihnen ungewollte Verträge untergeschoben. Wir wollen Verbraucher*innen vor Vertragsfallen schützen und durchsetzen, dass die Online-Kündigung so einfach ist wie die Online-Bestellung. So wie es einen Bestellbutton gibt, muss es auch einen Kündigungsbutton geben sowie eine verpflichtende Eingangsbestätigung für Online-/E-Mail-Kündigungen. Vertragslaufzeiten und automatische Verlängerungen müssen verkürzt werden

– zugunsten des Verbraucherschutzes und des Wettbewerbs. Wir wollen die maximale Mindestlaufzeit von Verträgen von zwei Jahren halbieren und die stillschweigende Vertragsverlängerung von einem Jahr auf einen Monat verkürzen. Telefonisch abgeschlossene Verträge sollen erst gelten, wenn sie nachträglich bestätigt werden. Auch vor unseriösen Haustürgeschäften wollen wir Verbraucher*innen besser schützen.

Ein Recht auf Reparatur

Von der Waschmaschine bis zum Handy – viele Geräte landen schon nach kurzer Zeit auf dem Müll, weil sie schnell kaputtgehen, nicht reparierbar sind oder keine Softwareupdates mehr angeboten werden. Das ärgert die Verbraucher*innen, es verschwendet wertvolle Ressourcen und

verursacht Berge von Elektroschrott. Wir setzen stattdessen auf Qualität und Langlebigkeit. Durch ein Recht auf Reparatur wollen wir Elektroschrott von vornherein vermeiden. Die Grundlage dafür sind verbindliche Designvorgaben, damit elektronische Geräte so gestaltet sind, dass sie möglichst langlebig, reparierbar und recyclingfähig sind. Dabei darf es nicht nur um die Hardware eines Geräts gehen. Mindestens für die erwartbare Lebensdauer müssen Ersatzteile und Softwareupdates kostengünstig erhältlich sein. Ein Label soll erkennbar und vergleichbar machen, wie lange Ersatzteile und Softwareupdates zur Verfügung gestellt werden. Durch die Verdopplung der Gewährleistungsfristen auf vier Jahre, die Erweiterung der Beweislastumkehr auf zwei Jahre und eine Angabe der vom Hersteller vorgesehenen Lebensdauer

wollen wir erreichen, dass Geräte für eine längere Lebensdauer gebaut werden. So werden wir die Spielräume der EU-Vorgaben voll ausschöpfen und uns gleichzeitig für mehr Verbraucherschutz in der EU engagieren. Außerdem werden wir den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Reparaturdienstleistungen einführen und uns auf EU-Ebene für die Ausweitung auf die Reparatur von Elektrogeräten einsetzen.

Finanzberatung im Interesse der Kund*innen

Häufig werden Kund*innen Finanz- und Versicherungsprodukte vermittelt, die am persönlichen Bedarf vorbeigehen. Diese Produkte sind häufig gut für die Gewinne der Banken und Versicherungen, aber schlecht für die Kund*innen. Wir wollen die Finanzberatung vom Kopf auf die Füße stellen. Dafür schaffen wir ein einheitliches und transparentes Berufsbild für Finanzberater*innen. Alle Vermittler*innen und Berater*innen sollen künftig von der BaFin beaufsichtigt werden. Wir wollen weg von der Provisionsberatung und schrittweise zu einer unabhängigen Honorarberatung übergehen. Dafür schaffen wir eine gesetzliche Honorarordnung, die Finanzberater*innen stärkt und unabhängiger macht. Zusammen mit den Verbraucherzentralen und der Branche entwickeln wir

Honorarmodelle (Ratenzahlungen, Flatrates), die zu Lebenssituation und Präferenzen der Menschen passen, und senken mit Standardprodukten in der Altersvorsorge die Kosten insbesondere für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Die Finanzaufsicht soll von der Möglichkeit, den Vertrieb von schädlichen irreführenden Finanzprodukten zu untersagen, häufiger Gebrauch machen und für mehr Finanzbildung sorgen. Zusätzlich wollen wir die Kompetenzen der BaFin im Verbraucherschutz stärken und die Beteiligungsrechte des Verbraucherbeirats ausweiten. Überhöhte Dispozinsen und Gebühren, insbesondere für das Basiskonto, werden wir begrenzen.

Wir fördern die Kultur, die Künste und den Sport

Krisenfeste Strukturen für die Kultur

Die Künste sind frei und müssen keinen Zweck erfüllen. Sie sind gleichzeitig von zentraler Bedeutung für die Selbstreflexion der Gesellschaft, den Zusammenhalt und die Persönlichkeitsbildung der/des Einzelnen. Wir wollen, dass die Kulturlandschaft nach der Pandemie mit ihren monatelangen Schließungen zu neuer Lebendigkeit, Vielfalt und Reichhaltigkeit findet und Kultur und kulturelle Bildung endlich selbstverständlicher Teil der Daseinsvorsorge werden. Deswegen wollen wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern. Eine nachhaltige (Wiederaufbau-)Strategie muss die Kommunalfinanzen als eine wichtige Grundlage für das Kulturleben stärken, das Zuwendungsrecht reformieren, mehr Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der Finanzierung von Kultureinrichtungen und -projekten ermöglichen sowie einen Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung und Abriss einrichten, der Kulturorte wie beispielsweise Clubs langfristig absichert. Die öffentliche Kulturförderung soll künftig partizipativ, inklusiv und geschlechtergerecht abgestimmt sowie nach transparenten Kriterien angelegt sein. Ebenso braucht es eine gleiche Wertschätzung bei der Finanzierung und den Rahmenbedingungen für alle Kulturformen und -sparten, für die freie Szene und institutionell geförderte Kultureinrichtungen.

Kulturschaffende und Kreative besser absichern

Die Corona-Krise zeigt, unter welch prekären Bedingungen viele Kultur- und Medienschaffende arbeiten. Für eine vielfältige Kulturlandschaft braucht es eine Absicherung, die Freiräume bietet und künstlerisches und kreatives Schaffen ermöglicht. Wir setzen uns für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und faire Bezahlung ein, damit an privaten und insbesondere öffentlichen Kulturinstitutionen prekäre Arbeitsverhältnisse überwunden werden. Solo-Selbständige und Kulturschaffende sollen für die Zeit der Corona-Krise mit einem Existenzgeld von 1.200 Euro im Monat abgesichert werden. Eine Absicherung braucht es aber

1229 auch darüber hinaus. Die Künstlersozialkasse (KSK) muss finanziell gestärkt,
 1230 Rechtssicherheit für die Mitgliedschaft in der KSK, auch für Künstler*innen, die nur
 1231 zeitweise für Produktionen versicherungspflichtig angestellt sind, geschaffen und die
 1232 freiwillige Weiterversicherung für Selbständige in der Arbeitslosenversicherung vereinfacht
 1233 werden. Es muss sichergestellt werden, dass Urheber*innen für ihre Werke eine angemessene
 1234 Vergütung erhalten. Eine angemessene Beteiligung, insbesondere an den Gewinnen der
 1235 Vertriebsplattformen, sorgt dafür, dass Kultur- und Medienschaffende weiter an ihren Werken
 1236 verdienen können. Nutzer*innen sollen bei digitalen Inhalten bei der Ausleihe und
 1237 Weiterveräußerung nicht schlechtergestellt werden als bei analogen Gütern. Aus diesem Grund
 1238 sollen Bibliotheken unter denselben Bedingungen E-Books verleihen dürfen, die sich für
 1239 physische Bücher bewährt haben, ohne dafür Lizenzverträge abschließen zu müssen.

1240 **Kultur in der Gesellschaft**

1241 Aktives Kulturleben ist die Basis von demokratischen Gesellschaften. Hier findet die
 1242 Auseinandersetzung darüber statt, wie wir leben wollen. Deshalb muss die Gesellschaft in
 1243 ihrer ganzen Vielfalt im Kulturschaffen sichtbar sein. Wir wollen Kultureinrichtungen öffnen
 1244 und stärken, damit jede*r einfachen Zugang zu ihnen hat und ihre Angebote nutzen und
 1245 gestalten kann. Bestehende soziale, finanzielle oder bauliche Hürden müssen dafür abgebaut
 1246 werden, etwa durch den kostenlosen Eintritt für Schüler*innen in staatlichen Museen, durch
 1247 die Sonntagsöffnung von öffentlichen Bibliotheken oder durch einen Kulturpass für Menschen
 1248 mit geringem Einkommen. Wir wollen gerade solche Kulturangebote kontinuierlich und
 1249 flächendeckend fördern, die die Situation und die Bedürfnisse in ihrer Stadt oder ihrer
 1250 Gemeinde mitdenken und das als ihre zentrale Zukunftsaufgabe verstehen. In ländlichen
 1251 Regionen, aber auch in urbanen Zentren sollen Kultureinrichtungen Knotenpunkte von
 1252 Begegnungen und zu sogenannten „Dritten Orten“ werden, die auch Menschen einen Zugang zu

1253 Kultur ermöglichen, die davon bislang wenig profitieren. Bei der Besetzung von Intendanzen,
 1254 bei der Zusammensetzung von staatlich geförderten Kulturbetrieben, bei der Vergabe von
 1255 Stipendien und Werksaufträgen und bei staatlichen Jurys wollen wir eine Quotenregelung
 1256 einführen, um Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten, sowie flache Hierarchien und
 1257 partizipative Strukturen fördern. Zudem muss auf angemessene Repräsentanz der vielfältigen
 1258 Gesellschaft geachtet werden. Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität und inklusive Teilhabe
 1259 müssen fester Bestandteil der Ausbildung zu Kulturberufen sein. Auch kulturelle Vielfalt
 1260 sowie Transkulturalität, also die gegenseitige Durchdringung von Kulturen, wollen wir
 1261 fördern.

1262 **Den Kulturbetrieb ökologischer machen**

1263 Der Kulturbetrieb und die Künste können eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der
 1264 Klimakrise spielen. Es gibt viele Initiativen und Akteur*innen, die mit großem Einsatz
 1265 versuchen, ressourcenschonender zu arbeiten und den Kulturbetrieb ökologisch auszurichten.
 1266 Dieses Engagement werden wir durch eine zentrale Beratungsstelle, den Green Culture Desk,
 1267 unterstützen und einen Green-Culture-Fonds als Förderinstrument einrichten. Künstler*innen
 1268 geben außerdem wichtige Impulse für die nachhaltige Transformation. Wir wollen im Sinne
 1269 eines Fonds für Ästhetik und Nachhaltigkeit ein Instrument zur ressortübergreifenden,
 1270 transdisziplinären Förderung schaffen, das den Aufbau von langfristigen Strukturen
 1271 ermöglicht sowie freie Experimentier- und Handlungsräume schafft. Damit sind auch hybride

1272 Modelle der Kooperation zwischen Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Akteur*innen der
 1273 Zivilgesellschaft gemeint.

1274 **Film- und Kinokultur stärken und ins digitale Zeitalter führen**

1275 Den Film als prägendes Medium des Bewegtbildes und Kinos als öffentliche Kulturorte wollen
 1276 wir angesichts des schnellen Wandels der Produktions- und Vertriebsformen stärken. Um die
 1277 künstlerische Qualität und Anziehungskraft des deutschen und europäischen Films zu steigern,
 1278 vereinfachen wir Entscheidungsprozesse: Wir entflechten die Struktur aus Fernsehsendern und
 1279 einer Vielzahl an Gremien zugunsten kriterienbasierter, automatischer Förderungen und
 1280 richten unser Augenmerk verstärkt auf die Förderung von Stoffen und Drehbüchern sowie des
 1281 Nachwuchses. Verbindliche Quoten sorgen dafür, dass Frauen im Film gleiche Chancen haben.
 1282 Soziale Mindeststandards und faire Verwertungswege verbessern die ökonomische Lage der
 1283 Filmschaffenden. Ökologische Produktion wird mit finanziellen Anreizen belohnt. Kinos und
 1284 Festivals unterstützen wir durch verlässliche Förderinstrumente.

1285 **Erinnerungskultur stärken und öffnen**

1286 Erinnerungskultur trägt entscheidend zur Selbstverständigung und zum Zusammenhalt bei und
 1287 ist eine grundlegende Voraussetzung für den Schutz unserer Demokratie. Doch noch immer gibt

1288 es Leerstellen in der Aufarbeitung der deutschen Verbrechen Geschichte. Der
 1289 Nationalsozialismus muss weiter konsequent aufgearbeitet werden. Bisher wenig beachtete
 1290 Opfergruppen wie die sogenannten „Asozialen“, „Berufsverbrecher“ und „Euthanasie“-Opfer
 1291 wollen wir würdigen und durch eine angemessene Entschädigung anerkennen. Ihre
 1292 Lebensgeschichten sowie die Tatorte der Morde sollen erforscht und gekennzeichnet werden.
 1293 Die finanzielle Förderung der Forschungsarbeiten, die Weiterentwicklung der pädagogischen
 1294 und wissenschaftlichen Arbeit der Gedenkstätten sowie die weitere Aufarbeitung und Rückgabe
 1295 von NS-Raubkunst stehen im Mittelpunkt. Dazu gehört auch, den weiteren Verpflichtungen
 1296 gegenüber Ländern, die unter der deutschen Besatzung gelitten haben, nachzukommen. Auch
 die

1297 SED-Diktatur soll durch die Fortsetzung der Forschung und der politischen Bildungsarbeit an
 1298 den Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen weiter aufgearbeitet
 1299 werden. Erinnerungsorte an die friedliche Revolution von 1989, die deutsche
 1300 Wiedervereinigung und die folgenden tiefgreifenden Transformationsprozesse in Ostdeutschland

1301 werden wir in Bundesträgerschaft fördern. Auch die regionalen Aufarbeitungsinitiativen
 1302 wollen wir stärker in ihrer Arbeit unterstützen und setzen uns für unbürokratische und
 1303 höhere Entschädigungsleistungen für die Opfer und Verfolgten der SED-Diktatur ein. Wir
 1304 wollen außerdem rechtliche Regelungen für die Rückgabe von Raubkunst der NS- und der DDR-
 1305 Zeit schaffen. Durch eine zentrale Erinnerungs- und Lernstätte werden wir die Kontinuitäten
 1306 des Kolonialismus ins Bewusstsein rücken und so eine gesellschaftliche Debatte über unser
 1307 koloniales Erbe fördern, die eine antirassistische Perspektive auf Geschichte und
 1308 Gesellschaft ermöglicht. Dazu sind die kritische Aufarbeitung der kolonialen Verbrechen und
 1309 die Dekolonisierung öffentlicher Räume zentral und es bedarf einer umfänglichen
 1310 Provenienzforschung, Digitalisierung und transparenten Veröffentlichung sowie verbindlicher
 1311 Regelungen zur Restitution von Kulturerbe aus kolonialen Kontexten. Das gelingt nur in enger
 1312 Zusammenarbeit mit den Nachkommen und zivilgesellschaftlichen Initiativen der ehemals
 1313 Kolonisierten und Geschädigten weltweit. Gleichzeitig muss sich die deutsche

1314Erinnerungskultur für die vielfältigen Erfahrungen und Geschichten der Menschen öffnen, die
 1315nach Deutschland eingewandert sind oder deren Geschichte mit der deutschen verwoben ist,
 und
 1316das Gedenkstättenkonzept muss entsprechend weiterentwickelt werden. Wir werden uns auch
 für
 1317eine aktive Erinnerungskultur in allen öffentlichen Institutionen einsetzen.

1318**Ein Entwicklungsplan für den Sport**

1319Im Sport, dem größten Träger der organisierten Zivilgesellschaft und des freiwilligen
 1320Engagements, werden täglich demokratische Werte wie Gemeinsamkeit, Toleranz, Integration,
 1321Inklusion, Engagement und Gesundheitsprävention gelebt und vermittelt. Damit übernimmt der
 1322Sport eine herausragende Rolle für das gesellschaftliche Zusammenleben. Dies werden wir
 1323fördern und bessere Rahmenbedingungen schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die
 1324Teilhabe von Frauen im Sport und die Diversität von Sportler*innen und Athlet*innen auch in
 1325der Besetzung von Entscheidungsgremien niederschlägt. Wir wollen Ideen und Energien
 bündeln
 1326und zusammen mit den Sportverbänden, Ländern, Kommunen, der Wissenschaft und unter
 1327Beteiligung der Bürger*innen einen Entwicklungsplan Sport erarbeiten und umsetzen – ähnlich
 1328dem Goldenen Plan aus den 1960ern. Ein besonderer Fokus muss dabei vor allem auf
 1329strukturschwachen Regionen, gerade in Ostdeutschland, liegen, denn die Diskrepanz zwischen
 1330Ost und West ist beim Breitensport auch 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ein
 1331Problem. Ausreichend vorhandene und barrierefreie Sportstätten und Bewegungsräume zählen
 in
 1332Städten und ländlichen Räumen zur Daseinsvorsorge, deshalb wollen wir, dass Bewegungs- und
 1333Sportflächen in der Wohnungsbaupolitik und Quartiersplanung fest verankert und die
 1334bestehenden Anlagen unter Beachtung der energetischen Vorschriften durch die Kommunen
 1335saniert werden können. Dazu gehören auch insbesondere Schwimmsportstätten, denn unser
 1336Anspruch ist, dass jedes Kind schwimmen lernen kann. Das wollen wir mit einem
 Bundesprogramm
 1337zur Sanierung und Instandsetzung von Schwimmstätten erreichen. Sportgroßveranstaltungen
 1338sollen klimaneutral, sozial, nachhaltig und menschenrechtskonform ermöglicht, ihre Kosten
 1339transparent dargestellt werden, sodass sie auch einen bleibenden Infrastrukturgewinn für die
 1340Bürger*innen vor Ort schaffen. Dafür braucht es eine bundesweit einheitliche und föderal
 1341abgestimmte Gesamtstrategie, bei der von Beginn an Bürger*innenbeteiligung Teil der Planung
 1342ist. Das Prinzip Prävention ist die beste Vorsorge, daher wollen wir für alle zugängliche
 1343öffentliche Bewegungsräume unterstützen, die es auch Menschen mit einem geringen
 Einkommen
 1344ermöglichen, Sport zu betreiben. E-Sport ist längst kein Nischenthema mehr und begeistert
 1345immer mehr Menschen. Wir wollen neue Wege in Sport- und Jugendvereinen ermöglichen – mit
 der
 1346Anerkennung der Gemeinnützigkeit für E-Sport stärken wir ehrenamtliches Engagement.
 1347Potenziale für Nachwuchsgewinnung in IT- und Kreativwirtschaft wollen wir aktivieren. Die
 1348Entwicklungen von E-Sport und Gaming werden wir insbesondere im Hinblick auf Diversität,
 1349Nachhaltigkeit, Jugendschutz sowie Medienkompetenz fördern und zusammen mit Gamer*innen,
 1350Verbänden und Wissenschaft gestalten; gemeinsam mit allen Akteur*innen stellen wir uns

gegen

1351 Diskriminierung und Hatespeech.

1352 **Spitzensport braucht Breitensport**

1353 Ein starker Breitensport braucht Vorbilder. Im Leistungssport muss es um die bestmögliche
1354 Förderung von Talenten gehen und nicht allein um die Fixierung auf eine bestimmte
1355 Medaillenzahl. Deshalb wollen wir bei der Förderung des Spitzensports die Bedingungen und
1356 Perspektiven für Leistungssportler*innen insbesondere für den Nachwuchs in den Mittelpunkt
1357 stellen. Die bisherigen staatlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für Leistungssportler*innen
1358 werden durch zivile Alternativen ergänzt. Die wichtige soziale und pädagogische Arbeit von
1359 Trainer*innen im Ehrenamt und Hauptberuf wollen wir aufwerten. Bei der Doping-Prävention und

1360 im Anti-Doping-Kampf stärken wir die NADA und fordern auf internationaler Ebene
1361 weitreichende Reformen der WADA, die ihre Aufgaben vollständig unabhängig ausführen und
1362 Athlet*innen echte Mitbestimmung ermöglichen muss. Die Dopingvergangenheit gilt es
lückenlos

1363 aufzuklären, Dopingopfer unterstützen wir angemessen. Auch Korruptionsskandale auf höchster
1364 Ebene der Sportfunktionär*innen sowie die zunehmende Kommerzialisierung bedrohen den
1365 Spitzensport. Gerade beim Fußball als Publikumssport gilt es die Partizipationsmöglichkeiten
1366 von Fans zu erhöhen und ihn wieder stärker gesellschaftlich zu verankern. Deswegen sollen
1367 Transparenz und Good Governance auch im Sport vorangetrieben werden. Die Einhaltung von
1368 Menschenrechten muss von Sportverbänden auf Grundlage der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft
1369 und Menschenrechte umgesetzt und bei der Vergabe von Sportgroßereignissen zur
Voraussetzung

1370 gemacht werden. Wir setzen uns für eine nationale Strategie gegen psychische, physische und
1371 sexualisierte Gewalt im Sport ein, bei der der Aufbau eines unabhängigen Zentrums für Safe
1372 Sport ein integraler Bestandteil ist. Gegen Rechtsextremismus und andere Formen
1373 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Sport gehen wir mit einem langfristigen finanziell
1374 starken Bundesprogramm vor, das von einer unabhängigen Stelle beraten wird. Für die
1375 sozialpädagogischen Fußballfanprojekte und deren Koordinationsstelle sichern wir
1376 verlässliche Rahmenbedingungen. Wir schützen die
1377 Bürger*innenrechte von Fans und diese vor ausufernden Datensammlungen und
Kollektivstrafen.

1378 Noch immer vorhandene sexistische Strukturen müssen aufgebrochen und Sportstätten
1379 gendersensibel geplant werden.

1380 **Wir bauen Europa weiter**

1381 **Die Zukunft der EU demokratisch gestalten**

1382 Wir sehen Deutschland in einer zentralen und historischen Verantwortung für den
Zusammenhalt

1383 und die Fortentwicklung der EU. Zuletzt aber wurde von Berlin aus bestenfalls verwaltet,
1384 oftmals gebremst. Wir wollen die Europapolitik aktiv und koordiniert gestalten – mit klarem
1385 Wertekompass, entlang einer starken deutsch-französischen Zusammenarbeit und im
1386 Zusammenspiel mit unseren europäischen Partner*innen. Unser Ziel ist eine demokratisch
1387 gestärkte EU, die zusammenhält, voranschreitet und ihr ganzes Gewicht gegen die Klimakrise
1388 und das Artensterben in die Waagschale wirft. Wir stehen ein für ein vereintes Europa ohne

1389Schlagbäume, denn die Freizügigkeit ist eine der größten Errungenschaften des europäischen
1390Projekts. In manchen Bereichen kommen wir nur mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten
1391voran.

1391Die verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der Verträge bietet dafür gute Möglichkeiten und
1392muss stets im Bestreben, dass sich letztlich alle anschließen können, und mit vollen
1393Parlamentsrechten erfolgen. Die Weiterentwicklung europäischer Institutionen steht für uns
1394in engem Zusammenhang mit dem Ausbau des sozialen Zusammenhalts in der EU. In den
1395kommenden

1395Monaten bietet die „Konferenz über die Zukunft Europas“ eine große Chance, die europäische
1396Öffentlichkeit zu stärken und gemeinschaftlich mit den Bürger*innen Reformen der EU zu
1397entwickeln. Wir wollen sie nutzen für die nächste Phase der europäischen Integration auf dem
1398Weg zur Föderalen Europäischen Republik und um europäische Antworten auf die großen
1399Herausforderungen zu formulieren. Die Ergebnisse der Konferenz sollen im Rahmen der
1400europäischen Gesetzgebung bis hin zu Vertragsänderungen umgesetzt werden.

1401**Europäisches Parlament stärken**

1402Die Geschichte der EU ist eine Geschichte zunehmender Legitimität der europäischen
1403Institutionen. Unser Ziel ist, die parlamentarische Demokratie der Europäischen Union zu
1404stärken: mit einem Parlament, das in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat
1405entscheidet, ein vollwertiges Initiativrecht für die Gesetzgebung und ein starkes
1406Haushaltsrecht erhält. Es soll die Kommission auf Vorschlag der Kommissions-Präsident*in
1407wählen sowie durch ein konstruktives Misstrauensvotum entlassen können. Für die Wahlen zum
1408Europäischen Parlament setzen wir uns dafür ein, dass die Bürger*innen mit ihrer Stimme für
1409einen Spitzenkandidaten bzw. eine Spitzenkandidatin der Parteien auch die/den nächste*n
1410Präsident*in der EU-Kommission bestimmen. Ein Teil der Abgeordneten soll zukünftig nicht
1411mehr über viele nationale Listen ins Europaparlament einziehen, sondern über EU-weite,
1412transnationale Listen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Unionsbürger*innenschaft zu einer
1413europäischen Staatsbürger*innenschaft fortentwickelt wird, sodass Unionsbürger*innen in den
1414Mitgliedstaaten, in denen sie leben, dieselben Rechte und Pflichten genießen. Wir wollen,
1415dass alle EU-Bürger*innen, die ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland haben,
1416nicht nur bei Kommunal- und Europawahlen, sondern perspektivisch auch bei Landtags- und
1417Bundestagswahlen wählen dürfen.

1418**Mit Mehrheitsentscheidungen Blockaden auflösen**

1419Die Europäische Union braucht mehr Handlungsfähigkeit, um auf Augenhöhe mit den heutigen
1420Herausforderungen voranzukommen. Blockaden durch einzelne Staaten in Bereichen wie der
1421Außen- und Sicherheitspolitik und in Steuerfragen oder auch bei Energie und Sozialem können
1422wir uns nicht länger leisten. Solange nationale Einzelinteressen das europäische Gemeinwohl
1423ausbremsen können, wird die EU keine aktivere Rolle, etwa für mehr Steuergerechtigkeit oder
1424mehr Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte in der Welt, übernehmen können.

Darum

1425setzen wir uns dafür ein, für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch im
1426Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen in Mitentscheidung des
1427Europäischen Parlaments einzuführen. Das ist auch deshalb wichtig, um bei weiteren
1428Erweiterungsrunden der EU deren Handlungsfähigkeit zu sichern. Unser Ziel ist es, die
1429europäischen Institutionen zu einem Zweikammersystem weiterzuentwickeln

1430**Ein europäisches Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht**

1431 Zum europäischen Gemeinwesen gehört das Zusammenwachsen der Zivilgesellschaften.

Deshalb

1432 setzen wir uns für ein EU-weites Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht ein. Ein europäischer
 1433 Vereinsstatus mit klaren Regeln zu Gründung, Gemeinnützigkeit und Auflösung würde Vereine
 1434 dem Schutz der EU unterstellen und nationaler Willkür entziehen. Zudem wollen wir die
 1435 Europäische Bürger*inneninitiative als zentrales Instrument der Teilhabe der Bürger*innen
 1436 und der Zivilgesellschaft stärken. So sollen Bürger*innen die Einberufung von Europäischen
 1437 Zukunftskonferenzen oder Bürger*innenräten fordern können, von denen auch eine Reform der
 1438 Verträge angeregt werden kann. Ist eine Bürger*inneninitiative erfolgreich, sollte
 1439 spätestens nach einem Jahr und einer Prüfung auf Vereinbarkeit mit den EU-Grundrechten ein
 1440 Gesetzesvorschlag folgen und im Europaparlament eine Plenumsabstimmung über das Ziel der
 1441 Initiative stattfinden.

1442 **Einflussnahme auf EU-Gesetzgebung transparent machen**

1443 Mehr Transparenz stärkt die europäische Demokratie und das Vertrauen der Bürger*innen in
 1444 Politik. Um nachvollziehbar zu machen, wofür die Regierungen der Mitgliedstaaten in Brüssel
 1445 eintreten, setzen wir uns für Fristen im Rahmen der Gesetzgebung ein, bis zu denen eine
 1446 öffentliche Debatte im Rat stattgefunden haben muss. Dabei müssen alle Regierungen ihre
 1447 aktuelle Position zum Vorschlag der Ratspräsidentschaft vorlegen. In einer deutschen
 1448 Bundesregierung gehen wir hierbei mit gutem Beispiel voran. Auch den Zugang zu EU-
 Dokumenten

1449 wollen wir substanziell weiterentwickeln. Die EU arbeitet bei Interessensvertreter*innen
 1450 bereits transparenter als der Bundestag. Wir wollen weitere Schritte gehen – mit einem
 1451 verbindlichen Lobbyregister für alle EU-Institutionen, strikteren Karenzzeiten beim Wechsel
 1452 zwischen Politik und Wirtschaft und einem „legislativen Fußabdruck“, durch den die
 1453 Einflussnahme auf Gesetzgebung überprüfbarer wird, kontrolliert durch eine unabhängige
 1454 Ethikbehörde, die Sanktionen verhängen kann.

1455 **Europäische Grundrechte einklagbar machen**

1456 Die EU ist eine Gemeinschaft der Werte und des Rechts. Wir wollen die EU-Grundrechtecharta
 1457 langfristig gegenüber den Nationalstaaten einklagbar machen, um so alle EU-Bürger*innen in
 1458 ihren Rechten zu stärken. Mit dem EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
 1459 Grundrechte setzen wir uns für ein stärkeres Instrument ein, um Verstöße autoritärer
 1460 Mitgliedstaaten zu sanktionieren. Aus dem jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht sollen
 1461 konkrete Maßnahmen bis hin zu Vertragsverletzungsverfahren und der Nichtauszahlung von
 1462 Subventionen folgen. Der neu geschaffene Rechtsstaatsmechanismus muss sofort zum Einsatz
 1463 kommen. Kommunen und Regionen sowie Nichtregierungsorganisationen sollen dann direkt von
 der

1464 EU gefördert werden können. Bei den Artikel-7-Verfahren zur Rechtsstaatlichkeit braucht es
 1465 substanzielle Fortschritte. Alle Mitgliedstaaten sollen sich der Europäischen
 1466 Staatsanwaltschaft anschließen, wenn sie neue EU-Gelder erhalten wollen und öffentlich
 1467 Rechenschaft über die Empfänger*innen von Subventionen ablegen. Jede*r siebte Europäer*in
 1468 ist Teil einer nationalen oder Sprachminderheit. Wir unterstützen die Minority SafePack
 1469 Initiative und wollen Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität
 1470 sowie Namensführung in der EU stärken.

1471 **Eine öffentlich-rechtliche Medienplattform in Europa**

1472 Ein zusammenwachsendes Europa braucht eigene, öffentliche digitale Orte, an denen seine
1473 Bürger*innen zusammenkommen können, um sich zu informieren, zu partizipieren, sich zu
1474 unterhalten und politisch zu diskutieren. Dafür kommen bislang nur kommerziell betriebene,
1475 digitale Plattformen in Frage. Als zeitgemäße Antwort setzen wir uns darum für eine
1476 europäische, digitale Plattform in öffentlicher Trägerschaft ein. Sie bündelt europaweit
1477 qualitativ hochwertige Inhalte – werbefrei, offen und mehrsprachig. Basierend auf
1478 technischer Offenheit, Interoperabilität und besten Datenschutzstandards kann sie darüber
1479 hinaus gerade auch für die Zivilgesellschaft und Bildungseinrichtungen als
1480 Kommunikationsplattform dienen, um Inhalte bereitzustellen und in Informationskampagnen die

1481 EU den Bürger*innen näherzubringen. Die Grundlage bildet ein öffentlich-rechtlicher Auftrag.
1482 Sie arbeitet zusammen mit den nationalen öffentlichen Rundfunkanstalten, um deren Inhalte
1483 europaweit zugänglich zu machen, und agiert frei von jedweder politischer Einflussnahme.

1484 **Europa der Kommunen und Regionen**

1485 Eine demokratische, vielfältige und bürger*innennahe EU lebt von der Stärke der Kommunen
und
1486 Regionen. Getreu dem Subsidiaritätsprinzip soll die EU da unterstützen, wo Kommunen an ihre
1487 Grenzen stoßen – aber nicht jeden Lebensbereich regulieren. Die Wettbewerbsregeln des
1488 Binnenmarkts dürfen Kommunen nicht zur Privatisierung öffentlicher Güter zwingen. In EU-
1489 Handelsabkommen braucht es Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge sowie für
öffentliche
1490 und soziale Dienstleistungen. Für mehr europaweite Kooperation wollen wir
1491 Städtepartnerschaften stärken, INTERREG-Programme für grenzüberschreitende
Zusammenarbeit
1492 ausweiten und Euregios und Eurodistrikte durch weniger Bürokratie und mehr Flexibilität
1493 fördern. Die europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich wollen wir stärken und in
diesem
1494 Sinne das Konzept der European Universities weiterentwickeln. Kommunen und Regionen
brauchen
1495 mehr Mitsprache auf europäischer Ebene, unter anderem über einen gestärkten Ausschuss der
1496 Regionen. Zur Umsetzung des Green Deal und bei der Gestaltung und Vergabe von
1497 Förderprogrammen setzen wir auf das Partnerschaftsprinzip und unterstützen lokale kleine und
1498 mittelständische Unternehmen dabei, ihren Beitrag zu leisten. Bürokratie wollen wir durch
1499 verstärkte Digitalisierung abbauen. EU-Haushaltsmittel sollen künftig auch verstärkt
1500 kommunalen und lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen direkt bereitgestellt werden.